



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie
leben!

Abschlussbericht
Bundesprogramm

Demokratie leben!

Erste Förderperiode (2015 bis 2019)



Vorwort

der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,
Franziska Giffey, für den Abschlussbericht der ersten Förderperiode
des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (2015 bis 2019)

Liebe Leserinnen und Leser,

die Aufdeckung der schrecklichen Morde des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) hat unser Land verändert. Es war klar: Wir müssen uns noch stärker um den sozialen Frieden und um unsere Demokratie kümmern. Und wir müssen dabei auf unsere wertvollste Ressource setzen: unsere Zivilgesellschaft. Menschen, die Tag für Tag die Werte unseres Grundgesetzes mit Leben füllen, die sich für Zusammenhalt und gegen Hass und Menschenfeindlichkeit engagieren. Das Ergebnis war die Gründung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ im Jahr 2015.

*Wie liefen diese ersten fünf Jahre? Darum geht es in diesem Abschlussbericht.
Ein kurzer Rückblick in Zahlen zeigt die beeindruckende Entwicklung des Programms:*

- *Von 40,5 Mio. Euro im Startjahr 2015 wuchs die Förderung auf 115,5 Mio. Euro in 2019. „Demokratie leben!“ ist damit das finanzstärkste Programm der Bundesregierung zur Demokratieförderung und Extremismusprävention.*
- *Die Zahl der geförderten Modellprojekte wurde mehr als verdreifacht. Kitas, Schulen, aber auch Gefängnisse, in denen Modellprojekte wirkten, wurden zu „Orten der Prävention“.*
- *Die Zahl der lokalen Partnerschaften für Demokratie stieg von 182 auf 300. Über 4.000 Maßnahmen kleinerer Vereine und Gruppen konnten durch sie ermöglicht werden.*
- *In 16 Landes-Demokratiezentren fördern wir die wichtigen Angebote der Mobilen Beratung, der Opferberatung und der Ausstiegsberatung.*
- *35 Träger haben wir bei der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger unterstützt.*

In einer Vielzahl von Besuchen in ganz Deutschland habe ich erlebt, dass sich „Demokratie leben!“ in der Praxis bewährt hat. Mein Leitsatz ist: Wir kümmern uns um die Kümmerer. Das fängt mit Dank und Anerkennung an. Mein Dank gilt allen Menschen, die sich im Rahmen von „Demokratie leben!“ engagieren. Ihr Engagement für unsere Demokratie und gegen jede Form von Extremismus, ihr Einstehen für Vielfalt, ihr Beitrag zum Erhalt unserer Werte – all das hält unsere Gesellschaft zusammen. Darauf können wir stolz sein.

Die Erfolgsgeschichte des Programms endete aber nicht mit dem Ablauf der Förderperiode am 31. Dezember 2019. Bereits im Mai 2018 habe ich das Programm entfristet und damit die Weichen für eine zweite Förderperiode (2020 bis 2024) gestellt. Das Geld ist gut angelegt, denn Rechtsextremismus und Rassismus sind leider immer noch große Bedrohungen für unsere freiheitliche Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land. Dies haben zuletzt die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Lübcke sowie die Anschläge von Halle und Hanau auf erschreckende Weise deutlich gemacht. In Reaktion auf die jüngsten Ereignisse hat das Bundeskabinett im März 2020 die Einrichtung eines Kabinettausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus beschlossen.

Wir haben das Programm neu ausgerichtet: mit klareren Strukturen, einer besseren finanziellen Ausstattung der einzelnen Projekte und weniger Bürokratie. Wir werden damit auch künftig – und zwar stärker als je zuvor – die Arbeit für Demokratie und gegen Extremismus fortsetzen. Über 5.000 Projekte vor Ort werden wir ermöglichen, sowohl als Modellprojekte als auch über die Partnerschaften für Demokratie und die Landes-Demokratiezentren. Die wichtige Arbeit vieler engagierter Träger unterstützen wir damit weiterhin. Damit wir diejenigen spürbar stärker machen, die sich vor Ort für unser Land engagieren – jeden Tag.

Mit freundlichen Grüßen



Franziska Giffey
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Inhalt

1

Zusammenfassung

2

„Demokratie leben!“
Ein Bundesprogramm wächst am
gesellschaftlichen Wandel

- 2.1 Was unsere Demokratie herausfordert – 12
- 2.2 Demokratie muss gestaltet werden – 13
- 2.3 Was „Demokratie leben!“ fördert – 13

3

„Demokratie leben!“
Aufbau und Gestaltung

- 3.1 Die Vorgängerprogramme – 18
- 3.2 Die NSU-Mordserie als Zäsur – 19
- 3.3 Der strukturelle Rahmen – 20
- 3.4 „Demokratie leben!“ –
unser Umfeld, unsere Partner – 20

4

Wie das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ entstand

- 4.1 2015 bis 2017: Einschneidende Ereignisse bilden den Ausgangspunkt – 24
- 4.2 Wo das Bundesprogramm seine Schwerpunkte setzt – 25
- 4.3 Ausbau des Programms von 2017 bis 2019 – 31

5

Erträge und Herausforderungen von „Demokratie leben!“ – Ergebnisse aus der wissenschaftlichen Programmbegleitung

- 5.1 Programmbereiche – 40
- 5.2 Ergebnisse über Programmbereiche hinweg – 81
- 5.3 Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ – eine Zwischenbilanz nach der ersten Förderperiode (2015 bis 2019) – 100

Zusammenfassung







Zusammenfassung

Im Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“¹ bündelt und fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zivilgesellschaftliche Projekte, die sich für Demokratie und gegen jede Form von Extremismus einsetzen. Der vorliegende Abschlussbericht reflektiert die erste Förderperiode des Bundesprogramms im Zeitraum 2015 bis 2019. Seit 2020 wird „Demokratie leben!“ in einer zweiten Förderperiode fortgesetzt. Das Bundesprogramm war und ist im Vergleich zu den Vorgängerprogrammen einzigartig – mit Blick auf die Anzahl der Projekte und Zuwendungsempfänger, die finanzielle Ausstattung, die inhaltliche Tiefe sowie die intensive Vernetzung zwischen den geförderten Programmpartnerinnen und -partnern.

Von Beginn an richtete sich „Demokratie leben!“ grundsätzlich gegen alle demokratiefeindlichen Phänomene. Vor allem standen – insbesondere wegen der Morde durch den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) – bei der Programmentwicklung die Gefahren durch rechtsextreme Orientierungen und Handlungen im Fokus. „Demokratie leben!“ schafft eine Verbindung zwischen den Zielen Extremismusprävention und Demokratieförderung.

In den ersten beiden Jahren standen insbesondere Projekte wie die Partnerschaften für Demokratie, die Landes-Demokratiezentren sowie die Entwicklung von Strukturen zu einem bundeszentralen Träger im Mittelpunkt der Programmaktivitäten. Zudem wurden Modellprojekte zu ausgewählten Phänomenen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie zur Radikalisierungsprävention gefördert. Das Ziel war hierbei stets ein breit angelegter Ansatz, um Präventionsmaßnahmen dort zu fördern und wirksam zu machen, wo sie gebraucht werden: in den Kommunen, im Netz, in Kitas und Schulen, in Gefängnissen und an vielen anderen Orten der Prävention.

Ab 2017 reagierte das Bundesprogramm auf die zunehmende Polarisierung in der Gesellschaft. Neue Programmbereiche wurden ergänzt und bis dahin bestehende erweitert. Die Basis dafür lieferten Erkenntnisse der wissenschaftlichen Programmbegleitung, aktuelle Studien sowie der intensive Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern aus geförderten Projekten, Verwaltung, Wissenschaft

.....
1 Im folgenden Text kurz „Demokratie leben!“.

und Zivilgesellschaft. „Demokratie leben!“ wurde um fünf konkrete Programmbereiche in der Modellprojektförderung erweitert: „Engagement im Netz – gegen Hass im Netz“, „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“, „Engagement und Vielfalt in der Arbeits- und Unternehmenswelt“, „Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“ und „Demokratieförderung im Bildungsbereich“.

Struktur und Programmbereiche der ersten Förderperiode von „Demokratie leben!“ haben sich nach Einschätzung der wissenschaftlichen Begleitungen und der Programmevaluation bewährt. Das elementare (Erfolgs-)Prinzip war von Beginn an und ist bis heute die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure und die gleichzeitige Stärkung und Ausweitung der Arbeit vor Ort – dort, wo Demokratieförderung und Extremismusprävention in der Praxis geleistet werden. Das Bundesprogramm hat zudem bewiesen, dass es reaktionsstark ist und auf neue gesellschaftliche Entwicklungen schnell Antworten findet. Und dort, wo Programmpartnerinnen und -partner bei der Umsetzung neuer Maßnahmen und Inhalte Unterstützung benötigten, stand der Bund mit Weiterbildungs- und Qualifizierungsangeboten selbst als Partner zur Seite.

Zugleich stellt die wissenschaftliche Begleitung auch Herausforderungen fest: Das Themenspektrum von „Demokratie leben!“ ist breit. Den einstigen Fokus auf Rechtsextremismus ergänzten die Themenbereiche Islamismus und Linke Militanz. Dies ist Ausdruck von Vielfalt und Wandel, erschwert aber auch die Übersicht. Die Zusammenarbeit über die Programmbereiche hinweg ist umso aufwändiger, wenn geografische oder thematische Distanzen zwischen Akteurinnen und Akteuren überbrückt werden müssen. Hinzu kommt die allgegenwärtige Problematik, geeignetes Personal zu finden und häufige Wechsel abzufedern.

Alle Bereiche von „Demokratie leben!“ eint jedoch, dass sie sowohl lokal als auch bundesweit erfolgreich gegen Extremismus vorgehen und die Demokratie fördern. Sämtliche Ansätze stärken die Partizipation und somit den Kern des Demokratiedenkens.

2

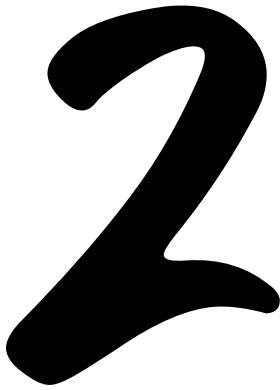
„Demokratie Leben!“

Ein Bundesprogramm wächst am
gesellschaftlichen Wandel



KRATIE LEBEN





„Demokratie Leben!“

Ein Bundesprogramm wächst am gesellschaftlichen Wandel

2.1 Was unsere Demokratie herausfordert

Deutschland ist ein demokratisches und weltoffenes Land, das vielfältige Freiheiten und Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Die Grund- und Freiheitsrechte sind aber nicht selbstverständlich, sondern müssen immer wieder neu gelebt, verteidigt und weiterentwickelt werden.

Viele Entwicklungen der vergangenen Jahre fordern die Demokratie heraus: ein zunehmender Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, wiederkehrende Angriffe und Anschläge gewaltorientierter Islamisten, Ausschreitungen gewaltbereiter Linksextremisten oder neue Bewegungen, die mit antipluralistischen, verschwörungstheoretischen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Haltungen agieren.

Diese Entwicklungen und Ereignisse haben zahlreiche, mitunter komplexe Ursachen und Anlässe, die jedoch nicht immer in Extremismus, Terror bzw. Gewalt münden. So bieten z. B. Verunsicherungen im Zuge von Kriegen und internationalen Konflikten, Globalisierung, Migration, gesellschaftlichen Krisen und sozialer Polarisierung immer wieder aufs Neue Anknüpfungsmöglichkeiten für menschenverachtende Ideologien und Ideologiefragmente. Ebenso zeigt sich eine Ablehnung von Demokratie und Rechtsstaat einschließlich ihrer tragenden Prinzipien, wie z. B. die Achtung vor den Menschenrechten, die im Grundgesetz konkretisiert sind, oder die Unabhängigkeit der Gerichte und der Presse, die Gewaltenteilung oder das Mehrparteienprinzip. Demokratische Prozesse sowie Institutionen und gesellschaftliche Werte, Normen und Regeln, die bisher als selbstverständlich erachtet wurden, werden zunehmend in Frage gestellt bzw. bewusst verletzt.

Die Gesellschaft in Deutschland ist kulturell, religiös und politisch vielfältig. Deshalb steht sie vor der Herausforderung, einen zivilen, konstruktiven und respektvollen Umgang mit Unterschieden und

Minderheiten zu entwickeln. Menschen sollten ohne Angst verschieden sein können. Darin zeigt sich die Qualität einer Demokratie.

Die Gesellschaft steht vor den Herausforderungen des demografischen Wandels, einer zunehmend internationalen Vernetzung mit wachsenden ökonomischen Abhängigkeiten und Verletzlichkeiten. Viele globale Themen, wie Kriege und Gewalt, die Klimakrise, Terrorismus oder Fluchtbewegungen, finden einen Widerhall in Deutschland – etwa in einzelnen Quartieren, Organisationen oder sogar Familien. Zu all dem kommt die rasant fortschreitende Digitalisierung mit ihren neuen Potenzialen der Datensammlung und Steuerung der öffentlichen Meinung.

Alle diese Entwicklungen stellen die bisher bewährten Strukturen des demokratischen Gemeinwesens vor neue Fragen, für die es keine einfachen Antworten gibt. Forderungen nach mehr Beteiligung, Transparenz und Kontrolle sind dafür ebenso Ausdruck wie die tiefgreifenden Verschiebungen in der politischen Landschaft bis hin zu neuen Formen des öffentlichen Protestes.

Vor diesem Hintergrund sieht sich die Demokratie nicht nur damit konfrontiert, verfassungsfeindlichen Radikalisierungstendenzen ebenso Einhalt zu gebieten wie der Ausbreitung extremistischer Einstellungen, totalitärer Ideologien und der damit oft einhergehenden Ausgrenzungs- und Gewaltbereitschaft; zugleich ist das Gemeinwesen auch gefordert, demokratische Strukturen zu stärken, zu fördern und weiterzuentwickeln. Die große Aufgabe ist es, demokratische Lösungen für die vielen neuen Herausforderungen zu finden.

2.2 Demokratie muss gestaltet werden

Demokratie lebt von aktiven, mündigen Bürgerinnen und Bürgern. Demokratie lebt von Menschen, die ihre Interessen in den verschiedenen Institutionen der repräsentativen Demokratie, in Parteien, Organisationen oder Initiativen vertreten. Demokratie lebt vom Diskurs und von Debatten. Sie lebt von der Bereitschaft, Kompromisse zu finden, und dem Interessenausgleich in demokratischen Verfahren. Demokratie braucht dazu u. a. eine stärkere Beteiligung bisher marginalisierter Gruppen und die Stärkung demokratischer Öffentlichkeit.

Eine demokratische Kultur bedeutet, dass schon Kinder und Jugendliche Demokratie erleben und erlernen. Sie benötigen nicht nur Wissen über Demokratie, ihre Verfahren und Institutionen. Sie brauchen – wie alle Menschen – Räume, in denen sie Demokratie und Vielfalt mitgestalten können. Es bedarf tragfähiger Netzwerke demokratischer Akteurinnen und Akteure, Projekte und Institutionen. In ihnen werden

politische Bildung, politisches Handeln und Teilhabe sowie soziokulturelle Verständigung ermöglicht, Kompetenzen aufgebaut und gestärkt. Demokratieförderung in diesem Sinne zielt darauf ab, junge Menschen dabei zu unterstützen und zu befähigen, als mündige Bürgerinnen und Bürger Konflikte demokratisch zu bearbeiten und gesellschaftliche Kompromisse auszuhandeln.

Die Förderung von Demokratie, die Gestaltung von Vielfalt und die Extremismusprävention sind Querschnitt-Aufgaben auf allen föderalen Ebenen. Sie tangieren politikfeldübergreifend alle gesellschaftlichen Bereiche und Bevölkerungsgruppen: von der Arbeit in Schulen, in der Kultur-, Jugend- und Sozialarbeit oder in der kommunalen Prävention bis hin zu Angeboten in den Ländern, in Bundesverbänden und lokal vor Ort, in zivilgesellschaftlichen Organisationen und in Sicherheitsbehörden.

2.3 Was „Demokratie leben!“ fördert

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ besteht seit 2015 und entwickelte sich als lernendes Programm immer wieder weiter. Eine Reihe von bewährten Ansätzen aus den Vorgängerprogrammen besteht fort, gleichzeitig führten die gesellschaftlichen Herausforderungen zu steten Erweiterungen.

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ fördert ziviles Engagement und demokratisches Verhalten auf der kommunalen, regionalen und überregionalen Ebene. Es unterstützt Vereine, Projekte und Initiativen dabei, sich der Förderung von Demokratie und

Vielfalt zu widmen und dezidiert zu reagieren – auf die Herausforderungen durch insbesondere Rechtsextremismus und Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, wie z. B. Rassismus und Antisemitismus. Auch andere Formen von Demokratie- und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, von politisierter oder vorgeblich politisch bzw. vorgeblich religiös legitimierter Gewalt, von Hass und politischer Radikalisierung sind Gegenstand der Präventionsarbeit im Bundesprogramm

„Demokratie leben!“ verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz. Demokratieförderung und Extremismusprävention werden erstmals als zwei sich ergänzende und gleichgewichtige Anliegen gesehen. Ein Schwerpunkt bleibt die Förderung lokalen Engagements und die Stärkung der Beratungs- und Koordinierungsarbeit in den Ländern.

Dabei wird eine der Forderungen des NSU-Untersuchungsausschusses erfüllt: In allen Ländern gibt es nun Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Auf der Bundesebene strebt das Programm die Verstärkung der Arbeit von überregionalen, gemeinnützigen Trägern an – denn sie bilden die zentralen Strukturen in der Arbeit für Demokratie und Vielfalt sowie gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit. Dazu sind neue Themen in den Fokus gerückt: Projekte gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus oder Homosexuellen- und Transfeindlichkeit.

Gender-Mainstreaming, Diversity-Mainstreaming und Inklusion sind handlungsleitende Prinzipien für die Programmumsetzung. Als Bundesprogramm mit einer Menschenrechts- sowie Teilhabeorientierung richtet sich „Demokratie leben!“ an dem Grundsatz aus, dass alle Menschen unabhängig von ihren Eigenschaften – insbesondere ihren Fähigkeiten, ihrer Herkunft und ihren Orientierungen – gleichberechtigt sind. Im Sinne von Empowerment will es erreichen, dass vor allem Menschen in gesellschaftlich bzw. sozial marginalisierten Positionen und/oder mit Beeinträchtigungen/Behinderungen dabei unterstützt werden, aktiv am politischen, kulturellen und sozialen Leben teilnehmen zu können.

Das Programm wurde im Jahr 2017 erweitert und vertieft. Nach einem breiten partizipativen Prozess kamen neue Themen wie die Arbeit gegen Rassismus, zur Frühprävention oder zur Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft hinzu. Außerdem wurden weitere Sozialisationsorte wie die Arbeits- und Ausbildungsstätten, Bildungseinrichtungen, das Internet oder Gefängnisse in den Blick genommen.

„Demokratie leben!“ ist damit das inhaltlich umfangreichste und vielfältigste Programm der Demokratieförderung und Prävention auf der Bundesebene. Ausgehend von den Erfahrungen der Vorgängerprogramme

- *verfolgt es einen breit angelegten Präventionsansatz, der alle demokratiefeindlichen Phänomene in den Blick nimmt, und*
- *stärkt die Demokratieförderung bewusst.*

Das Programm setzt auf das Engagement der Zivilgesellschaft und verbindet Förderung und Prävention. Es fördert die Neu- und Fortentwicklung von Ansätzen der Bildung, Beratung, Vernetzung und das Empowerment.

3

„Demokratie leben!“ Aufbau und Gestaltung





3

„Demokratie leben!“ Aufbau und Gestaltung

3.1 Die Vorgängerprogramme

Die Bundesregierung fördert seit 1992 Maßnahmen, die insbesondere bei jungen Menschen der Entwicklung rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher oder antisemitischer Orientierungen vorbeugen sollen und demokratisches Denken und Handeln fördern. Startpunkt war dabei das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG) von 1992 bis 1996.²

Seit 2001 fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen von Aktions- und Bundesprogrammen pädagogische Projekte für Kinder und Jugendliche. Diese Projekte entwickeln und erproben Methoden und Konzeptionen der politischen Bildung, die Demokratie und Toleranz stärken und Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus vorbeugen. Ausgangspunkte waren eine größere Anzahl rechtsextremer, antisemitischer und rassistisch motivierter Gewalttaten. Der Deutsche Bundestag verurteilte im Jahr 2001 die Gewalttaten und setzte mit verschiedenen Initiativen ein Zeichen gegen „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt“.³

Auf dieser Basis entstanden die Vorgängerprogramme von „Demokratie leben!“:

- *Jugend für Toleranz und Demokratie, bestehend aus den Teilprogrammen Civitas und Entimon (2001–2006)*
- *Vielfalt tut gut (VTG) (2007–2010)*
- *kompetent. für Demokratie (kfd) (2007–2010)*
- *Toleranz fördern – Kompetenz stärken (TFKS) (2011–2014)*
- *Initiative Demokratie stärken (2011–2014)*

Daneben gab es die vom Europäischen Sozialfonds geförderten Bundesprogramme des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales XENOS – Integration und Vielfalt (2008–2014), das XENOS-Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ (2009–2014) und seit 2010 das BMI-Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“.

Die Programme unterschieden sich besonders in der Auswahl und Förderintensität bestimmter Themen (u. a. Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus) und der Schwerpunkte (u. a. Intervention, Beratung, Ausstiegshilfe) voneinander. Sie reagierten damit einerseits auf neue gesellschaftliche Herausforderungen und politische Schwerpunktsetzungen und basierten andererseits auf den Erfahrungen des jeweiligen Vorgängerprogramms, indem sie in der Programmumsetzung sichtbar gewordene Herausforderungen aufnahmen und die Programme entsprechend weiterentwickelten.

2 Nach der deutschen Vereinigung wurde das „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG, 1992–1997) vom damaligen Bundesministerium für Frauen und Jugend aufgelegt und in den neuen Bundesländern umgesetzt. Im Zentrum von AgAG standen zielgruppenorientierte, präventiv-pädagogische Projekte, die von punktuellen, oftmals aufsuchenden Maßnahmen bis hin zum Aufbau einer Infrastruktur der Jugendarbeit reichten und Angebote der offenen Jugendarbeit für rechtsextrem gefährdete Jugendliche bereitstellten. Vgl. Bohn/Fuchs/Kreft/Löhr: Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt, Bd. 1, Münster 2007.

3 Vgl. Beschluss des BT: BT-Drucksache 14/5456 „Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt“.

3.2 Die NSU-Mordserie als Zäsur

Eine Zäsur war die Aufdeckung der rechtsterroristischen NSU-Mordserie. Der Bericht und die Entschlussempfehlungen des 2. NSU-Untersuchungsausschusses⁴ bezeichnen im Kapitel „Kontinuierliche Unterstützung für Demokratieförderung“ zivilgesellschaftliches Engagement als unverzichtbar. „Dieses Engagement muss unterstützt, ausreichend gefördert, ausgebaut und verstetigt werden.“ Der Bericht mahnt ein deutlich erhöhtes Fördervolumen und eine Überprüfung der Ko-Finanzierungspflicht an. Mit Nachdruck fordert er eine „Neuordnung der Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus“, die „für Verlässlichkeit sorgt und Planungssicherheit bietet“. Der Deutsche Bundestag sprach sich zudem für eine „Verstetigung der Förderung für die Mobile Beratung und Opferberatung in freier Trägerschaft“ aus und betonte das Ziel, Strukturen zu sichern, für Träger, „die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren spezifisch und zielgruppengenau sensibilisieren und thematisch ausbilden, für Organisationen und Initiativen, die präventive Aufklärungs-, Sensibilisierungs- und Bildungsarbeit machen. [...] Nichtstaatliche Beratungsangebote für Ausstiegswillige, regionale Netzbüros zur Beratung von Initiativen im Arbeitsfeld sowie lokale Aktionspläne zur Förderung von lokalen Strategien der Zivilgesellschaft sind über diese Maßnahmen ebenso zu fördern wie ein bundesweites unabhängiges Monitoring rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten und ein Initiativfonds für spezielle Ad-hoc-Initiativen vor Ort zur Unterstützung von gemeinsamen Interventionen mit regionalen Strukturen und Netzwerken.“⁵

All diese einstimmig im Deutschen Bundestag beschlossenen Forderungen haben die Initiatoren von „Demokratie leben!“ berücksichtigt, als sie das Bundesprogramm entwickelten.

Wie die früheren Aktions- und Bundesprogramme besteht auch „Demokratie leben!“ aus mehreren Programmmodulen. Damit war und ist der Anspruch verbunden, den heterogenen gesellschaftlichen Herausforderungen sowie den politischen Aufträgen gerecht zu werden.

.....
4 BT-Drucksache 17/14600 vom 22.08.2013.

5 BT-Drucksache 17/14600 vom 22.08.2013.

3.3 Der strukturelle Rahmen

Die bisher durchgeführten Bundesprogramme des BMFSFJ betonten das Modellhafte bei der Förderung von Projekten als Ausdruck der begrenzten föderalen Zuständigkeit des Bundes. Entsprechend den gesetzlich verankerten Zuständigkeiten des Ressorts agierten sie im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe bzw. wandten sich insbesondere an junge Menschen. Sie verfolgten damit in erster Linie den Anspruch, exemplarische „Feldexperimente im Dienste der Anregungsfunktion des Bundes (§ 83 SGB VIII) gegenüber der Fachpraxis“ zu sein.⁶

Weil eine andere gesetzliche Grundlage fehlte, erfolgte die Förderung orientiert an den Richtlinien für den Kinder- und Jugendplan des Bundes (RL-KJP) vom 28.08.2009 (GMBI 2009, S. 790 ff). Als gesetzliche Grundlage diente § 83 SGB VIII, wonach das BMFSFJ als fachlich zuständige oberste Bundesbehörde die Tätigkeiten der Kinder- und Jugendhilfe anregen und fördern kann, wenn diese von überregionaler

Bedeutung sind und ihrer Art nach nicht durch ein Land allein wirksam gefördert werden können. Gefördert wurden insbesondere pädagogische Projekte für Kinder und Jugendliche. Diese Projekte wollten Methoden und Konzeptionen entwickeln, erproben, überprüfen und weiterentwickeln, um Demokratie und Vielfalt zu stärken und Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus vorzubeugen. Die Ergebnisse sollten auf andere Träger und ggf. Themenfelder übertragbar sein.

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wurde dabei als lernendes, d. h. auf Veränderung angelegtes Programm konzipiert. Die Förderung der Projekte war somit keine dauerhafte Infrastrukturförderung. Sinn der Förderung war, neue gesellschaftliche Herausforderungen und daraus resultierende Bedarfe der Demokratieförderung und Extremismusprävention inhaltlich zu bearbeiten.

3.4 „Demokratie leben!“ – unser Umfeld, unsere Partner

„Demokratie leben!“ hat sich spätestens ab 2017 zum bundesweit größten und einem europaweit einzigartigen Demokratieförderprogramm entwickelt. Damit wurde es zu einem zentralen Pfeiler der Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung.

3.4.1 Wichtige Partner auf Bundesebene

Seit 2010 gibt es das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI).⁷ „Zusammenhalt durch Teilhabe“ fördert Projekte zur Stärkung demokratischer Teilhabe und gegen Extremismus. Im Mittelpunkt stehen regional verankerte Vereine, Verbände und Multiplikatoren, insbesondere im Bereich des organisierten Sports, der freiwilligen Feuerwehr, des THW und anderer Hilfsorganisationen. Ziel ist es, die jeweiligen Kompetenzen zu unterstützen und zu erweitern. „Zusammenhalt durch Teilhabe“ will aufmerksame und respektierte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort stärken und ausbilden. Die Projekte sollen vor allem im Vorfeld möglicher extremistischer Gefährdungen präventiv agieren und

die grundlegenden Bedingungen für ein gleichwertiges und gewaltfreies Zusammenleben schaffen.

Hinzu kommt auf Bundesebene die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB).⁸ Deren Fachbereich Extremismus setzt sich mit allen Formen von politischem Extremismus auseinander. Er fördert innovative Modellprojekte, die mit den Mitteln der politischen Bildung vielversprechende Ansätze zur Prävention extremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen in die Tat umsetzen. Zudem bietet der Fachbereich Extremismus mit ausgewählten zivilgesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern Fortbildungen für Multiplikatoren und Multiplikatorinnen an, um eine qualifizierte Bildungsarbeit im Bereich des politischen Extremismus zu stärken. Ein besonderer Schwerpunkt der Fachbereichsarbeit liegt darauf, Wissen und Handlungskompetenzen zu vermitteln, etwa in Form von Argumentationshilfen und pädagogischen Handreichungen. Um zivilgesellschaftliche und staatliche Akteurinnen und Akteure zu vernetzen und zu qualifizieren, führt der Fachbereich regelmäßige Tagungen durch, in denen relevante Fragestellungen und Phänomene diskutiert werden.

6 Vgl. Lüders, Christian (2003): Jugendhilfeforschung zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis, in: DJI-Bulletin, Heft 64, München, S. 4–5.

7 Vgl. <https://www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de/ueberuns/141916/ueber-uns>.

8 Vgl. <https://www.bpb.de/>.

3.4.2 Partner in Ländern, Kommunen und darüber hinaus

Die Länder und Kommunen leisten einen unverzichtbaren Teil der Demokratieförderung und Extremismusprävention, was nicht zuletzt in Länderprogrammen und kommunalen Strategien zum Ausdruck gebracht wird. Die Länder sind z. B. zuständig für die polizeiliche Prävention, den Strafvollzug und die Bildung. Sie engagieren sich zusammen mit den Kommunen in der Jugend- und Sozialarbeit oder gemeinsam mit dem Bund in der politischen Bildung. Die Rückkoppelung der Maßnahmen des Bundes mit den Ländern und Kommunen ist entscheidend, da es allen Beteiligten darum geht, den Bedürfnissen und Problemen vor Ort gerecht zu werden.

Mit der Ausweitung und Vertiefung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ im Jahr 2017 wurden Brücken zu anderen bestehenden Strukturen der Demokratieförderung, insbesondere zu den Trägern der politischen Jugendbildung oder zu den Wohlfahrtsverbänden, geschlagen. Mit den Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung, den Antidiskriminierungsstellen, den Jugendverbänden, verschiedenen Ressorts und Behörden, Trägern und Organisationen gibt es eine Vielzahl von Maßnahmen und Aktivitäten, die direkt und indirekt essenzielle Beiträge zur Demokratieförderung und Extremismusprävention leisten.

3.4.3 Zusammenarbeit und Vernetzung

An diesem Vernetzungsansatz orientierten sich auch die Formulierungen im Koalitionsvertrag 2013. Hier wurde vor dem Hintergrund bisheriger Erfahrungen und neuer Herausforderungen festgelegt, dass die Anstrengungen des Bundes bei der Demokratieförderung und Extremismusprävention gebündelt und optimiert werden sollen. Im Rahmen der daraufhin eingerichteten interministeriellen Arbeitsgruppe (IMA) „Demokratieförderung und Extremismusprävention“ erfolgt regelmäßig ein Austausch über die unterschiedlichen Aktivitäten der Ressorts.

Im Juli 2016 hat das Bundeskabinett die „Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung“ verabschiedet.⁹ Zeitgleich entstand eine gemeinsame Erklärung des BMFSFJ und der für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ verantwortlichen Ministerinnen und Minister der Länder, die zu einer besseren Verzahnung der Aktivitäten beitragen sollte.¹⁰

Im Juni 2017 wurden der „Nationale Aktionsplan gegen Rassismus – Positionen und Maßnahmen zum Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit und den darauf bezogenen Diskriminierungen“ sowie der „Bericht der Bundesregierung über Arbeit und Wirksamkeit der Bundesprogramme zur Extremismusprävention“ beschlossen,¹¹ die den Rahmen der weiteren Arbeit in diesen Themenfeldern absteckten. Zusätzlich startete im selben Jahr das „Nationale Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus“.¹²

9 Vgl. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2016/strategie-extremismuspraevention-und-demokratiefoerderung.html>.

10 Vgl. <https://www.bmfsfj.de/blob/109050/2f6feb45c8f0214753f67658972facdc/20160719-10-punkte-erklaerung-demokratiestaerkung-data.pdf>.

11 Vgl. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2017/06/nationaler-aktionsplan-gegen-rassismus.html>.

12 Vgl. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/sicherheit/praeventionsprogramm-islamismus.pdf>.

4

Wie das Bundesprogramm
„Demokratie Leben!“ entstand

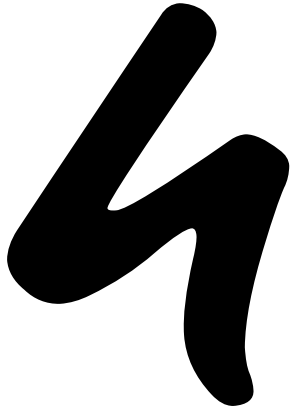




EINMISCHEN!

Die Gesellschaft will von Menschen, die etwas verändern wollen. Die ihre Ideen und Vorstellungen in die Tat umzusetzen ab in Diskussionsforen, in Bürgerhaushalten oder Bürgerhaushalten. Häufig stoßen sie auf Widerstand. Denn es gibt viele, die auch etwas bewegen wollen, nur in eine ganz andere Richtung. Dann sind es sich, die beiden Seiten. Das macht es schwierig.

Bitte hier einwerfen



Wie das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ entstand

4.1 2015 bis 2017: Einschneidende Ereignisse bilden den Ausgangspunkt

Die Ergebnisse des NSU-Untersuchungsausschusses im Jahr 2013 bestimmten die Grundausrichtung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. „Die Verteidigung der Menschenwürde, die Förderung demokratischer Kultur und die Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus sind auch nach Auffassung des Ausschusses selbstverständlich ebenso eine staatliche wie auch eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung.“¹³ Der Bericht fordert eine kontinuierliche Unterstützung für Demokratieförderung und betont, dass zivilgesellschaftliche Initiativen, Institutionen und Organisationen „einen unverzichtbaren Beitrag bei der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus, Rechtstextremismus und anderen Formen des Phänomens der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ leisten. **Dabei wurden u. a. folgende Punkte festgehalten:**

- *Das Engagement im ländlichen Raum, wo demokratische Normen und Werte und auch demokratische Institutionen wenig präsent sind, muss unterstützt, ausgebaut und verstetigt werden.*
- *Die professionelle Unterstützung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ist unverzichtbar; die staatliche Förderung in einigen westdeutschen Bundesländern ist zu gering.*
- *Die Verstetigung der Förderung und ein höheres Fördervolumen für Mobile Beratung und Opferberatung sind erforderlich, um professionelle Qualitätsstandards und fünfzigprozentige Förderung durch Bundesmittel zu erreichen.*
- *Strukturen, die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren spezifisch und zielgruppengenau sensibilisieren und thematisch ausbilden, müssen gesichert werden – für Organisationen und Initiativen, die präventive Aufklärungs-, Sensibilisierungs- und Bildungsarbeit machen.*
- *Gefördert werden sollen auch nichtstaatliche Beratungsangebote für Ausstiegswillige, regionale Netzwerkbüros zur Beratung von Initiativen im Arbeitsfeld sowie lokale Aktionspläne zur Förderung von lokalen Strategien der Zivilgesellschaft.*
- *Erfahrungen und Kompetenzen zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte sollten einbezogen und gleichberechtigt berücksichtigt werden.*
- *Die Finanzierungssicherheit soll auf bundesgesetzlicher Basis unter Einbeziehung der Länder gewährleistet werden.*
- *Ein bundesweites unabhängiges Monitoring rechter, rassistischer Gewalttaten soll gefördert werden.*
- *Es soll einen Initiativfonds für spezielle Ad-hoc-Initiativen vor Ort geben, um gemeinsame Interventionen mit regionalen Strukturen und Netzwerken zu unterstützen.*
- *Die Praxis der Ko-Finanzierungspflicht für Modellprojekte soll überprüft werden.*
- *Die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtstextremismus soll neu geordnet werden, um Verlässlichkeit und Planungssicherheit zu erhöhen.*
- *Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Evaluationen der bisherigen Bundesprogramme sollen berücksichtigt werden.*

Auf dieser Basis haben CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag 2013 die folgenden Umsetzungsschritte als erforderlich angesehen:

- *ziviles Engagement und demokratisches Verhalten sowie den Einsatz für Vielfalt und Toleranz bei Kindern und Jugendlichen auf der kommunalen bzw. regionalen Ebene zu fördern und zu stärken*
- *Vereine, Projekte und Initiativen motivieren und unterstützen, die sich der Förderung von Demokratie und Toleranz widmen und sich gegen Gewalt und Hass, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wenden*
- *Antisemitismus bekämpfen und Radikalisierung entgegenzutreten*
- *Prävention durch Verstärkung von Programmen stärken*
- *Programme langfristig finanziell sicherstellen und auf bundesgesetzlicher Grundlage, soweit Gesetzgebungskompetenz vorliegt, weiterentwickeln*
- *Haushaltsmittel aufstocken*
- *rassistischen und demokratiefeindlichen Strukturen mit der Stärkung von Forschung und politischer Bildung entgegenzutreten*

Diese Punkte stellten die Basis für das neue Bundesprogramm „Demokratie leben!“ dar. Bereits bei dessen Entwicklung im Jahr 2014 wurde deutlich, dass das geplante Programm und das Geld nicht ausreichten, um auf alle gesellschaftlichen Herausforderungen adäquat reagieren zu können. Der Deutsche Bundestag stockte daher bereits zum Start des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ im Jahr 2015 die Bundesmittel von 30,5 auf 40,5 Mio. Euro auf. Für die Umsetzung wurde auf die förderrechtlichen Möglichkeiten der Vorgängerprogramme zurückgegriffen. Zu jeder Fördermaßnahme wurden zudem Förderleitlinien erlassen, d. h., es wurden Förderleitlinien für die jeweiligen Programmbereiche aufgestellt.

Da sich die politische Sozialisation vor allem im Jugendalter vollzieht, blieb die Ausrichtung auf die Jugendphase sowie auf die für diese Phase relevanten Sozialisationsinstanzen. Das Bundesprogramm spricht besonders solche Erwachsenen-Zielgruppen an, die unmittelbar mit Kindern und Jugendlichen arbeiten (vor allem pädagogisch Tätige) bzw. als Bezugspersonen wesentliche Sozialisationsinstanzen darstellen, etwa Eltern und Großeltern. So entsteht ein positives Umfeld für eine demokratische politische Sozialisation. Das Bundesprogramm bezog auch

Akteurinnen und Akteure und kommunale Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus sogenannten Problemvierteln in die Präventionsarbeit ein, weil Kinder und Jugendliche hier meist unter besonderen Herausforderungen oder Belastungen (politisch) sozialisiert werden.

Da die oben genannten Punkte im Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses und im Koalitionsvertrag sich auf das Handeln der gesamten Bundesregierung beziehen, wurden verschiedene Aspekte auch in den anderen Programmen und Projekten der Bundesregierung berücksichtigt. Dabei spielte die Arbeit des Bundesministeriums des Innern eine wichtige Rolle, u. a. mit der Bundeszentrale für politische Bildung in der Extremismusprävention, dem Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und den Aktivitäten zur Deradikalisierung.¹⁴

4.2 Wo das Bundesprogramm seine Schwerpunkte setzt

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ bestand zum Start aus fünf Handlungsbereichen mit folgenden Förderungen:

- *kommunale Ebene: zunächst 179, später 218 lokale Partnerschaften für Demokratie*
- *Landesebene: 16 Demokratiezentren zur landesweiten Koordinierung und Vernetzung regionaler Projekte sowie von Mobiler, Opfer- und Ausstiegsberatung*
- *Bundesebene: 28 Organisationen, die in ihrer Entwicklung zu einem bundeszentralen Träger unterstützt werden*

Daneben gab es zwei Handlungsbereiche, innerhalb derer fast 100 Modellprojekte gefördert wurden (**vgl. Abb. 1**). Als Beitrag zur Nachhaltigkeit wurde für die erste Förderperiode eine Programmlaufzeit von fünf Jahren festgelegt.

.....
14 Bundeszentrale für politische Bildung: www.bpb.de,
Bundesprogramm Zusammenhalt durch Teilhabe: www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de.

„Demokratie leben!“

Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit

Nachhaltige Strukturen			Modellprojekte	
Kommunen	Länder	Bund		
218 Partnerschaften für Demokratie mit lokalen Koordinierungs- und Fachstellen	16 Demokratiezentren zur landesweiten Koordinierung, Vernetzung regionaler Projekte und Mobiler, Opfer- und Ausstiegsberatung	28 Organisationen in der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger	54 Modellprojekte zu ausgewählten Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratiestärkung im ländlichen Raum: <ul style="list-style-type: none"> - Antisemitismus - Antiziganismus - Islam-/Muslimfeindlichkeit - Homosexuellen- und Transfeindlichkeit 	36 Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention
Umsetzung und weitere Programmpartner Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, Deutsches Jugendinstitut, Fachforum				

Abb. 1: Struktur der Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (2015–2017)

Die Regiestelle beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben unterstützte die Umsetzung des Bundesprogramms. Das Deutsche Jugendinstitut in München und Halle (DJI) leistete wissenschaftliche Begleitung in Zusammenarbeit mit dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Frankfurt (ISS) und Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich in Berlin. Darüber hinaus wurde die Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention beim DJI in Halle gefördert.

Das „Fachforum“ war 2015 und 2016 beim Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (f-bb) angesiedelt. Es organisierte und koordinierte Programmveranstaltungen und bot Unterstützung beim (programmbereichsübergreifenden) Fachaustausch, bei der bedarfsorientierten fachlichen Vernetzung zwischen den Programmakteurinnen und Programmakteuren, beim programminternen Wissenstransfer sowie bei der Aufbereitung von Programmresultaten an.

4.2.1 Partnerschaften für Demokratie

Die erfolgreiche Arbeit der lokalen Aktionspläne (LAP) aus den bisherigen Bundesprogrammen wurden als Partnerschaften für Demokratie“ weiterentwickelt. Sie sollen vorrangig die Arbeit vor Ort unterstützen, indem sie kommunale, politische und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure zusammenschließen. Die Akteurinnen und Akteure widmen sich den lokalen Konflikten und Problemen. Sie analysieren sie und erarbeiten partizipativ Konzepte für eine lebendige, demokratische Gesellschaft und zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort. Einbezogen werden sollen alle staatlichen und demokratischen nichtstaatlichen Organisationen und Institutionen (Verwaltung, Politik, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Vereine, Verbände, Initiativen, Polizei, Migrantenorganisationen, Jugendarbeit, Schulen, Wirtschaft etc.). Diese bringen ihre Kompetenzen und Möglichkeiten in die Bündnisse ein. Aufgabe der Netzwerke ist das Verhindern demokratiefeindlicher Entwicklungen und die offensive Auseinandersetzung mit rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Orientierungen und Aktionen.

Das Bundesprogramm fördert dazu lokale, externe Koordinierungs- und Fachstellen im Rahmen der

Partnerschaft für Demokratie, Partizipations-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit und einen Aktions- und Initiativfonds. Die strategische Ausrichtung der Arbeit vor Ort soll durch Demokratiekonferenzen gestärkt werden. Erstmals wurde Jugendbeteiligung als ein fester Bestandteil verankert. Das Bundesprogramm ermöglichte es, Jugendforen zu gründen, und nahm einen partizipativ gestalteten Jugendfonds in die Förderung auf. Es entstanden Qualifizierungsangebote u. a. für die Mitarbeitenden der Koordinierungs- und Fachstellen.

Fondsmittel machen ein umfangreiches lokales Engagement von vielen Kleinstinitiativen und Trägern möglich. Über die Auswahl der Projekte und die Verwendung der Fondsmittel entscheidet ein Begleitausschuss, der mehrheitlich mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren besetzt ist.

Weil im Jahr 2016 die Radikalisierungstendenzen in der Gesellschaft immer stärker sichtbar wurden, nahm sich das Bundesprogramm vor, insbesondere die lokale, partnerschaftliche Demokratietarbeit zusätzlich zu stärken, zu beraten und weitere Kommunen für die Arbeit zu gewinnen.

4.2.2 Landes-Demokratiezentren

Die Beratungsangebote sowie die Koordinierungs- und Vernetzungsarbeit in den Ländern konnten im Kontext von „Demokratie leben!“ weiterentwickelt und gestärkt werden. Sie bauten auf der erfolgreichen Arbeit der landesweiten Beratungsnetzwerke und der guten Bund-Länder-Zusammenarbeit auf. Die Arbeit der Mobilien Beratung und der Opferberatung wurde gestärkt und im Rahmen landesweiter Netzwerke stärker gefördert. Auf Basis der Qualitätsentwicklungsprozesse im Vorläuferprogramm von „Demokratie leben!“ wurden Qualitätsstandards für die Beratung weiterentwickelt und ausdifferenziert. Hierdurch sind Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses umgesetzt worden. Das BMFSFJ unterstützte auch die Weiterentwicklung der bisherigen Beratungsnetzwerke zu Koordinierungs- und ...

- *Mobile Beratung von Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen, die mit rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen oder anderen demokratiefeindlichen Vorfällen konfrontiert sind oder denen rechtsextreme Unterwanderung oder Einflussnahme drohen*
- *Beratung und Unterstützung von Kommunen*
- *Beratung von Opfern rechtsextremer, rassistischer oder antisemitischer Straftaten*
- *Beratung im Rahmen von Ausstiegsprozessen*
- *Bündelung von Präventionsangeboten*

Die Koordinierungs- und Vernetzungsstellen unterstützen die (Weiter-)Entwicklung von Konzepten und Strategien zur Förderung von Demokratie und Vielfalt auf Landesebene und sorgen für eine Vernetzung der lokalen Aktivitäten. Darüber hinaus begleiten und fördern einzelne Akteurinnen und Akteure die Arbeit der lokalen Partnerschaften für Demokratie bei ihren Projekten.

Das Bundesprogramm förderte die Landeskoordinierungsstellen, Mobile Beratungsteams, Opferberatungsstellen, Projekte und Maßnahmen zur Unterstützung von Distanzierungsprozessen und zum

... Vernetzungsstellen der Prävention und Intervention in den einzelnen Bundesländern und ermöglichte die Einrichtung von Demokratiezentren. Schwerpunkte sollten sein:

Ausstieg aus dem Rechtsextremismus durch die landesweiten Beratungsnetzwerke anteilig mit maximal 50 Prozent.

Mindestens zweimal im Jahr stimmen sich Bund und Länder in einem Bund-Länder-Treffen ab. An ihnen nahmen Vertreterinnen und Vertreter der Landes-Demokratiezentren, der jeweiligen Landesministerialverwaltungen sowie bei einzelnen Treffen auch weitere Expertinnen und Experten teil.

4.2.3 Förderung der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger

Mit „Demokratie leben!“ wurden erstmals Träger mit bundesweiter Bedeutung längerfristig gefördert. Analog zu den bundeszentralen Trägern, die im Kinder- und Jugendplan des Bundes gefördert werden, sollte damit das Feld der zivilgesellschaftlichen Träger im Bereich von Demokratieförderung und Extremismusprävention auf Bundesebene institutionell gestärkt und weiterentwickelt werden.

Gemeinnützige eingetragene Vereine, Arbeitsgemeinschaften oder andere freie Träger mit erfolgreichen, evaluierten und bundesweiten Konzepten konnten sich im Rahmen einer Interessenbekundung für eine Förderung bewerben.

Schwerpunkte der Förderung waren vor allem:

- *Innovation und Weiterentwicklung thematischer Schwerpunkte des Programms*
- *Ausrichtung von Fortbildungen, Arbeitstagen und sonstigen Einzelmaßnahmen*
- *Beteiligung und Initiierung von Fachdebatten*
- *Aufgreifen aktueller Debatten in nationalen und internationalen Kontexten*
- *bundesweite Koordinierung und Vernetzung im Themen- oder Strukturfeld*
- *Beratung des Ministeriums und von Akteurinnen und Akteuren in Ländern und Kommunen*

Ziel der Förderung war, dass die ausgewählten Träger und das BMFSFJ an ihren gemeinsamen Schwerpunkten längerfristig und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Die Beteiligten zogen in jährlichen Planungsgesprächen Bilanz und vereinbarten neue Ziele. Bei jährlichen Trägerkonferenzen vernetzten sich die Träger und diskutierten gesellschaftliche Entwicklungen. In diesem Förderbereich wurde zum Teil auch die Gestaltung neuer Strukturen unterstützt, beispielsweise des Bundesverbands Trans*.

4.2.4 Modellprojekte

Ein weiterer Bereich des Bundesprogramms war die Förderung von Modellprojekten in zwei Themenbereichen, die vor allem

- *Fragen der Radikalisierungsprävention und*
- *ausgewählte Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*

in den Blick nahmen. Hinzu kamen Modellprojekte zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum.

Programmkonferenz „Demokratie leben!“ 2018



Programmbereich

„Radikalisierungsprävention“

Eine Lehre aus den Modellprojekten in der Initiative „Demokratie stärken“ (2010–2014) war, dass es u. a. Erfahrungs-, Wissens- und Differenzierungsdefizite in einigen Phänomenbereichen gab sowie Probleme beim Zugang zu den Zielgruppen. Insbesondere der Begriff „Extremismus“ führte hier zu verschiedenen Problemen. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ erweiterte daher die konzeptionellen Prämissen: Als neue Ausgangspunkte für die Bereitschaft, demokratie- und rechtsstaatsfeindliche, gewaltbereite, rassistische, politische oder religiöse Ideologien bzw. Überzeugungen anzunehmen und ggf. entsprechende Aktionen durchzuführen, galten nun auch Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen, Identitätskonflikte oder auch politische und soziale Spannungen. Starke soziale Bindungen, Gruppenloyalität und -druck u. Ä. sind häufig der Grund, weshalb sich Menschen dem politischen oder religiös fundamentalistischen Aktionismus zuwenden oder Gewalttaten verüben.

Diese Zusammenhänge müssen auch bei der Erprobung von Strategien der Radikalisierungsprävention berücksichtigt werden – also bei der Arbeit mit Jugendlichen, die für inhumane Einstellungen afflin sind. Der Förderschwerpunkt Radikalisierungsprävention richtete sich deshalb vor allem an Projekte, die sich gegen feindselige Mentalitäten, die Ungleichwertigkeit von Menschen und vorurteilbasierte, politische und weltanschaulich motivierte Gewalt wenden. Im Fokus standen insbesondere Rechtsextremismus, Ethnozentrismus, radikale und demokratie- bzw. rechtsstaatsfeindliche Formen des Islam, Ultranationalismus und linke Militanz. Je nach gesellschaftlicher Verbreitung, Ausprägungen, Wechselwirkungen und Ursachen war es Aufgabe der Modellprojekte, diverse Zielgruppen zu erreichen sowie verschiedene sozialräumliche Ansätze, Deeskalierungsstrategien und Distanzierungsprozesse zu erproben oder weiterzuentwickeln. Ziel war es, die Weiterentwicklung pädagogischer Praxis und lokaler Strukturen anzuregen und den Transfer bewährter Ansätze in die Regelstrukturen zu unterstützen. Strukturell sollten lokale, sozialräumliche Projekte in Wissenschaft-Praxis-Verbänden und Tandemprojekten im Vordergrund stehen.

Programmbereich

„Ausgewählte Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratiestärkung im ländlichen Raum“

Das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld prägte den Begriff der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Mit Einführung dieses Konstrukts erweiterten sich auch die Themenfelder des Bundesprogramms. Phänomene wie Islamfeindlichkeit, Antiziganismus und Homo- und Transphobie gerieten so ins Blickfeld. Eine Sonderrolle spielten die Modellprojekte zur Demokratieentwicklung im ländlichen Raum.

Themenfeld

„Aktuelle Formen des Antisemitismus“

Die gesellschaftliche Situation erforderte es, sich mit dem gegenwärtigen Antisemitismus auseinanderzusetzen und dazu in Projekten konkrete Ansätze und Angebote zu entwickeln. Entsprechende Maßnahmen der Antisemitismusprävention sollten sowohl in herkunftsheterogenen als auch -homogenen Settings erprobt werden. Besonders förderungsfähig waren Projekte in der Arbeit gegen antizionistischen und sekundären Antisemitismus.

Themenfeld

„Antiziganismus“

Im Feld „Antiziganismus“ sollte die Feindseligkeit gegen Sinti und Roma von der tradierten Vorurteilsverbreitung bis hin zu gewaltbereiten Übergriffen thematisiert werden. Es konnten Projekte, die antiziganistische Vorfälle kritisch aufarbeiten oder die Öffentlichkeit differenziert über die Geschichte und Gegenwart der Sinti und Roma aufklären, ebenso gefördert werden wie Projekte, die Handlungsmodelle zivilgesellschaftlichen Engagements entwickeln oder der Ethnisierung gesellschaftspolitischer Probleme zu Lasten der Sinti und Roma entgegenwirken. Projekte der Selbstorganisationen von Sinti und Roma oder in Partnerschaft waren besonders förderungswürdig.

Themenfeld

„Demokratiestärkung im ländlichen Raum“

Die Arbeit im ländlichen, strukturschwachen Raum gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit musste die besonderen Strukturen und Rahmenbedingungen im ländlichen Raum in den Fokus nehmen. Es sollten Maßnahmen gefördert werden, die die demokratische, politische Kultur und Selbstorganisation, vor allem junger Menschen, stärken. Neue Formen der Konflikt- und Problemlösung sollten erprobt und ein wertschätzendes sozio- bzw. interkulturelles Zusammenleben ermöglicht werden.

Themenfeld

„Aktuelle Formen von Islam- und Muslimfeindlichkeit“

In der erstmals gestalteten Förderung von Projekten zu „Islam-/Muslimfeindlichkeit“ sollten Projekte zur zivilen Bewältigung von Konflikten gefördert werden, bei denen die Faktoren Kultur, Ethnizität, Herkunft und/oder Religion eine Rolle spielen oder aber in ethnisierender Form thematisiert werden. Dabei sollten Rassismus bzw. Kulturalismus und Diskriminierung behandelt sowie inter- und soziokulturelle Aspekte beachtet werden.

Themenfeld

„Antidiskriminierung und Frühprävention im Vorschulalter“

Diskriminierungen entgegenzuwirken ist bereits im Vorschulalter von Bedeutung. Es wurden deshalb Projekte gefördert, die vor allem pädagogische Fachkräfte sowie Elternvertreterinnen und Elternvertreter zum Umgang mit Vorurteilen, Diskriminierung und Vielfalt befähigen sollten. Die Maßnahmen unterstützten Projekte, die das Empowerment von (potenziell) von Diskriminierung betroffenen Kindern und die Unterstützung betroffener Eltern zum Ziel hatten. Im Fokus standen auch Projekte, die einen möglichen Einfluss von rechtsextremistischen Akteurinnen und Akteuren im frühkindlichen Bereich vorbeugen sollten.

Themenfeld

„Homosexuellen- und Transfeindlichkeit“

Mit diesem Themenfeld förderte das Bundesprogramm Maßnahmen, die zur Akzeptanz gleichgeschlechtlicher, trans- und intergeschlechtlicher Lebensweisen beitragen sollten. Ziel war es zu helfen, Vorurteile gegen diese Gruppen abzubauen und sich gegen Diskriminierung und Gewalt aufgrund von Geschlecht bzw. Gender, Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung zu richten. Die Projekte in diesem Themenfeld wurden später als Projekte gegen Homosexuellen- und Transfeindlichkeit bezeichnet.

Themenfeld

„Rassismus und rassistische Diskriminierung“

Das Themenfeld wurde kurz nach dem ersten Interessenbekundungsverfahren zusätzlich aufgenommen. Hier sollte die Handlungskompetenz von Institutionen, Bildungseinrichtungen und individuell Betroffenen im Umgang mit rassistischer Diskriminierung gestärkt werden. Außerdem sollte sich ein besseres Bewusstsein für Rassismus als gesellschaftliches Problem bilden. Dabei ging es um Formen unmittelbarer als auch mittelbarer und intersektionaler Diskriminierung sowie um aktuelle Herausforderungen mit Bezug zur Flüchtlingsthematik.





„Demokratie leben!“-Truck auf dem Christopher Street Day (CSD) 2018

4.3 Ausbau des Programms von 2017 bis 2019

Bereits im Jahr 2015 zeigte sich: Die Stimmung in der Gesellschaft wird radikaler und polarisierter. Gewalt und Drohungen gegen Geflüchtete und Engagierte nahmen zu. Auch der Hass im Netz verstärkte sich, ebenso die Bedrohungen durch den islamistischen Extremismus (Terroranschläge, steigende Zahlen bei islamistischen Gefährdern, großer Zulauf zu salafistischen Gruppen). Dabei wurde deutlich, dass hier nicht nur eine verstärkte Arbeit der Sicherheitsbehörden notwendig ist. Auch im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wurden die Stärkung der Demokratie und die Sicherung eines friedlichen Zusammenlebens im Einwanderungsland Deutschland als Schwerpunkte ausgebaut. Mit zusätzlichen Projekten sollten z. B. Strategien und Ansätze gegen rassistische und diskriminierende Haltungen und Handlungen entwickelt werden. Dafür nahm das Bundesprogramm erstmals Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten mit ihren Projekten in die Förderung auf.

Damit diese Ziele erreicht werden konnten, verdoppelte der Deutsche Bundestag hierzu die Finanzmittel im Jahr 2017 von 50,5 Mio. Euro auf 105,5 Mio. Euro. Damit wurde das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ qualitativ und quantitativ deutlich ausgebaut. Das BMFSFJ entwickelte „Demokratie leben!“ weiter, indem es erste Erkenntnisse der wissenschaftlichen Begleitungen, aktuelle Studien und die Forschung hinzuzog. Zwischen Mai und November 2016 fand ein intensiver partizipativer Prozess mit Expertinnen und Experten statt. Nach einem Auftakt auf Arbeitsebene mit den Landes-Demokratiezentren

gab es ein Symposium zur aktuellen gesellschaftlichen Lage sowie einen Workshop, um bestehende Themen- und Phänomenbereiche weiterzuentwickeln, neue Themenfelder zu identifizieren und zusätzliche Zielgruppen in den Blick zu nehmen. An diesen Diskussionen nahmen Vertreterinnen und Vertreter aus verschiedenen geförderten Bereichen des Bundesprogramms, aus der Zivilgesellschaft, aus der Wissenschaft, den Ländern und den Sicherheitsbehörden teil.

Ziel dieses Austauschprozesses war es, erfolgreiche Ansätze weiterzuentwickeln und auszubauen, neue Bedarfe zu identifizieren und gleichzeitig neue Programmbereiche zu etablieren.

4.3.1 Bestehende Programmbereiche erweitern sich

Die Partnerschaften für Demokratie wurden thematisch erweitert und finanziell stärker unterstützt. Zudem wurden weitere Kommunen und Landkreise in die Bundesförderung aufgenommen. Auch die Arbeit der Landes-Demokratiezentren wurde gestärkt, sodass sie eigene strukturbildende Modellprojekte gegen Islamismus bzw. Islam- und Muslimfeindlichkeit starten konnten.

Der Programmbereich „Förderung der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger“ erhielt acht weitere Themen- und Strukturfelder.

4.3.2 Neue Modellprojekte entstehen

Diese zusätzlichen Programmbereiche kamen im Zuge der Weiterentwicklung hinzu:

- „Engagement und Vielfalt in der Arbeits- und Unternehmenswelt“
- „Demokratieförderung im Bildungsbereich“
- „Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“
- „Stärkung des Engagements im Netz – gegen Hass im Netz“
- „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“

Programmbereich

„Engagement und Vielfalt in der Arbeits- und Unternehmenswelt“

Eine immer wieder monierte Leerstelle in Demokratieförderung und Extremismusprävention war der Arbeitsplatz: Der Programmbereich „Engagement und Vielfalt in der Arbeits- und Unternehmenswelt“ griff dies auf. Wirtschaftsakteure, vor allem Unternehmen und Gewerkschaften, sollten als wichtige Partner beim Engagement gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Ideologien der Ungleichheit auch im Arbeitsplatzkontext eingebunden werden. Das Bundesprogramm förderte für dieses Themenfeld unterschiedliche Schwerpunkte: von der Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren über die Erarbeitung von Konzepten zur Demokratieförderung bis hin zur direkten Arbeit mit jungen Menschen in Ausbildung und am Arbeitsplatz.

Programmbereich

„Demokratieförderung im Bildungsbereich“

Der Programmbereich „Demokratieförderung im Bildungsbereich“ setzte sich aus zwei voneinander unabhängigen Teilbereichen mit neuen Modellansätzen zusammen. Mitte 2017 startete das Kooperationsprojekt „Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung“ mit den sechs Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege, der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) und des BMFSFJ. Ziel des Projekts war es, die Kindertagesbetreuung als ersten Ort eines vielfältigen demokratischen Miteinanders zu stärken und Grundlagen zu legen für das Erlernen von gesellschaftlichem Engagement gegen jede Form von Ausgrenzung. Bei der AGJ wurde eine Koordinierungsstelle eingerichtet, um die Kooperationspartner zu vernetzen. Im Teilbereich „Demokratie und Vielfalt im schulnahen Sozialraum“ wurde das Projekt „OPENION – Bildung für eine starke Demokratie“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung gefördert. Aufgabe des Projekts war es, Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Partnern anzuregen, in denen zeitgemäße Formen der Demokratiebildung für und vor allem mit Kindern und Jugendlichen entwickelt und erprobt werden. Die Modelle einer gelingenden Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule, insbesondere zur Stärkung der Partizipation von Heranwachsenden, sollten gemeinsam mit den Ländern erprobt und nachhaltig etabliert werden.

Programmbereich

„Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“

In diesem Programmbereich wurden Modellprojekte umgesetzt, die den sozialen Zusammenhalt in der Einwanderungsgesellschaft und die Teilhabe von Menschen, die von Rassismus und Marginalisierung betroffen sind, fördern.

Die Modellprojekte verfolgten drei spezifische strategische Ansätze. Im Themenfeld „Empowerment zur demokratischen Teilhabe“ sollte gezielt die Selbstbefähigung von Menschen gefördert werden, die von Rassismus und Ausgrenzung betroffen sind. Zentrales Ziel war es dabei, marginalisierte Gruppen in ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu stärken. Dazu sollten

Handlungskompetenzen und -strategien ausgebildet und verbessert werden, um den verschiedenen Formen der Diskriminierung auf individueller Ebene erfolgreich zu begegnen. Projekte der „Konfliktbearbeitung“ richteten sich gegen antidemokratische Tendenzen, die sich in teilweise hocheskalierten Konflikten im Sozialraum äußern. Die Projekte stärkten demokratische Haltungen, förderten den Umgang mit Vielfalt, bauten Fähigkeiten zur Konfliktlösung aus und entwickelten Methoden zur demokratischen Diskussionskultur weiter. Institutionen und Organisationen sind im Alltag die zentralen Akteure einer demokratischen und vielfältigen Gesellschaft. Sie sollten mit wenigen Modellprojekten gestärkt werden, um die Vielfalt der Einwanderungsgesellschaft abzubilden und adäquat in und mit der Einwanderungsgesellschaft arbeiten zu können.

Programmbereich

„Stärkung des Engagements im Netz – gegen Hass im Netz“

In diesem Programmbereich erprobten Modellprojekte Ansätze, um zivilgesellschaftliches Engagement im digitalen Raum zu fördern, Onlineprävention zu betreiben sowie demokratische Kräfte im Internet zu stärken. Die Projekte verfolgten dazu verschiedene Strategien: Sie förderten z. B. die kritisch-produktive Digitalkompetenz bei unterschiedlichen Adressatenkreisen (z. B. Kinder und Jugendliche, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Fachkräfte im Medienbereich). Manche Projekte berieten und bestärkten Personen, die online wie offline Diskriminierung erfahren. Einige erprobten neue Wege einer zeitgemäßen Online-Jugendarbeit mit dem Ziel, über das Netz Zugänge zu gefährdeten Jugendlichen zu finden. Viele Projekte erarbeiteten außerdem – häufig partizipativ mit ihren Zielgruppen – Inhalte oder Anwendungen für das Netz, die sich z. B. gegen extremistische Propaganda richten oder glaubwürdige positive Narrative transportieren sollen.

Programmbereich

„Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“

Diesen Programmbereich entwickelte das BMFSFJ in enger Abstimmung mit dem Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz, um neue Wege der Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe zu erproben. Hierzu sollte in jedem Bundesland jeweils ein Modellprojekt präventiv-pädagogische Angebote für straffällig gewordene (heranwachsende) Inhaftierte entwickeln. Schwerpunkte lagen in der Vermeidung von Diskriminierung, der Stärkung demokratischer Haltungen und der frühzeitigen Begegnung von Radikalisierungsprozessen in Haft. Darüber hinaus förderte der Programmbereich Ansätze der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit für bereits radikalisierte Inhaftierte. Der Programmbereich war phänomenübergreifend angelegt. Die Maßnahmen sollten die spezifische Bedarfslage berücksichtigen und den konkreten Anforderungen der Phänomenbereiche entsprechen, wie etwa Rechtsextremismus oder islamistischer Extremismus.

Die Projekte wollten Eltern und Familienangehörige ebenso erreichen wie ehren-, neben- und hauptamtlich in der Jugendhilfe tätige Personen. Sie sollten für den Umgang mit Radikalisierten und Radikalisierungsgefährdeten fortgebildet werden. Dabei ging es u. a. auch um das Personal in Justizvollzugsanstalten und Berufsgruppen, die mit Straffälligen arbeiten (Jugendgerichtshilfe, Bewährungshilfe, aber auch bspw. Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte).

4.3.3 Demokratie überall: unsere weiteren Aktivitäten

Im Jahr 2017 übernahm die BAFzA-Regiestelle das **Fachforum**. Weil sich das Programm in zehn Programmbereiche aufteilte, wurde programminterner Austausch und Wissenstransfer immer wichtiger (vgl. Abb. 2). Die Regiestelle stellte auch Materialien zur Verfügung, die die Projektarbeit unterstützen. „Demokratie leben!“ förderte neben der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention beim DJI in Halle auch einzelne Forschungsprojekte. Diese analysierten etwa Fälle von gelungener Distanzierung und Unterbrechung religiös begründeter Radikalisierung in einem frühen Stadium. Die Forschung identifizierte außerdem Faktoren der Resilienz junger Menschen, die unter Rahmenbedingungen sozialisiert werden, die sie empfänglicher machen für extremistische Ideologien. Auch die Wechselwirkungen zwischen Partizipations- und Ausgrenzungserfahrungen und religiös begründeter Radikalisierung wurden untersucht. Zusätzlich zu den einzelnen Programmbereichen gab es eine Reihe von Begleitprojekten, die z. T. auf Basis aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen entstanden. Diese wurden einzelnen Programmbereichen zugeordnet oder hatten einen bereichsübergreifenden Charakter (z. B. **IDA-Vielfalt-Mediathek**, Teilnahme am No-Hate-Speech-Movement).

Fachforum

Das Fachforum des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ diente als Fach- und Austauschplattform für alle Programmteilnehmer. Es bot Unterstützung bei einer bedarfsorientierten fachlichen Vernetzung und dem programmübergreifenden Fachaustausch zwischen den Akteurinnen und Akteuren des Bundesprogramms. Des Weiteren organisierte und koordinierte das Fachforum die Veranstaltungen in den verschiedenen Programmbereichen. Ergänzend dazu leistete das Fachforum einen Beitrag zur Identifikation und Aufbereitung relevanter Programmresultate und des aktuellen Fachdiskurses.

IDA Vielfalt-Mediathek

Mithilfe der Förderung von „Demokratie leben!“ wurden in den Projekten zahlreiche Materialien erstellt: Bücher, Broschüren, Arbeitshilfen, Filme, Lernmaterialien und vieles mehr. Um diese Materialien einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, archiviert die Vielfalt-Mediathek des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA) seit 2006 alle Materialien aus den Bundesprogrammen für Demokratie und Vielfalt und stellt diese kostenlos zur Verfügung. www.vielfalt-mediathek.de

Im Rahmen zahlreicher Fachaustausche und Konferenzen hatten die Programmpartnerinnen und Programmpartner die Gelegenheit, ihren Austausch und ihre Zusammenarbeit zu intensivieren:

- Bei einer Auftaktkonferenz des Bundesprogramms am 25. Februar 2015 erhielten die geförderten Projekte die Gelegenheit, sich kennenzulernen und über ihre Vorhaben auszutauschen. Am 8. November 2016 fand in Berlin ein Demokratiekongress statt, bei dem sich Akteurinnen und Akteure der Bundesprogramme „Demokratie leben!“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ kennenlernen, austauschen und vernetzen konnten. Gemeinsam wurde über Kooperationsmöglichkeiten zwischen beiden Bundesprogrammen sowie über die Herausforderungen und Perspektiven ihrer Projektarbeit diskutiert.
- Vom 13. bis 15. November 2017 richtete das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter dem Titel „Preventing Radicalisation – Towards Resilient Societies“ eine internationale Fachtagung zur Radikalisierungsprävention in Berlin aus. Die Fachtagung stand im Kontext der deutschen G20-Präsidentschaft 2017 und richtet sich an Fachleute aus Wissenschaft und Praxis der Demokratieförderung und Prävention.
- Am 6. November 2018 fand in Berlin eine Programmkonferenz für alle Programmpartnerinnen und -partner statt, die im Rahmen von „Demokratie leben!“ gefördert wurden. Ziele der Konferenz waren die Vernetzung und der Austausch zwischen den zehn Programmbereichen. Die Herausforderung, die entwickelten Präventionsansätze in den Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe nachhaltig zu verankern, war dabei ein Schwerpunkt.



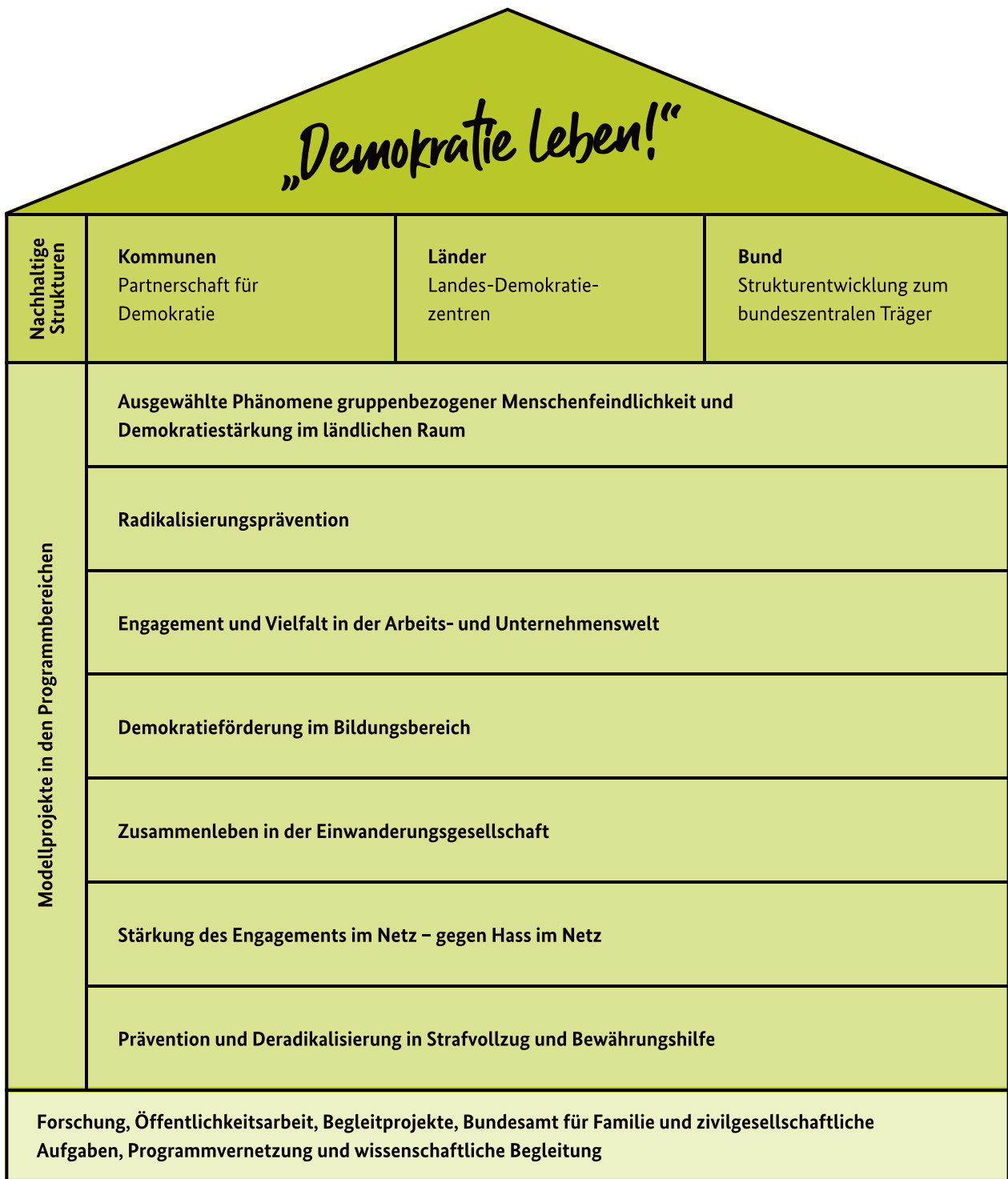


Abb. 2: Struktur des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (2017–2019)

Eine breitenwirksame **Öffentlichkeitsarbeit** im Rahmen des Programms begleitete das Bundesprogramm, um die Aktivitäten in der Bevölkerung bekannter zu machen und das Engagement der Zivilgesellschaft zu aktivieren. Hierzu zählten nicht nur die Programmwebsite, der regelmäßige Newsletter sowie die Bereitstellung von Broschüren und Give-aways, sondern auch die bundesweite Demokratiekampagne „Wer, wenn nicht wir!“ (Impressionen der Kampagne siehe

nächste Doppelseite). Das Bundesprogramm und seine Programmpartnerinnen und -partner wurden auf zahlreichen Fachmessen, Straßenfesten und Veranstaltungen vorgestellt.

Im Mai 2018 beschloss das BMFSFJ, das Bundesprogramm fortzuführen. Der Deutsche Bundestag stellte die Mittel bereit und so war die Fortsetzung von „Demokratie leben!“ über 2019 hinaus in einer zweiten Förderperiode (2020 bis 2024) sichergestellt.¹⁵

.....
15 Vgl. <https://www.demokratie-leben.de/>.

Kampagne 2017

Wer, wenn nicht wir!



DIESES PLAKAT WIRD NICHTS ÄNDERN!
ABER DU KANNST ES

DIESES PLAKAT HAT KEINE MEINUNG!
ABER DU HAST EINE

DIESES PLAKAT WIRD NICHTS ÄNDERN!
ABER DU KANNST ES

DIESES PLAKAT HÄNGT NUR RUM!
ABER DU KANNST MEHR

DIESES PLAKAT HAT KEINE MEINUNG!
ABER DU HAST EINE

DIESES PLAKAT HÄNGT NUR RUM!
ABER DU KANNST MEHR

DIESES PLAKAT KANN KEINE ANSICHT NICHT ÄNDERN!
ABER DU KANNST ES

DIESES PLAKAT WIRD NICHTS ÄNDERN!
ABER DU KANNST ES

DIESES PLAKAT KANN NUR SCHWARZ-WEISS!
ABER DU KANNST FARBE BEKENNEN

WER, WENN NICHT WIR!
DEMOKRATIE-LEBEN.DE

DAS IST KEINE SÄULE DER GESELLSCHAFT!
ABER DU KANNST EINE SEIN

SCHOLZ & FRIENDS

LITFASS-PLATZ 1

Demokratie leben!

**DIESES PLAKAT
WIRD NICHTS ÄNDERN!**

ABER DU KANNST ES

WER, WENN
NICHT WIR
DEMOKRATIE-LEBEN.DE

Demokratie
leben!

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Alexanderplatz

**DIESES PLAKAT
HANGT NUR RUM!**

ABER DU KANNST ES

**DIESES PLAKAT
HANGT NUR RUM!**

ABER DU KANNST ES

**DIESES PLAKAT
HANGT NUR RUM!**

ABER DU KANNST ES

**DIESES PLAKAT
HANGT NUR RUM!**

ABER DU KANNST ES

**DIESES PLAKAT
KANN SEINE ANSICHT
NICHT ÄNDERN!**

ABER DU KANNST ES

WER, WENN
NICHT WIR
DEMOKRATIE-LEBEN.DE

Demokratie
leben!

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Berlin



S

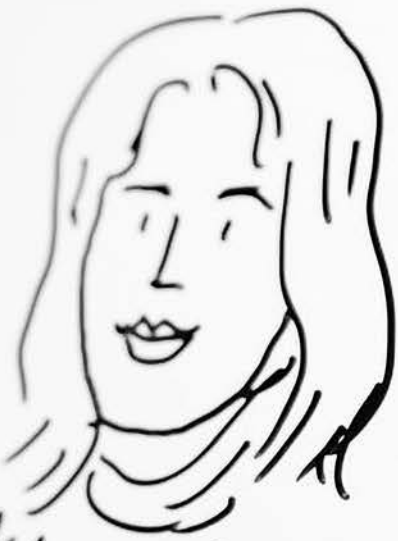
Erträge und Herausforderungen

von „Demokratie leben!“ – Ergebnisse aus der wissenschaftlichen Programmbegleitung



Soziales

ES GEHT immer
um die
**Gleichen
Menschen!**



PROF. DR. Beate
KÜPPER

Loka

WA
machen
MÖGLICH

BAL

Familie

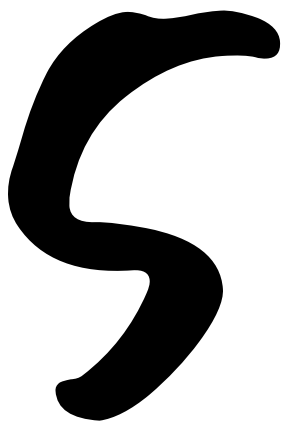
Bildung



NEIN!

**sames
ent**

RZAHNEN



Erträge und Herausforderungen

von „Demokratie leben!“ – Ergebnisse aus der wissenschaftlichen Programmbegleitung

Drei wissenschaftliche Institute haben „Demokratie leben!“ während der gesamten Förderperiode 2015 bis 2019 evaluiert: die Camino Werkstatt gGmbH, das Deutsche Jugendinstitut e. V. und das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. Sie beobachteten die Umsetzung des Bundesprogramms, arbeiteten die dafür förderlichen und hinderlichen Bedingungen heraus, identifizierten die Leistungen des Programms und bewerteten seine Erträge. Jeweils ein Team aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der beteiligten Institute begleitete jedes der insgesamt zehn Programmbereiche. Das Deutsche Jugendinstitut e. V. hatte darüber hinaus die Aufgabe, übergreifende Fragen für das Bundesprogramm als Ganzes zu untersuchen.

Die folgenden Seiten geben schlaglichtartig einen Einblick in wesentliche Untersuchungs- und Evaluationsergebnisse aus der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms. Auf die Darstellung des methodischen Vorgehens, von Literaturangaben und Weiterverweisungen im Text wird dabei weitgehend verzichtet. Detaillierte Ergebnisse und die Methodik der einzelnen Begleitungen sind ausführlich in deren jährlich verfassten Berichten dargestellt. Sie sind auch auf der Homepage des Bundesprogramms unter www.demokratie-leben.de veröffentlicht. **> Eine Übersicht über Berichte und Literatur findet sich in der Publikationsübersicht im Anhang ab Seite 135.**

5.1 Programmbereiche

5.1.1 Partnerschaften für Demokratie – ein bewährtes Instrument der kommunalen Demokratieförderung!

Partnerschaften für Demokratie sind ein zentraler Ansatz zur Demokratieförderung auf kommunaler Ebene. „Demokratie leben!“ entwickelte mit ihnen die bereits erprobten Ansätze der „lokalen Aktionspläne“ aus den Vorläuferprogrammen weiter und setzte damit wesentliche Forderungen aus dem NSU-Untersuchungsausschuss um.

Diese Partnerschaften bezogen erstmals alle Formen von Demokratie- und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit ein und erweiterten damit den bisherigen Fokus auf die Prävention von Rechtsextremismus. Einen wichtigen Beitrag zur Demokratieförderung leisteten die neu etablierten Jugendforen, die junge Menschen direkt stärken. Zudem wurden mit der Einführung von Demokratiekonferenzen

Verfahren demokratischer Beteiligung verbindlich vorgeschrieben. Die Koordinierungs- und Fachstellen erhielten eine erweiterte Aufgabenbeschreibung. Dies stärkte die Expertise für eine systematische, kontinuierliche und anlassunabhängige Strategieplanung und Präventionsarbeit.

In den Partnerschaften für Demokratie schließen sich staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure zu lokalen Bündnissen zusammen. Die Partnerschaften haben sich u. a. bewährt, weil sie zivilgesellschaftliche Akteure mobilisieren, Netzwerke bilden, Problemlösungskompetenzen und Praxiswissen erzeugen sowie die Kooperation von kommunalen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren fördern. „Demokratie leben!“ ist von der Überzeugung getragen, dass eine gelebte demokratische Kultur ein Garant für die gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit gegenüber demokratie- und menschenfeindlichen Erscheinungen ist. Die Partnerschaften für Demokratie fördern deshalb vielfältiges zivilgesellschaftliches Engagement,

eine dauerhafte Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren und sie stärken und qualifizieren Strukturen der Demokratieförderung und Präventionsarbeit vor Ort. Darüber hinaus passen die Partnerschaften für Demokratie kontinuierlich ihre thematische Ausrichtung auf aktuelle Themenstellungen und Herausforderungen an. Ihre Aufgabe ist es zudem, die Anliegen und Ziele der kommunalen Gesamtkonzepte zur Bearbeitung lokaler Problemlagen öffentlichkeitswirksam zu verbreiten.¹⁶

Die Partnerschaften für Demokratie bilden eine starke Struktur, um lokal Demokratie zu fördern und sich mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit auseinanderzusetzen.

Durch „Demokratie leben!“ ist die Anzahl der kommunalen Strukturen zur Demokratieförderung stark gewachsen. Aus 172 Fördergebieten zum Ende des Vorläuferprogramms wurden 218 mit dem Start von „Demokratie leben!“. Am Ende der ersten Förderperiode waren es 300 (vgl. Abb. 3).

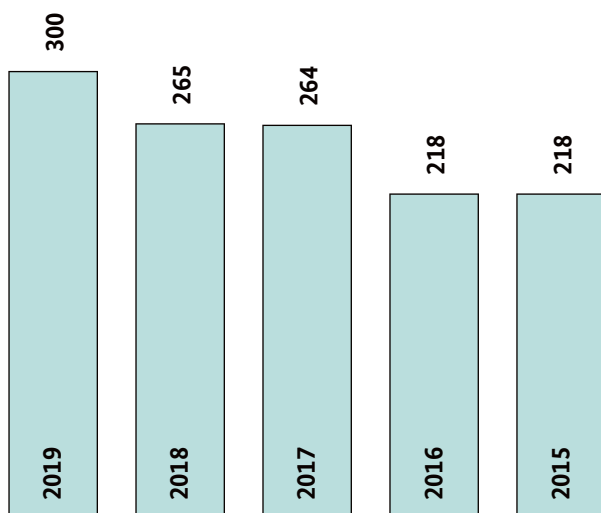


Abb. 3: Anzahl der Partnerschaften von 2015 bis 2019¹⁷
 Quelle: ISS: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (n=300), 2018 (n=265), 2017 (n=264), 2016 (n=218) und 2015 (n=218).

Dabei sind viele Partnerschaften zunächst in den westlichen Bundesländern entstanden. In den östlichen Bundesländern gibt es inzwischen in drei Viertel der Landkreise eine Partnerschaft für

Demokratie. Zu berücksichtigen ist, dass sich auch wegen mehrerer Kreisgebietsreformen die Landkreisgrößen im Bundesvergleich erheblich unterscheiden. Das hat wesentlichen Einfluss auf die Arbeit in den Partnerschaften.

Dessen ungeachtet stößt „Demokratie leben!“ immer wieder neue regionale Präventionsinfrastrukturen an und dient als Modell für weitere Initiativen der Länder. Denn diese nutzen und adaptieren die in der Praxis erprobten Strukturen der Kooperationsarrangements.

- Das Land Thüringen hat mit dem Landesprogramm „DenkBunt“ das Format der Koordinierungs- und Fachstellen landesweit ausgebaut.
- Hessen stockt mit dem Landesprogramm „Hessen Aktiv“ die Finanzierung der Koordinierungs- und Fachstellen auf.
- Nordrhein-Westfalen fördert mit dem Landesprogramm „NRWeltoffen“ analoge Formate zur Antidiskriminierungsarbeit und vernetzt die Akteurinnen und Akteure.¹⁸

Um die Herausforderungen, denen sich die Partnerschaften für Demokratie stellen, erfolgreich zu meistern, sind gut ausgestattete, professionelle Koordinierungs- und Fachstellen Voraussetzung. Sie müssen insbesondere Aufgaben der Netzwerkbildung und -steuerung, der Bürgeraktivierung und der Projektumsetzung übernehmen. Im Laufe des Programms „Demokratie leben!“ konnte die Mehrzahl der Koordinierungs- und Fachstellen, auch unterstützt durch Weiterbildungsangebote aus dem Programm, die dafür nötigen Wissensbestände erwerben und die erforderlichen Zugänge zu Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft aufbauen. Für diese Zugänge war neben einer guten Zusammenarbeit mit dem federführenden Amt auch personelle Kontinuität eine wichtige Voraussetzung.¹⁹ Die Partnerschaften für Demokratie leisten einen bedeutsamen Beitrag zur Entwicklung von Netzwerkstrukturen und Kooperationsbeziehungen. Bemerkenswert ist dabei insbesondere die Leistungsfähigkeit der Netzwerke, die Ergebnis von professionellen und partizipativen Arbeitsformen und der Einbindung aller relevanten Akteurinnen und Akteure einer Region in ein Netzwerk ist (vgl. Abb. 4).

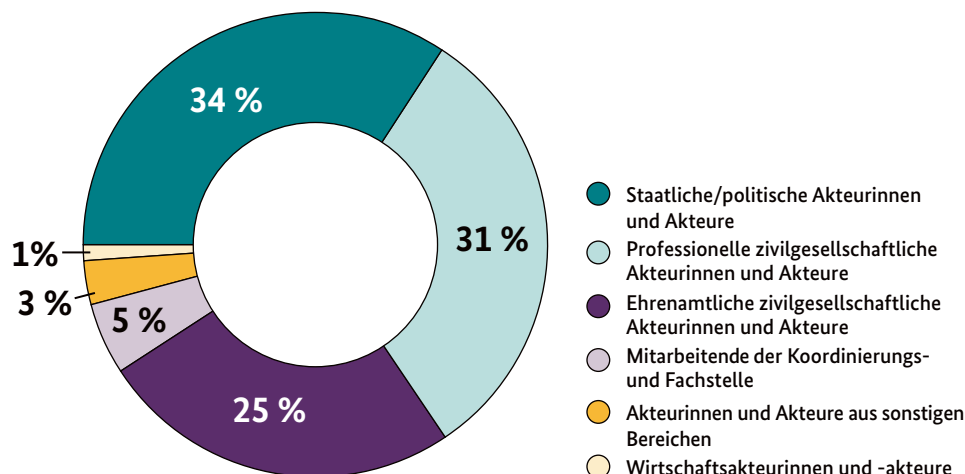
16 Vgl. ISS und Camino 2015, S. 47–48.
 17 Vgl. ISS und Camino 2019, S. 264.
 18 Vgl. ISS und Camino 2018, S. 34.
 19 Vgl. ISS und Camino 2017, S. 94.

Eine wachsende Anzahl von Partnerschaften für Demokratie bezieht nicht nur relevante Fachakteurinnen und Fachakteure, Initiativen und Bündnisse in ihre Netzwerke ein. Sie kooperieren auch mit politischen Akteurinnen und Akteuren und mitgliedsstarken Vereinen, die bis dahin kaum mit den Themen der Partnerschaft zu tun hatten.²⁰ So erreichen die Partnerschaften inzwischen eine breite Öffentlichkeit.

Partnerschaften für Demokratie schaffen und beleben Netzwerke vor Ort. Sie aktivieren Offizielle ebenso wie – insbesondere junge – engagierte Bürgerinnen und Bürger.

Abb. 4:
Zusammensetzung der Begleitausschüsse, differenziert nach Akteursgruppen²¹

Quelle: ISS: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2019 (n=296).



Engagierte Netzwerke und aktive Bürgerinnen und Bürger im kommunalen Raum erwecken die demokratische Gestaltungskraft der Partnerschaften zum Leben. Der Begleitausschuss ist das Kernnetzwerk vor Ort, in dem Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung gemeinsam integrierte Handlungsstrategien vorantreiben. Die Partnerschaften für Demokratie beteiligen dabei nicht nur professionell Zuständige, sondern aktivieren zunehmend auch ehrenamtlich Aktive. Etwa jede vierte im Begleitausschuss engagierte Person ist dort nicht hauptamtlich tätig. Im Jahr 2019 waren es 1.325 Aktive.²²

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ hat darüber hinaus zentrale Impulse gesetzt, um die Beteiligung von Jugendlichen zu fördern. Mit der Vorgabe, Beteiligungsgremien für Jugendliche zu schaffen, gelang es bis Mitte 2019, 259 Jugendforen (vgl. Abb. 5) mit insgesamt etwa 3.900 engagierten jungen Menschen einzurichten. Die Jugendforen sind mehrheitlich Neugründungen im Rahmen von „Demokratie leben!“. Sie geben – insbesondere im ländlichen Raum – Jugendlichen die Chance, Engagement einzuüben, junge Perspektiven in politische Entscheidungsprozesse einzubringen und selbstständig eigene Projekte zu realisieren. Vertreterinnen und Vertreter der Jugendforen haben zudem Stimmrecht in den Begleitausschüssen und beteiligen sich aktiv an der Umsetzung der Partnerschaften. Junge Menschen werden auf diese Weise zu selbstbestimmten Mitgestalterinnen und Mitgestaltern von Prozessen demokratischer Beteiligung.²³ Das verdeutlicht, dass die partizipativen Ansprüche der Partnerschaften für Demokratie weit über die der Vorgängerprogramme hinausgehen.

20 Vgl. ISS und Camino 2018, S. 116.

21 Vgl. ISS und Camino 2019, S. 47.

22 Vgl. ISS und Camino 2019, S. 46.

23 Vgl. ISS und Camino 2018, S. 40.

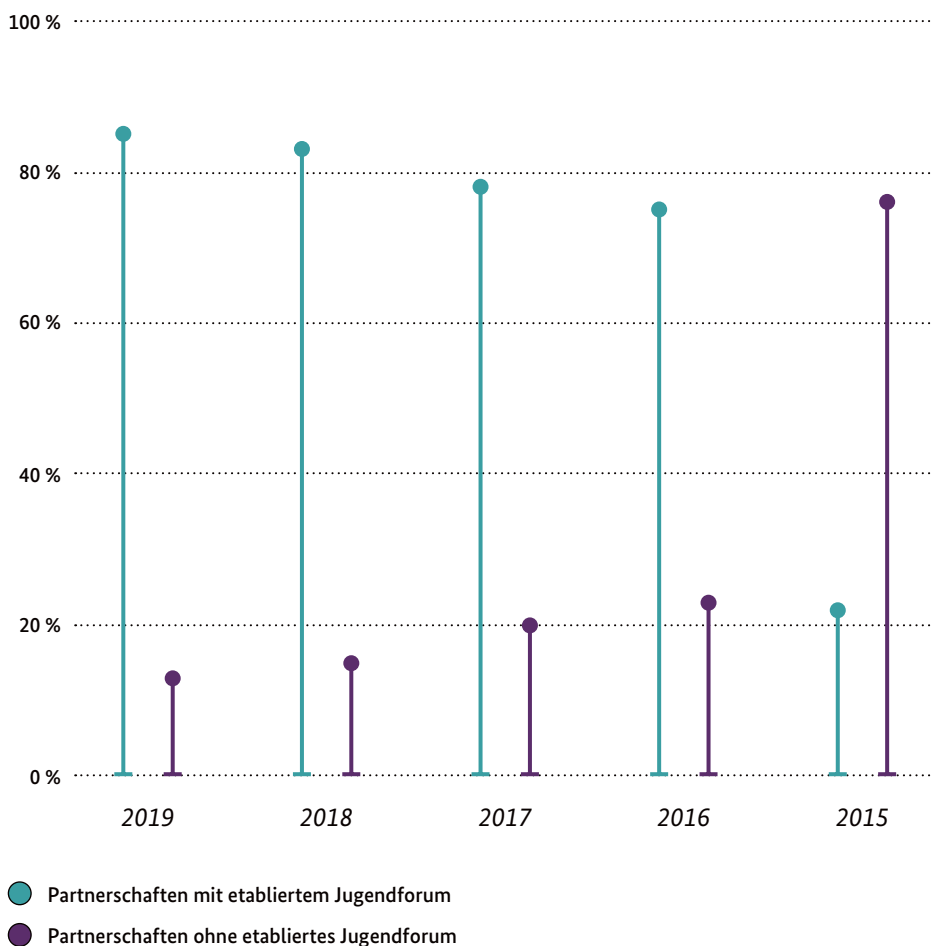


Abb. 5:
Umsetzungsstand der Jugend-
foren von 2015 bis 2019²⁴

Quelle: ISS: Angaben der
Koordinierungs- und Fachstellen
2015 (n=218), 2016 (n=218),
2017 (n=264), 2018 (n=265) und
2019 (n=300).

Die Aktions- und Initiativfonds ermöglichen Partnerschaften für Demokratie, auf aktuelle Bedarfe zu reagieren und diese flexibel zu bearbeiten.

Partnerschaften für Demokratie förderten zuletzt im Zeitraum von zwölf Monaten durchschnittlich gut 22 lokale Projekte bzw. Einzelmaßnahmen. Rund ein Drittel der finanziellen Mittel, die das Bundesprogramm für die Partnerschaften für Demokratie bereitstellt, werden zur Umsetzung von Einzelmaßnahmen verwendet. Diese waren schwerpunktmäßig in den Handlungsfeldern „Demokratieförderung“, „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“ sowie in den Ansätzen gegen „Rechts-extreme Orientierungen und Handlungen“ angesiedelt. Sie adressierten aber darüber hinaus auch weitere Themen wie „Antisemitismus“, „Homosexuellen- und Transfeindlichkeit“ u. v. m. (vgl. Abb. 6).²⁵ Partnerschaften für Demokratie haben ein besonderes Kennzeichen: Sie können sich an aktuelle lokale Problemlagen anpassen. So entstanden 2016, zu einem Zeitpunkt, als dies gebraucht wurde, rund 1.275 Projekte und Initiativen zur „Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete“. Dieses Engagement war dann aufgrund sich ändernder Bedarfe 2018 auf rund 750 Initiativen zurückgegangen.

²⁴ Vgl. ISS und Camino 2019, S. 76.

²⁵ Vgl. ISS und Camino 2019, S. 57 f.

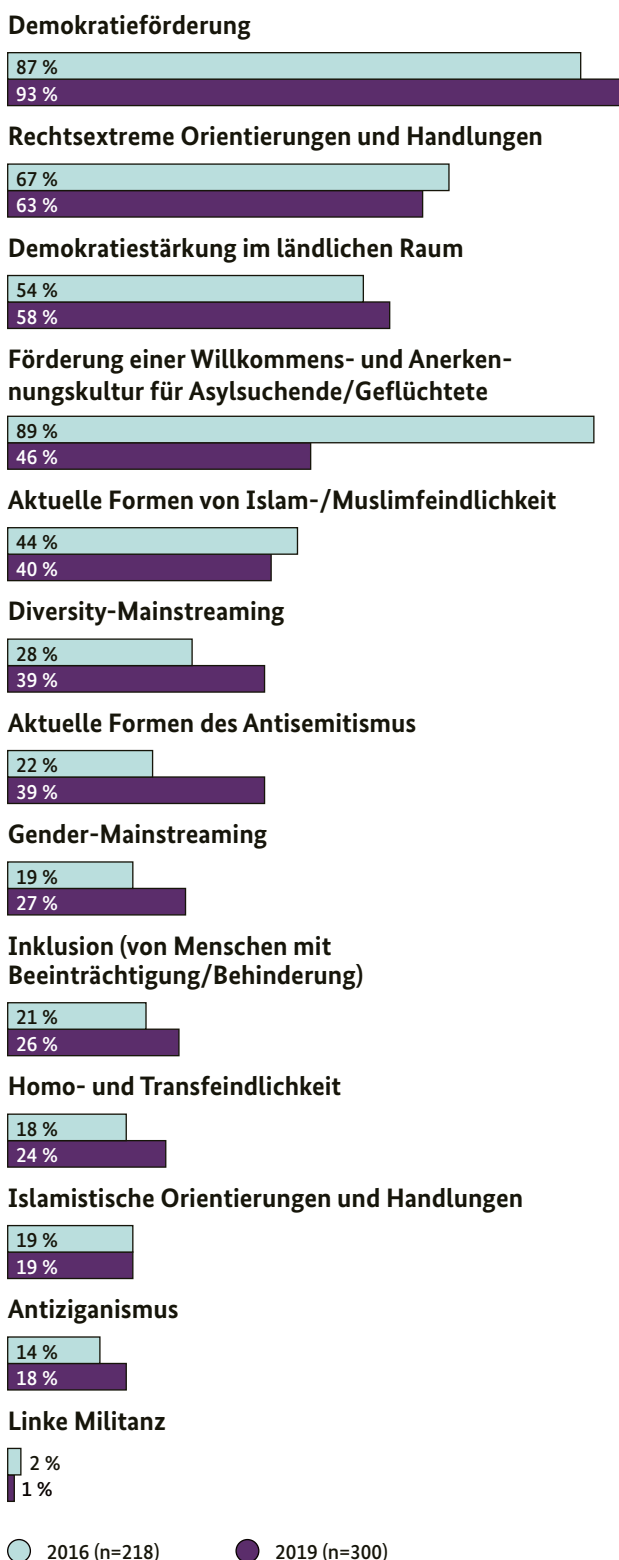


Abbildung 6: Arbeitsschwerpunkte der Partnerschaften für Demokratie, 2016 und 2019²⁶
 Quelle: ISS: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=218) und 2019 (n=300). Mehrfachnennungen sind möglich.

Die Anzahl der Einzelmaßnahmen ist nicht nur kontinuierlich gestiegen, weil die Zahl der Partnerschaften wuchs. Auch die Anzahl der Projekte pro Partnerschaft stieg: von 2016 durchschnittlich 18 Projekten bei 218 Partnerschaften auf 2019 im Schnitt mehr als 22 Einzelmaßnahmen pro Partnerschaft – und insgesamt 300 Partnerschaften für Demokratie. Die Projektformate reichen von Angeboten der Sensibilisierung und Wissensvermittlung an Schulen und Diskussionsrunden über partizipative Kulturangebote, Begegnungen und Informationsveranstaltungen bis hin zu Angeboten der außerschulischen Jugendbildung u. v. a. m. Im Kern wollen sie Grundwerte stärken und Wissen erweitern, persönliche Kompetenzen im Umgang mit demokratischen Werten und Verfahren optimieren sowie Partizipation erhöhen.

> **Konkrete Beispiele siehe Seite 47–51**

Partnerschaften für Demokratie stärken in Kommunen nachweislich die Widerstandskraft gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit.

Partnerschaften für Demokratie bewähren sich als ein den lokalen Gegebenheiten angepasstes Instrument zur Prävention von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit.²⁷ Sie wirken – multiperspektivisch nachweisbar – positiv in unterschiedlichen Problemlagen. Positive Veränderungen zeigen sich mit der Zeit auf vielen Ebenen: Akteurinnen und Akteure sind sensibler, ihre Situations- und Handlungskennntnis wächst, Wissen verbreitet sich, deutungsmächtige Personen werden aktiviert und es bildet sich Widerstandsfähigkeit gegenüber Phänomenen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit heraus.²⁸ Eine besondere Stärke der Partnerschaften liegt darin, abgestimmt auf die lokalen Gegebenheiten bzw. vorhandenen Problemlagen und Ressourcen handeln zu können. Je nach Situation in den Förderregionen werden unterschiedliche Strategien entwickelt, mit denen partnerschaftsspezifische Wirkungspotenziale verbunden sind, und es gelingt, das Zusammenwirken der Akteurinnen und Akteure vor Ort demokratisch zu gestalten.

²⁶ Vgl. ISS und Camino 2019, S. 54.

²⁷ Vgl. ISS und Camino 2017, S. 50 ff.

²⁸ Vgl. ISS und Camino 2018, S. 42.

Partnerschaften machen die Zivilgesellschaft wehrhafter – auch bei Anfeindungen durch demokratie- und menschenfeindliche Akteurinnen und Akteure.

Aus den Förderregionen wird in den vergangenen Jahren konstant von Bedrohungslagen berichtet, mit denen insbesondere zivilgesellschaftlich engagierte, aber auch staatliche Akteurinnen und Akteure konfrontiert sind.²⁹ Generell nehmen mitunter gewaltförmige Übergriffe auf ehrenamtlich Engagierte sowie Akteurinnen und Akteure in Politik und Verwaltung zu (vgl. Abb. 7).³⁰ Neu und hervorzuheben ist, dass demokratisch Engagierte zunehmend mit der unmittelbaren Behinderung ihres Engagements durch rechte Akteursgruppen umzugehen haben.

Auf diese Bedrohungslagen und Einschüchterungen reagieren die Partnerschaften einhellig mit öffentlich wahrnehmbarem Widerspruch und konstituieren Formen der Gegenbewegung. Dennoch erhöht sich der Druck auf die Aktiven, weil die Engagierten die Aktionen der demokratiefeindlichen Gruppen als kontrollierend, delegitimierend und bedrohlich wahrnehmen.³¹ Darüber hinaus berichten nicht wenige Koordinierungs- und Fachstellen, dass neben Bedrohungen auch eine Diskursverschiebung nach „rechts“ im gesellschaftlichen Klima die Arbeit erschwere.³²

Um dieser Herausforderung zu begegnen, werden solidarische Netzwerke geknüpft, das Handlungswissen unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure zusammengeführt und es wird sichtbar für demokratische Werte eingestanden.³³ Die im Rahmen der Partnerschaften geförderten Einzelmaßnahmen bilden sehr gut die bunte Vielfalt von Projekten unter dem Dach von „Demokratie leben!“ ab. Aber auch hier ist abzulesen, dass im Engagement gegen zugespitzte Positionen aus dem demokratie- und menschenfeindlichen Spektrum eine zentrale Querschnittsaufgabe entstanden ist. Verschiedene Träger sind zu diesem Thema mit Ansätzen der Demokratieförderung und Antidiskriminierungsarbeit aktiv.³⁴

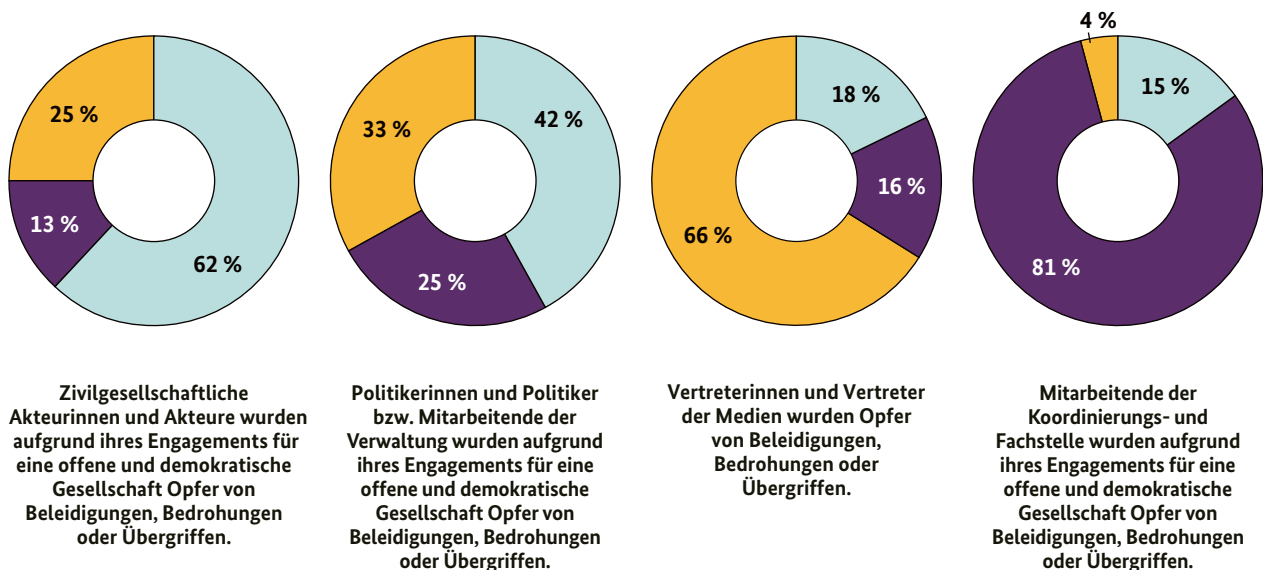


Abb. 7: Wie Koordinatorinnen und Koordinatoren die Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Akteursgruppen einschätzen.

Zeitraum: 01.07.2018 bis 30.06.2019.³⁵

Quelle: ISS: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (n=300).

Ja ●

Nein ●

Kann ich nicht beurteilen ●

29 Vgl. ISS und Camino 2016, S. 71 ff.; ISS und Camino 2017, S. 73 ff.; ISS und Camino 2018, S. 96 ff.

30 Vgl. Haneke, Alexander: Im gefühlten Abwärtsstrudel. In Amtsstuben mehren sich Angriffe – der Vorsitzende des Beamtenbundes will Betroffenen mit Ombudsleuten helfen. In: F.A.Z. vom 20.08.2019.

31 Vgl. ISS und Camino 2018, S. 43 f.

32 Vgl. ISS und Camino 2017, S. 104.

33 Vgl. ISS und Camino 2019, S. 187 ff.

34 Vgl. ISS und Camino 2018, S. 149 ff.

35 Vgl. ISS und Camino 2019, S. 176.

Einzelmaßnahmen der Partnerschaften für Demokratie

Gute Beispiele aus allen 16 Ländern



Baden-Württemberg

*Partnerschaft für Demokratie Herrenberg
„Stadtteilverbindendes Festival“*

Projektlaufzeit: 01.04.2018–31.12.2018
(2019 dann in mehreren Ausstellungen in
verschiedenen Stadtteilen)

Mit einem gelben VW-Bus aus den 1970ern steuern Studierende der Empirischen Kulturwissenschaft in Tübingen und Vertreterinnen und Vertreter der Partnerschaft für Demokratie alle Herrenberger Stadtteile an. Dort sammeln sie Geschichten von mutigen Menschen, von Freundschaft, Zivilcourage und Völkerverständigung. Das Projekt wird 2019 in einer Ausstellung münden. Die Stadtteile unterstützen mit „Couragierten Stadtteilaktionen“, bei dem ein interkulturelles Miteinander im Vordergrund steht.

Weitere Informationen:
<https://www.herrenberg.de/demokratie-leben>

Bayern

*Partnerschaft für Demokratie Kaufbeuren
„Haus der Demokratie“*

Projektlaufzeit: 21.09.2019–06.10.2019

Mit dem Projekt „Haus der Demokratie“ zielten die Initiatorinnen und Initiatoren darauf ab, mit der lokalen Bevölkerung bei Workshops, Veranstaltungen oder Aktionen in eigens dafür hergerichteten Räumlichkeiten ins Gespräch zu kommen. Die Konzeption als „Pop-up-Store“ – also eine zeitliche Begrenzung des „Demokratie-Ladens“ – zeugt von einem innovativen Charakter, um die Partnerschaft für Demokratie Kaufbeuren sowie deren Aufgaben und Ziele vorzustellen, Abendveranstaltungen abzuhalten und inhaltlich mit verschiedenen Vorträgen über einschlägige Themen zu informieren.

Weitere Informationen:
<https://www.kaufbeuren-aktiv.de/veranstaltungen/veranstaltungen-2019/haus-der-demokratie.html>

Bremen

*Partnerschaft für Demokratie
Bremen-Mitte / Östl. Vorstadt / Findorff
„Junoon Festival“*

Projektlaufzeit: 01.06.2019–30.06.2019

In Bremen haben sich Geflüchtete aus Syrien zu der selbst organisierten Gruppe „La6izi“ zusammenschlossen. Mittlerweile haben sie einen gleichnamigen Verein gegründet. Durch ihre Arbeit schaffen sie neue Räume für einen (interkulturellen) Austausch, leisten wichtige Vernetzungsarbeit zwischen unterschiedlichen Aktiven und tragen zur Sichtbarkeit von migrantischen Perspektiven bei. Im Jahr 2019 plante „La6izi“ das zweiwöchige „Junoon Festival“. Im Rahmen des Festivals fanden Workshops, Vorträge und Diskussionsrunden statt. Hinzu kommt ein breites Spektrum kultureller Angebote rund um die Themen Freiheit, Gleichberechtigung und Gerechtigkeit: eine Kunstaussstellung, ein Theaterstück, ein breites Musikprogramm und eine Filmvorführung mit anschließender Diskussion. Das Projekt vermittelt einen Einblick in die syrische Gesellschaft mit ihren aktuellen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen und dient neben dem Austausch und der Vernetzung auch der Selbstrepräsentation und Ermächtigung der Organisierenden. Die Dokumentation ist auf Anfrage über die Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie Bremen Mitte erhältlich.

Berlin

Partnerschaft für Demokratie Berlin-Neukölln Animationsfilm „Was ist die Jugendjury“

Projektlaufzeit: 13.11.2018–21.12.2018 und
15.01.2019–05.04.2019

Da ein Generationswechsel in der Jugendjury ansteht, liegt der Schwerpunkt der Aktivitäten zum Jugendfonds auf der Aktivierung neuer engagierter Jugendlicher. Ausgehend von dem Info-Comic zur Jugendjury wurden im 1. Teilprojekt zunächst Bausteine für ein Animationsvideo entwickelt. Alle Stufen des kreativen Prozesses wurden von den Jugendlichen gemeinsam mit Designexperten entwickelt. Sowohl das Storyboard als auch die Konzeption der Figuren dienten im Anschluss dazu, den Prozess der Produktion eines Animationsfilms transparent zu machen und im Team effektiv zu kommunizieren und partizipativ zu erarbeiten, was die Jugendjury über ihre Arbeit vermitteln will. Auf der Grundlage des Storyboards wurde ein Animationsvideo zum Thema „Was macht eigentlich die Jugendjury Neukölln und wie kannst du mitmachen“ unter Partizipation der Jugendjury und anderer Jugendeinrichtungen produziert. Dabei arbeitete das Team von „123 comics“ nach dem Prinzip der Co-Creation. Die Jugendlichen wurden an den gestalterischen Entscheidungsprozessen beteiligt und bei der Entwicklung der Figuren einbezogen. Die Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Positionen befördert auch die demokratische Diskussionskultur innerhalb der Gruppe.

Es fanden zwei Workshops zur Vertonung statt. Die Jugendlichen waren selbst die Sprecherinnen und Sprecher und erfuhren, wie Soundeffekte gemacht werden. Ein authentischer Soundtrack ist eine wichtige Voraussetzung für die Erreichung der Zielsetzung, neue Jugendliche für die Arbeit der Jugendjury zu begeistern. Das Animationsvideo ist eine zielgruppen-gerechte Ergänzung des gedruckten Info-Comics und wird u. a. auf der Website der Partnerschaft für Demokratie Neukölln veröffentlicht.

Weitere Informationen:

<http://www.demokratischevielfaltneukoelln.de/wp/jugendjury/>

Brandenburg

Partnerschaft für Demokratie Westhavelland-Nauen „Pimp Your Town!“

Projektlaufzeit: 26.06.2018–29.06.2018

„Pimp Your Town“ ist das temporäre Pop-up-Jugendparlament, in dem Jugendliche aller Schulformen in einem Kommunalpolitik-Event mit Politikerinnen und Politikern zusammenarbeiten, intensiv an ihren eigenen Themen beteiligt werden und die Umsetzung ihrer Ideen anschließend selbst begleiten. Im Planspiel zur Stadtarbeit der Stadt Rathenow schlüpfen drei Schulklassen in die Rolle von Mitgliedern der Gemeindevertretung. Sie berieten Anträge und trafen Entscheidungen, begleitet von Mitgliedern der Gemeindevertretung. Parallel dazu filmte, fotografierte und interviewte eine vierte Schulklasse für eine Dokumentation und produzierte einen Film und ein gedrucktes Magazin.

An den Planspieltagen selbst erlebten die Schülerinnen und Schüler Fraktions- und Ausschusssitzungen sowie eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. Nach der Begrüßung durch den Bürgermeister bekamen sie eine Einführung in die Kommunalpolitik in Form eines spielerischen Crash-Kurses. Dann entwickelten sie ihre Ideen in Antragsform, aus denen die Projektleitung eine Tagesordnung zusammenstellte. Drei Fraktionen, in jeweils drei Ausschüsse aufgeteilt, fixierten jeweils fünf Anträge: Das machte 15 Anträge für jeden Fachausschuss. Die Schülerinnen und Schüler bekamen Patinnen und Paten, die bei der Umsetzung behilflich waren. Eine weitere Auflage des Projekts in anderen Kommunen des Fördergebiets ist 2019 erfolgt.

Weitere Informationen:

<http://www.rathenow.de>

Hamburg

*Partnerschaft für Demokratie Hamburg
Wilhelmsburg*

*„Green Brand Academy – Vielfalt Toleranz
Respekt 2030“*

Projektlaufzeit: 29.01.2019–30.04.2019

Unter den drei Schwerpunkten „Vielfalt, Toleranz, Respekt 2030“, dem Leitbild der Partnerschaft für Demokratie Wilhelmsburg, haben sich Schülerinnen und Schüler einer Klasse mit den Begriffen auf kreative Art und Weise auseinandergesetzt und sich ein positives Leitbild für die Zukunft erarbeitet. Ihre Visionen wurden visuell und textlich im Rahmen für das „Grüne Magazin“ zu den jeweiligen drei Themenschwerpunkten entwickelt und umgesetzt. Das Ziel war, einer positiven Vision von einer vielfältigen, toleranten und respektvollen Gesellschaft Raum zu geben und diese im Stadtteil zum Leben zu erwecken. Im Rahmen von 40 Schulstunden wurden mit den Schülerinnen und Schülern drei Magazine entwickelt, die von Trainern/Coaches der „Green Brand Academy“ angeleitet wurden. Themenfindung, Ideen, gestalterische und textliche Umsetzung wurden mit den Schülerinnen und Schülern gemeinsam erarbeitet und in drei Gruppen zu den einzelnen Magazinthemen Vielfalt, Toleranz, Respekt entwickelt und umgesetzt. Die Magazine (Auflage je 500 Stück) wurden im Stadtteil (Einrichtungen, Schulen, Cafés) kostenfrei ausgelegt und regten den Dialog zu den Themen Demokratie und Toleranz an. Die Magazine waren so beliebt, dass nachträglich noch welche gedruckt wurden. Seitdem sind die beteiligten Projektdurchführenden zu Unterstützerinnen und Unterstützern dieser Partnerschaft für Demokratie geworden.

Weitere Informationen:

<http://green-brand-academy.de/de/herzensprojekte/schulprojekt-das-gruene-magazin/ausgabe-02/>

Hessen

Hessische Partnerschaften für Demokratie

Durch verschiedene hessische Partnerschaften für Demokratie wurde die Aufführung zweier Theaterstücke an oder im Umfeld von Schulen gefördert. Es handelt sich hierbei um die Stücke „Galaktologisch“ und „Homologie“ der Gruppe Art-q (<http://art-q.net/>), die bei der Aufführung mit einem jugendgerechten Ansatz erfolgreich die angesprochenen demokratischen Werte vermitteln konnten. Die auf der Website

gezeigten Tourdaten zeigen die (bundesweite) Nachfrage und den Bedarf an diesem Konzept. Gefördert wurden beide oder einzelne Aufführungen etwa durch die Partnerschaft für Demokratie Stadt Offenbach und „MITMISCHEN – Partnerschaft für Demokratie östliche Wetterau“ (Stadt Büdingen).

Weitere Informationen:

<http://art-q.net/>

Mecklenburg-Vorpommern

*Partnerschaft für Demokratie Usedom
„Lieber Klöneck“*

Projektlaufzeit: 01.03.2019–31.12.2019

Die Idee des „Heimatvereins Lieper Winkel e. V.“ war und ist, mit bürgernahen Themen eine Veranstaltungsreihe zu konzipieren, um die Menschen wieder zur aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu bewegen. Grundlegend dabei war die Vorstellung, dass Kommunikation das wichtigste Element in einer Demokratie ist. Diese Stimmung in der Gemeinde – die aus mehreren Dörfern besteht – war durch ein Gefühl des „Die da oben und wir hier unten“ und „Wir können eh nichts ändern“ bestimmt. Dies wollten die überaus engagierten Vereinsmitglieder nicht länger hinnehmen.

Die Veranstaltungsreihe ist mittlerweile nicht mehr wegzudenken aus dem öffentlichen Leben des Lieper Winkels und lockt Besucherinnen und Besucher von nah und fern. Dabei bestimmt mittlerweile eine gute Mischung aus politischen Diskussionsabenden, spannenden Vorträgen und bunten Veranstaltungen das „Lieber Klöneck“. Die Veranstaltungsreihe und das Engagement der Mitglieder haben dazu geführt, dass im Lieper Winkel eine aktive und lebendige Bürgergesellschaft entstanden ist, in der es nun vor Ideen nur so sprudelt (sie wollen nun u. a. eine eigene Gemeindezeitung konzipieren). Darüber hinaus haben das Engagement und die Veranstaltungsreihe auch zur „deutsch-deutschen“ Verständigung beigetragen. Wurde das Engagement der „neuen Wessis“ von den Einheimischen erst kritisch beäugt, so engagieren sich diese nun auch aktiv im Verein.

Niedersachsen

Partnerschaft für Demokratie Cuxhaven
„Schwarz-Weiß“

Projektlaufzeit: 18.09.2018

Zielgruppen: Jugendliche, pädagogische Fachkräfte

Das Theaterprojekt Schwarz-Weiß setzt sich kritisch mit Vorurteilen und vereinfachten, also „schwarz-weißen“ Denkmustern auseinander. Die Texte des Stückes befassen sich mit Klischees, Vorurteilen und Ängsten sowohl der eigenen Person als auch solchen, mit denen sich die Darstellerinnen und Darsteller konfrontiert gesehen haben. Die Aussagen werden teils ins Absurde überspitzt dargestellt. Die mitwirkenden Jugendlichen haben selbst die Fragen und Texte des Stückes verfasst und haben ihre eigenen Erfahrungen einfließen lassen. Im Anschluss an die Präsentation konnten die Jugendlichen gemeinsam mit dem Publikum einen kurzen Workshop durchführen, in dem beide Seiten voneinander lernen konnten.

Weitere Informationen:

https://www.cuxhaven.de/pics/medien/1_1532590168/Broschuere_IKW_18_Broschuere.pdf

Nordrhein-Westfalen

Partnerschaft für Demokratie Dortmund
„Rescued Memories – Gerettete Erinnerungen“

Projektlaufzeit: 01.03.2019–29.11.2019

Es werden 15 Fluchtgeschichten aus der Gegenwart und Vergangenheit vorgestellt, die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Spiels „gerettet“ werden müssen. Indem sich die Teilnehmenden für die einzelnen Fluchtgeschichten stark machen, diese so in die Museumsvitrine retten, bewahren sie die Geschichten vor dem Vergessen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer spielen in Teams. Auf diese Weise entwickeln die Jugendlichen ein Verständnis für Fluchtgründe, erspielen sich demokratische Diskurse und stärken ihre Empathiefähigkeit am Beispiel „Flucht“. Die Maßnahme bietet Raum für die Reflexion der eigenen Standpunkte im Kontext von Flucht, Migration und Menschenfeindlichkeit. Das jugendgerechte Projekt übt spielerisch den Rollentausch mit Geflüchteten und stärkt Empathie und Verständnis der Jugendlichen. Als etablierte Sonderausstellung des „mondo mio!“ Kindermuseums (Kindermuseum e. V.) konnte ferner eine weiterführende Wirkung über den Teilnehmendenkreis hinaus sichergestellt werden.

Weitere Informationen:

<https://www.mondomio.de/ueber-uns/archiv/detail/rescued-memories-gerettete-erinnerungen/>

Rheinland-Pfalz

*Partnerschaft für Demokratie Höhr-Grenzhausen
Wanderausstellung „Was' los, Deutschland!?
Ein Parcours durch die Islamdebatte“*

Projektlaufzeit: 28.08.2019–31.12.2019

Die Wanderausstellung nähert sich den Themen Islamdiskurs, Islamismus und Muslima und Muslimen in Deutschland auf einer spannenden psychologischen Ebene. Dabei ist sie wissenschaftlich fundiert, präventiv, jugendgerecht und gemeinsam mit jungen Muslima und Muslimen in Deutschland 2018–2019 entwickelt worden. Die Ausstellung kann als eingefrorenes psychologisches Theaterstück beschrieben werden. Besucherinnen und Besucher bewegen sich durch eine multimediale Szenerie von 30 lebensgroßen Figuren in 11 Szenen. Über Lautsprecher kommunizieren die Figuren miteinander, über Kopfhörer sind ihre Gedanken zu hören. In dieser multimedialen und interaktiven Umgebung finden die Besucherinnen und Besucher Impulse zur Reflexion rund um den deutschen Islamdiskurs oder Themen wie Zivilcourage, Antisemitismus oder kritische Medienrezeption. Die Wanderausstellung zum Islamdiskurs unterstützt junge Menschen darin, populistischen und menschenverachtenden Meinungen und Ideologien entgegenzutreten und die Welt in ihrer Komplexität wahrzunehmen. Gleichzeitig regt sie zum Nachdenken über gesellschaftliche Fragen an, wobei die zentrale Frage lautet: „Wie wollen wir in unserer Gesellschaft leben?“

Weitere Informationen:

<https://waslosdeutschland.info/>

Saarland

*Partnerschaft für Demokratie Saarpfalz-Kreis
„Jugend kann die Welt bewegen!“*

Projektlaufzeit: 01.09.2018–31.12.2018

Im Projekt wurden Kinder und Jugendliche in den Themen „religiös motivierter Extremismus“ und „extremistische Gewalt“ aufgeklärt, und es wurde für den vorurteilsfreien und friedvollen Umgang geworben. Durch das Vermitteln von Werten wie Toleranz, Empathie und die Bereitschaft zur aktiven Verbesserung der Gesellschaft wurde der Demokratiedanke gestärkt, um Fanatismus die Grundlage zu entziehen. Die Kombination von interaktivem Theater und politischer Bildung wird für eine innovative Methodik gehalten, die sich bei Kindern und Jugendlichen nachhaltig auswirkt. Das Projekt „Jugend kann die Welt bewegen!“ wurde für Kinder und Jugendliche in den Schulen in Bexbach und St. Ingbert angeboten. Es wurden zwei Projektwochen à 4 Tage durchgeführt, mit ca. 200 Kindern.

Weitere Informationen:

<http://www.saarpfalz-kreis.de>



Sachsen

Partnerschaft für Demokratie Stadt Görlitz „A-Team“ – Schnittstelle für regionale Jugend- beteiligung 2019

Projektlaufzeit: 01.02.2019–31.12.2019
(Fortführung 2020)

Das „A-Team“ versteht sich seit 2012 als Peer-to-Peer-Projekt, welches Jugendliche für Beteiligung, politische Teilhabe und Stadtgestaltung sensibilisiert und darüber hinaus kommunikative Hemmschwellen durch Vermittlung von Kompetenzen abbaut. Jugendliche werden befähigt, ihre Meinung im Dialog mit politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern zum Ausdruck zu bringen. Ziel ist es, den Dialog zwischen jungen Menschen und Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung zu verstetigen und die Kommune stetig jugendgerechter zu gestalten. Des Weiteren trägt das Projekt durch seine Angebote der politischen Bildungsarbeit zu demokratieförderndem Verhalten und zur Vernetzung demokratiestärkender Akteure bei. Konkret im Jahr 2019 wurden Schülerinnen und Schüler befähigt, Argumentationsstrategien real sowie viral zu erkennen, eine Haltung und Meinung zu entwickeln und diese zu artikulieren. Außerdem lernten sie, mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern in den Dialog zu treten und die Bedürfnisse ihrer Generation zu vermitteln sowie Handlungsempfehlungen zu jugendkulturellen und stadtgesellschaftlichen Themen auszusprechen, die im Wahlkampf der damaligen Oberbürgermeister-, Stadtrats- und Europawahl relevant waren. Sie verstanden so die Funktionsweisen und Zusammenhänge politischer Arbeit auf allen Ebenen.

Praktisch wurden umgesetzt:

- *Befähigungsworkshop mit Argumentationstraining, Parlamentsspiel, Gründung eines fiktiven Staates, Erstellung von Videos*
- *Durchführung des jugendpolitischen Festes „MayDay“*
- *Weiterentwicklung des mobilen Infokiosks mit Dialogveranstaltungen*
- *Durchführung von wöchentlichen Treffen mit Jugendlichen*
- *Teilnahme an Jugendforen*

Weitere Informationen:

<https://www.rabryka.eu/projekte/detail/1-A-Team?fbclid=IwAR2FcieCC--e5t7UXGEySP0CYORnbejHjq8LdyoKNOatpueVJQEuOxc-dtw>

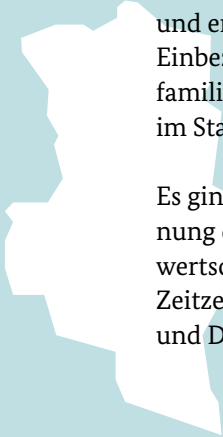
Sachsen-Anhalt

Partnerschaft für Demokratie Köthen „Eingemauertes Leben – Künstlerische Auseinander- setzung mit der SED-Diktatur“

Projektlaufzeit: 01.03.2019–31.12.2019

Lehrkräfte mehrerer Köthener Schulen planten zum 30. Jahrestag des Mauerfalls in Form eines selbstentwickelten Theaterstücks, das Alltagsleben junger Menschen innerhalb der SED-Diktatur mit Schülerinnen und Schülern künstlerisch aufzuarbeiten. Die Schülerinnen und Schüler sollten unter pädagogischer Anleitung die Unterschiede zum Leben in der Diktatur zum Leben unter der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik erarbeiten und erleben. Dabei wurde besonderer Wert auf das Einbeziehen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen (im familiären Umfeld sowie in Senioreneinrichtungen im Stadtgebiet) gelegt.

Es ging dabei nicht nur um eine kritische Einordnung der SED-Diktatur, sondern vor allem um einen wertschätzenden Umgang mit der Lebensleistung der Zeitzeugen und die positiven Aspekte von Freiheit und Demokratie im Systemvergleich.



Schleswig-Holstein

*Partnerschaft für Demokratie Landeshauptstadt Kiel
„Bootshafensommer der Demokratie“*

Projektlaufzeit: 22.01.2018–31.12.2018

Der Begleitausschuss der Partnerschaft für Demokratie in Kiel hat sich für das Jahr 2018 eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Demokratieförderung vorgenommen. Die Titelsponsenschaft für den Kieler „Bootshafensommer“ ist das größte der Vorhaben zur Verwirklichung dieses Hauptzieles. Hier kommt in der Folge die große Werbemaschinerie des Kieler Stadtmarketings zur Verbreitung der Programmthematik zum Einsatz. Den Sommer über (vom 20. Juli bis zum 25. August) wurden jeweils freitags und samstags von 14 bis 22 Uhr mit einem gemischten Kulturprogramm mit eingestreuten inhaltlichen Blocks „100 Jahre Demokratie“ gefeiert und inhaltlich positiv beworben. Dazu gehört ein Demokratie-Slam genauso wie ein Tag der Auslandskulturgesellschaften, Open-Air-Vorträge am Wasser und ein Tag der Partnerschaft für Demokratie. Für mehr als einen Monat wurde das gesamte Stadtmarketing der Landeshauptstadt Kiel auf das Thema Demokratieförderung konzentriert.

Weitere Informationen:

<https://partnerschaft-fuer-demokratie-kiel.de/projekte/>

Thüringen

*Partnerschaft für Demokratie Erfurt
„Erfurter Frühstücksbus“*

Projektlaufzeit: 01.04.2017–31.07.2017

Fünf Tage, fünf Orte, viele Gespräche: Ende Juni 2017 war eine Gruppe von Studierenden mit einem Bus in Erfurt unterwegs. Nirgends kommt man besser ins Gespräch als bei einem Essen, deshalb lud der Frühstücksbus Menschen dazu ein, bei Brötchen und Kaffee miteinander in Kontakt zu kommen und miteinander zu reden. Es ging um Gehörtwerden und Zuhören. Der Frühstücksbus regte die Menschen zur aktiven gesellschaftlichen Partizipation und zur politischen Beteiligung an. Es kam zu Zufallsbegegnungen zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und es ging um die zentrale Fragestellung „Was beschäftigt/erfreut/ärgert Sie?“.

Denn immer mehr Menschen wenden sich vom politischen Dialog ab. Das führt dazu, dass sie sich mit ihren Sorgen und Ängsten alleingelassen fühlen, Fremdenfeindlichkeit und Vorurteile setzen sich in den Köpfen fest. Der Frühstücksbus wollte diesen Kreislauf durchbrechen und gegenseitiges Verständnis und Akzeptanz fördern. Dabei richteten sich die Gesprächsthemen nach den Lebensrealitäten der Bürgerinnen und Bürger. Inhaltliche Punkte und Fragen, die die Menschen besonders bewegten, wurden im Nachgang an die Geschäftsstellen der Fraktionen des Erfurter Stadtrats zur weiteren Bearbeitung übergeben. Das Projekt „Erfurter Frühstücksbus“ gewann 2017 den 2. Preis beim Thüringer Demokratiepreis.

Weitere Informationen:

https://www.radio-frei.de/index.php?iid=7&ksubmit_show=Artikel&artikel_id=6503

5.1.2 Landes-Demokratiezentren und die Beratungsangebote zu Rechtsextremismus

Die Landes-Demokratiezentren koordinieren die in den Bundesländern umgesetzten Maßnahmen des Bundesprogramms.

Die Landes-Demokratiezentren (LDZ) sind eine Weiterentwicklung der im Jahr 2008 eingeführten Landeskoordinierungsstellen der landesweiten Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus. In „Demokratie leben!“ sind sie erstmals als eine Struktur der Prävention, Vernetzung und Beratung konzipiert, vor allem in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Neu ist, dass sie sich auch anderen menschenrechts- und demokratiefeindlichen Phänomenen widmen. Ihre Maßnahmen und Aktivitäten sollen sich an den spezifischen Problemlagen der Bundesländer ausrichten. Aufgabe der LDZ ist es, die in den Bundesländern umgesetzten Maßnahmen des Bundesprogramms zu koordinieren, das heißt, sie aufeinander zu beziehen und eine aufeinander abgestimmte Umsetzung zu erreichen. Am Ende der ersten Förderperiode von „Demokratie leben!“ ist festzustellen, dass die überwiegende Mehrheit der Bundesländer LDZ eingerichtet hat.

Die LDZ verfügen mehrheitlich über eine Koordinierungsstruktur, um sowohl gegen Rechtsextremismus als auch gegen Islamismus sowie weitere demokratiefeindliche Phänomene zu arbeiten. Das Personal und die Aufgaben sind in den Koordinierungsstellen der LDZ seit dem Jahr 2015 kontinuierlich angewachsen. Das führte in mehreren Bundesländern dazu, dass sich in den Koordinierungsstrukturen verschiedene Arbeitsbereiche herausbildeten, die für jeweils spezielle Themen- bzw. Koordinierungsfelder zuständig sind. Die Strukturbildungsprozesse in den LDZ sind mehrheitlich (noch) nicht abgeschlossen. Das komplexe Aufgabenspektrum der Koordinierungstätigkeit erfordert ausreichend Personal, das zugleich fachlich spezialisiert ist. Insbesondere in LDZ, die sich in staatlicher Trägerschaft befinden, konnten neu geschaffene oder freiwerdende Personalstellen nicht immer zeitnah mit entsprechend qualifizierten Fachkräften besetzt werden. Die damit verbundenen Vakanzen stellten die davon betroffenen LDZ vor einige Schwierigkeiten, ihr komplexes Aufgabenspektrum zu bewältigen. Ebenfalls als Herausforderung erwies sich in mehreren Bundesländern die Einbindung der Partnerschaften für Demokratie und der Modellprojekte. Die Erweiterung der Koordinierungsaufgaben über die Rechtsextremismus-Beratungsangebote hinaus

auf diese Programmakteurinnen und -akteure stellte für die Mehrheit der Bundesländer im Vergleich zum Vorgängerprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN eine Neuerung dar. In Bundesländern, in denen Partnerschaften für Demokratie und die Landeskoordinierungsstellen in den LDZ bereits vor „Demokratie leben!“ eng zusammengearbeitet hatten, konnten sich diese Kooperationsbeziehungen weiter vertiefen. Hier konnten die LDZ als Beratungs- und Unterstützungsinstanz für die Partnerschaften wirksam werden.

Verschiedene demokratiefeindliche Phänomene unter einem Dach – das ermöglicht integriertes Arbeiten. Es birgt aber zugleich die Gefahr, dass Zuständigkeiten verschwimmen.

Die LDZ erhielten deutlich mehr Aufgaben in einer sehr breiten Themenpalette: von der Prävention demokratie- und menschenrechtsfeindlicher Phänomene bis zu Maßnahmen der Demokratieförderung. Die Koordinierenden in den LDZ stellten in diesem Zusammenhang als positives Ergebnis des Programms heraus, dass diese Erweiterung ermöglicht habe, verschiedene Perspektiven in der Arbeit insbesondere gegen Rechtsextremismus und Islamismus miteinander zu verschränken. Zugleich zeichnete sich im Programmbereich mit dem Zuwachs der Aufgaben für die LDZ auch eine sukzessive Erweiterung des Orientierungsrahmens „Rechtsextremismus“ ab. Neben der Ausweitung des zu bearbeitenden Themenspektrums trägt dazu auch bei, dass sich innerhalb des bisher bearbeiteten Phänomens Rechtsextremismus der Fokus hin zu vergleichsweise weniger konturierten Themen wie (Alltags-)Rassismus, (strukturelle) Diskriminierung sowie demokratiegefährdende, antipluralistische Tendenzen im Rechtspopulismus verschob. Diese Entwicklung schlug sich unmittelbar in der Komplexität des Aufgabenportfolios der LDZ und auf der Ebene der Beratungsarbeit nieder.

Das Bundesprogramm ist ein Motor in der Bearbeitung von Islamismus – vor allem in den ostdeutschen Bundesländern.

Die neu in das Bundesprogramm und den Programmbereich der LDZ integrierten Themenfelder Islamismus und Linke Militanz riefen zum Programmbeginn Kontroversen unter den Akteurinnen und Akteuren in den LDZ hervor. Ein Teil von ihnen stellte Wesen und Relevanz der Themenfelder sowie die Bearbeitungsmöglichkeiten im Rahmen des Bundesprogramms in Frage. Diese Diskussionen resultierten u. a. aus der Historie und dem Selbstverständnis der Akteurinnen und Akteure des Programmbereichs. Dessen Wurzeln



Beratungsangebote zum Umgang mit Rechtsextremismus

liegen in der zivilgesellschaftlichen Arbeit gegen Rechtsextremismus.

Das Phänomen Linke Militanz fand wegen der im Bundesmaßstab vergleichsweise geringen praktischen Relevanz nur in Einzelfällen Eingang in die Arbeit der LDZ. Alle Bundesländer hingegen griffen die Arbeit gegen gewaltorientierten Islamismus zum Ende der ersten Förderperiode von „Demokratie leben!“ auf, wenngleich in unterschiedlicher Intensität. Die jeweiligen Landesgegebenheiten und der landespolitische Gestaltungswille beeinflussten in erheblichem Maß, in welchem Umfang und in welcher Art und Weise die Impulse des Bundesprogramms in konkreten Maßnahmen auf der Ebene der Bundesländer mündeten. Im Phänomenbereich Islamismus und Islam-/Muslimfeindlichkeit ergab sich folgendes Bild: Vor allem in den ostdeutschen Bundesländern wirkte das Bundesprogramm als Motor, um Bedarfs- und Strategieanalysen anzuregen sowie bedarfsgerechte Präventionsstrukturen zu entwickeln und zu etablieren. In mehreren westdeutschen Bundesländern ermöglichte es, bis dato offene Bedarfe in einer Landschaft

bereits existierender Präventionsangebote zu decken. In jenen Ländern, die sich aus verschiedenen Gründen vor Programmbeginn nicht in der Prävention von islamistischem Extremismus engagiert hatten, begann mit dem Aufbau von Fachstellen die Entwicklung von landesweiten Präventionsstrukturen. Als bisweilen herausfordernd für die LDZ erwies sich im neu integrierten Themenfeld Islamismus die Zusammenarbeit zum einen mit geeigneten muslimischen Organisationen sowie Moscheegemeinden und zum anderen mit Sicherheitsbehörden. Bei Ersteren war dies in den stark ehrenamtlich geprägten Strukturen begründet, bei Letzteren in der sich voneinander unterscheidenden Sichtweise auf die Präventionsarbeit in diesem Phänomenbereich. Zukünftig wird es angesichts dieser Situation zum einen darum gehen, geeignete muslimische Organisationen sowie Moscheegemeinden stärker als Partner in der Präventionsarbeit zu gewinnen. Zum anderen sollte der Perspektivenabgleich zwischen Sicherheitsbehörden und den in der Jugendhilfe sowie im Bildungssektor tätigen nicht-staatlichen Präventionsakteurinnen und -akteuren forciert werden.

Die (Landes-)Modellvorhaben ermöglichen, Präventionsstrukturen in der Arbeit gegen Islamismus und Islam-/Muslimfeindlichkeit (weiter) zu entwickeln.

(Landes-)Modellvorhaben sind zeitlich befristete Projekte zur Prävention von Islamismus sowie Islam-/Muslimfeindlichkeit in den Bundesländern. Sie entstanden ab 2015 als ein neues Strukturelement im Programmbereich der LDZ. Seit dem Förderjahr 2018 existieren diese in allen Bundesländern. Der Ländervergleich zeigt, dass sich hier ein heterogenes Angebotsspektrum entwickelt hat: Es dominierten Qualifizierungs- und Sensibilisierungsangebote für pädagogische Fachkräfte und die Gründung von Fachstellen, in denen die verschiedenen Präventionsmaßnahmen unter einem Dach zusammengeführt wurden. Im Kern geht es darum, Wissen bereitzustellen, (Präventions-)Strukturen (weiter) zu entwickeln sowie Handlungssicherheit bei Fachkräften herzustellen.

Im fünften Förderjahr ist in einem Teil der Bundesländer die Nachfrage nach entsprechenden Qualifizierungsangeboten nach wie vor hoch. Dagegen zeigt sich in anderen Bundesländern ein Rückgang. In den betreffenden Ländern gehen die verantwortlichen Koordinierenden davon aus, dass hier der Qualifizierungsbedarf gedeckt ist. Zugleich führen einige Koordinierende die gesunkene Nachfrage (auch) darauf zurück, dass die mediale und öffentliche Aufmerksamkeit für Islamismus nachgelassen hat und damit auch die politische Relevanz sank. Dessen ungeachtet dürfte die Fort- und Weiterbildung von Fachkräften zu den genannten Themen als eine kontinuierliche Aufgabe anzusehen sein.

Die spezialisierte Opferberatung unterstützt neue Zielgruppen von Betroffenen rechter Gewalt und ist ein wichtiges Element in der Förderung von Engagement.

Im Jahr 2019 wurde erstmals in allen Bundesländern ein spezialisiertes Beratungsangebot für Betroffene rechter Gewalt vorgehalten, nachfolgend kurz Opferberatung (OB) genannt. Damit wurde eine zentrale Forderung des NSU-Untersuchungsausschusses umgesetzt. Allerdings unterscheidet sich der Ausbaugrad der Angebote zwischen den Bundesländern – insbesondere im Ost-West-Vergleich – beträchtlich. So kommt der Auf- bzw. Ausbau eines Angebots, das dem Bedarf angemessen ist, in einigen westdeutschen Bundesländern nur langsam voran. Das betrifft insbesondere Flächenländer. Einige der neu gegründeten Opferberatungsstellen befinden sich zudem in einer fragilen Situation im Hinblick auf die Nachhaltigkeit

des Strukturaufbaus. Im Programmzeitraum haben sich die Rahmenbedingungen für die Opferberatung verändert, und die Angebote wurden entsprechend angepasst: Ein Teil von ihnen wurden dezentralisiert, es wurden Formen von Onlineberatung etabliert und neue Zielgruppen fokussiert. Der zunehmende Rassismus und die gewaltsame Fremdenfeindlichkeit machen sich auch in den Zahlen zur Beratungsarbeit bemerkbar: Aus den Daten der OB-Stellen geht hervor, dass der Anteil von Menschen mit Zuwanderungs- und dort insbesondere mit Fluchthintergrund unter den Beratenen gestiegen ist. Der Anteil „nicht rechter“, alternativer Jugendliche ist dagegen gesunken. Für die Betroffenengruppe der Geflüchteten besteht dabei in der Regel ein erweiterter Unterstützungsbedarf. Sprachmittlerinnen und Sprachmittler werden einbezogen oder eine Erst- und Verweisberatung in Asylfragen angeboten, um die individuelle Lebenslage der Betroffenen zu stabilisieren. In der Beratung von Zugewanderten spielen zudem lokale Initiativen und Netzwerke als Vermittlungsinstanzen eine bedeutsame Rolle. Das bedeutet, dass die Opferberatungsstellen in erheblichem Umfang Ressourcen für die Pflege und den Aufbau von lokal agierenden Netzwerken aufwenden müssen. Damit leistet die OB einen wichtigen Beitrag dazu, das Programmziel zu erfüllen, zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern – auch wenn das nicht im Kern des Angebotsspektrums der OB liegt.

Die Mobile Beratung unterstützt das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure zur Gestaltung eines demokratischen Zusammenlebens.

Auch im Feld der Mobilen Beratung (MB) konnten durch zusätzliche Mittel im Programmbereich Beratungsangebote überarbeitet werden: In mehreren Flächenländern wurden sie regionalisiert und Strukturen angepasst. Die bereits konstatierte Ausweitung des Aufgabenportfolios der LDZ findet sich in spezifischer Ausprägung auch in den Angeboten der MB wieder. Mit Blick auf deren breites Aufgaben- und Themenspektrum (neben der Beratung u. a. politische Bildung, Organisationsentwicklung, Aus- und Weiterbildung von Fachpersonal, Antirassismuserbeit) deutet sich in einigen Bundesländern an, dass in der MB neben dem traditionellen Präventions- und Interventionsangebot zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus auch Angebote der Demokratiestärkung integriert wurden. Durch die Integration der demokratiefördernden Aufgaben müssen sich die MB hinsichtlich der Arbeitsaufträge mit anderen Spezial- und Regelangeboten abstimmen, wenn diese ebenfalls demokratisches Denken und Handeln sowie (Gemeinwesen-)Strukturen fördern, wie die politische

Bildung oder die soziale Gemeinwesenarbeit. Die zu konstatierende Aufgabenausweitung in der MB ist maßgeblich mit gesellschaftspolitischen Entwicklungen verbunden. Diese sind einerseits geprägt durch Prozesse des gesellschaftlichen Empowerments und der Inklusion marginalisierter und vulnerabler Gruppen und andererseits durch eine stärkere Artikulation von rassistischen, autoritären und völkisch-nationalistischen Positionen in Teilen der Bevölkerung. Im Zusammenhang mit der entsprechenden gesellschaftlichen Dynamik verschob sich der Schwerpunkt der Unterstützungsleistungen: von der Beratung im Kontext der Zuwanderung und Unterbringung von Geflüchteten (im Jahr 2015) hin zur Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Akteuren bei der Gestaltung des demokratischen Zusammenlebens (im Jahr 2017/18).

Als erschwerende Rahmenbedingungen erwiesen sich Veränderungen im gesellschaftlichen Klima. Wie in den Partnerschaften für Demokratie und in der Opferberatung gab es auch in der Mobilen Beratung Anfeindungen sowohl gegenüber Programmaktuerinnen und Programmakteuren, die sich für Migration, Demokratie und gegen Rechtsextremismus und politische Radikalisierung engagierten, als auch gegenüber Beraterinnen und Beratern selbst. In diesem Zusammenhang äußerten die Betroffenen einen Bedarf nach zusätzlichen vom Bund bereitgestellten Strukturen und Angeboten, um bei der Bewältigung solcher Bedrohungssituationen unterstützt zu werden – wie beispielsweise Supervision oder die Klärung rechtlicher Fragen.

Veränderte Rahmenbedingungen und Zielgruppen: Die nichtstaatlichen Angebote der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit stehen unter Druck.

Die nichtstaatlichen Angebote der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit (ADA) haben sich zwischen 2015 und 2019 weiter ausdifferenziert. Dabei war die Frage, ob sie sich entweder schwerpunktmäßig der Distanzierungsarbeit widmen und sich dabei an „rechtsextrem orientierte“ und „rechtsextrem gefährdete“ Jugendliche wenden oder ob sie sich vorzugsweise der Ausstiegsarbeit widmen und sich an Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten mit einem konsolidierten Weltbild und/oder einer verfestigten Szenezugehörigkeit wenden, wie etwa Kader oder Aktivistinnen und Aktivisten. Tendenziell liegt der Arbeitsschwerpunkt der Mehrheit der nichtstaatlichen Angebote von „Demokratie leben!“ nach den Erkenntnissen der wissenschaftlichen Begleitung auf der Distanzierungsarbeit.

Mit Blick auf die Ressourcenausstattung und den Stellenwert im Gesamtgefüge der Arbeit gegen Rechtsextremismus wird die Arbeit der ADA von den zuständigen staatlichen Instanzen in mehreren Bundesländern weiter kritisch hinterfragt. So wird von den einzelnen Bundesländern der Bedarf für ein nichtstaatlich getragenes Ausstiegsangebot unterschiedlich beurteilt. Die vorliegenden Befunde legen nahe, dass eine besondere Schwierigkeit darin zu bestehen scheint, für die Ausstiegsarbeit eine Ressourcenausstattung zu bestimmen, die dem Bedarf angemessen ist. Vor diesem Hintergrund prüfen mehrere Bundesländer, inwieweit die pädagogische Arbeit im Strafvollzug mit Angeboten der ADA verknüpft werden kann. Trotz der zum Teil schwierigen Situation einzelner Angebote ist hervorzuheben, dass auch die ADA seit der Integration in die Programmfamilie der Extremismusprävention des BMFSFJ im Jahr 2014 in allen Bundesländern ihren spezifischen Beitrag zur Arbeit gegen Rechtsextremismus leistet.

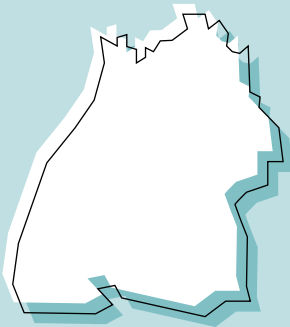
„Demokratie leben!“ treibt die Entwicklung professioneller Beratungsarbeit und den Ausbau entsprechender Strukturen und Ressourcen auf Bundes- und Landesebene voran.

Insgesamt konnte „Demokratie leben!“ in allen Beratungsangeboten Professionalisierungsprozesse vorantreiben und Fachlichkeit – verstanden als die Arbeit auf der Grundlage anerkannter Standards – (weiter) entwickeln. Dabei spielen die im Programm geförderten Dachverbände der Opferberatung, der Mobilen Beratung und der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit eine wichtige Rolle. Als eine zunehmende Herausforderung erwies es sich, fachlich einschlägig ausgebildetes Personal zu gewinnen – vor allem in den Präventionsangeboten gegen Islamismus und Islam-/Muslimfeindlichkeit, aber auch in den anderen Beratungsfeldern. Hier scheint die Nachfrage nach Fachkräften das Angebot inzwischen deutlich zu übersteigen. Das macht vielfach ein „Training on the Job“ von Berufsanfängerinnen und Berufsanfängern und Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern erforderlich. Die Beratungsverbände übernahmen dabei die Aufgabe – in unterschiedlichem Maß und unter Beteiligung der LDZ –, vor allem die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihre Aufgaben zu qualifizieren oder weiterzubilden. „Demokratie leben!“ hat eine wichtige institutionelle Basis dafür geschaffen, die Qualität der Beratungsarbeit innerhalb des Bundesprogramms bundesweit wirksam zu unterstützen und zu sichern – insbesondere indem es die Beratungsverbände in der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger gefördert hat.

Die Landes-Demokratiezentren

Die Landes-Demokratiezentren waren in der 1. Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (2015–2019) Ansprechpartner für alle Akteurinnen und Akteure im Bundesprogramm im jeweiligen Bundesland und für die Ausgestaltung einer nachhaltigen Informations- und Vernetzungsstruktur zuständig. Zudem waren sie verantwortlich für die Mobile Beratung, Opferberatung und die Ausstiegs- und Distanzierungsberatung.

Aus Sicht der Länder haben sich die Landes-Demokratiezentren im Verlauf der 1. Förderperiode in folgenden Punkten weiterentwickelt:

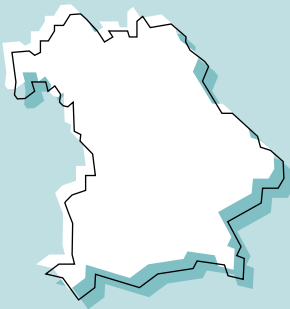


Baden-Württemberg

Im Demokratiezentrum Baden-Württemberg wurde ein Trägerverbund für Demokratieförderung, Menschenrechtsbildung, Vielfaltsgestaltung und Extremismusprävention mit landesweit wirksamen Fachstellen und Programmen geschaffen, die kooperativ und phänomenübergreifend tätig sind. Die Umsetzung von Angeboten sowie die Beratung und Qualifizierung von Fachkräften als inhaltlicher Schwerpunkt erfolgen durch ein gut ausgebautes Netzwerk mit kommunalen und regionalen Partnern. Die acht seit 2017 aufgebauten regionalen Demokratiezentren sind mit ihren neu entwickelten Programmen von großer struktureller Bedeutung, denn sie eröffnen wichtige direkte Zugänge vor Ort.

Bayern

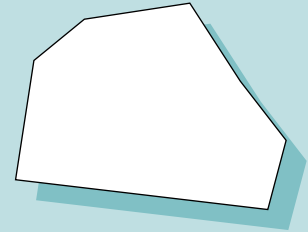
Die Funktion des Landes-Demokratiezentrams wurde gemeinsam von der Landeskoordinierungsstelle (in Trägerschaft des Bayerischen Jugendrings) und vom Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) ausgefüllt. Diese bildeten die zentrale Anlaufstelle für Koordinierungsaufgaben. Die Landeskoordinierungsstelle wird durch das StMAS, welches die zentrale verwaltende Rolle der Bundesfördermittel innehat, in Fragen der Programmumsetzung beraten. Das StMAS wiederum ist direkter Ansprechpartner für Fragen der Umsetzung von „Demokratie leben!“ in Bayern für das BMFSFJ sowie seiner Regiestelle und steht mit diesen im regelmäßigen Austausch.



Die präventiv wirkende Arbeit im Rahmen der Förderung von Landes-Demokratiezentren konnte insbesondere in den Phänomenbereichen religiös begründeter Extremismus, Rechtsextremismus sowie Antisemitismus wesentlich vorangebracht und ausgebaut werden. Die Festigung der Strukturen und die Vernetzung der Akteure im Flächenstaat Bayern entwickelte sich durchgängig positiv. Vor allem die Beratungsstrukturen konnten gestärkt und ausgebaut werden. Auch die Modellvorhaben konnten allesamt eine positive Bilanz ziehen, wenngleich sich im Laufe der Förderperiode eine gewisse Fokusverschiebung der Phänomenbereiche von der Salafismusprävention zur Prävention von Antisemitismus und Rechtsextremismus ergab.

Berlin

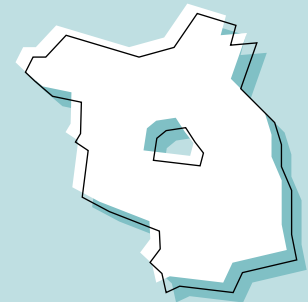
Seit 2017 werden im Landes-Demokratiezentrum Berlin (LDZ) die Angebote der Mobilen und Opferberatung sowie der Ausstiegsberatung durch Modellvorhaben zur Islamismusprävention und Prävention von antimuslimischem Rassismus ergänzt. Durch die Einbindung des LDZ in die „Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“ konnte die Arbeit eng mit dem Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus abgestimmt werden. Auf diese Weise entwickelte sich das LDZ zur zentralen Vernetzungsagentur der Berliner Präventionspolitik. Die inhaltliche Qualität der Vernetzungsarbeit des Landes-Demokratiezentrums profitierte weiterhin stark von der gut aufgestellten und diversen Projektlandschaft im Land. Seit 2017 ist diese Projekterfahrung gebündelt auf einem Onlineportal abrufbar. Hier werden alle bundes- und senatsseitig geförderten Projekte der Demokratieförderung und Prävention im Land mit ihren Angeboten für pädagogische Fachkräfte abgebildet.



Brandenburg

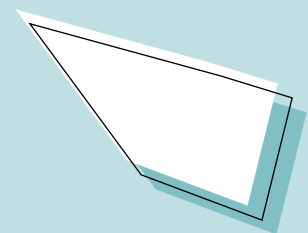
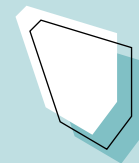
Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg/Bündnis für Brandenburg“ koordiniert und vernetzt seit 1998 in Kooperation mit dem bei ihr angesiedelten Beratungsnetzwerk staatliche und zivilgesellschaftliche Aktivitäten im Bereich der Extremismusprävention und Demokratiestärkung. Sie ist als Stabsstelle in der Staatskanzlei angesiedelt und bearbeitet die Phänomenbereiche Rechtsextremismus, Antisemitismus und Islamismus. Weitere Schwerpunkte liegen in der Demokratiestärkung und im Empowerment von Geflüchteten.

Dabei haben sich sowohl die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren als auch die ineinandergreifende Bearbeitung der verschiedenen Phänomenbereiche bewährt. Nicht zuletzt dadurch wurden qualitativ zuträgliche Synergieeffekte in fachlicher und personeller Hinsicht erzielt. So hat sich bspw. die Schaffung der „Fachstelle Islam im Land Brandenburg“ und der „Fachstelle Antisemitismus“ mit ihren spezifischen Kompetenzen als wertvoll bei der Erhöhung der Handlungskompetenz in diesen Phänomenbereichen auf Landes- und kommunaler Ebene erwiesen. Beide sind heute etablierte Bestandteile des Brandenburger Beratungsnetzwerkes.



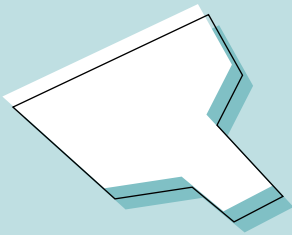
Bremen

Das Demokratiezentrum Land Bremen ist erste Ansprechpartnerin für Fachfragen und Beratungsbedarfe in den Bereichen Demokratieförderung, Vielfaltsgestaltung und Extremismusprävention. Die Fachexpertise zu den Themenschwerpunkten Rechtsextremismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, islamistischer Extremismus sowie Muslima- und Muslimfeindlichkeit wird regelmäßig abgerufen und bildet die Grundlage für Fortbildungen für Fachkräfte im Arbeitsfeld. Die lebendige Netzwerkarbeit und die konsequente Ausrichtung der Angebote an den pädagogischen Standards der Kinder und Jugendhilfe wurden in der vergangenen Förderperiode erfolgreich etabliert. Im fachlichen Austausch mit den Modellprojekten und den Beratungsstellen wurden Qualitätsstandards entwickelt und Handlungsempfehlungen veröffentlicht.



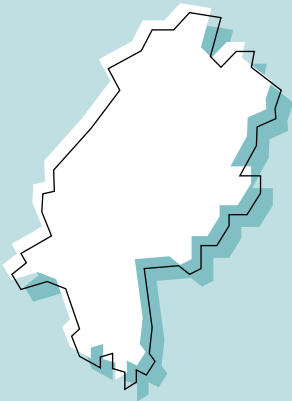
Hamburg

Das Referat „Stärkung der Zivilgesellschaft“ wurde 2014 eingerichtet, ist seither ministeriell federführend für die Prävention von Rechtsextremismus und religiös begründeten Extremismus. Es erfüllt zudem die Aufgaben des Landes-Demokratiezentrum im Sinne des Bundesprogramms. Das Referat verantwortet die Landesstrategien zu beiden Handlungsfeldern, in die sowohl die landesfinanzierten Maßnahmen und Regelstrukturen als auch die über das Bundesprogramm geförderten Projekte der zivilgesellschaftlichen Akteure und die beiden thematischen Beratungsnetzwerke programmatisch eingebettet sind. Die Förderstrukturen des Bundesprogramms haben erheblich zum Ausbau sowie zur Verstetigung der Beratungs- und Präventionsarbeit im Handlungsfeld Rechtsextremismus beigetragen, sodass auf die wachsende Nachfrage nach einem fokussierten und kompetenten Umgang mit rechtsextremen Einstellungen adäquat reagiert werden konnte.



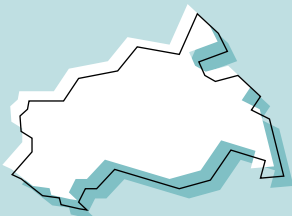
Hessen

Das Landes-Demokratiezentrum Hessen erlebte in der Förderperiode 2015–2019 enorme Entwicklungen: Aufgabenbereich, Arbeitsaufwand sowie finanzielle Ausstattung weiteten sich stark aus; die Angebote der Mobilen Beratung konnten stark aus- und eine neue Opferberatungsstelle aufgebaut werden. Seit 2015 werden die Arbeiten auch durch das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ gefördert. Durch die verstärkte Zuwanderung von Geflüchteten 2015 ergaben sich neue Beratungsfelder vor allem in Kommunen. Auch die zunehmende Verlagerung rechtsextremistischer Aktivitäten ins Internet stellte neue Herausforderungen dar. 2019 schließlich wurden die Gefahren des Rechtsextremismus in Hessen insbesondere durch den Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Lübcke deutlich, was zu größerer Sensibilität in der Öffentlichkeit und zu vermehrten Anfragen führte. Das alles wird auch in der Statistik deutlich: 2015 bearbeiteten die Beratungsteams in Hessen noch 70 Beratungsfälle, 2019 waren es 296. Zudem sorgt das Demokratiezentrum Hessen für die Vernetzung von mittlerweile 32 Partnerschaften für Demokratie.



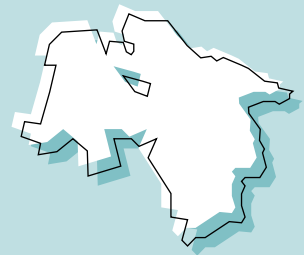
Mecklenburg-Vorpommern

Die Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz (LKS) ist bei der Landeszentrale für politische Bildung angesiedelt, die zum Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur gehört. Sie koordiniert auf der Grundlage des 2019 fortgeschriebenen Landesprogramms die Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Toleranz sowie zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in seinen ausdifferenzierten Erscheinungsformen und weiteren demokratiefeindlichen Phänomenen wie dem religiös begründeten Extremismus. Kernaufgaben sind die Stärkung von zivilgesellschaftlichem Engagement, die Organisation der Zusammenarbeit zwischen den verschiedensten Akteurinnen und Akteuren und die Steuerung des landesweiten Beratungsnetzwerkes (BNW). Die ganzheitliche Strategie zur Demokratiestärkung wird als eine Querschnittsaufgabe allen politischen Handelns verstanden. Das BNW bietet ein umfangreiches Angebot, um demokratische Strukturen zu stärken, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus oder Islamismus vorzubeugen sowie Betroffenen konkret und professionell zu helfen. Ihm gehören staatliche und zivilgesellschaftliche Expertinnen und Experten an. Der Kreis der Kooperationspartnerinnen und -partner wurde erweitert und damit Perspektiven und Ressourcen gewonnen. Die Zusammenarbeit mit Regelstrukturen wurde verbindlicher gestaltet und die Sichtbarkeit der Arbeit erhöht. Ein Erfolg ist der enge Austausch zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteurinnen und Akteuren in Mecklenburg-Vorpommern, die sich u. a. in den festgelegten Verfahrensabläufen, Fachgesprächen und gemeinsamen Arbeitsgruppen zeigt.



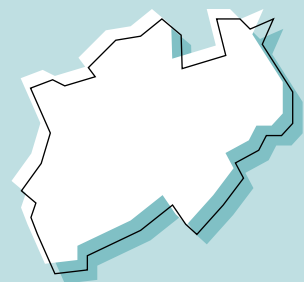
Niedersachsen

Das Landes-Demokratiezentrum konnte sich zu einem breit aufgestellten Partner für die niedersächsische Zivilgesellschaft entwickeln. Neben der zentralen Aufgabe der Förderung demokratischer Kultur gehören die Bereiche Prävention von Rechtsextremismus und Prävention von religiös begründeter Radikalisierung und antimuslimischem Rassismus zu den spezialisierten Arbeitsbereichen des LDZ Niedersachsen. Die Schaffung einer den Anforderungen des Flächenlandes Niedersachsen entsprechenden regionalen Struktur von Mobiler Beratung, Betroffenenberatung und zivilgesellschaftlicher Ausstiegsberatung sowie die Etablierung eines Netzwerkes lokaler Präventionsstellen gegen Islamismus und antimuslimischen Rassismus sind nur einige der zentralen Meilensteine der ersten fünf Jahre des LDZ Niedersachsen. Ebenfalls hervorzuheben ist die Zusammenarbeit mit dem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Menschenrechte.



Nordrhein-Westfalen

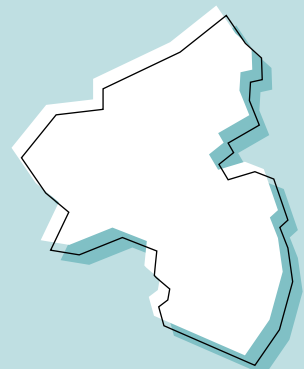
Die Landeskoordinierungsstelle (LKS) gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen ist Teil der Landeszentrale für politische Bildung und koordiniert und steuert die Arbeit der Beratungs- und Präventionsangebote. Seit 2015 konnten die Beratungsangebote stark ausgebaut und die Vernetzung zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren verbessert werden. Ein wichtiger Baustein war darüber hinaus die Verabschiedung des „Integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ im Mai 2016. Die LKS ist für die Steuerung des mittlerweile bis Ende 2020 verlängerten Handlungskonzepts zuständig und betreut das kommunale Förderprogramm „NRWeltoffen“, das Kommunen bei der Erarbeitung und Umsetzung eigener Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus unterstützt.



Rheinland-Pfalz

In der ersten Förderperiode „Demokratie leben!“ hat sich die „Landeskoordinierungsstelle Demokratie leben!“ zum Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz entwickelt. Es koordiniert die Aufgaben der Mobilen Beratung, der Ausstiegs- und Distanzierungsberatung und der Opferberatung im Bereich des politischen und religiös begründeten Extremismus in Rheinland-Pfalz.

Im Kompetenznetzwerk „Demokratie leben!“ werden durch das Demokratiezentrum das „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz“, das Präventionsnetzwerk DivAN, die kommunalen Partnerschaften für Demokratie, die Modellprojekte und -vorhaben im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und weitere Partnerinnen und Partnern verbunden. Im Rahmen der ersten Förderperiode des Bundesprogramms konnte die Opferberatung als Mobile Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Rheinland-Pfalz ausgebaut werden. Sie ist bei einem freien Träger in Rheinland-Pfalz angesiedelt, und ein Team von Beraterinnen und Beratern bietet Betroffenenberatung bei steigender Tendenz in den Fallzahlen.

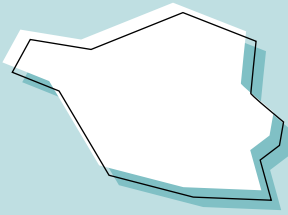


Das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus und die Mobile Beratung wurden innerhalb der ersten Förderperiode „Demokratie leben!“ ebenfalls weiter ausgebaut. Die Zahl der Beratungsknoten wurde auf neun erhöht, sodass regional im ganzen Flächenland Rheinland-Pfalz Mobile Beratung angeboten werden konnte. Im Bereich der Prävention konnten im ersten Förderzeitraum „Demokratie leben!“ vor allem Angebote im Bereich des religiös begründeten Extremismus (Salafismus/Islamismus) aufgebaut werden. Mithilfe des Bundesprogramms entstand ab 2015 das Präventionsnetzwerk DivAN, welches die Prävention islamistischer

Radikalisierung koordiniert. Das Projekt LEITPLANKE hat maßgeblich zur Sensibilisierung und Fortbildung von Fachkräften der Jugendarbeit zum Thema religiös begründete Radikalisierung beigetragen, Ansätze der Jugendarbeit in muslimischen Gemeinden, die in diesem Modellvorhaben entwickelt wurden, sollen in Regelstrukturen überführt werden. Das Modellvorhaben „Jugend und Identität“ wird mit dem Angebot „Wie wollen wir leben?“ noch bis 2022 fortgesetzt.

Saarland

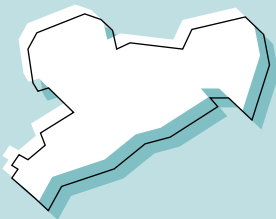
Das Landes-Demokratiezentrum, angesiedelt im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, fungierte über die komplette Laufzeit als zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ im Saarland. Das Landes-Demokratiezentrum koordinierte und vernetzte staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure.



Die Mobile Beratung, Opferberatungsstelle und die Fachstelle Salafismus konnten sich als zentrale Pfeiler der beratenden Tätigkeit im Saarland etablieren und wurden über den gesamten Förderzeitraum von Beratungsnehmerinnen und -nehmern proaktiv aufgesucht. 2019 konnte ein Träger gefunden werden, der eine Feldforschung zur Vorbereitung einer Distanzierungs- und Ausstiegsberatung durchführte. Die Distanzierungsberatung beginnt in der nächsten Förderphase mit ihrer Arbeit. In den letzten beiden Jahren haben die Themen Cybermobbing und Hate Speech massiv an Bedeutung gewonnen. Aus diesem Grund wurde 2018 das Mediennetzwerk SaarLorLux mit einem Projekt in das saarländische Netzwerk aufgenommen, welches erfolgreiche Aufklärungsarbeit in diesen Themengebieten leistet.

Sachsen

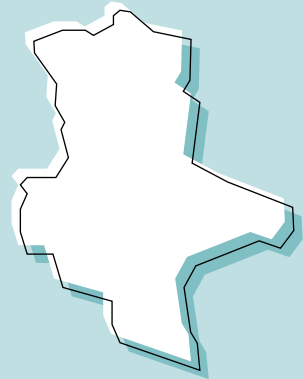
Das Landes-Demokratiezentrum Sachsen hat sich seit seinem Bestehen hin zu einem eigenen Referat im Staatsministerium für Soziales entwickelt. Zugleich wuchs die Landeskoordinierungsstelle des Landes-Demokratiezentrums von zunächst einem auf schließlich fünf Mitarbeitende, von denen drei durch einen unbefristeten Vertrag mittlerweile fest beim Freistaat Sachsen angestellt sind. Während die Mehrzahl der Träger im Beratungsnetzwerk (BNW) des LDZ überwiegend Beratungsfälle im Bereich des Rechtsextremismus und damit verbundene Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeiten (GMF) wie Rassismus bearbeiteten (im gesamten Förderzeitraum waren es phänomenbereichsübergreifend insgesamt über 1.800 Beratungsfälle), konnte mit dem Start der Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention (KORA) im Jahr 2017 zudem der Phänomenbereich des islamistischen Extremismus verstärkt in den Blick genommen werden. Dies hatte zur Folge, dass das BNW um einen Träger der Distanzierungsberatung erweitert, die Beziehungen zu den muslimischen Organisationen im Freistaat im Rahmen eines vertrauensvollen Dialoges ausgeweitet und zugleich die Kooperation mit den sächsischen Sicherheitsbehörden wie dem LKA u. a. mithilfe eines Sicherheitsleitfadens phänomenbereichsübergreifend intensiviert werden konnte.



Ab 2019 wurde zudem die Zielgruppe der kommunalen Entscheidungsträger (Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte) mit einem eigenen Veranstaltungsformat, dem Kommunaldialog, bedacht. Auch der Einsatz gegen weitere GMF-Phänomene wurde verstärkt in den Blick genommen. So konnten durch das LDZ mithilfe einer Bekanntmachung zur Förderung von „Projekten zum Abbau von Antisemitismus“ zehn Träger insbesondere im ländlichen Raum aus Bundesmitteln gefördert werden.

Sachsen-Anhalt

Die bereits 2007 eingerichtete Landeskoordinierungsstelle wurde zum Landes-Demokratiezentrum (LDZ) im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ weiterentwickelt. Zentrale Aufgabe des LDZ ist die Vernetzung aller Projekte und Aktivitäten der Demokratieförderung, die im Rahmen des Bundesprogramms und des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit durchgeführt werden. Zum Informationsaustausch und Erfahrungsaustausch werden Vernetzungstreffen für das Beratungsnetzwerk, die Partnerschaften für Demokratie und die Modellprojekte, Fachveranstaltungen und eine Demokratiekonferenz pro Jahr durchgeführt. Seit 2015 ist das LDZ auch für Maßnahmen gegen politischen Islamismus zuständig und kooperiert mit einem freien Träger, der Bildungs- und Aufklärungsarbeit leistet und Unterstützung für Aussteiger vermittelt.



Die Arbeit des LDZ wird durch eine interministerielle Arbeitsgruppe und einen zivilgesellschaftlich besetzten Beirat unterstützt. Nach dem Anschlag in Halle am 9.10.2019 und der enger werdenden Kooperation mit dem Ansprechpartner für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt hat die Bedeutung des LDZ und die Nachfrage nach Bildungsangeboten auch in Onlineformaten deutlich zugenommen.

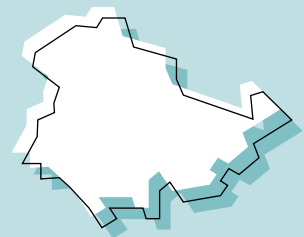
Schleswig-Holstein

Das Landes-Demokratiezentrum Schleswig-Holstein ist aus der damaligen Landeskoordinierungsstelle hervorgegangen und ist beim Landespräventionsrat angebunden. Es fasst die Ressourcen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ sowie zweier Landesprogramme zur Prävention von Extremismus, weiterer Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und zur Stärkung der Demokratie zusammen. Die Mobile, die Betroffenen- sowie die Distanzierungs- und Ausstiegsberatung wurden seit 2015 kontinuierlich gestärkt und auf weitere Bedarfe reagiert (z. B. durch die Einrichtung einer Fach- und Informationsstelle zum türkischen Ultranationalismus). 2018 erfolgte eine personelle Aufstockung, und die durch das LDZ S-H gebündelten Netzwerkstrukturen wurden maßgeblich erweitert und nachhaltig etabliert. Mittlerweile verfügt das LDZ S-H über mehr als 60 Netzwerkpartnerinnen und -partner, mit denen es gemeinsam gegen Extremismus und für Demokratie im Land wirkt.



Thüringen

In Thüringen werden alle Maßnahmen, Strukturen und Projekte für Demokratie und gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit gebündelt. Die Koordination dieses Programms und die Verknüpfung mit einschlägigen Bundesprogrammen erfolgt im Landes-Demokratiezentrum im Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport. In der ersten Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ konnten sowohl die Bundes- als auch die Landesmittel und somit die Aktivitäten in Thüringen deutlich verstärkt werden. Die flächendeckend eingerichteten lokalen Partnerschaften für Demokratie und die Beratungsstrukturen sind zentrale Elemente einer gelungenen Kooperation des Bundes- und des Landesprogramms. Das umfangreiche Fortbildungsprogramm für Polizei und Justiz, Schulen und Kindergärten, Jugendhilfe, Verwaltung und Vereine ist eine Thüringer Spezialität.



5.1.3 Förderung der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger

Der 2015 im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ geschaffene Programmbereich „Förderung der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger“ stellt ein Novum in der Geschichte der bisherigen Programme zur Demokratiestärkung und Extremismusprävention des BMFSFJ dar. Der Bereich ist zum einen eine Reaktion darauf, dass bewährte Ansätze aus Modellprojekterprobungen im Bundesmaßstab nicht verstetigt wurden. Vor dem Hintergrund des politischen Ziels „Wertvolle Strukturen müssen langfristig gesichert werden“³⁶ strebte das Bundesministerium mit diesem Programmbereich „die Verstetigung der Arbeit von gemeinnützigen Trägern“ auf der Bundesebene an.³⁷ Zum anderen war mit dem Programmbereich beabsichtigt, fehlende bundeszentrale Infrastrukturen in den Themenfeldern des Bundesprogramms zu etablieren, die beispielsweise Aufgaben der Unterstützung von Modellprojekten oder des Transfers von deren Ergebnissen übernehmen können.³⁸

Bereits zu Beginn des Jahres 2015 wurde deutlich, dass der (politische) Anspruch einer „Verstetigung“ mit den Mitteln des Bundesprogramms aus förderrechtlichen Gründen nicht ohne Weiteres umsetzbar ist. Damit rückte der Aufbau von bundeszentralen Infrastrukturen ins Zentrum der Förderung. Dabei ging es nicht um eine Fortführung von bewährten Ansätzen bei den geförderten Trägern, sondern darum, dass diese Organisationen ihre Wissensbestände der jeweils thematisch einschlägigen Fachpraxis zur Verfügung stellen. In diesem Zusammenhang kristallisierte sich im Prozess der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger ein Set an sogenannten bundeszentralen Aufgaben heraus, welche die geförderten Organisationen nach und nach in den von ihnen bearbeiteten Themen- und Strukturfeldern übernehmen sollten. Letztlich sollten die Träger dadurch Beiträge leisten, um organisationsübergreifende Angebotsinfrastrukturen der Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention zu entwickeln.³⁹

Für zahlreiche Organisationen bedeuteten diese Zielmarken, ihre eigenen Strukturen neu auszurichten und weiterzuentwickeln. Am Ende der Programmlaufzeit 2019 zeigte sich, dass die Förderung sowohl weitreichende Strukturentwicklungsprozesse auf der

Ebene der Träger (beispielsweise die Professionalisierung von Arbeitsstrukturen) als auch in den Themen- und Strukturfeldern (z. B. Ausbau von thematischen Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen) angestoßen und/oder vorangetrieben hat. Gleichwohl stellte sich für die geförderten Organisationen bis zum Ende der ersten Förderperiode von „Demokratie leben!“ die Frage danach, wie die entwickelten Strukturen und ihre Arbeit auf Bundesebene nachhaltig abgesichert werden können.

Die geförderten Organisationen haben sich mehrheitlich zu bundesweit bedeutsamen Trägern entwickelt und übernahmen nach und nach bundeszentrale Aufgaben.

Die geförderten Organisationen verfügten bei Aufnahme in das Bundesprogramm über sehr heterogene Ausgangsvoraussetzungen für die Strukturentwicklungsprozesse.⁴⁰ Vor allem junge Organisationen oder solche ohne Landesuntergliederungen bzw. bundesweit verbreitete (Mitglieds-)Strukturen standen hier vor besonderen Herausforderungen. Gereifere, im Bundesmaßstab bereits anerkannte Organisationen verfügten hingegen schon zu Förderbeginn über Strukturen und Verfahren, die eine gute Ausgangslage darstellten, um die Entwicklungsziele im Programmbereich zu erreichen. Allerdings konnten sich solche etablierten Strukturen in Fällen von hohem Beharrungsvermögen auch als Entwicklungsbremse erweisen.

Der Mehrzahl der geförderten Träger ist es gelungen, ihre Organisationsstrukturen so anzupassen, dass sie in der Lage sind, Aufgaben von bundesweiter Bedeutung zu erfüllen. Diese Anpassungen beinhalteten u. a., das Portfolio an Aufgaben mit überregionaler Bedeutung oder Bedeutung für das Bundesgebiet als Ganzes zu schärfen und bekannt zu machen, Regionalstellen in mehreren Bundesländern zu etablieren oder die eigene Basis an Mitgliedsorganisationen sowie Kommunikationsstrukturen auszubauen. Die unterschiedlichen Ausgangssituationen der bundeszentralen Träger führte in diesem Zusammenhang allerdings auch dazu, dass einzelne der im Programmbereich geförderten Träger auch am Ende der ersten Förderperiode noch mit diesen Anpassungsprozessen

36 Vgl. Rede der Bundesministerin Manuela Schwesig am 01.07.2014.
37 Vgl. BMFSFJ 2014, S. 3.

38 Vgl. Greuel und König 2014; vgl. Bischoff und König 2014, S. 60 f.; BMFSFJ 2014, S. 3.

39 Vgl. Heinze u. a. 2017, S. 26–28.

40 Vgl. Heinze u. a. 2017, S. 26–57.

beschäftigt waren. Das betrifft vor allem im Bundesmaßstab als eher klein einzustufende Organisationen mit engen Verbindungen zur (lokalen) Fachpraxis.⁴¹

Dessen ungeachtet übernimmt die Mehrzahl der bundeszentralen Träger in immer größerem Umfang für die Bundesebene bedeutsame Aufgaben in ihren jeweiligen Themen- und Strukturfeldern. Dabei geht es insbesondere um den Transfer von Wissen und Können, um Qualitätssicherung, Qualifizierung und Unterstützung von Professionalisierungsprozessen sowie um (fach-)politische Interessenvermittlung.⁴² Dabei werden die Aufgaben des Transfers zwar von den geförderten Organisationen am häufigsten erfüllt. Die Aufgaben der Qualitätssicherung und Professionalisierung sowie der (fach-)politischen Interessenvermittlung auf der Bundesebene sind für die bundeszentralen Träger jedoch bedeutsamer. Das entspricht sowohl ihrem Status und ihren Aufgaben als zivilgesellschaftliche Organisationen als auch den Interessen und Bedarfen des staatlichen Programmgebers. In den Maßnahmen der bundeszentralen Träger spiegelt sich das wider: Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen auf der lokalen Ebene rückte im Kontext der Förderung aus dem Bundesprogramm zugunsten der Arbeit mit (pädagogischem) Fachpersonal bzw. mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in den Hintergrund.⁴³ Dabei greifen die Organisationen jeweils auch aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen auf und setzen sich in ihren Maßnahmen (z. B. Fachtagungen, Handreichungen, Fort- und Weiterbildungsmodule) beispielsweise mit den Herausforderungen auseinander, die sich aus Phänomenen wie den demokratiegefährdenden oder rassistischen Tendenzen im Rechtspopulismus, „Hate Speech“ oder auch der Digitalisierung von Bildungswelten ergeben.

Die bundeszentralen Träger schaffen vernetzte Angebote in ihren Themen- und Strukturfeldern und fördern die Artikulation zivilgesellschaftlicher Interessen.

Das Bundesprogramm trägt nachweislich dazu bei, die Angebotsinfrastrukturen in einzelnen Themen- und Strukturfeldern (weiter) zu entwickeln. Die wissenschaftliche Begleitung hat zugleich die Vernetzung der Träger untereinander und mit anderen Programmakteuren analysiert. Dabei zeigte sich, dass am

Ende des Förderzeitraums nicht alle geförderten Träger in der Position sind, als bundeszentrale Akteure die Vernetzung sowie den Fachdiskurs in ihrem Themen- und Strukturfeld maßgeblich mitzugestalten. Das hat sowohl etwas mit dem Entwicklungsstand der bundeszentralen Träger hinsichtlich des Strukturentwicklungsziels zu tun als auch mit dem Reifegrad der im Programmbereich geförderten Themen- und Strukturfelder selbst. Beispiel Rechtsextremismus- oder Antisemitismusprävention: Gerade in solchen Handlungsfeldern, die durch eine lange Tradition der Bundesförderung gekennzeichnet sind, mussten sich die im Programmbereich geförderten Träger mit ihren Aufgaben in eine ausdifferenzierte und spezialisierte Angebotslandschaft einpassen. Zudem überschneiden sich einige der Themen- und Strukturfelder teilweise, was dazu führte, dass die jeweils nur für ein solches Feld geförderten bundeszentralen Träger im Programmbereich nur begrenzt entsprechende Alleinstellungsmerkmale mit bundesweiter Strahlkraft herausbilden konnten.

Insbesondere mit Blick auf die angestrebte Unterstützungsfunktion der bundeszentralen Träger für andere Programmakteure (z. B. Modellprojekte), deren Verhältnis zueinander sowie zu zentralen Instanzen auf der Landesebene, wie den Landes-Demokratiezentren, ist zum Ende der Förderung nicht alles geklärt.⁴⁴ Letzteres betrifft insbesondere die Übernahme von Aufgaben der Koordination, Anregung und Vernetzung der relevanten (Programm-)Akteure im jeweiligen Themen- und Strukturfeld. In diesem Zusammenhang ist der Umstand bedeutsam, dass die „Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger“ bei einer Vielzahl der geförderten Organisationen nur eine Aufgabe neben anderen ist. Viele Organisationen befinden sich im Rahmen von „Demokratie leben!“ zwar in einem nachweisbar kooperationsförderlichen Setting, darüber hinaus jedoch auch in einer Konkurrenzsituation um begrenzte Ressourcen (Fördermittel, Personal).⁴⁵ Gleichwohl stehen die im Programmbereich geförderten Träger am Ende der ersten Förderperiode häufiger und enger in Kontakt zueinander als zu Beginn. Dabei überwiegt der informelle Austausch.⁴⁶ Die bundeszentralen Träger schätzen die etablierten Kontakte und Kooperationsstrukturen untereinander als nützlich, zuverlässig und nachhaltig ein.

41 Vgl. Heinze u. a. 2018, S. 55–69.

42 Vgl. Heinze u. a. 2017, S. 26–48.

43 Vgl. Heinze u. a. 2017, S. 42.

44 Vgl. Heinze u. a. 2018, S. 160.

45 Vgl. Heinze u. a. 2017, S. 66.

46 Vgl. Heinze u. a. 2018, S. 79–80.



Teilnehmerinnen des Modellprojekts Romani Phen: Archiv gegen das Vergessen.

Insbesondere die im Bundesprogramm unterstützten Modellprojekte und die zur bundeszentralen Strukturentwicklung geförderten Träger in thematisch nahen Feldern sprechen sich gegenseitig eine hohe Relevanz zu.⁴⁷ Es zeigte sich, dass sich die Kooperation der Programmakteure sowohl positiv auf Prozesse der Interessenaggregation und -artikulation auswirken als auch zu neuen Vernetzungs- und Kooperationszusammenhängen in den Themenfeldern des Bundesprogramms beitragen kann. Beispielgebend sei hier die Gründung von Bundesarbeitsgemeinschaften und Bundesverbänden genannt, die durch „Demokratie leben!“ angeregt wurde.⁴⁸ Dabei nutzten die Akteurinnen und Akteure ihre Kooperationsmöglichkeiten und Synergiepotenziale allerdings nicht immer voll aus.

Die Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger: Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure erprobten und etablierten neue Formate der partnerschaftlichen Zusammenarbeit.

Im Bundesprogramm hat das Bundesministerium den Anspruch, mit den geförderten Organisationen partnerschaftlich und auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten. Dazu etablierte es im Programmbereich neue Formate der Zusammenarbeit: die jährlich stattfindende Trägerkonferenz mit allen am Programmbereich beteiligten Akteuren und das Instrument der Jahresplanungsgespräche, die das Bundesministerium mit jedem einzelnen Träger führt. Die Jahresplanungsgespräche dienen im Programm als neuer Ort,

in dem staatliche und nichtstaatliche Akteurinnen und Akteure zusammenarbeiten. Sie sind potenziell geeignet, dem Anspruch an eine kooperative Handlungskoordination von Staat und Zivilgesellschaft in den Handlungsfeldern des Bundesprogramms gerecht zu werden. Zugleich sind sie ein Instrument des Programmgebers, Aktivitäten von bundeszentralen Trägern als Programmumsetzende zu steuern und zu kontrollieren.⁴⁹ Da die Beziehungen einen zuwendungsrechtlichen Rahmen haben und daher hierarchisch sind, ist bisher noch weitgehend offen, wie sich in diesem Kontext der Anspruch von Partnerschaftlichkeit einlösen lässt. Die jährliche Trägerkonferenz stellte nach Einschätzung der Beteiligten ebenfalls ein geeignetes Format der Abstimmung, Aushandlung und Diskussion von Fach- und Kooperationsfragen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteurinnen und Akteuren dar. Hier wurden Entwicklungsziele des Programmbereichs gemeinsam konkretisiert. Gleichzeitig war es dort Thema, wie man sich gegenseitig unterstützen kann oder mit öffentlichen Anfeindungen sowie mit demokratie- und menschenfeindlichen gesellschaftspolitischen Diskursen umgeht.

Die überwiegende Mehrheit der geförderten Träger misst der Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium eine hohe Bedeutung bei und schätzt diese, bezogen auf ihre inhaltlich-fachlichen und organisatorischen Aspekte, positiv ein.⁵⁰ Dahingehend leistet der Programmbereich auch einen Beitrag dazu, zu verdeutlichen, dass die Stärkung von Demokratie und die Prävention von Extremismus wirksam nur durch das partnerschaftlich abgestimmte, gemeinschaftliche Handeln von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu bewältigen ist.

.....
⁴⁷ Vgl. Bischoff et al. 2019.

⁴⁸ Vgl. Heinze u. a. 2018, S. 71–72.

⁴⁹ Vgl. Heinze u. a. 2018, S. 112–125.

⁵⁰ Vgl. Heinze u. a. 2018, S. 107–112.

5.1.4 Modellprojekte – Förderung von „neuen Wegen“ der Extremismusprävention und Demokratieförderung

Im folgenden Abschnitt werden exemplarisch ausgewählte Entwicklungs- und Erprobungsergebnisse der Modellprojekte vorgestellt, die im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert wurden. Hauptaufgabe dieser Projekte war es, neue, praxistaugliche Ansätze zu entwickeln und zu erproben – sowohl in der Arbeit gegen politischen und weltanschaulich-religiös begründeten Extremismus sowie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) als auch in der Demokratieförderung im ländlichen Raum. In diesem Sinne sollten die Modellprojekte gleichsam stellvertretend für die Alltagspraxis neue Konzepte und Strategien, Arbeitsformen und Zugänge zu Zielgruppen, Themen und Inhalten erproben sowie Erfahrungen sammeln, um diese anschließend der Fachpraxis im Sinne eines Konzept-, Wissens- und Erfahrungstransfers zur Verfügung stellen zu können. Sie sollten zudem nachvollziehbar machen, dass die entwickelten Ansätze dazu beitragen können, demokratisches Denken und Handeln zu fördern sowie politisch-weltanschaulicher Radikalisierung vorzubeugen bzw. diese zu bearbeiten. Dadurch sollten Akteurinnen und Akteure motiviert werden, sich in ihrer Arbeit den Themen des Programms zu widmen – ob in den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe, im schulischen Kontext, im Strafvollzug oder in weiteren Einrichtungen, bspw. der Berufsausbildung. Der Bund nimmt auf die Weise zugleich seine Anregungsfunktion in der Kinder- und Jugendhilfe nach § 83 I SGB VIII wahr.

Der Transfer von Ergebnissen der Modellprojekte und die Übertragung entwickelter und erprobter Modelle sowie der darauf bezogenen Erfahrungen war allerdings kein Selbstläufer. Eine wesentliche Voraussetzung für den erfolgreichen Transfer ist einerseits, dass Neuerungen und (Weiter-)Entwicklungen etwa pädagogischer Methoden seitens der Projektumsetzenden so angelegt sind, dass sie den Rahmenbedingungen und Bedarfen der (pädagogischen) Akteurinnen und Akteure in den genannten Regelangeboten entsprechen können. Andererseits müssen die in den Modellprojekten gewonnenen Ergebnisse auch vonseiten der Fachpraxis genutzt und verwendet werden. Die Erfahrung zeigt, dass dies häufig eher bruchstückhaft erfolgte, den jeweiligen Nutzungsinteressen und Rahmenbedingungen entsprach und dass es nicht selten einer systematischen Unterstützung bedurfte.

Nachfolgend werden ausgewählte Befunde der wissenschaftlichen Begleitungen der Modellprojekte in „Demokratie leben!“ vorgestellt. Sie sind für alle Programmbereiche der Modellprojektförderung relevant. Das betrifft insbesondere Erkenntnisse zu den Rahmenbedingungen der Arbeit der geförderten Projekte und zu deren zentralen Innovationsbereichen. Was die konkreten Ergebnisse der Modellentwicklungen betrifft, muss sich die Darstellung aufgrund der großen Heterogenität der Projekte und des begrenzten Umfangs dieses Berichts darauf beschränken, für drei ausgewählte Innovationsfelder einige exemplarische Resultate zu präsentieren. Deren Auswahl stützt sich auf die Befunde der wissenschaftlichen Begleitungen der Programmbereiche. Die umfangreichen Erkenntnisse zu den Ergebnissen und Lernerfahrungen in der Modellprojektförderung werden ausführlich in den zahlreichen jährlichen Berichten der wissenschaftlichen Begleitungen dargestellt. Diese sind u. a. auf der Homepage von „Demokratie leben!“ veröffentlicht.

Thematische Innovationsfelder der Modellprojektarbeit

Mit den thematischen Vorgaben wie „Hass im Netz – Engagement im Netz“, „Empowerment zur demokratischen Teilhabe“, „Antiziganismus“ sowie „Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit“ und anderen **hat das BMFSFJ aktuelle gesellschaftliche Problemlagen aufgegriffen und gezielt die Entwicklung neuer Handlungsansätze in diesen Themenbereichen gefördert**. Neu waren hierbei nicht nur die behandelten Themen, sondern auch, dass der Bund Modellprojekte fördert, die sich nicht allein der Prävention von ausgrenzenden, abwertenden und diskriminierenden Orientierungen und Handlungen widmen, sondern die zugleich auch auf das Empowerment der davon besonders betroffenen Personengruppen zielen.

Die **zeitgleiche Bearbeitung mehrerer Phänomene des GMF-Syndroms** im Bundesprogramm war ebenfalls neu. Dies erweiterte die bereits seit langem im Kontext der einschlägigen Bundesprogramme stattfindende Arbeit gegen Antisemitismus entsprechend jüngeren sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen um weitere Phänomene von gruppenbezogener Abwertung und Diskriminierung. In diesem Zusammenhang hat sich das wachsende Bewusstsein darüber, dass Diskriminierungsphänomene miteinander verschränkt sind (Intersektionalität), als produktiver Impulsgeber dafür erwiesen, neue pädagogische Arbeitsansätze zu entwickeln. Modellprojekte berücksichtigen zunehmend die Verwobenheit zweier oder mehrerer Phänomene von GMF in ihrer Arbeit. So gibt es Verbindungen zwischen Antisemitismus und Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit und zwischen Homosexuellen- und Islamfeindlichkeit. Zugleich zeigte sich, dass in der pädagogischen Praxis weiterhin ein hoher Entwicklungsbedarf besteht, Intersektionalität und Mehrfachdiskriminierung angemessen zu berücksichtigen.

Die pädagogische, präventionsorientierte **Beschäftigung mit Menschenfeindlichkeit und Extremismus im Netz** stellte ein eher unterentwickeltes Handlungsfeld insbesondere in Kontexten der Kinder- und Jugendhilfe dar – trotz des verdienstvollen Engagements von Jugendschutz.net. Vor diesem Hintergrund war auch die Förderung von den Modellprojekten ein Novum, die konkrete Strategien zum Umgang mit

Menschenfeindlichkeit und Extremismus im Internet sowie Handlungsansätze zur Stärkung einer digitalen Zivilgesellschaft entwickeln. Angesichts der Digitalisierung von Lebenswelten wurde es zunehmend zu einer Querschnittsaufgabe, für die pädagogische Praxis in fast allen modellhaft arbeitenden Bereichen des Bundesprogramms entsprechende Arbeitsansätze zu entwickeln.

Die Herausforderungen der **Präventionsarbeit und Demokratiestärkung im Kontext der Berufsausbildung in Unternehmen und in der Arbeitswelt** sind besondere. Darum hat der Programmgeber Modellprojekte gefördert, die Jugendliche in einem (Alltags-) Kontext adressierten, der bisher vergleichsweise selten im Mittelpunkt der politischen Bildung und der Radikalisierungsprävention stand. Damit wurde ein Entwicklungs- und Erprobungsraum für Bildungsformate geschaffen, die den Bedingungen der Unternehmenswelt und von Ausbildungssettings gerecht werden sollten.

Ebenfalls auf aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen reagierten Modellprojekte mit neuen oder weiterentwickelten Arbeitsansätzen, die sich insbesondere mit den demokratiegefährdenden und rassistischen Ausprägungen im Rechtspopulismus, der Reichsbürger-Szene, der Identitären Bewegung oder neueren islamistischen Phänomenen (Furkan-Bewegung, „Generation Islam“) auseinandersetzten. Die genannten Phänomene lieferten Anlässe insbesondere für die inhaltliche Erweiterung oder Fokussierung von Projektmaßnahmen.

Im Bereich der Modellprojekte, die sich mit islamistischen Orientierungen und Handlungen auseinandersetzten, haben insbesondere Träger, die bisher in vornehmlich säkularisierten Kontexten gearbeitet haben, bestehende Arbeitsansätze teilweise durch neue ersetzt oder angemessen überarbeitet. So wurden sie der **Bedeutung von Religion** für einen Teil der muslimisch orientierten Zielgruppe besser gerecht. Dabei erweiterten sie ihr Themenspektrum und räumten Fragen rund um religiös geprägte Lebenswelten, aber auch religiös motivierten bzw. begründeten Konflikten einen besonderen Stellenwert ein.

Wirkt-Siegel für „Berufsschulen für Demokratie und gegen Alltagsrassismus“

Das Modellprojekt „Berufsschulen für Demokratie und gegen Alltagsrassismus. Für vielfaltssensible Haltung gegen religiösen Extremismus“ der Eugen-Biser-Stiftung wurde 2019 mit dem Wirkt-Siegel von PHINEO ausgezeichnet.

Wie das Projekt wirkt:

Die Schule im Allgemeinen ist ein Mikrokosmos, in dem gesellschaftliche Veränderungsprozesse früh erkennbar sind. Hierzu gehörten auch die Vielfalt an Religionen und die damit einhergehenden unterschiedlichen Wertvorstellungen sowie kulturellen Prägungen.

Um die demokratische Handlungsfähigkeit von Schülerinnen und Schülern zu stärken, kommt Lehrkräften bei dieser Aufgabe eine zentrale Rolle zu. Das Modellprojekt der Eugen-Biser-Stiftung, das in Kooperation mit dem Religionspädagogischen Zentrum in Bayern (RPZ) und dem Religionspädagogischen Zentrum Heilsbronn durchgeführt wird, widmet sich diesem Thema speziell an Berufsschulen.

Das Modellprojekt verfolgt u. a. das Ziel, in Fortbildungen mit Berufsschullehrkräften interreligiöse Projekttag zu entwickeln und exemplarisch durchzuführen. Bei den Projekttagen sollen Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit erhalten, in einem noten- und wertungsfreien Dialograum religions- und weltanschauungsübergreifend Fragen zu Religion und demokratischem Zusammenleben zu diskutieren und praktisches Handeln zu erproben.

Lehrer und Lehrerinnen an Berufsschulen arbeiten häufig mit einer Schülerschaft, die die große kulturelle Vielfalt in der deutschen Gesellschaft repräsentiert. Um Zugang zur Lebenswelt dieser heterogenen Schülergruppe zu erhalten, zielt das Modellprojekt zudem darauf, eine vielfaltssensible Haltung einzuüben, die den Umgang mit der Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationserfahrung thematisiert. Das Projekt wird laufend von einem wissenschaftlichen Beirat aus katholischen, evangelischen und muslimischen Religionspädagogen und Pädagoginnen begleitet.

Ein Themenreport von PHINEO ist hier abrufbar:

<https://www.phineo.org/search?term=gesellschaftlicher+zusammenhalt>

Methodische Innovationsfelder der Modellprojektarbeit

„Demokratie leben!“ hat nicht nur hinsichtlich seiner inhaltlichen Schwerpunkte die Entwicklung neuer Arbeitsansätze in der (Radikalisierungs-)Prävention, der Demokratieförderung und der Vielfaltgestaltung angeregt. Das Bundesprogramm hat auch dazu beigetragen, methodische Neuerungen hervorzubringen. Diese lassen sich zwar nicht in allen Einzelprojekten, zumindest jedoch in allen Programmbereichen der Modellprojektförderung finden.

So ist im Vergleich zu früheren Bundesprogrammen, wie „Vielfalt tut gut“ oder TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN, für die pädagogischen Konzepte der Modellprojekte in „Demokratie leben!“ und deren Umsetzungen inzwischen **ein gestiegenes Bewusstsein dafür zu konstatieren, dass pädagogische Präventionsarbeit sich nicht allein auf individuelle problematische Orientierungen und Haltungen junger Menschen beschränken** kann. Daher wird nun auch deren Umfeld bzw. deren Lebenswelt systematischer als bisher in die pädagogische Arbeit einbezogen. Insoweit nahmen die Modellprojekte in wachsendem Umfang Strukturen bzw. soziale Systeme mit in den Blick, die (mindestens) ihre Zielgruppen umgeben – wie das Schulsystem, den Arbeitsmarkt oder den Strafvollzug.

Auch im Kontext der Vorbeugung struktureller Diskriminierung werden systemische, über das Individuum hinausgehende Arbeitsweisen wichtiger. Handlungsansätze zur **Arbeit gegen Phänomene struktureller Diskriminierung waren häufig von macht- und herrschaftskritischen, diversitätssensiblen und intersektionalen Perspektiven geprägt**. Aus diesen resultiert wiederum eine Vervielfachung möglicher Handlungsstrategien, Methoden, Zielgruppen sowie adressierter Strukturen, die dann als Neuerung Eingang in die Präventionsarbeit oder in die Demokratieförderung finden können.

Darüber hinaus berücksichtigten die Modellprojekte insbesondere in Maßnahmen zur politischen Bildung verstärkt den **Einfluss von Emotionen auf politische Sozialisationsprozesse** in der pädagogischen Praxis. Neuere Ansätze weisen hier über eine primär kognitiv, rein wissensvermittelnd ausgerichtete Arbeit hinaus. Nach Einschätzung der wissenschaftlichen

Begleitungen birgt die Berücksichtigung von Emotionen in der Arbeit mit den Zielgruppen einerseits große Innovationspotenziale, andererseits allerdings auch einige Herausforderungen – insbesondere im Umgang mit negativen Emotionen, wie Furcht, Verachtung oder Hass.

Diese Entwicklungen in der pädagogischen Arbeit der Modellprojekte sind Teil eines konzeptionellen und methodischen Wandels von pädagogischer Praxis in den Regelangeboten der Kinder- und Jugendhilfe. Damit steigt die Chance, dass entsprechende Neuerungen der Modellprojekte in die Regel- bzw. Alltagspraxis Eingang finden können.

Eine zentrale Form von Anregung in der pädagogischen Praxis ist es, Arbeitsansätze neu zu entwickeln und bereits erprobte Methoden an neue Kontexte anzupassen. In fast allen Programmbereichen hat eine Reihe von Modellprojekten daran gearbeitet, in anderen Kontexten erprobte Arbeitsansätze in jeweils (neue) programmbereichs- bzw. zielgruppenspezifische Bezugsrahmen zu überführen und sie konzeptionell sowie in der praktischen Umsetzung daran anzupassen. Das kann bedeuten, Ansätze bzw. Methoden, die ihren Ursprung z. B. in der Arbeit gegen Rechts-Extremismus oder in der Erwachsenenbildung haben, an die Arbeit gegen islamistischen Extremismus oder an die Bedingungen von Jugendbildung anzupassen. Es kann ebenso bedeuten, Methoden der pädagogischen Arbeit in Schule und Jugendhilfe in das System der Arbeitswelt bzw. der beruflichen Bildung zu übertragen. Wieder andere Projekte versuchten, eher konventionelle Ansätze der Demokratiepädagogik und politischen Bildung oder der interkulturellen und antirassistischen (Bildungs-)Arbeit mit medienpädagogischen Formaten und Konzepten zu verzahnen und dadurch weiterzuentwickeln. Außerdem passten Träger Ansätze der Demokratiepädagogik sowie der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit an die besonderen Rahmenbedingungen der Arbeit im Strafvollzug an.

Ausgewählte Innovationsfelder der verschiedenen Programmbereiche

Das Internet, soziale Medien und digitale Arbeitsmittel fanden vermehrt Eingang in die pädagogische Arbeit der Modellprojekte der meisten Programmbereiche. **So wohl im Zugang zu Zielgruppen als auch in der pädagogischen Arbeit mit ihnen gewannen vor allem soziale Medien an Bedeutung.** Darauf reagierten Modellprojekte, indem sie neue Ansprache- und Arbeitsformen entwickelten. Zugleich entsprachen sie damit einem dringenden Bedarf in der pädagogischen Arbeit allgemein, der sich aus den laufenden Veränderungen der jugendlichen Lebenswelten ergibt. Eine besondere Rolle hat das Thema der Digitalisierung im Programmbereich „Stärkung des Engagements im Netz – gegen Hass im Netz“ gespielt. Im Kern waren die Aktivitäten der Modellprojekte in diesem Zusammenhang darauf gerichtet, in die Arbeit mit Zielgruppen internetbasierte Formate und Trends einzubinden und – wie bereits erwähnt – bewährte pädagogische Konzepte an die Anforderungen von digitalem und vernetztem Lernen anzupassen. Dazu gehörte auch, digitale Arbeitsmittel wie Spielkonsolen und Virtual-Reality-Techniken einzubinden.

Onlinemedien wurden dabei in der Modellprojektpraxis sehr unterschiedlich eingesetzt. Sie dienten als

- *Zugangsweg zu Zielgruppen,*
- *Meldeplattform für rechtsextreme, rassistische und antisemitische Vorfälle,*
- *Anlauf- und (Erst-)Beratungsstellen für Betroffene von solchen Vorfällen,*
- *Angebot einer (Erst-)Hilfestruktur für Personen, die mit „Hate Speech“ (Hassrede) konfrontiert waren.*

Nicht zuletzt kamen sie als eigenständiger Aktionsraum zum Einsatz – für Gegenmaßnahmen beispielsweise zu „Hate Speech“ sowie zur Verbreitung von alternativen oder Gegennarrativen, um Radikalisierung im Internet vorzubeugen und gezielte Botschaften zu verbreiten, die das Engagement für Demokratie und Menschenrechte unterstützen sollten.

Einzelnen Modellprojekten gelang es in diesem Zusammenhang, Kontakte zu relevanten Social-Media-Unternehmen aufzubauen, ohne deren Mitwirkung die Öffnung des digitalen Raumes für zivilgesellschaftliche Belange hürdenreich gewesen wäre. All dies förderte die Auseinandersetzung mit demokratie- und menschenfeindlichen Inhalten im Internet, stärkte dort Gegenkulturen und konnte im Einzelfall auch Impulse setzen, eigene Positionen kritisch zu hinterfragen. Von Bedeutung war hinsichtlich der Arbeit im Netz zudem die Erkenntnis, dass auch im virtuellen Raum stabile Arbeitsbeziehungen zwischen pädagogischen Fachkräften und den Adressatinnen und Adressaten ihrer Arbeit hergestellt und aufrechterhalten werden müssen und können.

Ein besonderes Innovationsfeld wurde mit dem Programmbereich „Modellprojekte zur Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ geschaffen. Besonders war dies angesichts der bisherigen Erfahrungen mit schwer erreichbaren Zielgruppen für die Radikalisierungsprävention und die Deradikalisierungsarbeit. Mit dem Programmbereich wurde ein Erprobungsraum eröffnet, der es erlaubte, **Zugänge zu den genannten Zielgruppen auch in einem für partizipativ und emanzipatorisch angelegte pädagogische Interventionen eher untypischen institutionellen Umfeld zu erschließen.**

Die Modellprojekte im genannten Programmbereich wollten insbesondere in Jugendstrafanstalten mit pädagogischer Präventionsarbeit junge Menschen erreichen, deren Orientierungen als extremistisch eingestuft werden und sich

möglicherweise festigen. Dazu haben die Modellprojekte ihre Konzepte, Arbeitsansätze und die Durchführung konkreter Maßnahmen an die Bedingungen der stark hierarchisch strukturierten Institution des Justizvollzugs angepasst. Die Leistung der Modellprojekte bestand hierbei darin, dass sie präventiv-pädagogische Arbeitsweisen in einem institutionellen Gefüge erproben und etablieren konnten, das stark durch Sicherheits- und Strafverbüßungsaspekte sowie entsprechende Handlungseinschränkungen geprägt ist. Dies geschah in der Zusammenarbeit mit den staatlichen Akteuren in den Justizministerien und Justizvollzugsanstalten (JVA). Auch in anderen Modellprojektbereichen erschlossen sich verschiedene Träger Zugänge zu Jugendlichen mit problematischen islamistischen Orientierungen. Indem sie u. a. mit konservativen muslimischen und für die freie Kinder- und Jugendarbeit eher untypischen Strukturen und Personen zusammenarbeiteten, konnten sie Distanzierungsprozesse milieunah in Gang setzen.

Mit dem Bereich „Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“ griff das Bundesprogramm den Bedarf auf, Gestaltungsräume für ein von vielfältigen Lebensentwürfen, kulturellen Einflüssen und Religionszugehörigkeiten geprägtes gesellschaftliches Zusammenleben zu fördern. Allerdings leisteten auch zahlreiche Modellprojekte anderer Programmbereiche eine darauf ausgerichtete Sensibilisierungs- und Empowerment-Arbeit. Dank der Modellprojekte fanden die Auseinandersetzung mit Diskriminierung und die Gestaltung von Vielfalt auch in solchen gesellschaftlichen Bereichen und Strukturen statt, in denen entsprechende Themen und Reflexionsprozesse bisher kaum verankert waren.

So setzten die Modellprojekte beispielsweise Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung in Strukturen um, die bisher nur wenige oder keine Berührungspunkte zu migrantisch und/oder religiös geprägten Communitys bzw. Einrichtungen hatten.

Das NETTZ – Vernetzungsstelle gegen Hate Speech

„Das NETTZ – Vernetzungsstelle gegen Hate Speech“ (Förderzeitraum: 21.08.2017–31.12.2019) hat sich zum Ziel gesetzt, eine „Community der Gegenrede“ aufzubauen und zu unterstützen. Erfahrungswerte von Aktivistinnen und Aktivisten der digitalen Zivilcourage sollen transparent aufbereitet werden, um als Leuchtturmprojekte in die Zivilgesellschaft hineinzuwirken und Nachahmer zu motivieren. Durch Vernetzung, Austausch und strategische Abstimmung soll die Wirkungskraft aller Aktivistinnen und Aktivisten der digitalen Zivilcourage erhöht werden. Und durch eine bessere Verzahnung der digitalen Gegenrede mit der klassischen Demokratieförderung sowie durch den Erfahrungstransfer von der Zivilgesellschaft an die Politik und IT-Wirtschaft soll langfristig das

Engagement für die Community der digitalen Zivilcourage gestärkt werden.

Konkret möchte das Modellprojekt „Das NETTZ“, das von der Robert Bosch Stiftung als Initiator ab 2020 für weitere drei Jahre gefördert wird, dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für die zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure in Deutschland, die sich zum Thema Hate Speech engagieren, positiv zu verbessern. Mit Lern- und Innovationsformaten sowie der Bereitstellung von Onlinematerialien (Leitfäden, Checklisten, How-to-Pakete etc.) werden die Kompetenzen der Aktivistinnen und Aktivisten weiter aufgebaut. Dabei wird Wert auf die Einbindung von Expertinnen und Experten aus anderen Wirkungsfeldern sowie Peer-Learning gelegt.

Neue deutsche Medienmacher kontern Hate Speech

Vor dem Start des Modellprojekts „Neue deutsche Medienmacher“ gab es keine Organisation im deutschsprachigen Raum, die sich mit Hate Speech gegenüber Medienschaffenden auseinandergesetzt hat. Zudem gab es kaum Expertinnen und Experten, die sich sowohl mit Hass im Netz als auch mit dem journalistischen Berufsalltag auskannten und befassten. Die wenigsten Medienhäuser hatten hierzu Richtlinien erarbeitet. Und das, obwohl sich Journalistinnen und Journalisten immer stärker mit Hassrede konfrontiert sahen und sehen, wie Umfragen zeigen. In diese Lücke stieß der Neue Deutsche Medienmacher e. V.

Ziel des Modellprojekts im Rahmen der ersten Förderperiode (Förderzeitraum: 01.01.2018–31.12.2019) von „Demokratie leben!“ war es, Medienschaffende im Umgang mit Hassrede im Netz zu stärken und darin zu bestärken, nicht vor der Berichterstattung und Kommentierung sensibler Hot Topics zurückzuschrecken. Bis zum Ende der Projektlaufzeit sollten Medienschaffende konkrete Leitfäden für ihre Redaktionen entwickeln, mit denen sie gegen Hassrede gegen sich selbst und ihre Publikationen vorgehen können. So sollten die Redaktionen zu einem produktiven und selbstbewussten Umgang mit Hasspostings

auf den Websites der Verlage befähigt werden, um in ihren sozialen Kanälen mit Gegenrede kontern zu können. Dieser Ansatz kann auch beispielhaft für einen zivilgesellschaftlichen Umgang mit dem Problem stehen.

Ein Online-Helpdesk gegen Hate Speech

Basierend auf den Projekterfahrungen und den Erkenntnissen aus verschiedenen Expertinnen- und Experten-Interviews wurde am 10. Dezember 2018 ein Online-Helpdesk zum richtigen Umgang mit Hate Speech entwickelt, an den sich Medienschaffende und andere seitdem bei Fragen wenden können.

Dazu wurden häufige Hass-Strategien und wirksame Gegenrede-Strategien systematisiert, organisiert und aufbereitet. Der Helpdesk soll im Nachfolgeprojekt „Die Würde des Menschen ist unhaspbar. NO HATE SPEECH 2020–2022“ – das in der zweiten Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert wird – fortgeführt und stetig weiterentwickelt werden. Er soll in Zukunft einen größeren Adressatenkreis ansprechen und all denjenigen zur Verfügung stehen, die sich gegen Hate Speech online stark machen wollen.

Dort regten sie mittels der Begleitung entsprechender Personal- und Organisationsentwicklung die Reflexion von Vorurteilen oder von diskriminierenden Strukturen an, die in den Organisationen bestehen. Sie initiierten Veränderungen der Organisationskultur hin zu einer stärkeren Wertschätzung von Diversität. Ziel der Arbeit von Modellprojekten war es, interkulturelle Kompetenz zu steigern und Diversity-freundliche Strukturen zu fördern. In Schulen, Einrichtungen der Kindertagesbetreuung oder in Ausbildungsbetrieben sollten Diversitätsleitlinien entwickelt werden. Außerdem sollten zielgruppengerechte, diskriminierungssensible Beschwerde- und Beteiligungsverfahren sowie Konzepte zum angemessenen Umgang mit Rassismus bzw. rassistischer Diskriminierung angestoßen werden. Die **Förderung von Modellprojekten** in „Demokratie leben!“, die auf Empowerment ausgerichtet sind, leistete einen nennenswerten Beitrag dabei, Innovationen anzuregen und zu unterstützen, die eine vielfältige Gesellschaft in der Bundesrepublik gestalten wollen. Denn das Bundesprogramm bezog verstärkt auch Organisationen ein, die sowohl dem Umfeld von Personen und Gruppen nahestehen, die von Diskriminierung betroffen sind, als auch das Empowerment solcher Gruppen unterstützen. Das trug zum Aufbau von neuen und zur Stärkung von bereits bestehenden Selbstorganisationen dieser Gruppen bei. Zugleich unterstützte sie es dabei, fachliche Standards, Strukturen und Arbeitsweisen zu entwickeln.

Rahmenbedingungen der Entwicklung von Innovationen

In allen Programmbereichen der Modellprojektförderung zeigte sich, dass Art und Umfang der von den Projekten entwickelten und erprobten Neuerungen von einer Reihe von Faktoren beeinflusst werden. Dazu gehörten insbesondere die (Ziel-)Vorgaben der Programmgeber, die gesellschaftspolitischen Entwicklungen sowie die Bedarfe, die von den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren in den Erprobungskontexten wie Schule oder Jugendarbeit artikuliert wurden. Die Rahmenbedingungen für die Schaffung von Neuerungen durch die Modellprojekte unterschieden sich zwischen den Programmbereichen und Themenfeldern teilweise stark.

Das ist erstens darauf zurückzuführen, dass sich die Praktikerinnen und Praktiker in den Programmbereichen jeweils in pädagogischen Handlungsfeldern mit **unterschiedlich stark ausgeprägten Erfahrungen und entsprechend unterschiedlich stark ausgeprägten und etablierten Arbeitsansätzen** betätigten. Deutlich wurde dies beispielsweise in der Arbeit gegen Antisemitismus oder Rechtsextremismus. Die langjährige Präventionspraxis und die bereits vorhandene (pädagogische) Expertise in diesen Feldern brachte es mit sich, dass hier bereits ein Korridor für Neuerungen vorgegeben ist. Innovationen entstehen hier im Wesentlichen aus Lernerfahrungen mit bereits erprobten Ansätzen und als Reaktionen auf Veränderungen in den problematisierten Phänomenen. Im Unterschied dazu bot sich Projekten in Programmbereichen und Handlungsfeldern mit noch kaum etablierter Praxis ein breiterer Spielraum zur Entwicklung und Erprobung neuer Ansätze. Das betraf z. B. die Bearbeitung von Hass im Netz und die Förderung von Engagement im Netz, die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit im Kontext von islamistischem Extremismus oder auch die Arbeit in Themenfeldern wie Islam- und Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus sowie Homosexuellen- und Transfeindlichkeit.

Zweitens hatten **die vom Programmgeber vorgegebenen Leitlinien zu den einzelnen Programmbereichen Einfluss auf die Ausgestaltung von Innovationen**, indem sie die möglichen Entwicklungs- und Erprobungswege bzw. -räume absteckten. Hierunter fielen u. a. Vorgaben, die die Umsetzung der Projektmaßnahmen an konkrete institutionelle Kontexte banden (z. B. Schule, Unternehmen, Einrichtungen

der offenen Jugendarbeit oder JVA). Die jeweiligen Handlungslogiken dieser Institutionen beeinflussten mehr oder weniger stark das pädagogische Handeln der Fachkräfte und deren Entwicklungs- und Erprobungsarbeit. Modellprojekte im Bereich der offenen Jugendarbeit etwa waren in einem Handlungsfeld aktiv, in dem es eine große Rolle spielt, dass die Zielgruppen ihre Wünsche und Bedürfnisse in pädagogische Maßnahmen einbringen. Maßnahmen im Kontext von Schule oder in JVA hatten diesbezüglich eingeschränkte zeitliche oder inhaltliche Gestaltungsspielräume.

Die Erprobungsspielräume wurden drittens durch gesellschaftliche und phänomenbezogene Entwicklungen mitbestimmt. So hatte die starke Fokussierung des Bundesprogramms auf die Arbeit gegen islamistischen Extremismus und die damit verbundene kontinuierliche Aufstockung der Modellprojekte bewirkt, dass sich vor allem in den ersten Programmjahren in diesem Handlungsfeld eine große Ansatzvielfalt herausbilden konnte. Für Projekte, die im Bereich der Rechtsextremismusprävention tätig waren, haben bestimmte Entwicklungen neue Impulse gegeben für inhaltliche und pädagogische Neuerungen in der Arbeit mit Heranwachsenden: die wachsende Präsenz und Attraktivität von demokratiegefährdenden Ausprägungen im menschenverachtenden und gewaltbereiten Rechtspopulismus ebenso wie Phänomene im Kontext der „Neuen Rechten“. An anderer Stelle schlugen sich in Modellprojekten die verstärkte Zuwanderung von Geflüchteten und die Positionierung der Bundesrepublik als Einwanderungsland als bedeutende Kontexte für Innovationen nieder. So war es etwa in der Erprobung rassismuskritischer Sensibilisierungsmaßnahmen oder in der Unterstützung unterschiedlicher Ansätze von Empowerment für soziale Gruppen, die insbesondere wegen ihrer ethnischen Herkunft von Diskriminierung betroffen sind. Es war ein besonderes Potenzial der Modellprojekte, im Zuge ihrer auf Innovation und Erprobung gerichteten Arbeitsweise schnell auf jeweils aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen bzw. akute Handlungsbedarfe reagieren zu können.

So wie die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen die Arbeit der Modellprojekte rahmten, wurde die Projektarbeit – viertens – auch von ihren konkreten

Umsetzungskontexten beeinflusst. Insoweit standen die Modellprojekte in mehreren Programmbereichen vor der Herausforderung, dass sie auch vonseiten der (Regel-)Praxis und von programmexternen Mittelgebern **mit Anforderungen und (Unterstützungs-) Bedarfen konfrontiert wurden. Dies wirkte sich auf die Erfüllung ihres Entwicklungs- und Erprobungsauftrages aus.** So beeinflussten beispielsweise in der Arbeit im Strafvollzug die Erwartungen der Ko-Finanziers auf der Landesebene die Weiterentwicklung bestehender Ansätze, weil sie daran interessiert waren, bereits erprobte Modellprojektmaßnahmen als Regelangebot schnell in das Gesamtsystem des Strafvollzugs zu übertragen – und weniger daran, weitere

Neuerungen zu erarbeiten. Im Bereich der Arbeitswelt waren es wirtschaftliche Erwägungen bzw. Ziele der (Ausbildungs-)Betriebe, wie Fachkräftegewinnung/-sicherung, oder die Orientierung an betriebswirtschaftlichen Kennzahlen, wie Rentabilität, die ggf. länger dauernden Entwicklungs- und Erprobungsprozessen entgegenstanden. In der Arbeit an Schulen oder in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe war es die Funktion, dort bestehende Angebotslücken zu füllen, die Modellprojekte im Interesse der Umsetzung ihres Projektauftrages teilweise mit übernahmen und die den Grad der Erfüllung ihrer Innovationsfunktion beeinflussten.

Rahmenbedingungen der Nutzung und des Transfers von Innovationen

Die **Rahmenbedingungen hatten auch einen starken Einfluss auf die Nutzung und den Transfer von erprobten Ansätzen und Methoden.** Ob Neuerungen und (Weiter-)Entwicklungen übernommen werden, hängt nicht zuletzt von den verfügbaren Ressourcen ab sowie von der Frage, ob die modellhaft entwickelten Ansätze zu den Bedarfen und Arbeitsbedingungen der Regel- bzw. Alltagspraxis passen. Um die Übertragungswahrscheinlichkeit zu erhöhen, können entsprechende unterstützende Maßnahmen auch von der Bundesebene aus hilfreich sein. Beispielsweise können Vernetzungs- und Austauschangebote, wie sie u. a. durch die Träger in der Strukturentwicklung oder das Fachforum im Bundesprogramm unterbreitet wurden, den Transfer unterstützen.

Hürden für die Übertragung von Modell- in die Regel- und Alltagspraxis hinsichtlich der unterschiedlichen Bedarfe und Gegebenheiten konnten etwa aus inhaltlichen Aspekten erwachsen. Aus der Perspektive der Modellprojekte bestand beispielsweise bisweilen die Notwendigkeit, die Akteurinnen und Akteure der Regelangebote dazu zu befähigen, Ergebnisse aus Modellprojekten überhaupt aufgreifen zu können. Das betraf vor allem noch eher junge Themenfelder, wie etwa Antiziganismus. Auch mussten Fachstandards, nach denen in den Modellprojekten einerseits und in Regelangeboten andererseits gearbeitet wird, gegebenenfalls entsprechend einander angeglichen und weiterentwickelt werden.

Unter Ressourcengesichtspunkten waren Transferprozesse auch darauf angewiesen, dass die Fachkräfte in den Regelangeboten die Möglichkeit hatten, sich umfangreiches (Spezial-)Wissen und Handlungskompetenzen anzueignen. Dabei hat es sich z. B. als hilfreich erwiesen, Personal mithilfe dauerhaft zur Verfügung stehender Materialien, wie Handreichungen, und in Kombination mit entsprechenden Schulungen anzuleiten. Eine solche „begleitete Einführung“ baut allerdings darauf auf, dass die (zeitlichen und ggf. finanziellen) Ressourcen zur Verfügung stehen, sich zusätzlich zum „Tagesgeschäft“ bzw. zu den Regelaufgaben mit neuen Inhalten und Methoden bzw. Ansätzen zu beschäftigen.

Nicht zuletzt deshalb ist auch der ressourcenaufwändige Aufbau von (Fach-)Netzwerken zum Zweck des Transfers von Innovationen und Lernerfahrungen ein Bestandteil der Modellprojektarbeit gewesen.

MehrWert für den Beruf – Peer-Training für Berufseinsteiger

Im Modellprojekt „MehrWert für den Beruf – Peer-Training für Berufseinsteiger“ der Sächsischen Jugendstiftung wurden seit 2017 Berufsschülerinnen und Berufsschüler sowie Freiwilligendienstleistende zu Peer-Trainerinnen und -Trainer ausgebildet und befähigt, in selbst gestalteten Workshops an Schulen Gleichaltrige für demokratie- und menschenfeindliches Verhalten zu sensibilisieren. Auf einer großen Abschlusskonferenz in Bautzen wurde der Staffelstab erfolgreich übergeben: Seit 2020 wird das Projekt vom Sächsischen Staatsministerium weitergefördert.

Neben der Verhaltenssensibilisierung zielt das Modellprojekt darauf, Übungsräume für die Aneignung demokratischer Handlungskompetenzen und Haltungen speziell für junge Menschen in der Berufsausbildung bzw. Freiwillige in der Berufsorientierung zu schaffen. Dabei unterstützen junge Erwachsene Gleichaltrige (Peers) bei der Entwicklung von Schlüsselkompetenzen und Handlungsstrategien für ein tolerantes Miteinander.

Berufsschülerinnen und Berufsschüler sowie Freiwilligendienstleistende werden zu Peer-Trainerinnen und Peer-Trainern ausgebildet und befähigt, eintägige Workshops selbstständig zu planen und zu leiten. „MehrWert“ legt hierbei den Fokus auf Qualifizierung und Empowerment der jungen Erwachsenen und auf Stärkung ihrer Konfliktfähigkeit.

Die Peer-Trainer-Ausbildung findet halbjährlich in zwei Blöcken statt und wird durch erfahrene Peer-Trainerinnen und Peer-Trainer moderiert. Im ersten Ausbildungsblock erfahren die angehenden Trainerinnen und Trainer, welches Konzept mit dem Peer-Training verbunden ist und wie sie ihre eigenen Kompetenzen im Umgang mit menschenfeindlichen Einstellungen erweitern können. Im zweiten Ausbildungsblock lernen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die Methoden des Peer-Trainings selbst anzuwenden, sowie den Gruppenprozess und schwierige Konflikt Diskussionen. Damit erwerben sie die Kompetenzen, um als Peer-Trainerinnen und Peer-Trainer an Schulen eingesetzt zu werden. Die jungen Erwachsenen werden bei ihren ersten Einsätzen durch erfahrene Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Programms begleitet und unterstützt.

5.1.5 Modellprojekte zur Demokratieförderung im Bildungsbereich

Der Programmbereich der Modellprojekte „Demokratieförderung im Bildungsbereich“ unterschied sich deutlich von den anderen Bereichen zur Förderung von Modellprojekten. Denn hier wurden nicht vordergründig einzelne neue Arbeitsansätze erprobt, sondern neue Formen der Modellprojektentwicklung und -umsetzung.

Im Themenfeld Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung initiierte das Bundesprogramm ein Verbundprojekt aus mehreren Bundesverbänden der freien Wohlfahrtspflege. Das Projekt hatte den Zweck, einerseits Maßnahmen der Demokratieförderung in nichtstaatlichen Einrichtungen der Kindertagesbetreuung koordiniert zu entwickeln und einzuführen und andererseits den Transfer der dabei gesammelten Erfahrungen zu leisten. Mit OPENION förderte der Bund die Umsetzung von lokalen Projekten zum Thema Demokratie und Vielfalt im schulnahen Sozialraum im Bundesmaßstab. Die Projekte wurden durch eine bei der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung eingerichtete Landes- und Bundesunterstützungsstruktur angeregt und begleitet.

Das Gemeinschaftsprojekt „Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung“

Ein programmbezogener neuer Ansatz des Bundes förderte die Kooperation von bundesweit tätigen Organisationen, um erprobte Arbeitsansätze im Feld der Demokratiestärkung und Vielfaltgestaltung in der Kindertagesbetreuung zu verbreiten. Auf diese Weise regte der Bund die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege an, Projekte insbesondere zum Transfer von Arbeitsansätzen umzusetzen, die sowohl für sich genommen als auch in ihrer Gesamtheit überregionale Bedeutung haben. Hierzu schlossen alle beteiligten Seiten eine Kooperationsvereinbarung. Den Charakter eines Modellprojekts gezielt mit der Funktion zu verbinden, die Projektergebnisse auf die Fläche zu übertragen, stellt einen wichtigen Ertrag der Förderung des Kooperationsverbundes dar. Damit wird erstmals die Herausforderung des Transfers von Modellergebnissen systematisch angegangen. Dies wird insbesondere dadurch begünstigt, dass die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege eine große Anzahl von Kindertageseinrichtungen in Deutschland direkt über ihre verbandlichen Strukturen erreichen können.

Eine Koordinierungsinstanz, die von allen Transferpartnern und darüber hinaus im Bundesmaßstab anerkannt ist, fördert die Qualität und den Ertrag einer aufgabenbezogenen Zusammenarbeit von (Bundes-)Verbänden.

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ hat die Funktion einer Koordinierungsstelle übertragen bekommen. Erklärtes Ziel dabei ist, dass die Kooperationspartner ihre Einzelprojekte bei der Umsetzung miteinander abstimmen. Die Einrichtung dieser Stelle stellt ebenfalls eine strukturelle Neuerung im Kontext von „Demokratie leben!“ dar. Die AGJ ist eine von allen Partnern anerkannte Koordinierungsinstanz. Sie stellt aufgrund ihrer Eigenständigkeit die überverbandliche Verständigung von Akteurinnen und Akteuren sicher, die sonst eher parallel und auf die eigenen Strukturen fokussiert agieren. Zudem stiftet die AGJ zwischen ihnen Synergie. Zu ihren Funktionen zählen die Bündelung und Verbreitung von Fachwissen, die Vertretung des Kooperationsprojekts nach außen durch Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere die Pflege der gemeinsamen Homepage des Projektverbundes, sowie Aufgaben einer Erstanlaufstelle für die Projektthemen. Die AGJ ist eine im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe anerkannte Instanz mit bundesweiter Ausstrahlung. Somit verleiht sie den Themen Demokratiebildung und Akzeptanz von Vielfalt in der Kindertagesbetreuung überdies einen zusätzlichen Relevanzschub in der Fachpraxis.

Die Projekte regen die Fachpraxis in Kindertagesstätten an, sich mit den Programmthemen zu beschäftigen.

Aktuelle Erfahrungen der Verbände zeigen, dass die einzelnen Formate wie Gedrucktes (z. B. Broschüren oder Plakate), digitale Angebote oder Fortbildungen, unterschiedliche Effekte in der Übertragung bzw. Vermittlung von Projektthemen haben. Das bestätigen auch Erfahrungen aus anderen Projekten. Erste formatübergreifende Transfererfolge sind das Erreichen einer breiten (Fach-)Öffentlichkeit, eine hohe Nachfrage der produzierten Materialien und die Entstehung informeller Netzwerke in den Verbänden. Allen Verbänden gelingt es, in ihren Strukturen

Diskussions- und Reflexionsräume für die Themen Partizipation und Akzeptanz von Vielfalt zu eröffnen. Potenzial besteht jedoch insbesondere noch darin, das Wissen, das sich teilnehmende Fachkräfte z. B. in Workshops, Tagungen oder Expertengesprächen aneignen, auch in den jeweiligen Kita-Teams weiterzuvermitteln.

Ein modellhafter Transfer über Bundesstrukturen kann sich positiv auf die Nachhaltigkeit solcher Übertragungen auswirken, benötigt dafür jedoch auch eine stabile Personalausstattung. Die Wohlfahrtsverbände weisen – etwa im Vergleich zu selbstverwalteten kleinen Kita-Trägern – auch in puncto Nachhaltigkeit vorteilhafte Ausgangsbedingungen für den Transfer von Themen und Arbeitsansätzen auf: Sie haben nicht nur einen Zugang zu einer beträchtlichen Anzahl von Kindertageseinrichtungen, sondern durch ihre Strukturen auch zeitlich längerfristige Möglichkeiten des Transfers. So können beispielsweise einmal erarbeitete Materialien auch zu späteren Zeitpunkten wiederverwendet und verbreitet werden. Außerdem werden über die bei der AGJ angesiedelte Koordinierungsstelle neben den unmittelbaren Projektpartnern noch weitere Akteure der Kinder- und Jugendhilfe erreicht, vereinzelt auch auf kommunaler Ebene, etwa kommunale Jugendämter. Zugleich haben die Erfahrungen im Kooperationsprojekt gezeigt, dass es für einen wirksamen Transfer von Themen und Ansätzen kontinuierlich verfügbare Ressourcen braucht, vor allem Personal. Dabei hat sich als nützlich erwiesen, wenn in den Projekten Akteurinnen und Akteure benannt wurden, die für den Transfer verantwortlich sind. Im Kooperationsprojekt waren das vor allem die Projektverantwortlichen auf der Ebene der Einzelvorhaben selbst. Deren Impulse als Ideengeber und Themenpromotoren waren und sind wichtig. Sie stellen sicher, dass die im Programm behandelten Themen auch im Alltag einen hohen Stellenwert bekommen, anstatt als weitere unter vielen anderen wahrgenommen zu werden, denen sich die Praktikerinnen und Praktiker widmen müssen.

OPENION – Bildung für eine starke Demokratie

Mit „OPENION – Bildung für eine starke Demokratie“ förderte das BMFSFJ ein Modellprojekt der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS). Es hat sich zur Aufgabe gemacht, bundesweit an über 200 Standorten Projekte anzuregen, die gemeinsam von Schulen und außerschulischen Partnern umgesetzt werden. Ziel dieser lokalen Projekte sollte es sein, zeitgemäße Formen von lebensweltnaher Demokratiebildung gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen zu entwickeln und zu erproben. Dabei richteten sich die

Projektaktivitäten der DKJS nicht direkt an Kinder und Jugendliche selbst, sondern an die mit ihnen arbeitenden Akteurinnen und Akteure der örtlichen Kinder- und Jugendhilfe sowie Schulen. Das Projekt ist im Vergleich mit anderen Maßnahmen, die im Modellprojektbereich von „Demokratie leben!“ gefördert wurden, sowohl hinsichtlich seiner Größe und Mittelausstattung als auch in seiner inhaltlichen und strukturellen Ausgestaltung deutlich anders angelegt.

Um dem Projektauftrag gerecht zu werden, von der Bundesebene aus kommunale Kooperationsprozesse in allen Bundesländern anzustoßen, bedurfte es ebenso einer geeigneten Infrastruktur wie der Absicherung eines Transfers von Lernerfahrungen aus der Projektumsetzung, einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit sowie der Qualität des Projekts. Um diese Aufgaben zu erfüllen, schuf die DKJS ein zentrales „Programmbüro“ in Berlin. Für die Koordinierung der Projektaktivitäten in den kommunalen Standorten etablierte sie ein eigenes Netzwerk von fünf über das Bundesgebiet verteilten „Servicebüros“. Diese waren für die Ein- und Durchführung von OPENION in jeweils zwei bis vier Bundesländern zuständig und übernahmen im direkten Kontakt mit den lokalen Kooperationsprojekten deren Beratung und Koordinierung.

Zur bundesweiten Vernetzung und als Austauschforum für die Bundesländer etablierte OPENION zudem ein sogenanntes „Länderforum“. Dessen Funktion bestand darin, die dort vermittelten und diskutierten Ideen als Impulse in die eigenen Aktivitäten zu integrieren. Im Rahmen dieses Forums erhielten ausgewählte Ländervertretungen die Chance, ihre Strategien bzw. Ansätze vorzustellen und zur Diskussion zu stellen.

Kooperationsvereinbarungen mit den zuständigen Ministerien in den Bundesländern stellen deren fachpolitische Unterstützung von OPENION sicher.

Die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung schloss in nahezu allen Bundesländern Kooperationsvereinbarungen mit den jeweiligen Kultus- und/oder Sozialministerien ab. Diese regelten die Grundzüge der Zusammenarbeit, insbesondere die Unterstützung der Projektumsetzung durch die Länder, die Transfer- bzw. Verbreitungsziele innerhalb der Länder sowie die Errichtung von Länderbeiräten zum Projekt. Diese Vereinbarungen wurden in den einzelnen Ländern

unterschiedlich mit Leben gefüllt. Zwar stieß OPENION in allen Ländern auf eine grundsätzlich positive Resonanz. Die Verbreitung der Projektergebnisse und deren Übertragung oder Einbindung in Landesstrategien hatte in den Bundesländern jedoch unterschiedlich hohen Stellenwert.

Die Abstimmung zwischen den Sozial- und Kultusministerien, der DKJS sowie weiteren Akteurinnen und Akteuren im Land, die mit Schulentwicklungs- und Jugendhilfefragen befasst sind (z. B. Landesschulinsstitute), war je nach Bundesland unterschiedlich. Eng und kontinuierlich stimmten sich die Beteiligten in solchen Bundesländern ab, in denen das Projekt an bereits laufende Diskurse oder Prozesse im Feld der Demokratiebildung andocken konnte. OPENION rief hingegen dort Irritationen und Unverständnis hervor, wo sich Praktikerinnen und Praktiker auf der kommunalen oder der Landesebene zu wenig informiert oder teilweise übergangen fühlten. Hier erfolgte die Abstimmung zwischen den Akteurinnen und Akteuren nur unzureichend.

In diesem Zusammenhang blieb es bis zuletzt auch eine Herausforderung für das Projekt, in allen Bundesländern gleichermaßen alle relevanten Akteure auf der Landesebene in die Zusammenarbeit zur Projektumsetzung einzubeziehen. Das betraf insbesondere die koordinierenden Akteure der Landes-Demokratiezentren (LDZ). Diese hätten sich in mehreren Ländern gewünscht, entsprechend ihrem Koordinierungsauftrag intensiver in die Planungen und die Umsetzung von OPENION eingebunden worden zu sein.

Mit OPENION wurden zahlreiche lokale Kleinprojekte umgesetzt. Sie förderten in vielfältiger Art und Weise die Beteiligung junger Menschen vor Ort und deren Demokratiekompetenz.

Die Projektlaufzeit von einem Schuljahr war im Vergleich zu den ab 2015 geförderten Modellprojekten eher kurz. Genauso war auch die Fördersumme für die lokalen Verbundprojekte in Höhe von maximal 2.000 Euro vergleichsweise gering. Das führte dazu, dass in vielen der 221 Kooperationsprojekte vor allem Projektkonzepte umgesetzt wurden, die an bewährte Ansätze anknüpften, oder die Maßnahmen vor Ort in bestehende größere Vorhaben eingebunden wurden. Zahlreiche dieser Projekte waren im Bereich der historisch-politischen Bildung angesiedelt und

beschäftigten sich beispielsweise mit dem Holocaust. Im Rahmen von Schulentwicklungsmaßnahmen wurden Projekte verwirklicht, die die Partizipation von Heranwachsenden in der Schule förderten, indem sie z. B. Schülervertretungen stärkten oder neue, online gestützte Beteiligungsformen ausprobierten, wie die Beteiligungsplattform „aula“ (<https://aula-blog.website>). Darüber hinaus unterstützten zahlreiche Projekte die außerschulische Beteiligung junger Menschen im Rahmen ihres sozialräumlichen Engagements – beispielsweise für marginalisierte soziale Gruppen oder bei der Gestaltung eines jugendgerechten Stadtteils. Hervorzuheben ist, dass eine ganze Reihe der im Rahmen von OPENION umgesetzten Projekte in medienpädagogischen Formaten, z. B. Radio-Workshops oder Filmdrehs, sowie mit digitalen Medien wie Tablets gearbeitet hat. Zudem ist festzuhalten, dass die Projekte in ihren jeweiligen schulischen Kontexten häufig Konzepte umsetzten, die einerseits neu waren und andererseits sowohl schulische als auch außerschulische Akteurinnen und Akteure gewinnen konnten, um Maßnahmen der Demokratieförderung durchzuführen. Aufgrund der spezifischen Kooperationssettings ließen sich diese Maßnahmen gerade mit Blick auf die verfügbaren zeitlichen und personellen Ressourcen gut an das System Schule anschließen.

Um die Motivation derjenigen zu erhalten und zu fördern, die an den lokalen OPENION-Projekten beteiligt sind, ist es bedeutsam, ihnen den Wert ihrer Arbeit aktiv zu spiegeln. Auf diese Weise wird ihr Engagement in geeigneter Weise gewürdigt.

Gleichzeitig muss aber auch festgehalten werden, dass die Rahmenbedingungen von OPENION den Ertrag des Gesamtprojekts begrenzten. Das gilt vor allem hinsichtlich seiner kurzen Laufzeit sowie der eher niedrigen Fördersumme je Projektverbund. Insbesondere das Ziel, tatsächlich neue, nachhaltige Kooperationsbeziehungen zwischen Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe und Schule zu fördern, konnte vor diesem Hintergrund nur in eingeschränktem Umfang erreicht werden. Mehrere Bundesländer bewerteten allerdings die entstandenen Projektstrukturen und Projektergebnisse als so wertvoll, dass sie planen, das Projekt auf Länderebene selbstständig fortzusetzen.

Land Berlin fördert erfolgreiche Modellprojekte weiter

Insgesamt neun erfolgreiche Modellprojekte wurden nach Ende der ersten Förderperiode im Rahmen des Berliner Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt.“ mit rund 900.000 Euro weitergefördert. U. a. zu diesem Zweck hatte das Abgeordnetenhaus von Berlin das Landesprogramm auf rund 7,5 Mio. Euro (2020) aufgestockt. Die Weiterförderung im Rahmen des Landesprogramms verdeutlicht die erfolgreiche Anregungsfunktion des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Über die Weiterförderung freut sich auch Nuran Yiğit, Leiterin des Projekts KiDs (Kinder vor Diskriminierung schützen!) :

„Diskriminierung macht auch nicht vor jungen Kindern halt. Deswegen ist eine spezifische Antidiskriminierungsberatungsstelle, die sich direkt an Kinder richtet, wichtig. KiDs ist einmalig in ganz Deutschland. Umso erfreulicher ist die Tatsache, dass wir unsere Arbeit fortsetzen können.“

Diese Projekte werden vom Land Berlin weitergefördert:

- Amadeu Antonio Stiftung: Civic.net – Aktiv gegen Hass im Netz
- Bildungsteam Berlin-Brandenburg e. V.: Bildungsbausteine gegen antimuslimischen Rassismus – für eine demokratische und pluralistische Gesellschaft
- BildungsBausteine e. V.: Bewegte Vielfalt in Berlin – Deutsch-deutsche Perspektiven auf Antisemitismus, Rassismus und sozioökonomische Deklassierung
- Dissens e. V.: Schnittstelle Geschlecht / Geschlechterreflektierte Bildung als Prävention von Sexismus, Vielfaltsfeindlichkeit und Rechtsextremismus
- Devi e. V.: Berliner Berufsschulen und Oberstufenzentren (OSZ) für Demokratie und Vielfalt
- Internationale Akademie Berlin für innovative Pädagogik, Psychologie und Ökonomie gGmbH (INA) – ista – Institut für den Situationsansatz: KiDs – Kinder vor Diskriminierung schützen
- Amadeu Antonio Stiftung: Praxisstelle Jugendarbeit gegen Antisemitismus
- Verein zur Jugendförderung des DGB, Landesbezirk Berlin-Brandenburg, e. V.: Netzwerk für Demokratie und Courage Berlin
- Xart splitta e. V.: Communities Solidarisch Denken

5.2 Ergebnisse über Programmbereiche hinweg

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ lässt sich als komplexes, dynamisches und synthetisches Programm beschreiben. Es wird – wie beschrieben – dezentral, mit insgesamt zehn Programmbereichen auf den drei gebietskörperschaftlichen Ebenen Kommune, Land und Bund, umgesetzt. Als synthetisches Programm vereint es unterschiedliche Handlungsansätze und Themen unter einem gemeinsamen Programmdach (Radikalisierungsprävention, Prävention von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratieförderung). Auf der Ebene von Handlungsansätzen werden (zunächst) unabhängig voneinander unterschiedlichste Maßnahmen der Bildung, Erziehung, Vernetzung und Beratung gefördert. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit „Demokratie leben!“ – im Sinne von nicht isoliert voneinander durchgeführten, sondern aufeinander bezogenen Maßnahmen – als ein Programm zu verstehen ist und mehr als die Summe seiner Einzelbereiche darstellt.

Nachdem im vorangegangenen Abschnitt ausgewählte Ergebnisse aus den zehn Einzelbereichen des Bundesprogramms präsentiert wurden, stehen im Folgenden Fragestellungen im Mittelpunkt, die in einer (vergleichenden) Gesamtschau aller Teilbereiche

von „Demokratie leben!“ beantwortet werden sollen. Basis der nachfolgenden Ausführungen sind empirische Erhebungen, die in der Regel in vergleichbarer Art und Weise in allen Programmbereichen durchgeführt wurden. Hierbei sind insbesondere Aspekte der synergiestiftenden Zusammenarbeit zwischen den Akteurinnen und Akteuren der unterschiedlichen Programmbereiche und deren Identifikation mit dem Programm als Ganzem von Interesse gewesen. Gerade im Kontext der Bestrebungen des Bundesprogramms zur Demokratieförderung hat es eine hohe Bedeutung, junge Menschen ebenso an den Entscheidungen zu beteiligen, die sie betreffen, wie auch an der Gestaltung des Gemeinwesens. Aus diesem Grund ist auch die Frage der Partizipation Heranwachsender sowie deren Förderung programmübergreifend untersucht worden. Da sich am Ende eines Programms immer auch die Frage nach dessen Wirksamkeit stellt, sind alle rund 700 in „Demokratie leben!“ geförderten Träger befragt worden, wie sie die Wirksamkeit des Bundesprogramms hinsichtlich verschiedener Zieldimensionen einschätzen. Die entsprechenden Untersuchungsergebnisse werden nun in gebotener Kürze vorgestellt.

5.2.1 Zusammenarbeit der Programmakteurinnen und Programmakteure

Mit der Größe und Komplexität, die das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ seit 2015 durch mehrere Erweiterungen erreicht hat, ist sowohl die thematische Heterogenität der umgesetzten Angebote als auch deren Anzahl deutlich gewachsen. Die im Bundesprogramm geförderten Maßnahmen sollten aufeinander abgestimmt sein und sich ggf. wirksam ergänzen können, damit Doppelförderungen vermieden werden. Aus diesem Grunde ist es von Relevanz, die programmübergreifenden Bezüge der Akteurinnen und Akteure im Bundesprogramm im Blick zu behalten.⁵¹ Dazu hat die wissenschaftliche Programmbegleitung entsprechende Untersuchungen durchgeführt.

Die folgenden Darstellungen stützen sich weitgehend auf standardisierte Erhebungen aus den Jahren 2016 und 2018. Im Fokus stehen Fragen nach den Beziehungen der Programmakteurinnen und Programmakteure zueinander, nach den Themen und Formen des Austauschs, nach dessen Nutzen sowie nach Veränderungen in der Zusammenarbeit. Dabei richtet sich der Blick zum einen auf die programmübergreifende Zusammenarbeit von Angebots- und Koordinierungsstrukturen auf der Landes- und Bundesebene untereinander, insbesondere den Landes-Demokratiezentren (LDZ) und bundeszentralen Trägern. Zum anderen richtet er sich auf deren Kooperation mit Programmakteurinnen und Programmakteuren in den Modellprojekten und den Partnerschaften für Demokratie (Pfd).⁵²

.....
51 Aus den Vorgängerprogrammen von „Demokratie leben!“ ist bekannt, dass Programmakteurinnen und Programmakteure durch programmübergreifende Kooperationen bspw. einen Zugang zu Zielgruppen erhielten, ihre Vorgehensweisen sowie Konzepte bzw. Strategien miteinander abstimmten oder den eigenen Bekanntheitsgrad durch eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit erhöhten (vgl. Bischoff u. a. 2015a, S. 55 und ISS/Camino 2011, S. 45 f.).

52 Auf der kommunalen Ebene übernehmen auch die Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie solche koordinierenden Aufgaben. Diese beschränken sich jedoch auf die Akteure in den einzelnen Partnerschaften für Demokratie und werden daher hier nicht berücksichtigt.

Wie bereits beschrieben, ist es Aufgabe der Koordinierenden in den LDZ, in ihrem Bundesland die Aktivitäten aller Projekte aufeinander abzustimmen oder zu vernetzen, die im Rahmen des Bundesprogramms gefördert werden. Sowohl die ungleiche räumliche Verteilung der PfD und der Modellprojekte im Bundesmaßstab als auch die unterschiedliche Größe der Bundesländer bringt es mit sich, dass die LDZ in sehr unterschiedlicher Weise mit den anderen Programmakteurinnen und Programmakteuren in Berührung kommen. Den bundeszentralen Trägern kommt laut Leitlinien ebenfalls eine fachliche Koordinierungs- und Unterstützungsfunktion zu, allerdings auf der Bundesebene. Aufgrund dieser Aufgabenfestsetzung war davon auszugehen, dass die LDZ und die bundeszentralen Träger den Akteurinnen und Akteuren der meisten Programmbereiche bekannt sind – wenn auch in unterschiedlichem Maße. Ebenso war anzunehmen, dass die Akteurinnen und Akteure ihnen eine gewisse Relevanz für die eigene Arbeit zuschreiben und mit ihnen auch in vielfältiger Art und Weise zusammenarbeiten. Die Akteurinnen und Akteure im Bundesprogramm tauschen vor allem Informationen und Know-how aus. Sie

arbeiten dann enger zusammen, wenn sie gemeinsame Interessen und Themen verfolgen.

Für die Akteurinnen und Akteure aus den Koordinierungs- und Fachstellen der (kommunalen) PfD kommt der Kooperation mit den (auf der Landesebene angesiedelten) LDZ eine zentrale Bedeutung zu. Etwa 80 Prozent von ihnen gaben sowohl im Jahr 2016 als auch im Jahr 2018 an, dass die Zusammenarbeit mit den LDZ für sie eine (hohe) Relevanz besitzt. Demgegenüber waren die im Jahr 2018 in vier von sieben Programmbereichen befragten Modellprojekte zwar etwa jeweils zu zwei Dritteln bis drei Vierteln gut über die LDZ informiert, allerdings wurde deren Relevanz unterschiedlich eingeschätzt. Modellprojekte in der Demokratieförderung und GMF-Prävention sowie in den Bereichen der Arbeitswelt und der Stärkung von „Engagement im Netz – gegen Hass im Netz“ schätzen LDZ mit einem Anteil von 60 Prozent insgesamt relevanter für sich ein als Modellprojekte der Radikalisierungs- bzw. Extremismusprävention. Dort gaben 46 Prozent der befragten Projekte an, dass die LDZ für sie relevant seien (vgl. Abb. 8).

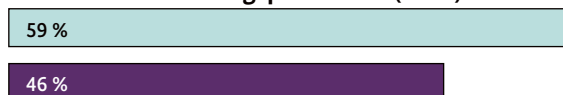
PB I – Engagement im Netz (n=32)



PB F – Arbeitswelt (n=16)



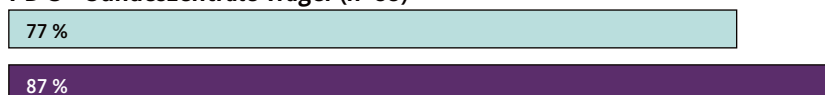
PB E – Radikalisierungsprävention (n=68)



PB D – Demokratieförderung und GMF-Prävention (n=90)



PB C – bundeszentrale Träger (n=35)



PB B – Beratungsangebote (n=106)



PB A – Partnerschaften für Demokratie (n=265)



- Zusammenarbeit
- (Eher) Relevant

Abb. 8: Relevanz der Landes-Demokratiezentren

Quelle: Daten der Gesamtevaluation am DJI auf Basis einer standardisierten Befragung 2018 aller Programmakteurinnen und Programmakteure durch die wissenschaftlichen Begleitungen der einzelnen Programmbereiche; eigene Berechnungen und Darstellung der Gesamtevaluation



Fachaustausch Partnerschaften für Demokratie, 2018

U. a. lässt sich das mit der besseren Einbindung der Träger dieser Angebote in fachliche Unterstützungsstrukturen auf der Bundesebene begründen. Das betrifft insbesondere die Bundesarbeitsgemeinschaft der Ausstiegs- und Distanzierungsangebote im Kontext Rechtsextremismus (BAG „Ausstieg zum Einstieg“) und die Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus e. V. (BAG RelEx).

Über alle befragten Programmbereiche hinweg zeigte sich: In der Kooperation mit den LDZ dominiert der Informationsaustausch auf einerseits formalisierter bzw. institutionalisierter Basis oder andererseits informeller Ebene. Deutlich seltener arbeiteten die Akteurinnen und Akteure dagegen im Rahmen von Maßnahmen bzw. Projekten unmittelbar zusammen. Von den Modellprojekten pflegten diejenigen, die sich mit dem Thema Engagement im Netz beschäftigten, den umfangreichsten Austausch mit den LDZ (69 Prozent). Diese Modellprojekte nutzten die LDZ häufig für den Zugang zu ihren Zielgruppen und zur Unterstützung bei der Umsetzung eigener Vorhaben.

Über alle Modellprojektbereiche hinweg wurde eine Zusammenarbeit mit den LDZ vor allem eingegangen, um dadurch den Zugang zu (landesweiten) Netzwerken und (fachlichen) Gremien zu erreichen oder für die eigene Arbeit relevantes Wissen und Know-how zu erwerben. Die Koordinierungs- und Fachstellen in den PfD verfolgten in der Zusammenarbeit mit den LDZ ähnliche Ziele: Sie wollten Wissen und Know-how generieren (50 Prozent), sich zu Inhalten, Methoden oder Ergebnisse ihrer Arbeit austauschen sowie Zugang zu relevanten landesweiten Netzwerken und Gremien erhalten.

In der Präventionsarbeit ging es im Kontakt mit den LDZ vor allem um die traditionellen Themen Rechtsextremismus/-populismus sowie Rassismus (für 40 Prozent der Modellprojekte und 60 Prozent der PfD). Für ein Viertel der Modellprojekte berührte der Austausch mit den LDZ das Thema Islamismus. Zudem standen Islam-/Muslimfeindlichkeit und Antisemitismus häufiger im Fokus der Zusammenarbeit. Zum Thema linke Militanz wurden insgesamt lediglich acht Projekte in vier Bundesländern durchgeführt, sodass sowohl 2016 als auch 2018 eine Zusammenarbeit mit den LDZ kaum stattfand.

Eine hohe Relevanz der LDZ für die PfD zeigte sich bei den Themen Demokratieförderung allgemein sowie im Bereich der Förderung der Jugendpartizipation. Ähnliches ließ sich auch für die Modellprojekte im Bereich Arbeitswelt feststellen. Das zeigt, dass sich die Intensität von Austausch und Zusammenarbeit im Bundesprogramm vor allem themen- und aufgabengeleitet ausprägt.

Die Kontakte und die Zusammenarbeit zwischen bundeszentralen Trägern und den anderen Akteurinnen und Akteuren im Bundesprogramm orientieren sich an fachlichen Bedarfen und hängen davon ab, wie gut die Beteiligten übereinander Bescheid wissen.

Mit Blick auf den Austausch und die Zusammenarbeit der bundeszentralen Träger mit den PfD und Modellprojekten zeigte sich am Ende der Förderperiode ein eher ambivalentes Bild. Das lag u. a. an der großen Heterogenität der bundeszentralen Trägerorganisationen und deren zunächst eher sehr breit definiertem Aufgabenspektrum. Eine große Herausforderung bestand darin, die Akteurinnen und Akteure des Bundesprogramms über das diverse Feld der Träger und ihre Aufgabenbereiche ausreichend zu informieren. Das ist eine Voraussetzung dafür, mit ihnen in Kontakt zu treten und wechselseitige Erwartungen sowie geeignete Formate des Austausches zu klären.

Für das Jahr 2018 gaben insbesondere die Beratungsangebote der Mobilien Beratung, Opferberatung und Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit an, gut über die Arbeit der bundeszentralen Träger informiert zu sein. Dabei sprachen sie ihnen eine große Relevanz für die eigene Arbeit zu (jeweils ca. 60 Prozent). Dieser Befund lässt sich vor allem darauf zurückführen, dass die Dachverbände der genannten Beratungsangebote als bundeszentrale Träger gefördert wurden. Ein entsprechend hoher Anteil der Beratungsangebote stand in einem formalisierten Informationsaustausch mit Trägern und führte gemeinsame Projekte und Maßnahmen mit ihnen durch. Zudem hat sich die Zusammenarbeit zwischen den Jahren 2016 und 2018 deutlich intensiviert. Austauschbeziehungen ergaben sich dabei u. a. bei der Entwicklung von Fachstandards oder in Fragen der Weiterbildung und Professionalisierung. Die bundeszentralen Träger vermittelten den Beratungsangeboten zum einen fachspezifisches Wissen und Know-how. Zum anderen eröffneten die Träger ihnen auch den Zugang zu den entsprechenden fachspezifischen Netzwerken und Gremien.

Die Beteiligten der Projekte in vier Modellprogrammbereichen fühlten sich gut über die Aktivitäten der bundeszentralen Träger informiert. Etwa die Hälfte von ihnen schätzten diese Träger auch als relevant für die eigene Arbeit ein (vgl. Abb. 9). Kontakte zwischen

bundeszentralen Trägern und Modellprojekten dienten vor allem dem informellen Informationsaustausch. Um diesen Austausch zu intensivieren, wurde auch das Fachforum genutzt, das vom BMFSFJ als spezifisches Format des Austausches geschaffen wurde. Wie die Beratungsangebote nutzten auch die Modellprojekte die Zusammenarbeit mit den bundeszentralen Trägern dazu, Zugang zu Gremien und Netzwerken sowie zu spezifischem Wissen und Know-how zu erhalten. Einige Modellprojekte tauschten im Rahmen ihrer Beziehungen zu den Trägern außerdem Arbeitsmaterialien aus oder verbesserten ihren Zugang zu Zielgruppen.

Im Vergleich zu den Beratungsangeboten und Modellprojekten bestanden zwischen bundeszentralen Trägern und PfD deutlich seltener Kontakte. Dies scheint

PB I – Engagement im Netz (n=32)



PB F – Arbeitswelt (n=16)



PB E – Radikalisierungsprävention (n=68)



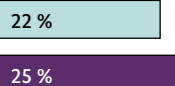
PB D – Demokratieförderung und GMF-Prävention (n=90)



PB B – Beratungsangebote (n=106)



PB A – Partnerschaften für Demokratie (n=265)



- Zusammenarbeit
- (Eher) Relevant

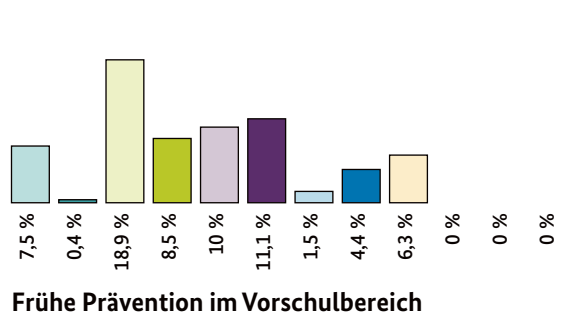
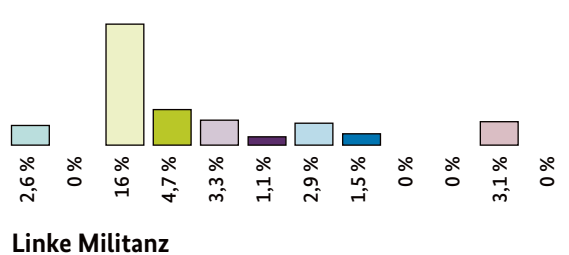
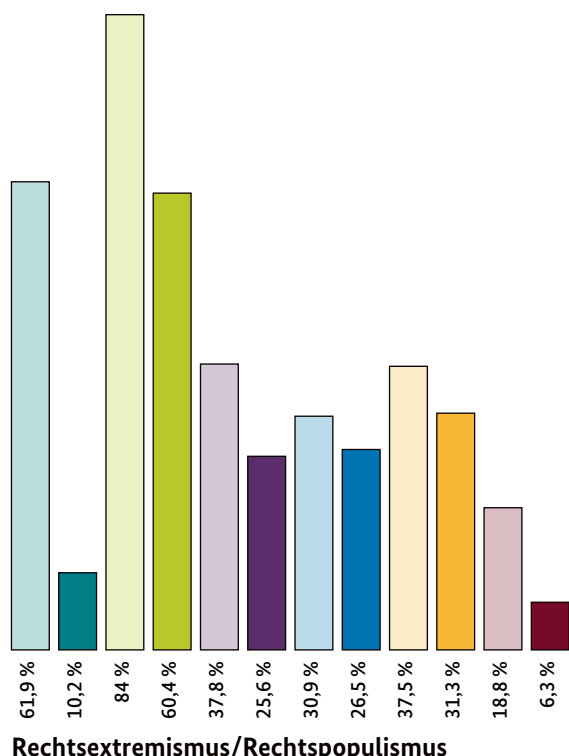
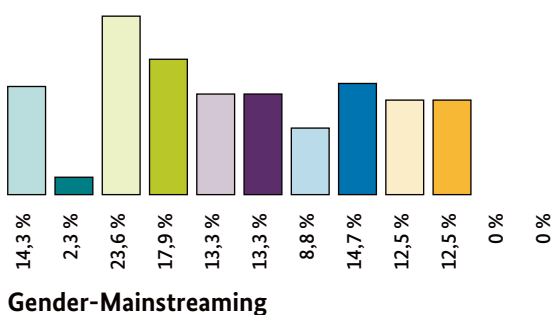
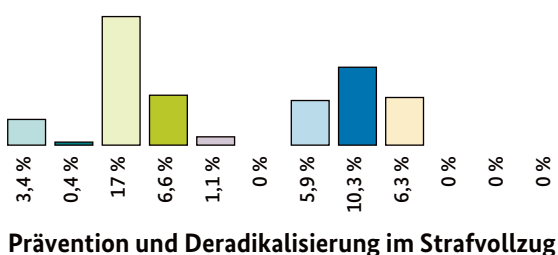
Abb. 9: Relevanz der bundeszentralen Träger
Quelle: Daten der Gesamtevaluation am DJI auf Basis einer standardisierten Befragung 2018 aller Programmakteurinnen und -akteure durch die wissenschaftlichen Begleitungen der einzelnen Programmbereiche; eigene Berechnungen und Darstellung der Gesamtevaluation

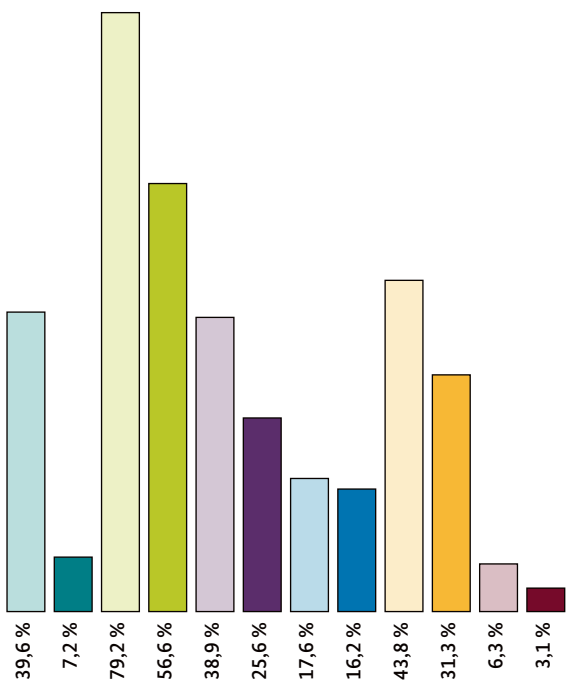
im Wesentlichen daher zu rühren, dass die PfD diese Träger kaum als relevant für die eigene Arbeit einstufen und auch eher schlecht über deren Arbeit informiert gewesen sind. Waren es im Jahr 2016 rund 31 Prozent der PfD, die die bundeszentralen Träger für relevant hielten, so traf dies im Jahr 2018 noch auf ein Viertel zu. Im Gegenzug hielten zwei Drittel der bundeszentralen Träger die Aktivitäten der PfD für die eigene Arbeit für bedeutsam, etwa um darüber Zugänge zu Zielgruppen zu erhalten. Etwa 20 Prozent der PfD, am häufigsten aus den Bundesländern Berlin, Thüringen und Baden-Württemberg, standen im Fachaustausch mit bundeszentralen Trägern.

Inhaltlich konzentrierten sich die Kontakte und Kooperationen der bundeszentralen Träger mit den PfD und Modellprojekten auf das klassische ProgrammtHEMA Rechtsextremismus/-populismus, häufig auch auf die damit verbundenen Themen Rassismus und Antisemitismus. In den Programmbereichen der Demokratieförderung und der GMF-Prävention bestimmte in der Regel der jeweils konkrete thematische Schwerpunkt der einzelnen Modellprojekte den Austausch, z. B. die Antisemitismusprävention oder das Thema Islam- und Muslimfeindlichkeit (vgl. Abb. 10).

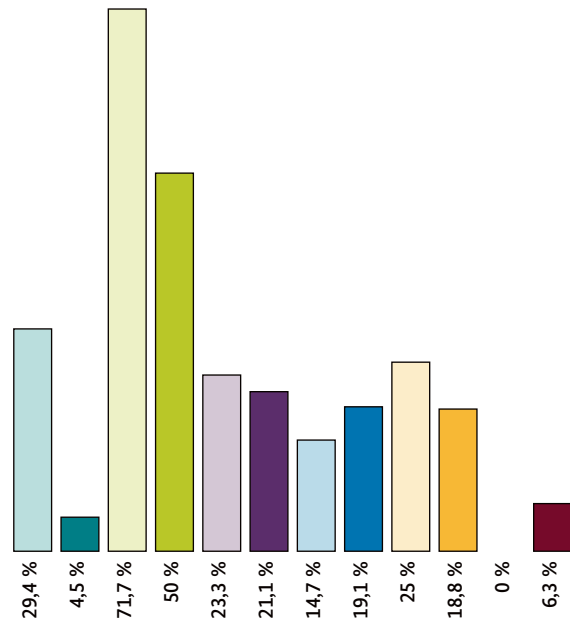
Abb. 10: Gemeinsame Bearbeitung von ProgrammtHEMEN
Quelle: Daten der Gesamtevaluation am DJI auf Basis einer standardisierten Befragung 2019 aller Programmakteurinnen und -akteure durch die wissenschaftlichen Begleitungen der einzelnen Programmbereiche; eigene Berechnungen und Darstellung der Gesamtevaluation

- PfD und LDZ
- PfD und bundeszentrale Träger
- Beratungsangebote und LDZ
- Beratungsangebote und bundeszentrale Träger
- GMF und LDZ
- GMF und bundeszentrale Träger
- Radikalisierungsprävention und LDZ
- Radikalisierungsprävention und bundeszentrale Träger
- Arbeitswelt und LDZ
- Arbeitswelt und bundeszentrale Träger
- Engagement im Netz und LDZ
- Engagement im Netz und bundeszentrale Träger

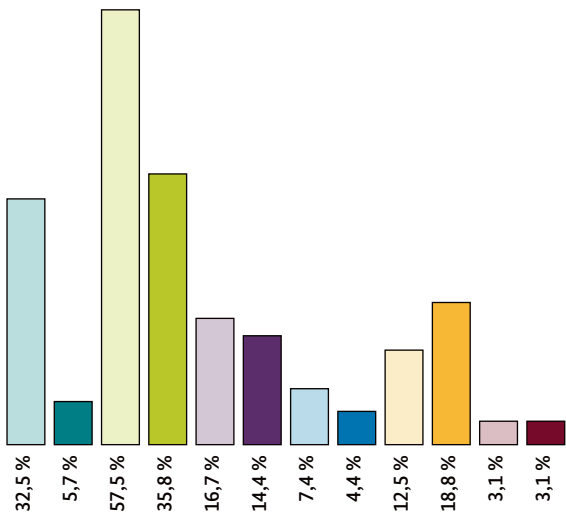




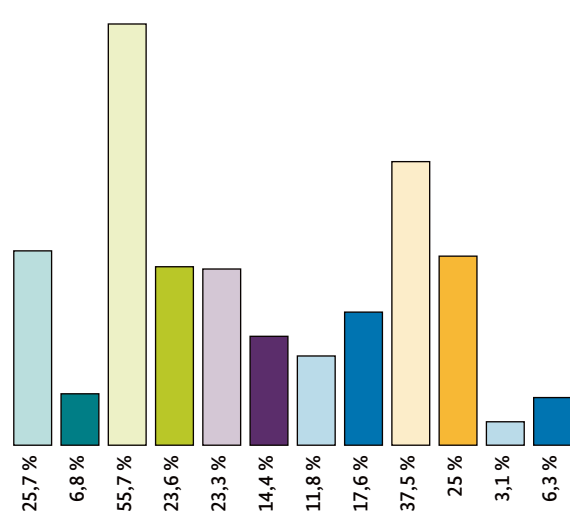
Rassismus



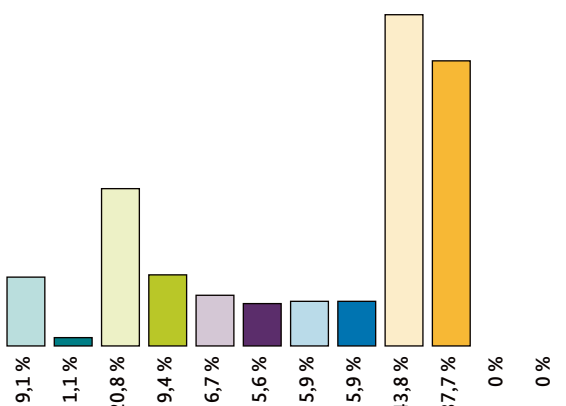
Islam-/Muslimfeindlichkeit



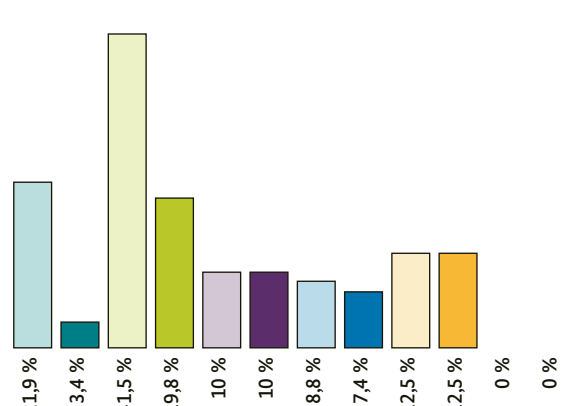
Demokratiestärkung im ländlichen Raum



Demokratieförderung im Bildungsbereich



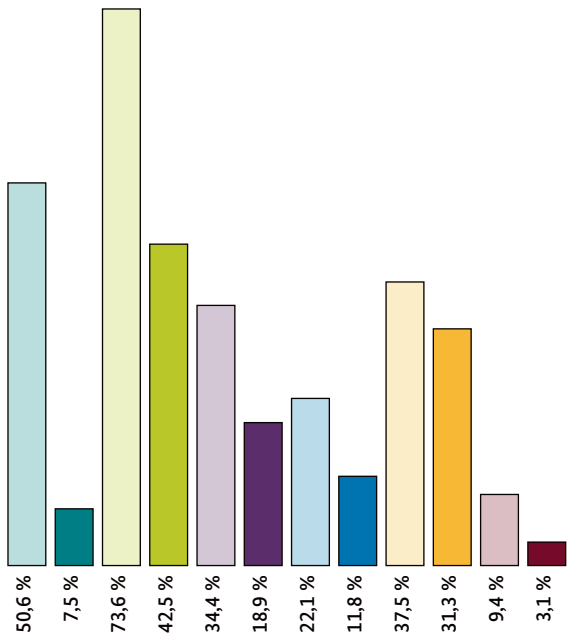
Demokratieförderung in der Berufs- und Arbeitswelt



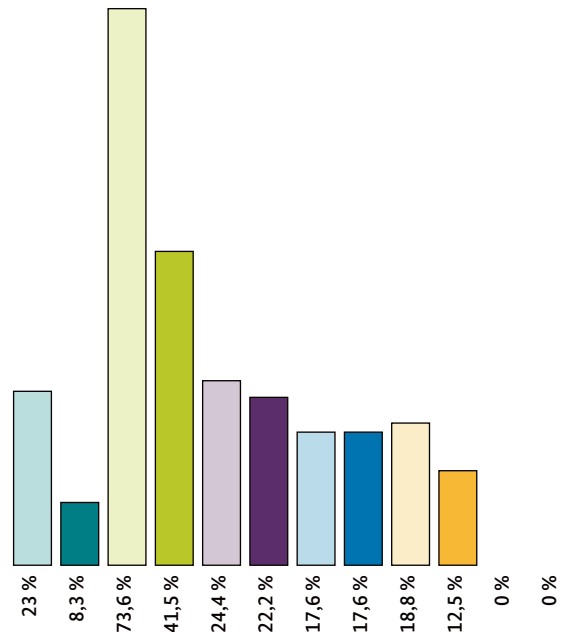
Engagement im Netz

- Pfd und LDZ
- Pfd und bundeszentrale Träger
- Beratungsangebote und LDZ

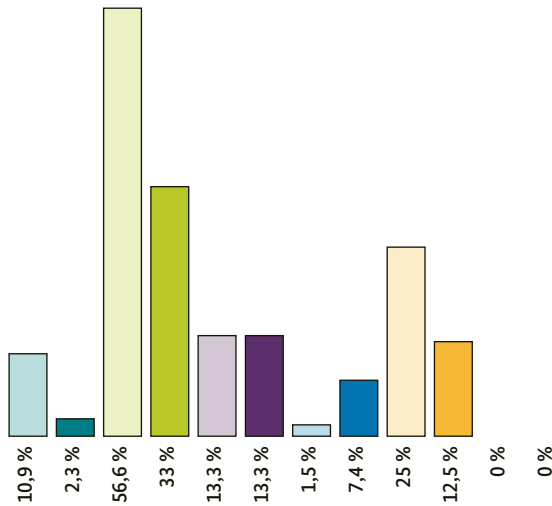
- Beratungsangebote und bundeszentrale Träger
- GMF und LDZ
- GMF und bundeszentrale Träger



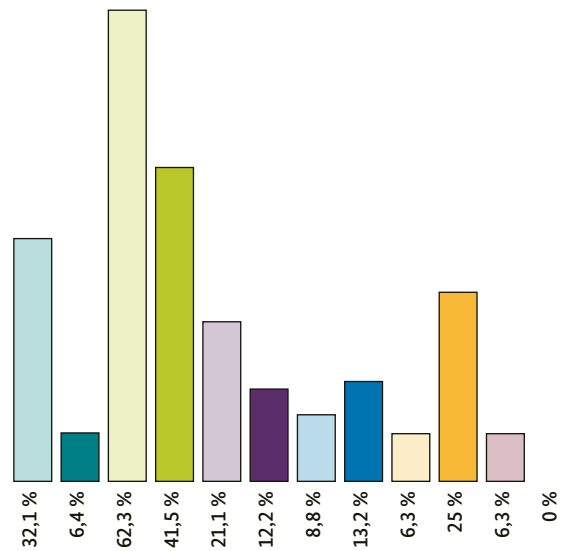
Demokratieförderung allgemein



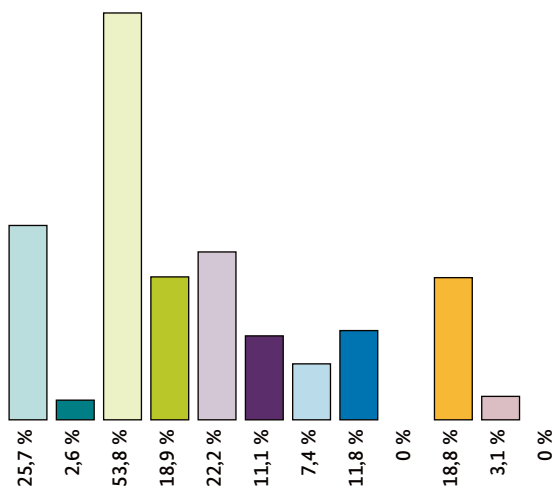
Antisemitismus



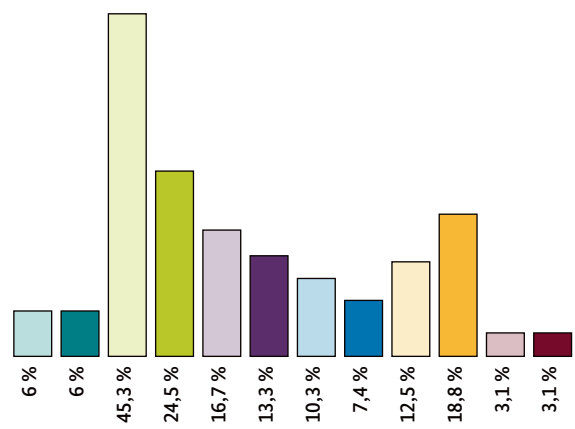
Antiziganismus



Flucht und Asyl



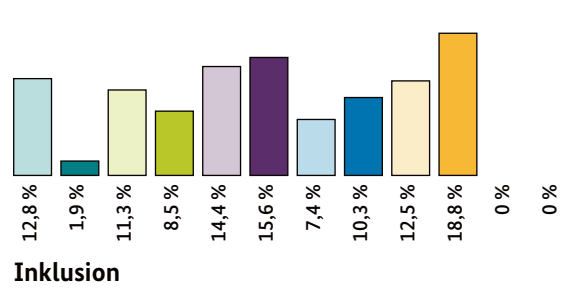
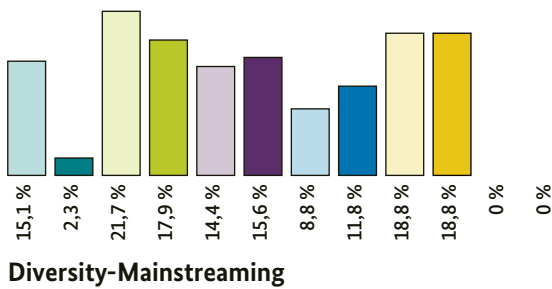
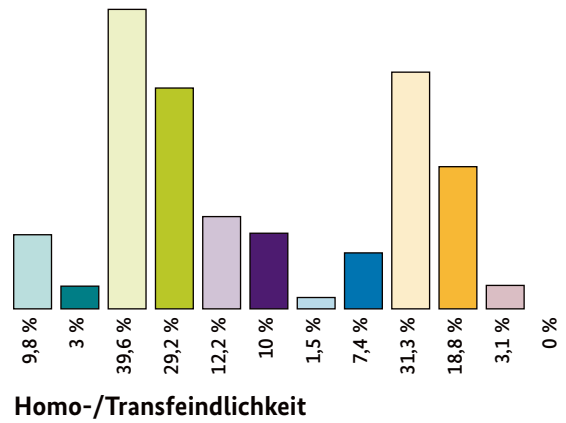
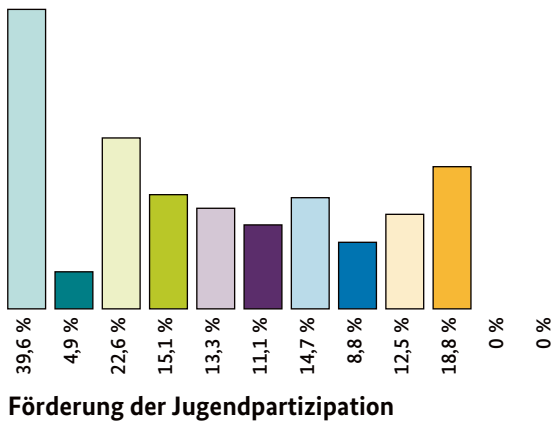
Einwanderungsgesellschaft



Zivilgesellschaftliches Engagement

- Radikalisierungsprävention und LDZ
- Radikalisierungsprävention und bundeszentrale Träger
- Arbeitswelt und LDZ

- Arbeitswelt und bundeszentrale Träger
- Engagement im Netz und LDZ
- Engagement im Netz und bundeszentrale Träger



Wie beschrieben ist es Aufgabe der LDZ, alle aus „Demokratie leben!“ geförderten Maßnahmen in ihren Bundesländern aufeinander abzustimmen. Dagegen bezieht sich die Anregungsfunktion der bundeszentralen Träger auf diejenigen Organisationen in mehreren Bundesländern, die in den von ihnen jeweils betreuten Themen- und Strukturfeldern tätig sind. Insoweit wäre anzunehmen, dass beide Seiten (im Bedarfsfall) eng miteinander zusammenarbeiteten. Die Datenanalysen dazu legen allerdings den Schluss nahe, dass dies nicht in dem Umfang geschehen ist, der vom Programmgeber erwartet worden war. Vor allem zeigten sich bei beiden Akteursgruppen gegensätzliche Einschätzungen zur Relevanz und zur Informiertheit übereinander.

So gaben von den bundeszentralen Trägern im Jahr 2018 drei Viertel an, dass die LDZ (eher) relevant für die eigene Arbeit sind. Die Hälfte von ihnen begriff die LDZ zudem als relevante Unterstützungsinstanz. Von 14 befragten LDZ hielt dagegen kaum die Hälfte die bundeszentralen Träger als relevant für die eigene Arbeit. Allerdings finden sich in den LDZ einzelne Koordinierende, die über eine Vielzahl von Kontakten zu bundeszentralen Trägern berichteten. Auffällig in der Betrachtung des Verhältnisses von LDZ zu diesen Trägern ist, dass insbesondere für die LDZ nicht immer transparent zu sein scheint, ob sie es im konkreten Kontaktfall mit einem bundeszentralen Träger zu tun haben oder nicht. Beispielsweise können solche Träger über ihre Landesgliederungen oder Landesniederlassungen in Beziehung zu LDZ stehen, ohne dass Letzteren bewusst oder ersichtlich ist, dass sie faktisch mit einem bundeszentralen Träger in Kontakt stehen oder zusammenarbeiten. Auch kommt es vor, dass LDZ glauben, mit einem bundeszentralen Träger in Kontakt zu stehen, obwohl es sich um rechtlich selbstständige NGOs auf der Landesebene handelt. Insoweit sind im Programm offenbar noch nicht durchgehend geeignete Formate gefunden worden, um eine ausreichende Transparenz über die geförderten bundeszentralen Träger und deren Aufgaben bzw. deren Funktion herzustellen.

Bezüglich der Art der Kontakte zwischen bundeszentralen Trägern und LDZ überwog der formalisierte und informelle Informationsaustausch. Gemeinsame Veranstaltungen oder Projekte zwischen LDZ und diesen Trägern kamen eher selten vor. Als wesentliche Inhalte des Austausches zwischen beiden Akteursgruppen wurden die Themen Rechtsextremismus/-populismus, allgemeine Demokratieförderung sowie Rassismus benannt.

Die Zusammenarbeit der Akteurinnen und Akteure über die Grenzen der Programmbereiche hinweg braucht vor allem Vertrauen, muss Nutzen stiften und durch ausreichende Ressourcen abgestützt sein.

Bereits in den Vorgängerprogrammen von „Demokratie leben!“ war durch die wissenschaftliche Programmbegleitung herausgearbeitet worden, dass die Zusammenarbeit zwischen Akteurinnen und Akteuren eines Bundesprogramms insbesondere dann begünstigt wird, wenn es eine geografische und thematische Nähe gibt oder die Erwartung an den gegenseitigen Kooperationsnutzen hoch ist. Ebenfalls gut untersucht ist, dass sich gegenseitiges Vertrauen und die Begegnung „auf gleicher Augenhöhe“ positiv auf die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auswirken. Dieses kann vor allem durch personelle Kontinuität der handelnden Akteurinnen und Akteure hergestellt werden. Auch in der Gesamtschau der durch die Gesamtevaluation ausgewerteten Daten wird deutlich, dass eine Zusammenarbeit über die Programmbereiche hinweg zum einen kein Selbstläufer und zum anderen oft ressourcenaufwändig ist.

Insoweit kann es hinderlich für die Kooperation sein, wenn große Entfernungen zwischen Trägern überbrückt werden müssen oder wenn man sich erst aufwändig über mögliche Kooperationsfelder verständigen muss. Ebenfalls hinderlich wirkt sich aus, wenn geeignete Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner fehlen – sei es, weil Stellen unbesetzt sind, Personal häufiger wechselt oder die Personalressourcen in den Projekten prinzipiell knapp sind. Befragt nach Kooperationshindernissen, bemängelten einige Akteurinnen und Akteure auch die komplexe und

dynamische Struktur von „Demokratie leben!“, die als teilweise unübersichtlich wahrgenommen wird. Das hat den Aussagen zufolge den Austausch über die Programmbereiche hinweg behindert.

Dass ein Austausch aufgrund zu kleiner inhaltlicher Schnittmengen zwischen Akteurinnen und Akteuren erschwert wurde, berichteten die dazu Befragten hingegen kaum. Vielmehr waren es Fragen der Abgrenzung in ähnlich gelagerten Themen oder konzeptionelle und begriffliche Differenzen, die sich bisweilen erschwerend darauf auswirken konnten, dass eine Zusammenarbeit zustande kommt. In einzelnen Fällen zeigten sich Programmakteurinnen und -akteure wegen Konkurrenz, aus Gründen der inhaltlichen Abgrenzung oder des Urheberrechtsschutzes nicht aufgeschlossen für eine Zusammenarbeit. In anderen Fällen waren eine gewisse Sättigung von Kooperationsbedarfen und Kooperationsmüdigkeit die Gründe. Einzelne Akteurinnen und Akteure gaben darüber hinaus an, dass sie trotz gegenseitigen Interesses keine geeignete, nutzbringende Form der Zusammenarbeit finden konnten und deshalb nicht miteinander kooperierten.

5.2.2 Partizipation als Ziel und Arbeitsprinzip in „Demokratie leben!“

„Demokratie leben!“ hat sich neben der Prävention von politisch-weltanschaulichem Extremismus als weiteres wichtiges Ziel gesetzt, demokratisches Denken und Handeln vor allem bei Kindern und Jugendlichen zu fördern. Demokratie als Lebens- und Gesellschaftsform bedeutet dabei im Kern, mitreden und mitentscheiden zu können.⁵³ Weil Partizipation für das Gesamtprogramm so bedeutend ist, sind im Rahmen aller wissenschaftlichen Begleitungen Daten erhoben und ausgewertet worden, auf die sich die nachfolgenden Ausführungen stützen.

Das Bundesprogramm fördert nach Einschätzung der umsetzenden Akteurinnen und Akteure die Politikkompetenz von jungen Menschen und bietet ihnen vielfältige Möglichkeiten, sich an für sie relevanten Entscheidungen zu beteiligen.

.....
53 Vgl. Himmelmann 2007.

Ein Großteil der Akteurinnen und Akteure, die Projekte und weitere Maßnahmen in „Demokratie leben!“ durchführen, geht davon aus, zur Entwicklung von Politikkompetenz bei Heranwachsenden beizutragen. Das tun sie, indem sie sowohl demokratieförderliches Wissen und Können vermitteln als auch Möglichkeiten dafür bieten, sich an Entscheidungen zu beteiligen, die für sie relevant sind. Außerdem werden pädagogische Fachkräfte dafür sensibilisiert und mit dem nötigen Know-how ausgestattet, den Partizipationsbedürfnissen junger Menschen angemessen zu entsprechen. Zum einen bedeutet das, Strukturen so zu gestalten, dass sie die altersangemessene Beteiligung von Heranwachsenden ermöglichen oder erleichtern. Zum anderen geht es darum, Partizipation⁵⁴ als zentralem Leitprinzip Rechnung zu tragen – insbesondere in der außerschulischen bzw. außerunterrichtlichen pädagogischen Arbeit. Das Anliegen, Beteiligung bzw. Partizipation zu ermöglichen und zu fördern, wird in allen Handlungsbereichen des Bundesprogramms aufgegriffen. Motiviert sind diese Anstrengungen zumeist dadurch, dass die im Programm tätigen Fachkräfte zum einen Defizite in der Beteiligung junger Menschen konstatieren und zum anderen die Förderung von Partizipation als ein per se wichtiges Anliegen in einer demokratischen Gesellschaft betrachten.

Die Projekte legen ihren Schwerpunkt auf Partizipationskompetenzen oder Beteiligungsstrukturen – abhängig vom Programmthema, Handlungskontext und Alter der Zielgruppe.

Auf welche Art und Weise und in welchem Umfang Partizipation gefördert wird, ergibt sich aus den unterschiedlichen Handlungsschwerpunkten und Zielen der einzelnen Programmbereiche, etwa Radikalisierungsprävention oder Demokratieförderung. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass sich die Handlungsspielräume für die Förderung von Partizipation in den Projekten des Bundesprogramms mitunter deutlich voneinander unterscheiden. Zu nennen sind hier exemplarisch die Rahmenbedingungen etwa der Arbeit in der Kindertagesbetreuung oder der offenen Jugend(freizeit)einrichtungen im Vergleich zur Arbeit im Strafvollzug. In den Pfd sind es ausweislich der Befunde der dafür zuständigen wissenschaftlichen Begleitung insbesondere die über 220 Jugendforen,⁵⁵ in denen Heranwachsende ihre Interessen in politische Entscheidungsprozesse einbringen und selbstständig eigene Projekte durchführen können. Dabei sind drei Viertel dieser Foren erst durch eine Förderung aus „Demokratie leben!“ ermöglicht worden. In beinahe zwei Dritteln der 300 Partnerschaften reicht die Beteiligung von jungen Menschen so weit, dass sie als stimmberechtigte Mitglieder aktiv in den Begleitausschüssen mitwirken.⁵⁶ Hier werden Heranwachsende als eigenständige Akteurinnen und Akteure ernst genommen und können Verantwortung für die Gestaltung ihrer lokalen Gemeinschaft übernehmen. Zugleich zeigte sich in der Evaluation der Jugendbeteiligung in den Pfd, die im Einklang mit einschlägigen Studien zur Jugendpartizipation stehen, dass die Kontinuität der Mitwirkung und altersbedingte Fluktuationen eine stetige Herausforderung darstellen.⁵⁷

Nicht zuletzt aufgrund solcher Erkenntnisse legt die übergroße Mehrheit (mehr als 80 Prozent) der Fachkräfte in der (pädagogischen) Arbeit mit jungen Menschen über alle Programmbereiche hinweg Wert

.....

54 Partizipation wird hier als Prozess verstanden, in dem jungen Menschen (und nicht nur diesen) eine aktive, mitgestaltende Rolle in unterschiedlichen (Lebens-/Gesellschafts-)Bereichen zugeschrieben wird. Auch Heranwachsende werden dabei als Koproduzenten a) politischer Entscheidungsprozesse und b) pädagogischer Bildungsprozesse betrachtet (vgl. Bischoff u. a. 2015 b).

55 Vgl. ISS/Camino 2018, S. 40, S. 47.

56 Vgl. ebd., S. 51.

57 Vgl. ebd., S. 41.



darauf, ihnen nicht nur Wissen und Können zu vermitteln, das ihre Partizipationschancen erhöhen kann. Gleichzeitig wollen sie sie dazu motivieren, ihre Beteiligungschancen auch wahrzunehmen. Darüber hinaus unterstützen je nach Programmbereich zwischen 60 und 80 Prozent der Projekte Kinder und Jugendliche dabei, sich eigene Räume und Strukturen zu schaffen, in denen sie ihre Interessen, Wünsche und Bedürfnisse artikulieren und einbringen können. Neben diesen Formen von direkter Partizipationsförderung betrachteten es je nach Programmbereich zwischen 50 und 75 Prozent der Projekte als ihre Aufgabe, sowohl selbst Partizipationsmöglichkeiten und -strukturen für junge Menschen zu schaffen als auch solche anzuregen bzw. dafür zu sorgen, dass andere Akteurinnen und Akteure dafür Gelegenheiten und Strukturen herstellen (indirekte Partizipationsförderung).

Worauf fußen die eben skizzierten, sich als Differenz in den Prozentangaben zeigenden Unterschiede zwischen den einzelnen Programmbereichen, aber auch innerhalb derselben? Sie sind auf Grundlage der Befunde der wissenschaftlichen Begleitungen insbesondere auf die Angebotsarten, deren Umsetzungskontexte und die Zusammensetzung der Zielgruppen zurückzuführen. So lässt sich beispielsweise in der Mobilen Beratung oder bei den bundeszentralen Trägern konstatieren, dass dort mehrheitlich die indirekte Partizipationsförderung im Mittelpunkt steht. Sie arbeiten vor allem mit Fachkräften oder erwachsenen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.⁵⁸ Wird wiederum die Partizipationsorientierung der Fachkräfte in den arbeitsweltbezogenen Modellprojekten, die sich ebenfalls an ältere Zielgruppen richten, mit jener der Modellprojekte in der Demokratieförderung und GMF-Prävention verglichen, die vor allem mit Heranwachsenden arbeiten, dann zeigt sich: In den Projekten der „Arbeitswelt“ haben die Förderung von Partizipationsstrukturen und das Einrichten entsprechender Beteiligungsmöglichkeiten einen leichten Vorrang gegenüber der Förderung von Wissen, Können und Motivation. In den Modellprojekten der Demokratieförderung ist es genau umgekehrt.⁵⁹ Diese Befunde könnten darauf hindeuten, dass in der Arbeit mit älteren Zielgruppen Ansätze erfahrungsbasierter Lernens in realen Kontexten eine größere Rolle spielen, während bei jüngeren Zielgruppen der Kompetenzerwerb als solcher sowie das Einüben von Beteiligung in geschützten, pädagogisch ausgestalteten Settings im Vordergrund steht, etwa in Planspielen.

In der Präventionsarbeit von politisch-weltanschaulichem Extremismus konnte die zuständige wissenschaftliche Begleitung herausarbeiten, dass Projekte in der Bearbeitung von Islamismus Heranwachsende etwas häufiger dabei unterstützen, Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen, als Projekte in der Bearbeitung von Rechtsextremismus. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler führen das u. a. darauf zurück, dass die Personen, die in der Islamismusprävention tätig sind, eine größere Nähe zur Lebenswelt ihrer Zielgruppen aufweisen. Zudem ist davon auszugehen, dass, wie u. a. der 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung zeigte,⁶⁰ auch weiterhin Defizite in der gesellschaftlichen und politischen Beteiligung insbesondere muslimisch geprägter junger Menschen zu bestehen scheinen.

Partizipation ist ein zentrales Qualitätsmerkmal in der pädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. In der Prävention von weltanschaulich-politischem Extremismus ist die Beteiligung der jugendlichen Zielgruppen jedoch an Bedingungen geknüpft.

Die Partizipation von Heranwachsenden in den von und mit ihnen durchgeführten Maßnahmen ist ein wichtiges Qualitätsmerkmal in der pädagogischen Arbeit. Der Ertrag und die Akzeptanz der pädagogischen Projekte steigen, wenn die Durchführenden der Einzelmaßnahmen auf die Wünsche und Bedürfnisse der (jugendlichen) Zielgruppen eingehen. Das hatten bereits in den Vorgängerprogrammen von „Demokratie leben!“ Analysen gezeigt, die an existierende Forschungsarbeiten anknüpften. Die Untersuchungen der wissenschaftlichen Begleitungen dazu machen deutlich: Die Bereitschaft von pädagogischen Fachkräften, sich auf Beteiligungsprozesse einzulassen, ist auch im aktuellen Bundesprogramm prinzipiell vorhanden, jedoch unterschiedlich stark ausgeprägt. In Abhängigkeit von ihrem Arbeitsgegenstand sowie ihrer fachlichen Qualifikation und pädagogischen Haltung gehen die Fachkräfte in den geförderten Projekten unterschiedlich intensiv auf die Wünsche und Bedürfnisse ihrer (jungen) Adressatinnen und Adressaten ein. Dabei scheint es eine wichtige Rolle zu

.....
⁵⁸ Vgl. Bischoff u. a. 2018, Heinze u.a. 2018.

⁵⁹ Vgl. Brand u. a. 2018, Mögling u.a. 2018.

⁶⁰ Vgl. BMFSFJ 2017, S. 421 f.

spielen, ob es sich um Projekte der Präventionsarbeit oder um solche der Demokratieförderung handelt. So beschreiben die wissenschaftlichen Begleitungen, dass Fachkräfte der Radikalisierungsprävention den Mitbestimmungsbedürfnissen ihrer Adressatinnen und Adressaten weniger Raum geben (können) als ihre Kolleginnen und Kollegen, die sich der Förderung demokratischen Denkens und Handelns widmen. Doch die Partizipationsorientierung bei Fachkräften ist nur ein Faktor. Mehrere wissenschaftliche Begleitungen beschreiben, dass insbesondere in der Präventionsarbeit von politisch-weltanschaulichem Extremismus oder von rassistischer Diskriminierung sowohl die Förderpraxis als auch das Verfolgen einer präventiven Zielstellung der Beteiligung der Zielgruppen Grenzen setzen. Insbesondere sei es nicht hinnehmbar, wenn die Beteiligung bzw. Mitbestimmung von beispielsweise rechtsextrem orientierten jungen Menschen dazu führen würde, dass in den Maßnahmen die entsprechenden präventionsbezogenen Inhalte oder Methoden nicht umgesetzt würden.⁶¹

Daneben setzt offenbar auch das enge Korsett vorab definierter Ziele Grenzen dabei, Maßnahmen im Prozess der Umsetzung bedürfnisorientiert zu ändern. Denn mit dem Zuwendungsbescheid müssen sich Praktikerinnen und Praktiker auf Ziele festlegen, deren Erreichen nachgewiesen werden muss. Geschieht das nicht, müsste dies mit erheblichem Aufwand gegenüber dem Zuwendungsgeber begründet werden.⁶² Dennoch lässt sich aus Befragungen von Adressatinnen und Adressaten der Modellprojekte zu ihrer Beteiligung an der Umsetzung der Projekte ableiten, dass im Durchschnitt rund zwei Drittel von ihnen die eigenen Wünsche und Bedürfnisse in den Modellprojektmaßnahmen berücksichtigt sahen und sie sich auch an der Angebotsauswahl und -durchführung beteiligen konnten.⁶³ Das spricht für eine insgesamt gute Beteiligungspraxis der Modellprojekte.

Identifikation der Programmakteurinnen und -akteure mit „Demokratie leben!“

Nach fünf Jahren der Programmumsetzung stellt sich nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Komplexität und Dynamik in der Programmentwicklung die

Frage, inwieweit sich über die Umsetzung von „Demokratie leben!“ so etwas wie eine Identifikation der Programmakteurinnen und Programmakteure mit dem Bundesprogramm und seinen Zielen entwickelt hat. Aus einschlägigen Untersuchungen ist bekannt, dass sich die Identifikation mit einer Organisation oder einer Sache förderlich auf das Engagement dafür auswirken kann. Daher hat die Gesamtevaluation bei allen Programmakteurinnen und Programmakteuren im Rahmen einer standardisierten Befragung im letzten Förderjahr 2019 das Ausmaß der Programm(bereichs)identifikation untersucht.⁶⁴ Anhand von acht Items („Fragen“) (vgl. Abb. 11) wurden die wichtigsten Komponenten⁶⁵ der Identifikation erfasst. Zudem wurden in drei Programmbereichen entsprechende Fragen in leitfadengestützte Interviews der jeweiligen wissenschaftlichen Begleitungen integriert, um exemplarisch förderliche und hinderliche Faktoren für eine Identifikation mit dem Bundesprogramm zu identifizieren.⁶⁶

Die große Mehrheit der Programmakteurinnen und -akteure identifiziert sich stark mit „Demokratie leben!“

Drei Viertel (75 Prozent) aller Programmakteurinnen und -akteure identifizieren sich stark mit „Demokratie leben!“ und seinen Zielen. Nur 3 Prozent der befragten Akteurinnen und Akteure identifizieren sich nicht oder kaum mit dem Bundesprogramm, die übrigen mittelstark. Betrachtet man die vorliegenden Ergebnisse genauer, ist festzustellen, dass sich über 80 Prozent der Befragten „Demokratie leben!“ und den Akteurinnen und Akteuren, die sich im Programm engagieren, emotional verbunden fühlen. Ebenfalls über 80 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass sie einige inhaltliche Gemeinsamkeiten mit den anderen im Bundesprogramm geförderten Akteurinnen und Akteuren haben. In demselben Umfang bekundeten die Befragten eine hohe Bereitschaft, sich für den Erfolg von „Demokratie leben!“ einzusetzen. Die weiteren, vor allem auf Aspekte des Handelns ausgerichteten Bewertungen der Programmakteurinnen und Programmakteure fallen ebenfalls mehrheitlich positiv aus. Die Detailangaben dazu sind der Abbildung 11 zu entnehmen.

61 Vgl. Figlestahler u. a. 2019.

62 Vgl. Camino 2018.

63 Vgl. Brand u. a. 2018, S. 202 ff.

64 Verwendet wurden auf das Bundesprogramm hin angepasste Fragebatterien aus der psychologischen (Organisations-)Forschung zur Identifikation und zum verwandten Konzept des Commitments (Dimensionen aus Doosje u. a. 1995 und Gautam u. a. 2004, teilweise unter Rückgriff auf Cheney 1983 und Doosje u. a. 1995 angepasst).

65 Hierfür wurde ein Index gebildet, der Komponenten des Fühlens, Denkens und Handelns umfasst (vgl. Abb. IPD).

66 Operationalisiert wurde dies insbesondere über die Fragen „Macht es für Sie einen Unterschied, ob Ihr Vorhaben im Rahmen von ‚Demokratie leben!‘ gefördert wird oder in anderen Förderkontexten? Woran liegt das?“.

**Ich identifiziere mich mit (den) anderen in DL!
engagierten/geförderten Akteuren bzw. Projekten (n=670)**



Ich sehe mich selbst als Teil („Mitglied“) von DL! (n=682)



**Ich fühle mich (den) anderen in DL! engagierten/geförderten
Akteuren bzw. Projekten verbunden (n=683)**



**Ich bin froh, dass mein Projekt zu denjenigen gehört, die in DL!
gefördert werden (n=675)**



**Ich habe viel mit (den) anderen Akteuren gemeinsam, die auch
in DL! engagiert sind (n=625)**



**Auch wenn mein Projekt eine Förderung aus diesem
Bundesprogramm nicht unbedingt bräuchte, würde ich mich
wahrscheinlich um eine Förderung in DL! bemühen (n=552)**



**Ich bin bereit, mich über das normalerweise Übliche hinaus
zu engagieren, damit DL! erfolgreich ist (n=653)**



**Letztendlich spielt es mich keine Rolle, ob mein Projekt aus DL!
oder aus anderen Quellen finanziert wird (n=587)**



- Stimme gar nicht zu
- Stimme größtenteils nicht zu
- Stimme eher nicht zu
- Stimme eher zu
- Stimme größtenteils zu
- Stimme voll zu

0 % 20 % 40 % 60 % 80 % 100 %

Abb. 11: Identifikation der Programmakteurinnen und -akteure mit „Demokratie leben!“⁶⁷
Quelle: Daten der Gesamtevaluation am DJI auf Basis einer standardisierten Befragung 2019 aller Programm-
akteurinnen und -akteure durch die wissenschaftlichen Begleitungen der einzelnen Programmbereiche; Skala
mit dem Wert 6,0 als höchstmöglichem Wert der Zustimmung; eigene Berechnungen und Darstellung der
Gesamtevaluation

67 Diese Fragen wurden Akteuren aus 23 Partnerschaften für Demokratie sowie Durchführenden von 12 Projekten aus dem
Programmbereich der Modellprojekte zur Stärkung von Engagement im Netz – gegen Hass im Netz und allen interviewten
Landeskoordinationspersonen der LDZ aus dem Programmbereich Demokratiezentren gestellt.

Im Vergleich der Programmbereiche wird ersichtlich, dass die Antworten von Akteurinnen und Akteuren, die auf der kommunalen Ebene in den Partnerschaften für Demokratie (Pfd) und auf der Ebene des Bundes in der Förderung zur Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger (im Folgenden kurz „bundeszentrale Träger“) agieren und ihre Zuwendungen unmittelbar von der Bundesebene aus erhalten, in Bezug auf alle Komponenten von Identifikation in der Tendenz besonders positiv ausfallen. Sechs der acht abgefragten Aussagen erhielten hier von weit mehr als 90 Prozent der Akteurinnen und Akteure eine Zustimmung. Auch in nahezu allen Modellprojektbereichen zeigen sich positive Antwortmuster. Es fällt jedoch auf, dass Akteurinnen und Akteure aus dem Programmbereich Modellprojekte in der Einwanderungsgesellschaft dem Bundesprogramm tendenziell etwas verhaltener gegenüberstehen. Die geringsten Identifikationswerte finden sich bei Akteurinnen und Akteuren aus dem Programmbereich LDZ (Beratungsakteurinnen und -akteure sowie koordinierende Akteurinnen und Akteure auf der Landesebene). Möglicherweise wirkt sich hier der Umstand aus, dass in einem Teil der Bundesländer der überwiegende Anteil der Beratungsarbeit bzw. der LDZ durch das Bundesland finanziert wird. In allen anderen Programmbereichen erfolgt die Finanzierung dagegen direkt von der Bundesebene aus. Das bedeutet, die Angebote sind primär auf der Landesebene vernetzt, sodass in der Konsequenz die Bezüge zum Bundesprogramm von den Akteurinnen und Akteuren schwächer wahrgenommen werden. Jedoch identifizieren sich auch in diesem Programmbereich über der Hälfte der befragten Akteurinnen und Akteure (56 Prozent) stark mit „Demokratie leben!“.

Klare Positionierungen des Programmgebers und programmergänzende Angebote können die Identifikation der Akteurinnen und Akteure mit dem Bundesprogramm stärken.

Anhaltspunkte für mögliche förderliche und hinderliche Faktoren, welche sich auf die Identifikation mit dem Bundesprogramm auswirken, lassen sich in den Interviews mit Programmakteurinnen und Programmakteuren finden. Hierin kommen die verschiedenen oben genannten Komponenten von Identifikation zum Ausdruck, die in der Argumentation ineinandergreifen können, aber nicht immer gleichermaßen hervortreten müssen, wie folgendes Antwortbeispiel zeigt:

„Also ich glaube, an sich ist es ja schon eine schöne Sache, weil ‚Demokratie leben!‘ ja auch was aussagt.

Also, es ist allein schon vom Namen her und von dem, was dort gelenkt wird, ist es eigentlich an sich schön, ein Teil auch dessen zu sein, von dem Großen, und ich finde auch die Kampagnen immer ganz toll und es ist an sich ein durchdachtes System.“

(Interview_Pfd_Nr. 5)

In den Interviews benannten die Befragten verschiedene Faktoren als förderlich, die primär auf einer inhaltlichen Ebene angesiedelt sind: Betont wurde mehrfach, wie bedeutsam es ist, dass das Programm thematisch und inhaltlich zu den eigenen Zielen und Haltungen passt. Generell wird eine positive Zusammenarbeit mit und eine Anerkennung durch das BMFSFJ als federführendes Ministerium für wichtig befunden. Darüber hinaus erwähnten einzelne Akteurinnen und Akteure, dass sich „Demokratie leben!“ als Marke mit standortübergreifendem Wiedererkennungswert etabliert hat. Sie äußerten sich positiv etwa über die Kontinuität des Programmnamens über die erste Förderperiode hinaus, was aus ihrer Sicht zu einem langfristigen Commitment beiträgt.

„Demokratie leben!‘, da ist eine Wiedererkennung. Ich bin die Fach- und Koordinierungsstelle und freue mich z. B., wenn ich das Plakat sehe, und denke so, ja kenne ich, ‚Demokratie leben!‘. Und ich finde schon, dass ‚Demokratie leben!‘ zu einer Marke geworden ist und dass es schon was ausmacht, ob man Teil dieses Programm ist, oder eben, keine Ahnung, Kommune X, gib mir Geld, damit ich dieses Projekt mache. Es ist schon ein Unterschied.“

(Interview_Pfd_Nr. 8)

Für die im Bundesprogramm geförderten Akteurinnen und Akteure ist die unkomplizierte Bewältigung der Anforderungen des Programms ein mehrfach benannter Faktor, der zu einem positiven Bekenntnis zu „Demokratie leben!“ beiträgt. Ausschlaggebend hierfür ist, dass die Akteurinnen und Akteure hinreichend Zeit haben, um die Aufgaben zu erledigen. Gleichzeitig ist ihnen wichtig, dass sie den Aufbau und die Beteiligten des Bundesprogramms sowie die für die Programmumsetzung etablierten administrativen Verfahren und Kommunikationswege kennen. Außerdem spielt es beispielsweise eine Rolle, wie sehr das eigene Vorhaben in die Gesamtstrategie des Bundesprogramms passt und dass das eigene Handeln durch eine klare Positionierung des Programmgebers legitimiert ist – insbesondere gegenüber Rechts- extremismus, aber auch anderen Phänomenen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit. Hierbei

wertschätzten die Akteurinnen und Akteure sowohl in den Kommunen als auch auf der Landesebene, dass ein auf der Bundesebene politisch bedeutsames Programm auch in der Landespolitik stärker wahrgenommen wird und damit die eigene Arbeit erleichtern kann.

„Ich finde das nicht egal, ich finde das total wesentlich, weil das für [das Bundesland] ein sehr starkes Signal ist, dass der Bund sich da nicht rauszieht. Und das nimmt [das Bundesland] auf jeden Fall in die Verpflichtung, da in die Ko-Finanzierung mit reinzugehen. (...) Das ist schon gut, Frau Giffey da zitieren zu können. (...) Und das hat sogar auf der praktischen Ebene eine Auswirkung.“

(Anton_LDZ_2019)

Mit der Öffentlichkeitsarbeit, die das Bundesprogramm begleitete, trug der Bund zudem dazu bei, dass „Demokratie leben!“ im gesamten Bundesgebiet sichtbar wurde. Darüber hinaus begünstigten die bundesweite Ausrichtung des Programms, gemeinsam verfolgte Ziele sowie vernetzende und unterstützende Angebote nach Ansicht mehrerer befragter Akteurinnen und Akteure einen nutzbringenden, länderübergreifenden Austausch miteinander:

„Ja, ich sage mal, was natürlich ganz klar der Mehrwert [des Bundesprogramms, d. V.] ist, dass die Bundesländer da auf einer Ebene miteinander agieren. Und diese Bund-Länder-Treffen oder was wir noch mal mehr im Fachlichen haben, dieses [regionale Forum mehrere Bundesländer], wäre ja, ohne dass es ein Bundesprogramm gäbe, gar nicht möglich.“

(Paula_LDZ_2019)

Diese Einschätzung trafen neben den Vertreterinnen und Vertretern der LDZ und Pfd auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Modellprojekten.

„Also die zusätzlichen Angebote der wissenschaftlichen Begleitungen, der Netzwerktreffen, der Fachtage, also diese Angebote sind viele. Und auch zum größten Teil sehr hilfreich. Und der Austausch, der da gegeben wird, also das ist schon sehr wichtig. Das hatte man jetzt nicht unbedingt durch andere Fördermittelgeber. Also dass man auch/ dieses bundesweite Netzwerk kann man, glaube ich, auch gut benutzen und haben wir auch gut genutzt.“

(Interview_MP_Nr. 8)

Darüber hinaus griffen die Projektumsetzenden in den Interviews mit ihnen auch die Architektur des Bundesprogramms und die Bündelung von Projekten in verschiedenen voneinander abgrenzbaren Themenbereichen als Identifikationspunkte auf. Beispielsweise konstatierten Projektverantwortliche und -durchführende aus dem Programmbereich der „Modellprojekte für Engagement im Netz – gegen Hass im Netz“, dass sie in der Kooperation mit den anderen im Programmbereich geförderten Trägern eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens spüren würden:

„Also ich fand insgesamt in diesem ganzen Programmbereich, dass eine sehr gute Arbeitsatmosphäre (...) eine sehr freundliche, sehr kooperative Atmosphäre. Also da fand ich, war niemand dabei, der dem anderen die Kirschen vom Kuchen essen wollte, sondern man hat sich eigentlich immer unterstützt. (...) Aber auch gerade auf diesen Fachtagungen, auf diesem Austausch fand ich das schon richtig toll, wie diese Atmosphäre dort war.“

(Interview_MP_Nr. 7)

Eine solche Atmosphäre begünstigt die Bereitschaft der Akteurinnen und Akteure zur Kooperation. Damit trägt sie zu einer aufeinander abgestimmten Programmumsetzung bei.

In der Summe wirken sich insbesondere zwei Dinge positiv auf die Identifikation mit „Demokratie leben!“ und dem Bekenntnis zum Programm aus: die klaren Positionierungen und Ziele des Bundesprogramms, die von einem breiten Kreis von Akteurinnen und Akteuren geteilt werden, sowie gute Kommunikationsstrukturen und Austauschmöglichkeiten. Dies trägt dazu bei, dass sich die im Bundesprogramm geförderten Akteurinnen und Akteure trotz ihrer Heterogenität als Teil einer bundesweit engagierten Gemeinschaft der Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention betrachten können.

5.2.3 Die Wirksamkeit und die Wirksamkeitspotenziale von „Demokratie leben!“

Die Umsetzung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ soll einen Beitrag insbesondere zur Demokratieförderung sowie zur Bearbeitung von politisch-weltanschaulichem Extremismus und zur Radikalisierungsprävention leisten. Eine Untersuchung und Beschreibung der Wirksamkeit eines solch komplexen und dynamischen Programms im Sinne seines nachweisbaren Einflusses auf die Veränderung gesellschaftlicher Zustände oder Teilsysteme, wie der Kinder- und Jugendhilfe, ist aus verschiedenen methodischen sowie sachlogischen Gründen nur bedingt möglich. Zu nennen ist hier insbesondere die Frage, inwieweit Veränderungen in den Systemen, zu denen „Demokratie leben!“ Bezüge aufweist, dem Bundesprogramm zugerechnet werden können. Bereits das Strategiepapier der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung vermittelt einen Eindruck von der Vielzahl der Akteurinnen und Akteure und Handlungsansätze, die im Themen- und Aufgabenspektrum des Bundesprogramms agieren.

Um dennoch einen Eindruck davon zu erhalten, welche Impulse das Bundesprogramm in seinen Zielbereichen setzen konnte, sind alle im Programm geförderten Akteurinnen und Akteure von „Demokratie leben!“ befragt worden, wie sie dessen Wirksamkeit(spotenziale) in ausgewählten Zielbereichen beurteilen. Die entsprechenden Befunde basieren somit auf den subjektiven Einschätzungen der befragten Projektumsetzenden. Die Daten basieren auf Beobachtungen, Erfahrungswerten und Einschätzungen der Befragten zu den wahrgenommenen, erhofften oder erwarteten Wirkungen und Leistungen des Bundesprogramms als Ganzem und beziehen sich nicht auf einzelne Maßnahmen bzw. Programmbereiche. Auch wenn es sich bei dieser Art der Wirksamkeitsfeststellung nicht um eine Wirkungsmessung im engeren Sinn handelt, geben die Einschätzungen der befragten Akteurinnen und Akteure wichtige Hinweise für die Bewertung des Bundesprogramms hinsichtlich seiner Wirksamkeit, weil sie profunde Feldkenntnis und teils langjährige, mitunter bis in die Vorgängerprogramme von „Demokratie leben!“ zurückreichende Erfahrungen mitbringen.

Beinahe alle im Programm geförderten Akteurinnen und Akteure kommen zu der Einschätzung, dass „Demokratie leben!“ wirksam ist.

Die Gesamtevaluation hat in den Jahren 2018 und 2019 Daten zu fünf verschiedenen Wirkungsaspekten des Gesamtprogramms erhoben. Um zu einer generalisierenden Einschätzung der Wirksamkeit(spotenziale) von „Demokratie leben!“ zu kommen, wurden sie im Rahmen der Auswertung zu einem Wirksamkeitsindex mit den Ausprägungen starke, mittelstarke oder schwache Wirksamkeit verdichtet.⁶⁸ Ergebnis dieser Indexbildung ist, dass 72 Prozent aller befragten 686 Programmakteurinnen und Programmakteure davon ausgehen, dass „Demokratie leben!“ eine starke Wirksamkeit erreicht hat bzw. erreichen kann. 22 Prozent schreiben dem Programm eine mittelstarke Wirksamkeit zu. Nur ein sehr kleiner Anteil von Fördermittelempfängerinnen und Fördermittelempfängern (5 Befragte, 0,7 Prozent) verbindet mit den Programmaktivitäten schwache Wirksamkeit(spotenziale).

Dabei zeigt sich im Vergleich der verschiedenen Akteursgruppen (PfD, bundeszentrale Träger, Beratungsangebote in den Bundesländern sowie Modellprojekte), dass die Wirksamkeit des Programms leicht unterschiedlich beurteilt wird (vgl. Abb. 12). Bei den Akteurinnen und Akteuren der Bundesmodellprojekte ist der Anteil derjenigen, die dem Programm starke Wirksamkeit(spotenziale) zuschreiben, mit 77 Prozent zwar hoch, jedoch etwas niedriger als bei den Akteurinnen und Akteuren der bundeszentralen Träger und der Fach- und Koordinierungsstellen in den PfD (jeweils 80 Prozent). Zu etwas niedrigeren Wirksamkeitseinschätzungen kommen die Akteurinnen und Akteure der Beratungsangebote auf Landesebene: Gut zwei Drittel (69 Prozent) von ihnen schätzten die Wirksamkeit(spotenziale) von „Demokratie leben!“ insgesamt als hoch ein. 30 Prozent der in diesem Programmbereich befragten Akteurinnen und Akteure gehen von einer mittelstarken Wirksamkeit des Programms aus. Zwischen den einzelnen Modellprojektprogrammbereichen bestehen diesbezüglich kaum Unterschiede. In der Tendenz zeigen sich hier lediglich kleine Differenzen bei der Einschätzung,

.....
⁶⁸ Darin eingegangen sind Daten, die für den Programmbereich der LDZ und der Beratungsangebote bereits 2018 erhoben wurden und auf mit den 2019 generierten Daten identischen Items und Fragestellungen beruhen.

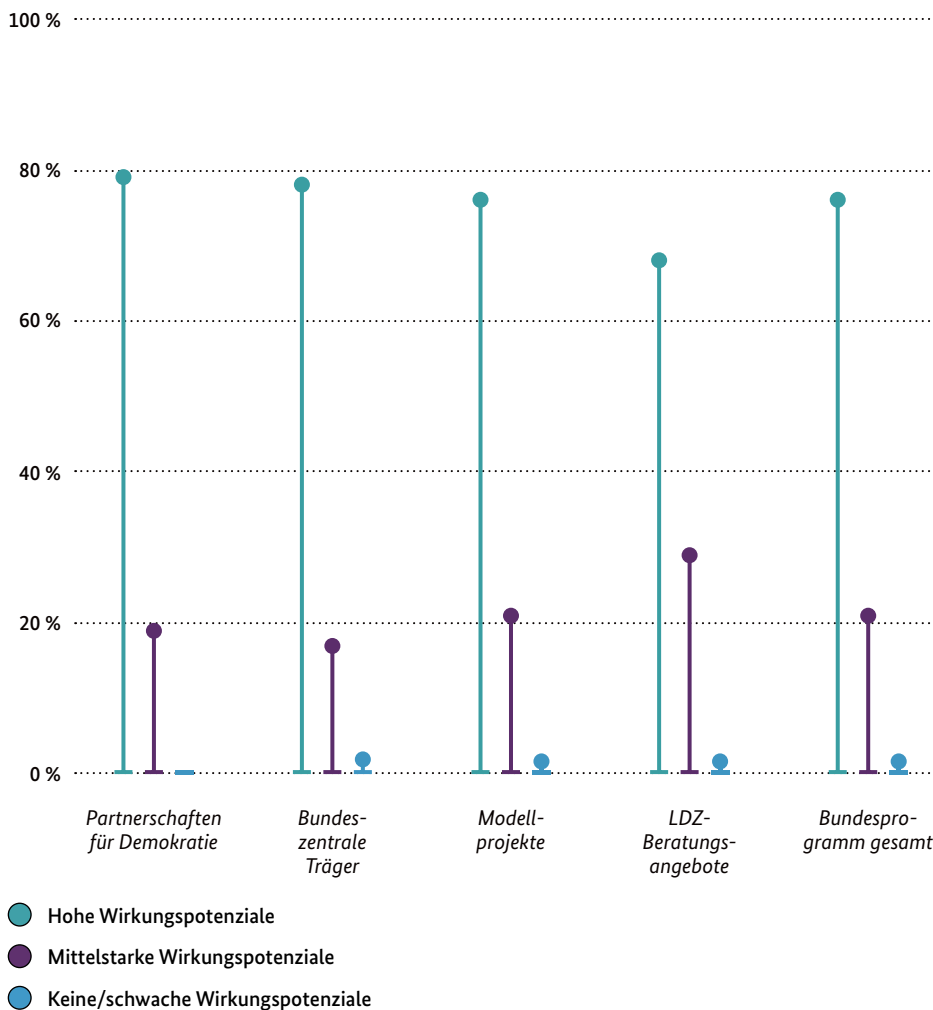


Abb. 12: Wirksamkeits-einschätzungen der Projektumsetzenden

Quelle: Daten der Gesamtevaluation am DJI auf Basis einer standardisierten Befragung 2019 aller Programmakteurinnen und -akteure durch die wissenschaftlichen Begleitungen der einzelnen Programmbereiche; eigene Berechnungen und Darstellung der Gesamtevaluation

inwieweit das Bundesprogramm im Sinne des Index starke Wirksamkeit entfaltet. Während in den Programmbereichen Arbeitswelt, Einwanderungsgesellschaft und Prävention sowie Deradikalisierung im Strafvollzug zwischen 60 und 70 Prozent zu dieser Einschätzung kommen, sind es in den übrigen Programmbereichen zwischen 70 und 85 Prozent.

In der Wahrnehmung derjenigen, die durch das Programm gefördert wurden, stärkt „Demokratie leben!“ zivilgesellschaftliches Engagement und fördert das Empowerment marginalisierter Gruppen.

Die Einschätzungen der Wirksamkeit(spotenziale) durch die Umsetzenden der Projekte beziehen sich u. a. darauf, welchen Einfluss das Bundesprogramm auf gesellschaftliche Strukturen und Diskurse nimmt bzw. nehmen kann. So sehen nahezu alle Programmakteurinnen und Programmakteure (97 Prozent), dass durch das Programm mehr zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure als bisher dafür gewonnen werden können, sich für die Stärkung demokratischer

Strukturen, Verfahren und Kompetenzen zu engagieren. 91 Prozent der Programmpartnerinnen und -partner betrachten es ebenfalls als eine Leistung von „Demokratie leben!“, dass sich politische Meinungen und Interessen marginalisierter Gruppen sichtbarer als bisher öffentlich artikulieren können. Diese Einschätzung teilen in den Programmbereichen zur Stärkung des Engagements im Netz und zum Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft nahezu alle Programmakteurinnen und Programmakteure. Dagegen machen die entsprechenden Daten insbesondere aus dem kommunalen Kontext der Pfd deutlich, dass sich solche Effekte der Programmumsetzung nicht an allen Orten der Bundesrepublik einstellen bzw. beobachten lassen. Knapp 10 Prozent der Pfd gaben an, dass das Bundesprogramm hinsichtlich des Empowerments von marginalisierten Gruppen kaum wirksam ist. Diese Einschätzung ist sicherlich vor dem Hintergrund der jeweils individuellen, durch die lokalen Gegebenheiten in den Pfd geprägten Erfahrungen der Befragten zu interpretieren. Im Vergleich zu anderen Wirksamkeitsbereichen

werden dem Bundesprogramm etwas geringere Potenziale dabei zugeschrieben, die friedliche Austragung von politischem Streit im Gemeinwesen zu fördern. Das gilt über alle Befragtengruppen hinweg. Dass diesbezüglich positive Effekte von „Demokratie leben!“ ausgehen, sehen zwar immer noch knapp drei Viertel aller Projektumsetzenden; 25 Prozent aller Befragten gehen jedoch davon aus, dass das Bundesprogramm hier kaum Wirksamkeit(spotenziale) besitzt.

Die Arbeit gegen verschiedene politisch-weltanschauliche Extremismen innerhalb eines Programms bewerten Programmakteurinnen und -akteure unterschiedlich.

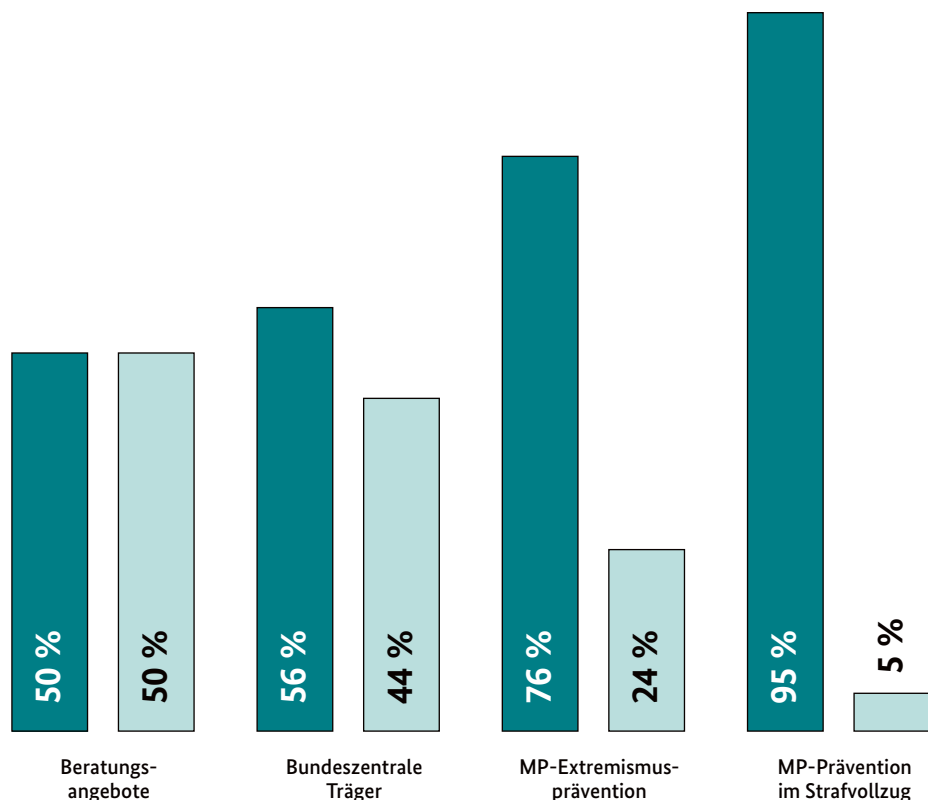
Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Islamismus und linker Militanz ist wesentlicher Bestandteil des Bundesprogramms. Spezifisch für „Demokratie leben!“ ist, dass hier erstmals alle drei Phänomene unter dem Dach von nur einem Programm bearbeitet werden. Allerdings geht knapp ein Drittel der Projektumsetzenden kaum oder gar nicht davon aus, dass dadurch Synergieeffekte entstehen, die die Arbeit gegen diese Phänomene positiv beeinflussen (vgl. Abb. 13). Die Einschätzungen einzelner Programmbereiche dazu unterscheiden sich jedoch stark. Die Projektumsetzenden in Modellprojektbereichen, die diesen drei Themen in ihren eigenen Arbeitsschwerpunkten besonders nahestehen, teilen die Einschätzung, dass die gemeinsame Problematisierung und Bearbeitung der genannten Phänomene unter einem Programmdach sich positiv in der Praxis der Projekte niederschlägt (zwischen 75 und 95 Prozent). Dagegen haben Beratungsangebote auf Landesebene zu 50 Prozent und die bundeszentralen Träger zu 44 Prozent Zweifel daran. Bei der Interpretation dieser Befunde sollte berücksichtigt werden, dass ein Großteil der Träger, die in den LDZ und im Bereich der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger gefördert wurden, sich traditionell mit dem Rechtsextremismus auseinandersetzen. Ein beachtlicher Teil von ihnen betrachtete die Integration mehrerer „Extremismen“ in einem Programm, dessen Vorläufer sich ausschließlich der Bearbeitung von Rechtsextremismus widmeten, grundsätzlich skeptisch.

Abb. 13: Effekte der gemeinsamen Bearbeitung von Extremismusphänomenen im Bundesprogramm

„Die Bearbeitung von Rechtsextremismus, Islamismus und linker Militanz unter einem Programmdach steigert die Wirksamkeit der Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen.“

Quelle: Daten der Gesamtevaluation am DJI auf Basis einer standardisierten Befragung 2019 aller Programmakteurinnen und -akteure durch die wissenschaftlichen Begleitungen der einzelnen Programmbereiche; eigene Berechnungen und Darstellung der Gesamtevaluation

- Trifft (eher) zu
- Trifft (eher) nicht zu



Der Beitrag von „Demokratie leben!“, nachhaltige Strukturen aufzubauen, ist bereits hoch. Es gibt aber noch Steigerungspotenziale, geben Akteurinnen und Akteure zu bedenken, die vom Programm gefördert werden.

Das Bundesprogramm verfolgt auch das Anliegen, nachhaltige Strukturen der Demokratieförderung und der (Extremismus-)Prävention aufzubauen. Die große Mehrheit der Programmakteurinnen und Programmakteure schätzen die Wirksamkeit(spotenziale) des Bundesprogramms als hoch ein, wenn es um die Möglichkeiten geht, nachhaltige demokratie-stärkende Strukturen, Verfahren und Kompetenzen über alle Programmbereiche hinweg aufzubauen (zwischen 80 und 90 Prozent). Je nach Programmbereich kommen die Projektumsetzenden diesbezüglich allerdings zu unterschiedlichen Bewertungen (vgl. Abb. 14).

So schreiben durchschnittlich 85 Prozent aller geförderten Modellprojekte dem Programm hier hohe oder mittlere Wirksamkeit zu. Bei einem Teil der Modellprojekte insbesondere in den Bereichen zur Bearbeitung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und zur Stärkung des Engagements im Netz fällt diese Zustimmung jedoch etwas niedriger aus. Jeweils 74 Prozent dieser Modellprojekte sehen hier hohe oder mittlere Wirksamkeit(spotenziale). Auch im Bereich der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger sieht knapp ein Fünftel der dort geförderten



Organisationen kaum oder gar nicht, dass „Demokratie leben!“ die Sicherung entstandener Strukturen ermöglicht. Der vergleichsweise höchste Anteil an Wirksamkeitszuschreibungen in der Frage des Strukturaufbaus findet sich in den Pfd. In 94 Prozent der geförderten Kommunen wird davon ausgegangen, dass das Bundesprogramm (zumindest auf der kommunalen Ebene) Strukturen langfristig absichern kann. Nur 18 von 282 befragten Partnerschaften erwarteten hier kaum oder keine nachhaltigen Effekte.

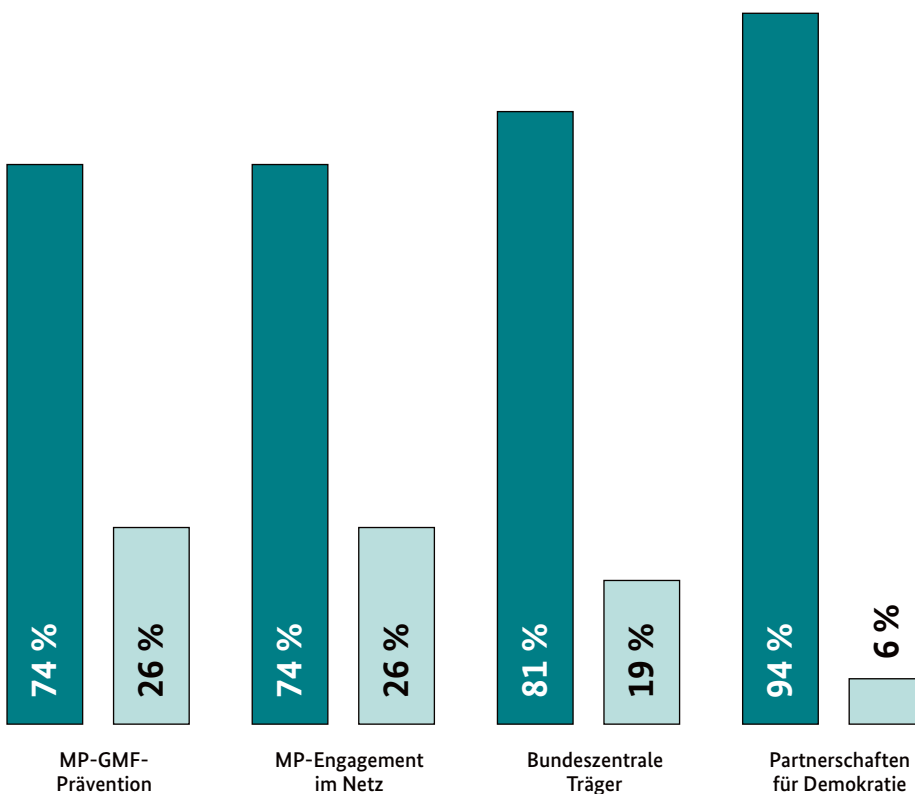


Abb. 14: „Demokratie leben!“ regt nachhaltige Strukturen an

„Das Bundesprogramm ermöglicht es, nachhaltige Strukturen der Demokratiestärkung aufzubauen und in der Arbeit gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, linke Militanz und Islamismus zu sichern.“

Quelle: Daten der Gesamtevaluation am DJI auf Basis einer standardisierten Befragung 2019 aller Programmakteurinnen und -akteure durch die wissenschaftlichen Begleitungen der einzelnen Programmbereiche; eigene Berechnungen und Darstellung der Gesamtevaluation

- Trifft (eher) zu
- Trifft (eher) nicht zu

5.3 Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ – eine Zwischenbilanz nach der ersten Förderperiode (2015 bis 2019)

„Demokratie leben!“ ist eingebettet in die „Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung“. Die Strategie unterscheidet zwischen sicherheitspolitischen Aufgaben einerseits und solchen der Demokratiestärkung und (pädagogischen) Prävention andererseits.⁶⁹ In diesem Kontext leistete das Bundesprogramm mit seiner sowohl demokratiestärkenden als auch präventiv-pädagogischen Ausrichtung einen wichtigen Beitrag dazu, entsprechende Arbeitsstrukturen auf der Bundesebene sowie den Landes- und kommunalen Ebenen zu entwickeln und zu etablieren. „Demokratie leben!“ konnte dabei auch die Fähigkeit der Akteurinnen und Akteure vor Ort verbessern, Probleme zu bearbeiten, indem neue Wege der Prävention und Demokratiestärkung gefördert wurden.

Die Aufgabe der Projektumsetzenden dabei ist es, die beiden Ziele Extremismusprävention und Demokratieförderung in ihrer praktischen Arbeit immer wieder neu in Einklang zu bringen. Das gilt insbesondere in denjenigen Bereichen, die sich ausdrücklich der Radikalisierungsprävention sowie der Arbeit gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit widmen. Dabei sind Widersprüche zu bewältigen. Denn einerseits besteht ein pädagogisch-bildender Anspruch, demokratische Teilhabe und Eigenverantwortlichkeit zu fördern. Andererseits orientieren sich die Umsetzenden der Projekte gleichzeitig daran, Diskriminierungs- und Extremismusphänomene vorzubeugen oder sie zu verhindern.

Zwar ist dieses Spannungsverhältnis zwischen Prävention und Pädagogik in einem Programm, das sich beiden Aufgaben widmet, nie ganz aufzulösen. Wie die

Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitungen zur pädagogischen Arbeit im Programm aber zeigten, ist seitens der Praktikerinnen und Praktiker konsequent im Blick zu behalten, dass ein wesentliches Ziel von „Demokratie leben!“ darin besteht, die demokratische Teilhabe bzw. Mitbestimmung insbesondere junger Menschen zu fördern. Somit sollte auch zivilgesellschaftlich bzw. nichtstaatlich getragene Präventionsarbeit stets das Ziel mitführen, die Mündigkeit und die demokratische Mitbestimmung ihrer heranwachsenden Adressatinnen und Adressaten zu stärken.

Obwohl in der Praxislandschaft Anstrengungen erkennbar sind, präventive und demokratiefördernde Arbeitsweisen zu integrieren, ohne dabei ihre jeweiligen Eigenlogiken aufzugeben, schreiben Praktikerinnen und Praktiker „Demokratie leben!“ kritisch zu, dass diese Aufgaben so weit verschmolzen seien, dass das Bundesprogramm ausschließlich eine „extremismuspräventive Demokratieförderung“ verfolge. Diese Gleichsetzung von Extremismusprävention und Demokratieförderung⁷⁰ geht allerdings an der Realität insoweit vorbei, als beide Ansätze als gleichgewichtig, eigenständig und komplementär zueinander betrachtet werden müssen. Dass Maßnahmen zur Demokratiestärkung im Bundesprogramm allein oder vordringlich für präventive Zwecke in Dienst genommen werden, kann aus der Praxis der Programmumsetzung nicht abgeleitet werden.

Die zentralen Strukturelemente des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (Partnerschaften für Demokratie, Landes-Demokratiezentren sowie Bundes-Modellprojekte) haben sich nach Einschätzung der wissenschaftlichen Begleitungen und der

.....
⁶⁹ Vgl. BMFSFJ/BMI 2016, S. 7.

⁷⁰ Vgl. verschiedene Beiträge in Bundesverband Mobile Beratung e. V. 2019.

Programmevaluation weitgehend bewährt. Erstmals wurden sämtliche Phänomene der Demokratiefeindlichkeit in einem übergreifenden Bundesprogramm bearbeitet und zugleich die Breite der bearbeiteten Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ausgeweitet. Der im Bundesprogramm erprobte Bereich, nichtstaatliche Organisationen in der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger zu fördern, hat im Laufe der Programmumsetzung zunehmend an Kontur gewonnen.

Als Herausforderung in der Programmumsetzung hat es sich erwiesen, die mehrmalige Vergrößerung der Förderkulisse zu bewältigen. Der Programmgeber hat damit auf gesellschaftliche Problemlagen reagiert, die sich akut verändern. Hervorzuheben sind hierbei die Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus sowie die Bewältigung rechtsextremer und rassistischer Aktivitäten im Kontext der Aufnahme von Geflüchteten und Asylsuchenden, insbesondere in den Jahren 2015 bis 2017. Ebenso wichtig war auch die Suche nach angemessenen demokratischen Antworten auf Polarisierungsprozesse in der Gesellschaft und demokratiegefährdende und menschenfeindliche Akteursgruppen im Rechtspopulismus, die sich verstärkt artikulieren.

Die Erweiterungen des Programms haben es einerseits ermöglicht, dass zivilgesellschaftliche und staatliche Akteurinnen und Akteure flexibel auf die genannten Problemlagen eingehen konnten. Andererseits konnte sich die Basis des bundesgeförderten Engagements in den Handlungsfeldern von „Demokratie leben!“ und dem hier bearbeiteten Themenspektrum deutlich verbreitern. In den Programmbereichen der

Modellprojektförderung haben diese Erweiterungen ab Ende 2016 z. B. dazu beigetragen, die Innovationsleistung von „Demokratie leben!“ zusätzlich zu den Neuerungen zu steigern, die bereits seit dem Programmstart im Jahr 2015 entwickelt und erprobt wurden. So wurden bis dahin im Programm eher unbearbeitete Themen wie Engagement im Netz, neue Handlungsbereiche wie Arbeitswelt oder neue Organisationsformen zur Umsetzung von Modellprojekten wie in der Demokratieförderung im Bildungsbereich als Erprobungsfelder in „Demokratie leben!“ aufgenommen. Die Partnerschaften für Demokratie konnten als Struktur durch die Programmweiterungen beinahe flächendeckend im Bundesgebiet etabliert werden. Und auch in der Beratungsarbeit ist es gelungen, darauf zu reagieren, dass sich Bedarfe und Rahmenbedingungen durch die Aufstockung von Beratungsstellen und den weiteren Ausbau von Angeboten stetig verändert haben. Im Bereich der Strukturentwicklung bundeszentraler Träger verstärkte das Programmwachstum die ohnehin bestehende vielschichtige Heterogenität in der Akteurslandschaft. Dies zeigte sich am Ende der Förderperiode sowohl am Stand ihrer organisationsinternen Entwicklung als auch in der Fähigkeit, bundeszentrale Aufgaben in den verschiedenen Themen- und Strukturfeldern zu erfüllen.

Andererseits ist das Programm für die an der Umsetzung Beteiligten unübersichtlicher geworden – aufgrund seiner gewachsenen thematischen Heterogenität und der Geschwindigkeit seines Wachstums. Die Vielzahl von Akteurinnen und Akteuren, die in unterschiedlichen Programmbereichen mit ähnlichen Themen und Problemlagen beschäftigt waren, erschwerte

es teilweise, geeignete Kooperationspartner und -möglichkeiten zu identifizieren oder zu nutzen. Das schlug sich u. a. in den Befunden zur Zusammenarbeit der Programmakteurinnen und Programmakteure nieder.

Darüber hinaus hatten die Programmerweiterungen unmittelbare Konsequenzen hinsichtlich der zeitlichen Dimension, in der die Einzelprojekte in der ersten Förderperiode von „Demokratie leben!“ umgesetzt werden konnten. Einem Teil der Projekte und Vorhaben stand mit einer fünfjährigen Förderung ein vergleichsweise langer Erprobungszeitraum zur Verfügung. Zugleich wurden zahlreiche Organisationen und Kommunen erst ab dem Jahr 2017 oder 2018 gefördert und hatten damit eine sehr kurze Laufzeit. Diesen Akteurinnen und Akteuren war es in der Regel kaum möglich, über erste Implementations- oder Erprobungsschritte hinauszukommen. Ein Transfer von (Modell-)Projektergebnissen oder die Verstetigung von Strukturen war unter diesen Bedingungen nur schwer zu realisieren.

Eine weitere Herausforderung bestand darin, dass sich die Programmerweiterungen für die in der Praxis tätigen Akteurinnen und Akteure in der Regel sehr kurzfristig ankündigten. Dies beeinträchtigte u. a., konzeptionelle oder Ko-Finanzierungs-Fragen in der Beantragung von Mitteln zu klären. Zudem wirkte sich die Geschwindigkeit der Ausweitung von „Demokratie leben!“ darauf aus, fachlich gut qualifiziertes Personal für die anspruchsvolle Arbeit im Programmkontext rekrutieren zu können. So waren beispielsweise neue Arbeitsfelder wie die Islamismusprävention, aber auch etablierte Angebote wie die Beratungsarbeit mit einer Situation des Fachkräftemangels konfrontiert. Für die davon betroffenen Träger bedeutete das, dafür Sorge zu tragen, dass sich neu eingestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeitnah qualifizierten. Hierbei leistete auch der Bund mit besonderen Weiterbildungs- und Beratungsangeboten Unterstützung. Insofern hat sich „Demokratie leben!“ nicht nur als Modell-, sondern auch als Qualifizierungsprogramm zur Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention erwiesen.

Unbeschadet solcher teilweise unbeabsichtigten Effekte der Programmerweiterungen mahnten vor allem Akteurinnen und Akteure, die mit der Koordinierung von Antrags- und Umsetzungsverfahren beschäftigt waren (seitens der Träger), für die Zukunft an, eine größere Verlässlichkeit und Planungssicherheit in der Programmgestaltung herzustellen. Insgesamt werteten jedoch die meisten Akteurinnen und Akteure die Aufstockungen des Programmetats als einen positiven Beitrag bzw. eine förderliche Rahmenbedingung für ihre Arbeit.

„Demokratie leben!“ konzentrierte sich aufgrund seiner Schwerpunktsetzung und den bisherigen förderrechtlichen Grundlagen in der Mehrzahl seiner Programmbereiche auf die Arbeit mit Heranwachsenden und Personen, die für die Sozialisation wichtig sind. Dazu gehören etwa Eltern, Peers sowie hauptberuflich und ehrenamtlich tätige Fachkräfte in Erziehung, Bildung und Beratung. Damit entsprach das Programm im Wesentlichen seiner Verortung im Politikfeld der Kinder- und Jugendpolitik des Bundes. Ergänzend dazu wurden im Bundesprogramm weitere Zielgruppen angesprochen, etwa Bedienstete in Justizvollzugsanstalten, in der öffentlichen Verwaltung der Länder und Kommunen sowie die lokale Öffentlichkeit bzw. Stadtgesellschaft.

Ein großer Teil dieser Zielgruppen konnte auch erreicht werden. Allerdings bestanden nach Erkenntnissen der wissenschaftlichen Begleitungen für einen Teil der Angebote und Maßnahmen, die im Bundesprogramm realisiert wurden, Probleme dabei, einige Zielgruppen in dem Umfang anzusprechen, wie das mit Blick auf eine wirksame Präventionsarbeit angezeigt gewesen wäre. Das betraf zum einen junge Menschen mit ausgeprägten, aus Programmsicht als problematisch erachteten politischen bzw. weltanschaulich-religiösen Orientierungen oder Haltungen. Zum anderen betraf es junge Menschen in strukturschwachen oder anderweitig marginalisierten (Sozial-)Räumen.

Erstmals in der Geschichte der Bundesprogramme zur Demokratieförderung und Extremismusprävention ist „Demokratie leben!“ nicht zum Ende des Jahres 2019 ausgelaufen, sondern wird mit einer zweiten Förderperiode fortgeführt. Die wissenschaftliche Programmbegleitung der ersten Förderperiode hat als Ergebnis ihrer Evaluation des Bundesprogramms einige Aufgaben für die kommenden Jahre formuliert. Zu den Herausforderungen, die in der zweiten Förderperiode zu bewältigen sind, gehören u. a., dass

- **wertvolle Ergebnisse der Modellprojektförderung zeitnah ihren Weg in die breite Regelpraxis finden, vor allem in die Kinder- und Jugendhilfe, Schule oder Berufsbildung sowie u. a. in die jeweiligen Aus-, Fort- und Weiterbildungen,**
- **insbesondere junge Menschen für die Arbeit an den Programmenthemen gewonnen werden, die bereits menschen- und/oder demokratiefeindliche Orientierungen zeigen,**
- **marginalisierte sowie von rechts-extremer, rassistischer und antisemitischer Diskriminierung und Gewalt betroffene oder davon gefährdete Gruppen in der Programmumsetzung noch stärker als bisher berücksichtigt werden,**
- **haupt- und ehrenamtlich Aktive in den Handlungsfeldern des Bundesprogramms bei der Bewältigung von Belastungssituationen, etwa infolge von Anfeindungen, angemessen unterstützt werden und**
- **Trägern mit Arbeitsansätzen, die sich im Rahmen einer Bundesförderung als wirksame Beiträge zur Radikalisierungs- und GMF-Prävention oder in der Demokratieförderung bewährt haben, einerseits praktikable Wege aufgezeigt werden, diese Ansätze zu verstetigen, und sie andererseits auch dabei unterstützt werden, diese Wege zu beschreiten.**

Auch haben sich bisher der Bund und die Bundesländer noch nicht auf eine gemeinsame Rechtsgrundlage geeinigt, damit es eine nachhaltige Finanzierung für die Arbeit in der Demokratieförderung und Extremismusprävention gibt, die der Kompetenzverteilung zwischen beiden staatlichen Ebenen gerecht wird. Ein verbindlicher Förderrahmen – beispielsweise auf der Basis einer (vertraglich) geregelten Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Fragen der Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention – könnte nicht nur dabei helfen, die bestehenden Transfer- und Verstetigungsherausforderungen zu meistern. Er könnte möglicherweise auch zu einer verbesserten Abstimmung von Landes- und Bundesstrategien in den genannten Feldern beitragen.

Anhang



Übersicht über die
geförderten Projekte

2

Eigenpublikationen des
Bundesprogramms

3

Publikationsliste
der wissenschaftlichen
Begleitung

1 Übersicht über die geförderten Projekte

Programmbereich A (Partnerschaften für Demokratie)

Partnerschaft für Demokratie	Fördersumme 2015	Fördersumme 2016	Fördersumme 2017	Fördersumme 2018	Fördersumme 2019
Altkreis Osterode am Harz	62.000 €	55.000 €	75.000 €	75.000 €	75.000 €
Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf	72.916 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Berlin Friedrichshain-Kreuzberg	64.583 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Berlin Lichtenberg (Stadtteile 1-5)	65.000 €	80.000 €	100.000 €	90.000 €	100.000 €
Berlin Lichtenberg (Stadtteile 6-13)	65.000 €	80.000 €	100.000 €	90.000 €	100.000 €
Berlin Marzahn-Hellersdorf (Großregion Marzahn)	75.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Berlin Marzahn-Hellersdorf (Hellersdorf)	75.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Berlin Mitte (Moabit)	75.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Berlin Mitte (Wedding)	75.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Berlin Neukölln	42.574 €	80.000 €	100.000 €	110.000 €	100.000 €
Berlin Pankow-Nord	65.000 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Berlin Pankow-Süd	65.000 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Berlin Reinickendorf	70.740 €	75.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Berlin Spandau			85.288 €	129.350 €	100.000 €
Berlin Tempelhof-Schöneberg					115.500 €
Berlin Treptow-Köpenick	55.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Berlin Treptow-Köpenick (Schöneeweide)	55.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Gemeinde Löhnberg, Gemeinde Merenberg	54.583 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Insel Usedom-Süd	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Kreis Herzogtum Lauenburg	75.000 €	75.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Kreis Lippe	13.749 €	80.000 €	95.000 €	107.500 €	90.000 €
Kreis Mettmann					100.000 €
Kreis Paderborn					70.000 €
Kreis Recklinghausen	64.583 €	80.000 €	95.000 €	100.000 €	
Kreis Viersen	44.583 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Altenburger Land	61.000 €	80.000 €	65.000 €	66.000 €	66.000 €
Landkreis Anhalt-Bitterfeld	60.000 €	80.000 €	65.288 €	80.000 €	100.000 €
Landkreis Aurich	65.000 €	80.000 €	95.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Bamberg					80.000 €
Landkreis Bautzen	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	109.000 €
Landkreis Bayreuth	75.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Birkenfeld			85.288 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Bodensee			65.288 €	100.000 €	80.000 €
Landkreis Börde	55.000 €	50.000 €	85.000 €	90.000 €	90.000 €
Landkreis Burgenland	34.300 €	58.675 €	91.500 €	80.000 €	80.000 €
Landkreis Coburg	54.583 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Dachau	61.583 €	80.000 €	105.000 €	118.000 €	100.000 €
Landkreis Dahme-Spreewald	75.000 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Landkreis Ebersberg					100.000 €

Partnerschaft für Demokratie	Fördersumme 2015	Fördersumme 2016	Fördersumme 2017	Fördersumme 2018	Fördersumme 2019
Landkreis Eichsfeld	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Elbe-Elster	61.000 €	65.500 €	70.000 €	70.000 €	70.000 €
Landkreis Göppingen	62.916 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Görlitz	82.916 €	75.000 €	100.000 €	115.000 €	100.000 €
Landkreis Goslar	72.916 €	80.000 €	95.000 €	100.000 €	90.000 €
Landkreis Göttingen	52.000 €	77.400 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Greiz			85.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Haßberge				15.250 €	93.300 €
Landkreis Hildburghausen	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Hof	65.000 €	80.000 €	95.000 €	95.000 €	100.000 €
Landkreis Ilm-Kreis	54.750 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Karlsruhe			56.500 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Kronach	35.500 €	69.500 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Kusel	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Kyffhäuser	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Leipzig	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Limburg-Weilburg	75.000 €	80.000 €	110.000 €	115.000 €	100.000 €
Landkreis Löcknitz-Penkun	44.583 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Ludwigslust-Parchim	65.000 €	80.000 €	95.000 €	90.000 €	100.000 €
Landkreis Mansfeld-Südharz	65.000 €	75.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Marburg-Biedenkopf	56.883 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Landkreis Märkisch-Oderland	75.000 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Landkreis Mecklenburgische Seenplatte	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Mengerskirchen			100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Mittelsachsen	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Neunkirchen	61.868 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Neustadt an der Waldnaab		34.709 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Niepars	44.583 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Nordhausen Landratsamt	64.527 €	79.527 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Nordsachsen	55.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Nordwestmecklenburg	44.583 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Northeim	75.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Oberhavel	65.000 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Landkreis Offenbach	75.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Ostalb					51.000 €
Landkreis Ostprignitz-Ruppin	75.000 €	70.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Ravensburg					100.000 €
Landkreis Rems-Murr	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Rhein-Erft			65.288 €	120.000 €	100.000 €
Landkreis Rheingau-Taunus					80.000 €
Landkreis Rostock	51.000 €	49.679 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Rostock, Region Güstrow	56.940 €	42.150 €			
Landkreis Saale	75.000 €	72.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Saale-Holzland	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €

Partnerschaft für Demokratie	Fördersumme 2015	Fördersumme 2016	Fördersumme 2017	Fördersumme 2018	Fördersumme 2019
Landkreis Saale-Orla	65.000 €	60.829 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Saalfeld-Rudolstadt	55.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Saarpfalz		55.625 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	58.810 €	75.000 €	80.000 €	80.000 €	85.634 €
Landkreis Salzland	75.000 €	80.000 €	100.000 €	110.000 €	100.000 €
Landkreis Salzwedel	65.000 €	80.000 €	91.000 €	87.000 €	88.000 €
Landkreis Schmalkalden-Meiningen	65.000 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Landkreis Schwalm-Eder	75.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Sömmerda	65.000 €	80.000 €	100.000 €	110.000 €	100.000 €
Landkreis Sonneberg	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Spree-Neiße	52.916 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Stendal	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Südwestpfalz	85.000 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Landkreis Teltow-Fläming	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Tirschenreuth	65.000 €	80.000 €	95.000 €	95.000 €	100.000 €
Landkreis Uckermark	54.000 €	50.000 €	80.000 €	80.000 €	80.000 €
Landkreis Unstrut-Hainich	65.000 €	51.838 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Verden (Aller)	75.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Vogelsberg	75.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Vogtland	55.000 €	80.000 €	80.000 €	95.000 €	100.000 €
Landkreis Waldeck-Frankenberg	75.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Wartburg	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Weimarer Land		80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Weissach im Tal			65.288 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Wetterau			55.000 €	120.000 €	100.000 €
Landkreis Wittenberg	61.500 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Landkreis Wolfenbüttel		80.000 €	100.000 €	100.000 €	95.000 €
Landkreis Wunsiedel	67.000 €	80.000 €	95.000 €	95.000 €	100.000 €
Regionalverband Saarbrücken	61.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Rhein-Kreis Neuss	54.583 €	80.000 €	100.000 €	90.000 €	90.000 €
Samtgemeinde Bersenbrück					80.000 €
Stadt Aachen	65.000 €	80.000 €	100.000 €	115.000 €	100.000 €
Stadt Ahlen	51.600 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Alsfeld	72.916 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Amberg			23.125 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Anklam	58.000 €	80.000 €	122.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Apolda	54.858 €				
Stadt Aue sowie Schneeberg, Lößnitz, Bad Schlema	61.080 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	108.000 €
Stadt Augsburg	75.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Bad Belzig	65.000 €	80.000 €	110.000 €	111.000 €	100.000 €
Stadt Bamberg					80.000 €
Stadt Bautzen			85.288 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Bayreuth	75.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Bedburg				46.250 €	96.000 €

Partnerschaft für Demokratie	Fördersumme 2015	Fördersumme 2016	Fördersumme 2017	Fördersumme 2018	Fördersumme 2019
Stadt Bergen			52.000 €	90.000 €	90.000 €
Stadt Bernau					100.000 €
Stadt Bitterfeld-Wolfen		21.250 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Böblingen	65.000 €	80.000 €	80.000 €	80.000 €	80.000 €
Stadt Bochum	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Boizenburg/Elbe	60.800 €	75.500 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Bramsche					84.000 €
Stadt Braunschweig	75.000 €	80.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Bremen mit den Stadtteilen Mitte, Östl. Vorstadt Findorff	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Bremen-Nord	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Bremerhaven	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Büdingen		55.625 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Burg	52.220 €	73.262 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Butzbach	75.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Calbe (Saale)	64.583 €	80.000 €	100.000 €	105.000 €	100.000 €
Stadt Celle	75.000 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Stadt Chemnitz	61.000 €	80.000 €	82.000 €	300.000 €	300.000 €
Stadt Coburg	54.583 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Coswig	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Cottbus	75.000 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Stadt Cuxhaven	85.000 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Stadt Darmstadt	65.000 €	55.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Deggendorf	75.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Delmenhorst	73.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Dessau-Roßlau	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Dietzenbach	64.583 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Dinslaken	75.000 €	80.000 €	100.000 €	110.000 €	100.000 €
Stadt Dortmund	55.000 €	80.000 €	80.000 €	80.000 €	80.000 €
Stadt Dresden	79.583 €	80.000 €	80.000 €	90.000 €	80.000 €
Stadt Duisburg	54.583 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Düsseldorf	50.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Eilenburg					100.000 €
Stadt Eisenach	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Emden				25.000 €	100.000 €
Stadt Erfurt	55.000 €	80.000 €	100.000 €	110.000 €	100.000 €
Stadt Erlangen			65.288 €	80.000 €	80.000 €
Stadt Erlensee und Gemeinde Rodenbach		55.625 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Essen	64.233 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Stadt Falkensee	46.583 €	68.641 €	74.089 €	90.000 €	90.000 €
Stadt Florstadt	75.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Frankfurt am Main	64.583 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Stadt Frankfurt Oder	56.666 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Freiburg im Breisgau	95.000 €	81.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Stadt Freilassing			65.288 €	80.000 €	

Partnerschaft für Demokratie	Fördersumme 2015	Fördersumme 2016	Fördersumme 2017	Fördersumme 2018	Fördersumme 2019
Stadt Fulda					47.000 €
Stadt Fürstenwalde/Spree	75.000 €	71.000 €	100.000 €	120.000 €	95.000 €
Stadt Fürth	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Genthin	55.000 €	50.125 €	85.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Gera	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Gevelsberg	64.583 €	80.000 €	90.000 €	110.000 €	90.000 €
Stadt Göppingen	73.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Görlitz				27.000 €	85.000 €
Stadt Göttingen					100.000 €
Stadt Grafing	55.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	
Stadt Greifswald					77.000 €
Stadt Hagen	75.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Halle (Saale)	75.000 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Stadt Hamburg Billstedt/Mümmelmannsberg	55.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Hamburg Neugraben-Fischbek (Süderelbe), Teil des Bezirkes Harburg			80.288 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Hamburg Rissen/Sülldorf im Bezirk Altona					100.000 €
Stadt Hamburg St. Georg/Hamm/Borgfelde	75.000 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Stadt Hamburg Wandsbek	44.583 €	80.000 €	100.000 €	114.000 €	100.000 €
Stadt Hamburg Altona			81.250 €	110.000 €	100.000 €
Stadt Hamburg Harburg, Harburg-Zentrum, Heimfeld, Wilstorf, Eissendorf	74.755 €	80.000 €	100.000 €	110.000 €	100.000 €
Stadt Hamburg Wilhelmsburg		48.625 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Stadt Hamm	65.000 €	55.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Hanau					80.000 €
Stadt Hannover	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Hattingen			65.288 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Heidelberg				24.750 €	95.000 €
Stadt Herford	64.583 €	80.000 €	80.000 €	87.500 €	80.000 €
Stadt Herne	64.583 €	74.116 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Herrenberg	75.000 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Stadt Herten	52.916 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Heusenstamm		55.625 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Hof	70.000 €	80.000 €	95.000 €	95.000 €	100.000 €
Stadt Höhr-Grenzhausen	55.000 €	66.000 €	100.000 €	90.000 €	90.000 €
Stadt Homburg	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Jena	55.000 €	70.630 €	96.083 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Karlsruhe	54.583 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Stadt Kaufbeuren	75.000 €	68.000 €	100.000 €	120.000 €	105.000 €
Stadt Kiel	85.000 €	80.000 €	100.000 €	139.500 €	100.000 €
Stadt Kirchheim unter Teck	74.583 €	80.000 €	80.000 €	80.000 €	80.000 €
Stadt Koblenz				41.250 €	100.000 €
Stadt Köln	64.583 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Stadt Köln-Mitte/West				66.250 €	100.000 €

Partnerschaft für Demokratie	Fördersumme 2015	Fördersumme 2016	Fördersumme 2017	Fördersumme 2018	Fördersumme 2019
Stadt Köln-Süd/West				66.250 €	100.000 €
Stadt Köthen					100.000 €
Stadt Krakow am See	62.916 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Laatzten	72.992 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Langen	64.583 €	80.000 €	118.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Lauenburg/Elbe	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Leipzig	65.000 €	80.000 €	100.000 €	110.000 €	100.000 €
Stadt Leutkirch			65.000 €	109.000 €	100.000 €
Stadt Limbach-Oberfrohna	57.202 €	60.000 €	90.000 €	65.000 €	70.000 €
Stadt Limburg an der Lahn			80.288 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Ludwigshafen am Rhein					100.000 €
Stadt Lüneburg	75.000 €	75.000 €	75.000 €	75.000 €	75.000 €
Stadt Magdeburg	65.000 €	80.000 €	80.000 €	80.000 €	80.000 €
Stadt Mainz					100.000 €
Stadt Mannheim	75.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Marlow und Landkreis Recknitz-Trebbel		55.625 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Meißen			65.288 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Merseburg			61.250 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Minden	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Mülheim an der Ruhr			65.288 €	95.000 €	95.000 €
Stadt Neubrandenburg		55.625 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Neu-Isenburg			68.288 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Neumünster			55.000 €	109.820 €	99.820 €
Stadt Neustadt in Holstein	57.000 €	60.000 €	85.000 €	85.000 €	88.000 €
Stadt Neustrelitz	62.500 €	80.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Nidda	64.583 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	
Stadt Northeim	75.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Nürnberg	55.000 €	78.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Oberhausen	33.585 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Offenbach		55.625 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Ohrdruf	75.000 €	72.500 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Olbernhau mit den Kommunen Pfaffroda, Pockau-Lengefeld, Seiffen, Deutschneudorf und Heidersdorf	55.000 €	80.000 €	80.000 €	100.000 €	115.000 €
Stadt Ostfildern	57.916 €	60.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Pasewalk			100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Pfungstadt			80.288 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Pirmasens	91.000 €	67.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Quedlinburg					100.000 €
Stadt Radolfzell			65.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Rathenow	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Ratzeburg			100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Ravensburg	86.600 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Stadt Regensburg	69.000 €	60.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Remagen	65.000 €	58.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €

Partnerschaft für Demokratie	Fördersumme 2015	Fördersumme 2016	Fördersumme 2017	Fördersumme 2018	Fördersumme 2019
Stadt Reutlingen					100.000 €
Stadt Rheda-Wiedenbrück			85.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Riesa	75.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Rostock	60.833 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Stadt Saarbrücken	75.000 €	80.000 €	100.000 €	115.270 €	100.000 €
Stadt Saarburg	58.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Sankt Augustin				46.250 €	85.000 €
Stadt Schloß Holte-Stukenbrock					100.000 €
Stadt Schönebeck (Elbe)		55.625 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Schotten und Stadt Laubach			85.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Siegen	75.000 €	70.000 €	90.000 €	90.000 €	90.000 €
Stadt Sindelfingen	22.000 €	48.720 €	55.000 €	55.000 €	55.000 €
Stadt Singen		80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Solingen	75.000 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Stadt Spremberg				26.250 €	100.000 €
Stadt Staufenberg		53.750 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Stendal		28.750 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Storkow					75.000 €
Stadt Straubing	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Stuttgart			85.288 €	123.600 €	100.000 €
Stadt Suhl	65.000 €	80.000 €	95.500 €	117.272 €	100.000 €
Stadt Trier	71.750 €	80.000 €	100.000 €	115.000 €	100.000 €
Stadt Tübingen				13.750 €	80.000 €
Stadt Ulm					100.000 €
Stadt und Landkreis Bad Kreuznach	75.000 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Stadt Vechta	44.583 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Stadt Waltrop	54.583 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Waren (Müritz)	64.583 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Weiden in der Opf.	53.600 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Stadt Weil der Stadt	55.000 €	80.000 €	80.000 €	80.000 €	80.000 €
Stadt Weimar	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Weingarten	54.583 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Stadt Wetzlar	75.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Wiesbaden	75.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Wiesloch					80.000 €
Stadt Wismar			56.250 €	110.000 €	100.000 €
Stadt Witten	75.000 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Stadt Wittenberge	65.000 €	76.500 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Stadt Wolfsburg	75.000 €	60.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Wolgast/Amt am Peenestrom	55.000 €	80.000 €	80.000 €	80.000 €	80.000 €
Stadt Worms	65.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Würth			57.500 €	80.000 €	80.000 €
Stadt Wuppertal	60.000 €	80.000 €	95.000 €	90.000 €	90.000 €
Stadt Würzburg	75.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Stadt Zittau					80.000 €

Partnerschaft für Demokratie	Fördersumme 2015	Fördersumme 2016	Fördersumme 2017	Fördersumme 2018	Fördersumme 2019
Stadt Zweibrücken	64.583 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €
Stadt Zwickau	53.666 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Verbandsgemeinde Konz	55.000 €	80.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Verbandsgemeinde Schweich		31.500 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Werra-Meißner-Kreis	90.168 €	80.000 €	100.000 €	120.000 €	100.000 €

Programmbereich B (Landes-Demokratiezentren)

Land	Fördersumme 2015	Fördersumme 2016	Fördersumme 2017	Fördersumme 2018	Fördersumme 2019
Baden-Württemberg	570.000 €	50.000 €	1.190.865 €	1.526.125 €	1.483.125 €
Bayern	525.000 €	650.000 €	1.308.131 €	1.709.818 €	1.597.323 €
Berlin	446.509 €	634.223 €	913.514 €	1.095.075 €	1.135.096 €
Brandenburg	405.000 €	458.552 €	779.939 €	955.084 €	989.163 €
Bremen	216.269 €	294.941 €	536.082 €	735.962 €	839.021 €
Hamburg	437.840 €	635.000 €	863.816 €	946.956 €	979.229 €
Hessen	520.007 €	617.516 €	1.053.077 €	1.149.216 €	1.340.917 €
Mecklenburg-Vorpommern	440.000 €	520.000 €	720.922 €	868.422 €	998.471 €
Niedersachsen	336.700 €	496.750 €	1.001.387 €	1.445.670 €	1.322.250 €
Nordrhein-Westfalen	456.400 €	650.000 €	1.468.904 €	1.498.904 €	1.844.545 €
Rheinland-Pfalz	495.777 €	612.870 €	858.000 €	989.676 €	1.102.137 €
Saarland	328.000 €	412.500 €	569.286 €	619.057 €	717.589 €
Sachsen	347.000 €	479.000 €	921.896 €	954.896 €	1.513.303 €
Sachsen-Anhalt	470.005 €	520.000 €	696.640 €	864.459 €	1.032.504 €
Schleswig-Holstein	440.000 €	440.000 €	788.994 €	941.330 €	945.285 €
Thüringen	440.000 €	510.834 €	830.065 €	1.135.620 €	1.150.010 €

Programmbereich C (Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger)

Träger	Projekt	Förder-summe 2015	Förder-summe 2016	Förder-summe 2017	Förder-summe 2018	Förder-summe 2019
Aktion Courage e. V. Bundeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage	Schulinterne und außerschulische politische Bildungsarbeit zu Rassismus und Vielfalt	122.960 €	176.300 €	291.760 €	482.020 €	596.000 €
Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.	Kirche und Rechtsextremismus	117.500 €	129.599 €	154.045 €	163.000 €	172.381 €
Amadeu Antonio Stiftung	Rechtsextremismus und Gender	219.000 €	200.000 €	300.000 €	303.965 €	300.000 €
Anne Frank Zentrum	Historisch-politische Bildungsarbeit gegen Antisemitismus	199.963 €	286.713 €	473.016 €	388.252 €	414.526 €
Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd)	Dachverband Antidiskriminierungsberatung	89.182 €	122.962 €	200.900 €	263.500 €	277.670 €
Archiv der Jugendkulturen e. V.	Jugendkulturen im Kontext Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	219.333 €	224.500 €	305.020 €	304.000 €	309.000 €
BBE Geschäftsstelle gGmbH	Demokratiestärkung im ländlichen Raum	180.050 €	184.800 €	291.827 €	308.356 €	289.926 €

Träger	Projekt	Förder- summe 2015	Förder- summe 2016	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
Bildungsvereinigung ARBEIT und LEBEN Niedersachsen Ost gGmbH	Dachverband Ausstiegsberatung	90.600 €	181.200 €			
Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e. V.	Dachverband Ausstiegsberatung			126.087 €	226.087 €	232.713 €
Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx)	Prävention islamistischer bzw. religiös motivierter Radikalisierung			133.445 €	239.853 €	248.398 €
Bundesverband Mobile Beratung e. V.	Bundesverband Mobile Beratung	79.269 €	130.000 €	231.019 €	276.443 €	305.526 €
Bundesvereinigung Trans* e. V.	Gegen Trans*feindlichkeit und für Empowerment	57.534 €	150.040 €	191.541 €	281.133 €	299.991 €
Charta der Vielfalt	Förderung von Engagement für Vielfalt in Unternehmen			170.000 €	255.000 €	255.000 €
CULTURES Interactive e. V. – Verein zur interkulturellen Bildung und Gewaltprävention	Rechtsextremismusprävention und menschenrechtsorientierte Jugend(Kultur)arbeit	174.026 €	203.338 €	309.224 €	345.522 €	323.166 €
Dialog macht Schule gGmbH	Primäre Prävention durch Stärkung demokratischer Kompetenzen	120.000 €	217.134 €	609.682 €	529.981 €	515.100 €
Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma e. V.	Historisch-politische Bildungsarbeit, Empowerment für Sinti und Roma, Prävention gegen Antiziganismus	133.000 €	160.000 €	236.065 €	294.380 €	298.495 €
Each One Teach One (EOTO) e. V.	Rassismusprävention sowie Empowerment schwarzer Menschen			227.000 €	401.358 €	510.298 €
Familien- und Sozialverein des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland e. V.	Akzeptanzförderung und Empowerment für lesbische, schwule, bi- und intersexuelle bzw. -geschlechtliche Menschen und ihren Angehörigen			112.702 €	214.931 €	209.248 €
Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.	Unterstützung einer engagierten Zivilgesellschaft	200.000 €	200.000 €	300.000 €	399.671 €	399.674 €
Georg-August-Universität Göttingen Institut für Demokratieforschung	Bundesfachstelle Linke Militanz			142.922 €	285.925 €	297.144 €
Gesicht zeigen! Für ein welt-offenes Deutschland e. V.	Demokratiearbeit mit bildungsbenachteiligten jungen Menschen	230.000 €	235.500 €	337.000 €	357.000 €	357.000 €
Internationale Akademie INA gGmbH/ISTA Institut für den Situationsansatz, Fachstelle Kinderwelten für Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung	Diversity und Antidiskriminierung im frühkindlichen Bereich	195.680 €	208.053 €	266.335 €	254.999 €	254.995 €
Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus – KIgA e. V.	Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft	150.000 €	200.000 €	350.000 €	391.997 €	527.571 €
LidiceHaus Jugendbildungsstätte Bremen gem. GmbH	Rechtsextremismus und Familie	57.760 €	54.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e. V.	Gleichbehandlung, Rassismus und Rechtsextremismus in der Arbeitswelt	130.000 €	164.862 €	181.349 €	163.453 €	150.867 €
MUTIK gGmbH Geschäftsbereich Junge Islam Konferenz	Prävention von Islam- und Muslimfeindlichkeit sowie Empowerment von Betroffenen			42.536 €	361.653 €	323.795 €
NaturFreunde Deutschlands, Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport und Kultur, Bundesgruppe Deutschland e. V. (NaturFreunde Deutschlands) zusammen mit der Naturfreundejugend Deutschlands	Radikalisierungsprävention und Engagement für Naturschutz			90.949 €	282.540 €	291.317 €

Träger	Projekt	Förder- summe 2015	Förder- summe 2016	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
Netzwerk für Demokratie und Courage e. V.	Demokratieförderung durch Multiplikator_innen	197.013 €	297.013 €	300.000 €	300.000 €	300.000 €
Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) e. V.	Diversitätsorientierte Organisationsentwicklung	130.000 €	158.648 €	260.000 €	260.000 €	320.000 €
Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa	Jugendpartizipation, auch im europäischen Kontext	109.439 €	117.565 €	280.518 €	325.175 €	282.109 €
Türkische Gemeinde in Deutschland e. V.	Empowerment von Migrant*innen (-Organisation)	200.000 €	200.000 €	300.000 €	323.009 €	299.301 €
Ufuq e. V.	Politische Bildungsarbeit zu religiöser Vielfalt und Radikalisierungsprävention	217.122 €	214.967 €	319.980 €	306.036 €	330.000 €
Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt c/o Reachout	Dachverband Opferberatung	62.243 €	130.802 €	184.850 €	191.800 €	232.000 €
Violence Prevention Network e. V.	Deradikalisierung Strafvollzug	200.000 €	200.000 €	300.000 €	350.000 €	350.000 €
ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH	Ausstiegsberatung	230.301 €	225.000 €	225.000 €	225.000 €	225.000 €
Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.	Antisemitismuskritische Bildung und Empowerment der jüdischen Community	172.888 €	201.687 €	430.000 €	541.419 €	407.632 €

Programmbereich D (Ausgewählte Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratiestärkung im ländlichen Raum)

Träger	Projekt	Förder- summe 2015	Förder- summe 2016	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
adis e.V	Antidiskriminierungsarbeit Online: Beratung und Empowerment in die Fläche bringen			130.000 €	137.833 €	120.000 €
Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.	Biografien der Vielfalt – Förderung der Anerkennung von Sinti und Roma durch historisch-interkulturelles Lernen	85.200 €	93.193 €	117.935 €	110.222 €	119.051 €
Aktion Zivilcourage e. V.	„Hier. Bewegen. Wir!“	43.733 €	79.681 €	82.089 €	82.742 €	97.481 €
Alte Feuerwache e. V.	Antiziganismus – Erkennen, benennen, entgegenwirken	105.376 €	115.064 €	117.921 €	105.112 €	114.045 €
Alte Feuerwache e. V.	Zugang für alle! Anlaufstelle für Antidiskriminierung am Übergang in den Beruf		18.893 €	110.589 €		
Amadeu Antonio Stiftung	Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus				285.000 €	300.000 €
Amadeu Antonio Stiftung	Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit	124.800 €	124.800 €	138.216 €	124.800 €	124.800 €
Amaro Drom e. V.	Dikhen amen! Seht uns! Empowerment und Sensibilisierung gegen Antiziganismus aus Sicht junger Roma und Sinti	97.500 €	129.024 €	134.992 €	130.000 €	165.700 €
American Jewish Committee Berlin Ramer Institute for German-Jewish Relations (AJC Berlin)	Demokratie stärken – Aktiv gegen Antisemitismus und Salafismus	2.159 €	52.723 €	88.931 €	62.486 €	87.504 €

Träger	Projekt	Förder- summe 2015	Förder- summe 2016	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
Anti-Rassismus Informations- Centrum, ARIC-NRW e.V.	Kompass F – Kompetenzentwick- lung im Diskriminierungsschutz für Flüchtlinge			84.649 €	108.000 €	108.000 €
ARBEIT UND LEBEN Bildungsver- einigung Sachsen-Anhalt e.V.	Demokratie und Integration in Sachsen-Anhalt (DISA)	71.858 €	96.982 €	96.343 €	97.595 €	88.374 €
Arbeit und Leben Schleswig- Holstein DGB/VHS e.V.	PLATTE – Plattform für antirassis- tische Bildungsarbeit			128.210 €	127.095 €	128.263 €
Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend Deutschland e.V. (aej)	Junge Muslime als Partner – Für Dialog und Kooperation! GEGEN Diskriminierung!	97.500 €	125.032 €	125.555 €	127.930 €	130.000 €
Arbeitsgemeinschaft Jugendfrei- zeitstätten (AGJF) Sachsen e.V.	MUT – Interventionen. Geschlechterreflektierende Prävention gegen Rassismus im Gemeinwesen.			130.000 €	136.596 €	130.000 €
Archiv der Jugendkulturen e.V.	Diversity Box – Ein Projekt zur Akzeptanz und Anerkennung von sexueller Vielfalt	142.520 €	142.000 €	130.000 €	130.000 €	152.660 €
AWO Arbeit & Qualifizierung gGmbH Solingen	Nicht in meinem Namen! Ge- meinsam gegen Diskriminierung, antimuslimischen Rassismus und den Missbrauch von Religion	102.882 €	102.323 €	104.015 €	105.830 €	109.376 €
AWO SPI – Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH	Jugend für Vielfalt! Argumentativ stark gegen Rassismus und Diskriminierung			40.178 €	76.903 €	77.921 €
BildungsBausteine e.V.	Verknüpfungen. Antisemitismus in der pluralen Gesellschaft	139.808 €	139.568 €	140.833 €	140.940 €	140.391 €
Bildungsstätte Anne Frank (BAF)	Wenn Anne ein rosa Pali-Tuch trägt. Ein Lernlabor zu Antisemi- tismus und Jugendkultur in der Migrationsgesellschaft	130.000 €	130.000 €	190.000 €	130.000 €	130.000 €
Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN (BAK)/Zuweisung an die BpB	MoDem: Mobiles Demokratisches Empowerment für den ländlichen Raum			40.000 €	80.000 €	80.000 €
CD-Kaserne gGmbH	SIP – Systemisch-interkultureller Präventionsansatz		61.407 €	87.598 €	84.037 €	58.936 €
cultures interactive e.V.	Fair*In Genderreflektierte Rassismusprävention		25.945 €	99.428 €	125.396 €	92.110 €
Deutsch Plus e.V.	ACT – Bewusstsein schaffen, Chancen sichern			163.000 €	163.000 €	163.000 €
Deutsche Gesellschaft e.V. Mosse Palais	Jugendreporter vor Ort. Gemein- sam für Demokratie und gegen Fremdenfeindlichkeit		29.500 €	94.500 €	94.500 €	94.500 €
Deutsches Institut für Menschen- rechte	Maßstab Menschenrechte: Bildungspraxis zu den Themen Flucht, Asyl und rassistische Diskriminierung stärken			64.810 €	129.600 €	116.433 €
Deutsches Kinderhilfswerk e.V.	bestimmt bunt – Vielfalt und Mitbestimmung in der Kita		63.431 €	122.268 €	120.376 €	135.462 €
DEVI e.V. Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruf- licher Bildung	Hör mir zu! Für Demokratie und Vielfalt – gegen Islamfeind- lichkeit und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der beruflichen Bildung	93.280 €	101.760 €	96.760 €	101.760 €	101.760 €
DGB-Jugend Rheinland-Pfalz/ Saarland	Not like Dis – Aktiv werden gegen Diskriminierung im Betrieb!		27.689 €	121.401 €	125.726 €	118.914 €
Die Wille gGmbH	„Breaking up“ – Interreligiöse Konfliktbearbeitung und Mediation	91.090 €	95.884 €	95.884 €	95.884 €	86.068 €

Träger	Projekt	Förder- summe 2015	Förder- summe 2016	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
Dissens – Institut für Bildung und Forschung e. V.	Interventionen für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt – Stärkung der Handlungsfähigkeit vor Ort	135.000 €	143.000 €	135.000 €	140.000 €	140.000 €
DITIB Hamburg und Schleswig-Holstein e. V.	Mein Weg! Jugend vor Ort	127.000 €	127.187 €	128.600 €		
Each one Teach one e. V. (EOTO)	Building Time – Jugendarbeit, Empowerment & Community Building			102.374 €	139.845 €	129.956 €
Evangelische Akademien in Deutschland e. V.	Anti-Antisemitismus	30.827 €	122.810 €	129.514 €	129.894 €	129.512 €
FITT-Institut für Technologietransfer an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes gemeinnützige GmbH	Islam im Saarland – saarländischer Islam?	92.979 €	100.251 €	106.370 €	104.368 €	106.130 €
FITT-Institut für Technologietransfer an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes gemeinnützige GmbH	Kita differenzsensibel!		73.868 €	136.550 €	129.967 €	129.949 €
Förderverein für deutsch-jüdische Theatervorstellungen e. V.	Shalom – Salam: wohin?	80.700 €	86.370 €	86.325 €	86.370 €	86.370 €
Forum der Kulturen Stuttgart e. V.	Verein(t) gegen Rassismus! Stuttgarter Migrantenvereine gegen Islam-, Muslimfeindlichkeit und Alltagsrassismen!	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €
Friedenskreis Halle e. V.	„Film ab – Mut an!“ – Systemisches capacity building gegen Alltagsrassismus			65.000 €	66.000 €	66.000 €
Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaften (GSI) der Ludwig-Maximilians-Universität in München	Den Menschen im Blick – souverän im Alltag und professionell im Ernstfall			130.000 €	130.000 €	130.000 €
Hatikva, Bildungs- und Begegnungsstätte für jüdische Geschichte und Kultur Sachsen e. V.	Schlussstrich, Weltbank, Israel – Methoden für die Auseinandersetzung mit modernen Formen des Antisemitismus	70.244 €	72.944 €	77.804 €	75.804 €	75.804 €
Hochschule Esslingen	Land in Sicht! Demokratiegestaltung innovativ qualifizieren			200.060 €	200.060 €	216.060 €
IBIS – Interkulturelle Arbeitsstelle für Forschung, Dokumentation, Bildung und Beratung e. V.	Meine Geschichte, deine Geschichte, unsere Geschichte. Flucht, Migration und Shoah	122.000 €	124.370 €	121.640 €	127.400 €	130.000 €
Hochschule für angewandte Wissenschaften Landshut	Bildungsbausteine gegen Muslimfeindschaft	97.218 €	127.376 €	127.477 €	129.438 €	128.916 €
Inssan e. V.	„Nicht ohne meinen Glauben!“			101.710 €	95.947 €	86.447 €
Internationale Akademie Berlin, INA gGmbH/ISTA Institut für den Situationsansatz, Fachstelle Kinderwelten für Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung	Beschwerden erwünscht! Antidiskriminierung als aktiver Kinderschutz in der Kita		40.459 €	129.998 €	129.998 €	129.998 €
Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V. (JFDA)	Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €
Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V. (JFDA)	Augen auf! Rassismus und Einwanderungsfeindlichkeit entgegentreten			130.000 €	130.000 €	130.000 €
Jugend Museum Schöneberg	ALL INCLUDED – Museum und Schule gemeinsam für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt	130.000 €	130.000 €	130.000 €	136.500 €	130.000 €
Jugendstiftung Baden-Württemberg	Kooperation ohne Grenzen – Aktionsbündnis Antirassismus			22.160 €	22.160 €	18.320 €

Träger	Projekt	Förder- summe 2015	Förder- summe 2016	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
Jugendverein „Roter Baum“ e. V.	KAMEO – Komma-Aber-METHODenbOX			130.000 €	130.000 €	130.000 €
Katholische Landjugendbewegung Deutschland e. V. (KLJB) in Kooperation mit dem Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e. V. (BDAJ)	Tacheles! Klare Kante gegen Extremismus		95.296 €	109.740 €	112.791 €	120.863 €
KinderStärken e. V.	Mit Kindern in die Welt der Vielfalt hinaus – Inklusion fördern, Exklusion verhindern (KiWin)		46.672 €	129.665 €	130.000 €	130.000 €
KoFaS gGmbH	Kicks für alle!	51.600 €	108.244 €	108.244 €	108.244 €	169.000 €
Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e. V.	Jederzeit wieder! Gemeinsam gegen Antisemitismus	19.186 €	83.740 €	92.975 €	119.712 €	123.309 €
KOMED e. V./Radio F.R.E.I.	„Erfurter Medienlabor“ – Rassismuskritische Medienarbeit im Sozialraum		27.553 €	99.446 €	110.579 €	121.715 €
Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus – KIgA e. V.	Anders Denken. Politische Bildung gegen Antisemitismus	101.150 €	154.000 €	167.835 €	149.138 €	153.719 €
Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e. V.	Discover Diversity – Between the Present and the Past			74.114 €	66.009 €	
Kulturwerkstatt e. V. Reutlingen	MENTOR – Miteinander für Engagement, Toleranz und Respekt	40.315 €	38.291 €	37.491 €	37.491 €	36.898 €
La Red – Vernetzung und Integration e. V.	WIR HIER! Kein Platz für Muslimfeindlichkeit in Europa – Migrantenorganisation im Dialog	146.020 €	161.180 €	161.171 €	213.608 €	161.184 €
Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen in Sachsen-Anhalt (LAGFA) e. V.	Jugend im Land 3.0 – Digitale Demokratie- und Engagementförderung im ländlichen Raum	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €	129.500 €
Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA)	„Welcome to my library“ – Vielfalt und Mehrsprachigkeit in Bibi und Kita		51.235 €	129.767 €	120.589 €	119.334 €
Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA)	ENT_KNOTEN_PUNKT – Beratungsstelle gegen (Alltags)Rassismus und Diskriminierung		64.202 €	129.939 €	129.980 €	129.991 €
Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt e. V. – (lkj)	Dehnungsfuge – auf dem Lande alles dicht?	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €
LIFE – Umwelt Bildung Chancengleichheit e. V.	Toledo to do		16.936 €	130.321 €	129.985 €	115.653 €
Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern e. V.	un_sichtbar: Lesben, Schwule und Trans* in Mecklenburg-Vorpommern – Lebensrealitäten, Ausgrenzungserfahrungen und Widerständigkeiten	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €
Mideast Freedom Forum Berlin e. V. (MFFB)	MFFB – Bildungsbausteine: Demokratie stärken – Antisemitismus bekämpfen	81.000 €	96.600 €	109.700 €	123.800 €	124.800 €
Migrationsrat Berlin-Brandenburg e. V. (MRBB)	MSO inklusiv! Migrant_innen-selbstorganisationen gegen Homo- und Transphobie, für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt!	92.000 €	92.640 €	92.640 €	92.640 €	92.640 €
MOSAIK e. V.	Take Part – Partizipativ gegen antimuslimischen Rassismus		44.044 €	97.081 €	97.081 €	98.783 €
Multikulturelles Forum e. V.	Objektiv – Junge Medienmacher mit Durchblick	116.033 €	122.518 €	124.971 €	142.641 €	130.000 €
Muslimische Jugend e. V.	Aktive Jugend gestaltet Zukunft!					128.485 €

Träger	Projekt	Förder- summe 2015	Förder- summe 2016	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
Network African Rural and urban Development e.V. (NARUD)	Prävention und Intervention durch interkulturelle Pädagogik		34.240 €	93.200 €	88.800 €	56.800 €
Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. (NDC)	LEADING – Analyse, Entwicklung, Anwendung und Reflexion demokratische Handlungslogiken für den ländlichen Raum	89.603 €	102.557 €	130.475 €	102.558 €	102.558 €
Netzwerk für Demokratie und Courage Saar e.V.	ZusammenWachsen: Vernetzung, Kooperation und Jugendbildung im Themenfeld Antiziganismus	81.056 €	100.995 €	103.350 €	102.130 €	93.222 €
Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen-Anhalt e.V.	Engagiert vor Ort – Gemeinsam gegen Diskriminierung und Menschenverachtung	84.467 €	105.945 €	108.841 €	107.097 €	118.583 €
Opferperspektive e.V.	Aktiv gegen rassistische Diskriminierung im lokalen Raum		21.838 €	66.222 €	58.017 €	62.702 €
Pavillon der Hoffnung in Leipzig e.V.	Play Together		51.000 €	101.171 €	100.102 €	105.598 €
Projekt 100% Mensch gemeinnützige UG (haftungsbeschränkt)	WE ARE PART OF CULTURE			65.459 €	171.950 €	71.235 €
RAHMA – Muslimisches Zentrum für Mädchen, Frauen und Familie e.V.	STOP! Antimuslimischer Rassismus			120.945 €	130.000 €	130.000 €
Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e.V.	perspektywa – Vom Grenzraum zum Begegnungsraum	101.334 €	117.600 €	124.000 €	124.000 €	128.000 €
Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung e.V. an der Universität Duisburg-Essen	Israelkritik und Judenfeindschaft. Präventionsangebote gegen alle Formen von aktuellem Antisemitismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €
Roma Center Göttingen e.V.	Roma Antidiscrimination Network (RAN)	99.944 €	104.126 €	103.126 €	104.973 €	95.588 €
Soziale Bildung e.V.	We come together – Regionales Handeln für Demokratie, Diversität und Partizipation	87.952 €	87.771 €	102.236 €	96.970 €	73.227 €
Stiftung Akademie Waldschlösschen	Akzeptanz für Vielfalt – gegen Homo-, Trans* und Interfeindlichkeit	55.700 €	74.242 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €
Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten	Kompetent gegen Antiziganismus/Antiromaismus (KogA) – in Geschichte und Gegenwart	103.200 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €
TransInterQueer e.V.	Trans* Visible	85.150 €	93.900 €	90.180 €	95.000 €	97.050 €
Türkische Gemeinde Baden-Württemberg e.V. (TGBW)	„Andrej ist anders und Selma liebt Sandra“ – Kultursensible sexuelle Orientierung	130.000 €	130.000 €	134.793 €	183.600 €	130.000 €
Türkische Gemeinde in Hamburg und Umgebung e.V.	Neue Wege – Prävention von Antisemitismus bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund	30.998 €	118.507 €	125.670 €	129.662 €	129.460 €
Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V. Beratungs- und Geschäftsstelle Leipzig	„Vaterzeit im Ramadan“	129.600 €	129.600 €	129.600 €	129.600 €	129.600 €
Verband für Interkulturelle Arbeit – VIA e.V.	Angekommen! Roma – Jugendliche in Dortmund und Duisburg	116.360 €	129.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €
Verband für Interkulturelle Arbeit (VIA Regionalverband Berlin/ Brandenburg e.V.)	Romani Phen	103.358 €	104.753 €	100.253 €	100.253 €	108.078 €
Verband saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung e.V.	OFFENSive!	103.500 €	103.500 €	103.500 €	103.500 €	103.500 €

Träger	Projekt	Förder- summe 2015	Förder- summe 2016	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
Verein Miteinander leben e. V.	„ZUGÄNGE SCHAFFEN“ – Konzeptwerkstatt „Antisemitismus“	9.292 €	22.298 €	34.622 €	30.806 €	29.553 €
Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin	„Organize! Gegen Rassismus und Ausgrenzung“		56.000 €	138.519 €	130.000 €	130.000 €
Violence Prevention Network e. V.	Early Birds – Antidiskriminierung und Frühprävention im Vorschulalter			130.000 €	130.000 €	129.440 €
Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e. V.	ROMARESPEKT – Lokalrecherchen & Empowerment	91.200 €	127.633 €	129.788 €	148.512 €	129.727 €
Young Voice TGD e. V.	Engagement Crew (E-Crew) – Bring dich ein, Hinterlasse Spuren und Schreib Geschichte.	107.280 €	99.300 €	116.902 €	113.258 €	118.133 €
Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (e. V.)	Perspektivwechsel Plus	128.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €
Zentrum für Europäische und Orientalische Kultur e. V.	Vorurteilsbewusste Bildungsarbeit mit Jugendlichen zu Muslimischen Lebenswelten in Ostdeutschland	49.957 €	65.600 €	58.500 €	58.400 €	67.729 €

Programmbereich E (Radikalisierungsprävention)

Träger	Projekte	Förder- summe 2015	Förder- summe 2016	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
Alevitische Gemeinde Deutschland e. V.	AKTIV			8.451 €	35.000 €	35.000 €
Amadeu Antonio Stiftung	Debate – für digitale demokratische Kultur	130.000 €	134.800 €	179.959 €	136.597 €	130.000 €
B3 – Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V.	Urbane Gewalt			140.000 €	153.000 €	150.000 €
BackUp-ComeBack e. V.	ComeBack – You are not alone (CoBa-Yana)			181.655 €	193.270 €	183.739 €
Bildungs- und Begegnungsstätte der KAB und CAJ im Bistum Aachen e. V. Nell-Breuning-Haus (NBH)	Werte verteidigen – Bundeswehr für Vielfalt und Toleranz			73.341 €	128.856 €	119.462 €
Bildungsstätte Anne Frank (BAF)	Von Hausbesetzung zu Blockupy – (Dis)Kontinuitäten antisemitischer Deutungsmuster in der deutschen Linken			130.000 €	155.527 €	130.000 €
Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen Ost gGmbH	Rückenwind – Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe			32.500 €	130.000 €	130.000 €
Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen Ost gGmbH	Seitenwahl	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €
Brandenburgisches Institut für Gesellschaft und Sicherheit gGmbH	Integration auf Augenhöhe – Wertevermittlung für Flüchtlinge durch Peers			44.981 €	124.426 €	130.000 €
Bündnis der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland e. V.	Kamil – Kulturübergreifend, anti-rassistisch und Mitten Im Leben				130.000 €	130.000 €
Bündnis der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland e. V.	Think Social Now 2.0 – Verantwortung übernehmen im Internet	39.854 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €
Bündnis Marokkanische Gemeinde Landesverband Nordrhein-Westfalen	MANAR – Aus Tradition tolerant			42.564 €	111.528 €	116.396 €
Casablanca – Gemeinnützige Gesellschaft für innovative Jugendhilfe und Soziale Dienst mbH	WERTE-WERKSTATT	108.279 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €

Träger	Projekte	Förder- summe 2015	Förder- summe 2016	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
Christliches Jugenddorfwerk Deutschland gemeinnütziger e. V. (CJD)	WertICH groß	92.558 €	98.443 €	115.652 €	108.126 €	120.000 €
CJD Nord für den CJD Standort in Hamburg	Dekonstrukt-Auseinandersetzung mit neurechter Ideologie und Strukturen			56.985 €	129.991 €	129.678 €
CULTURES Interactive e. V. – Verein zur interkulturellen Bildung und Gewaltprävention	DisTanZ_rainingsmaßnahmen für Risikojugendliche und lokal verankerte Zentren zur Radikalisierungsprävention	86.703 €	105.629 €	181.354 €	180.354 €	180.354 €
DETO – Verein zur Förderung von Demokratie, Toleranz und interkulturelle Verständigung Osnabrück e. V.	DeLOS – Demokratie leben in Osnabrück	84.198 €	88.295 €	86.000 €	84.000 €	83.000 €
Deutsches Rotes Kreuz, reisverband Hamm e. V.	No Trouble! Trainings- und Be- ratungsmethoden zur Deradikali- sierung und Ausstiegshilfe	108.320 €				
Deutsch-Islamischer Vereinsverband Rhein-Main e. V.	Aktionen kontra Radikalisierung muslimischer Jugendlicher	19.418 €	86.480 €			
DeutschPlus e. V. – Initiative für eine plurale Republik	Vom IHR zum WIR – Zugehörig- keit, berufliche Perspektiven und demokratische Teilhabe	42.363 €	162.435 €	162.485 €	129.985 €	144.985 €
DEVI e. V. – Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruf- licher Bildung	Berliner (Berufs-)Schulen für weltanschauliche und religiöse Vielfalt			33.934 €	74.527 €	74.527 €
DITIB Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religionen e. V.	Muslimische Jugend – Friedliche Zukunft	68.503 €	130.000 €	130.000 €		
Drudel 11 e. V.	oha online hass abbauen – virtuelle Trainings gegen Hass und Gewalt	72.819 €	130.000 €	148.947 €	130.000 €	130.000 €
Erziehung und Bildung ohne Grenzen Ruhr e. V.	JUSA – Jugend Sozial Und Aktiv			24.329 €	75.988 €	75.987 €
ESTAruppin e. V	Facetten vom Glauben				121.082 €	130.000 €
Evangelische Jugendhilfe Osnabrück gGmbH	H.A.F.E.Z. („Du bist deine eigene Grenze, erhebe dich darüber!“)			48.014 €	112.794 €	122.424 €
Förderverein JVA Holzstraße e. V.	Kultur als Veränderungspotenzial im Justizvollzug	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €
Frauenbegegnungsstätte UTAMARA e. V.	Frauen stärken Demokratie	52.168 €	57.216 €	55.970 €	55.056 €	41.787 €
Gesellschaft für Inklusion und Soziale Arbeit e. V.	Gemeinschaftsunterkunft trifft Gemeinde	58.200 €	69.840 €	60.080 €	54.201 €	61.000 €
Gesicht Zeigen! Für ein welt- offenes Deutschland e. V.	Die Freiheit, die ich meine	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €
Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg	Alternativen aufzeigen! Videos zu Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus für Internet und Unterricht	44.423 €	120.000 €	119.943 €	120.000 €	120.000 €
IFAK e. V. – Verein für multikul- turelle Kinder- und Jugendhilfe – Migrationsarbeit	Wir stark im Netz – Youth for democratic society			84.363 €	130.000 €	130.000 €
IFAK e. V. – Verein für multikul- turelle Kinder- und Jugendhilfe – Migrationsarbeit	#selam (Sprich: Hashtag Selam) – Gemeinsam stark im Pott	129.949 €	129.449 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €
ifgg – Institut für gender- reflektierte Gewaltprävention gGmbH Privatinstitut	Präfix R plus – Radikalisierungs- präventionsprogramm für Kinder inhaftierter Eltern und Angehörige				103.897 €	109.561 €
ifgg – Institut für gender- reflektierte Gewaltprävention gGmbH Privatinstitut	Prefix R – Radikalisierungsprä- ventionsprogramm für Kinder inhaftierter Eltern	103.897 €	104.810 €	108.021 €		

Träger	Projekte	Förder- summe 2015	Förder- summe 2016	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
Institut für konstruktive Konflikt- austragung und Mediation e. V.	Deradikalisierung im Sozialraum			16.569 €	45.233 €	45.233 €
Institut für Kulturanalyse e. V.	Interkulturelle Übergangsräume – Erweiterung von Kommunika- tionsmöglichkeiten in Konflikt- trächtigen Gruppen	73.452 €	97.665 €	113.185 €	113.185 €	125.313 €
Internationaler Bund (IB)	Grenzerfahrungen			65.000 €	130.000 €	130.000 €
Ipsos – international psychosocial organisation gGmbH	Empowerment auf Augenhöhe – gegen Islamistische Orientierungen (GIO)			48.818 €	130.000 €	130.000 €
Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutsch- lands e. V.	Extrem engagiert! Kompetenz- programm junger Muslime			6.580 €	41.931 €	45.873 €
Islamisches Wissenschafts- und Bildungsinstitut e. V.	AI-Wasat – Die Mitte	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €
Johann Wolfgang Goethe- Universität Frankfurt am Main	Die Zukunft miteinander gestal- ten: Hessische Muslime für Demo- kratie und Vielfalt! Prävention. Partizipation. Teilhabe.	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €
Jugendbildungs- und Sozialwerk Goethe e. V.	180 Grad Wende „R“	123.962 €	124.000 €	124.000 €	124.000 €	124.000 €
Jugendbildungs- und Sozialwerk Goethe e. V.	180 Grad Wende – Keepers Q(ualifizierungsprojekt) Basis			30.000 €	30.000 €	30.000 €
Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V.	„Es ist Deine Kampagne – (Inter)aktiv für eine lebendige Demokratie!“	110.977 €	156.000 €	150.000 €	150.000 €	150.000 €
Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus – KIgA e. V.	Akteure der Jugendbildung stärken – Jugendliche vor Radikalisierung schützen	121.025 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €	129.269 €
KUBI Verein für Bildung und Kultur e. V.	Extremismusprävention durch Aufbau einer muslimischen Jugendarbeit	130.000 €	130.000 €	103.995 €	130.000 €	130.000 €
LAK Mobile Jugendarbeit Sachsen e. V.	TRARA – Modellprojekt zur Im- plementierung von Transferstrate- gien als Radikalisierungsprävention			27.470 €	61.657 €	64.182 €
Landkreis Göttingen – Jugendamt, Kinder- und Jugendbüro	Respekt für Vielfalt – Gemeinsam gegen Menschenfeindlichkeit	25.746 €	122.754 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €
Mannheimer Institut für Integra- tion und interreligiöse Arbeit e. V.	Junge Muslime aktiv für Demokratie (JUMAD)			24.559 €	104.644 €	106.945 €
MINA – Muslimisches Frauenbildungszentrum e. V.	Radikal nett und engagiert!!!	7.660 €	37.640 €	37.480 €	37.480 €	37.480 €
Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gGmbH	Frontaldiskurs – Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur	145.868 €	146.181 €	145.961 €	161.053 €	162.162 €
Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V.	Frei(T)Räume Erleben. Wege in einen demokratischen Alltag	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €
Multikulturelles Forum e. V.	Dortmunder Durchblick – Gemeinsam gegen Radikalisierung			45.396 €	96.083 €	94.461 €
Otto Benecke Stiftung e. V.	Beraber – Gemeinsam				30.814 €	149.054 €
Otto Benecke Stiftung e. V.	Ma'an – Miteinander	72.566 €	79.998 €	128.077 €	128.422 €	129.994 €
Otto-Benecke-Stiftung e. V.	Birlikte – Miteinander			49.733 €	46.786 €	
Rat muslimischer Studierender & Akademiker e. V. (RAMSA)	Zukunft bilden!		104.000 €	117.000 €	117.000 €	116.964 €

Träger	Projekte	Förder- summe 2015	Förder- summe 2016	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
RE/init e. V.	TANDEM TolerANz fördern, DEmokratie erfahren, Gruppen- bezogene Menschenfeindlichkeit abbauen	104.384 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €
Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) e. V.	EXTREM Demokratisch – Muslimische Jugendarbeit stärken	32.500 €	130.000 €	130.000 €	203.688 €	150.000 €
Rhein-Ruhr-Institut für Sozialfor- schung und Politikberatung e. V. an der Universität Duisburg-Essen	Linke Militanz und Antisemitismus in heterogenen Jugendmilieus: Analyse – Zugänge – Maßnahmen			54.167 €	130.000 €	130.000 €
SCHURA – Islamische Religions- gemeinschaft Bremen e. V.	Pro Islam-Gegen Radikalisierung und Extremismus. – AL-E'TIDAL	21.666 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €	128.651 €
Selbsthilfe-Wohnprojekt Further Str. e. V.	Komm rein!			13.443 €	43.158 €	26.515 €
ServiceBureau Jugendinformation Bremen	#denk_net – Stärkung der digitalen Zivilgesellschaft			41.992 €	87.504 €	92.678 €
Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen	Linke Militanz auf Facebook, Twitter & Co. – Zielgerichtete Onlineprävention für Jugendliche im Modellprojekt			68.221 €	137.704 €	138.139 €
Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen	Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährde- ter Jugendlicher über Linksextre- mismus und Gewalt	128.000 €	130.000 €	199.000 €	212.803 €	218.725 €
Stiftung SPI, Lebenslagen, Vielfalt & Stadtentwicklung	Beratungs- und Bildungsstelle „ANNEDORE“ für Demokratie, Recht und Freiheit (BBS „Annedore“)	99.073 €	118.025 €	116.281 €	125.512 €	129.221 €
streetfootballworld gGmbH	Spiel dich frei! – Innovative Radikalisierungsprävention durch Theater, Musik und Sport			126.847 €	127.236 €	127.414 €
Strohalm e. V.	Heroes® Elternarbeit (Parents-Projekt)	19.043 €	86.070 €	94.806 €	87.912 €	52.399 €
Stuttgarter Jugendhaus gGmbH	INSIDE OUT – Fach- und Beratungsstelle Extremismus	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €
SV Genc Osman Duisburg e. V.	„Extremismus – nicht mit UNS“	126.712 €	115.686 €	115.023 €	119.241 €	115.023 €
Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e. V. (TGBW)	links/rechts -TR-in-D			99.313 €	173.332 €	130.000 €
Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD)	Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus	151.240 €	249.460 €	275.911 €	167.907 €	152.080 €
Türkische Gemeinde in Deutschland e. V.	Online-Beratung gegen religiös begründeten Extremismus			12.934 €	36.720 €	48.695 €
Verein Niedersächsischer- Bildungsinitiativen e. V.	DIALOG MACHT SCHULE			27.100 €	50.900 €	
Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit (VAJA e. V.)	„Jamil“ Jugendarbeit in muslimischen und interkulturellen Lebenswelten	42.672 €	81.487 €	84.760 €	84.776 €	88.649 €
Verein zur Förderung der beruf- lichen Bildung in der Region Alt- mark West e. V. (VFB Salzwedel)	Demokratieförderung durch kommunale Konfliktberatung in der Altmark (Sachsen-Anhalt)			32.013 €	119.915 €	120.245 €
Violence Prevention Network e. V.	On/Off Prevent – Radikalisierungsprävention im On- und Offline-Sektor			123.920 €	130.000 €	130.000 €
Violence Prevention Network e. V.	Teach2Teach – Fortbildung und Qualifizierung für Fachkräfte im Bereich der Radikalisierungs- prävention			93.600 €	130.000 €	130.000 €

Träger	Projekte	Förder- summe 2015	Förder- summe 2016	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
Violence Prevention Network e. V.	BAHIRA Beratungsstelle	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €
ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH	Diagnostisch-therapeutisches Netzwerk Extremismus (DNE)	56.790 €	75.815 €	78.008 €	88.389 €	83.061 €
Zentralrat der Muslime in Deutschland	5 hoch 4			17.893 €	31.370 €	33.640 €
Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V.	Respekt und Teilhabe: Prävention mit der Safer Space Strategie	31.452 €	108.715 €	154.226 €	191.959 €	148.863 €

Programmbereich F (Engagement und Vielfalt in der Arbeits- und Unternehmenswelt)

Träger	Projekt	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
ASA-FF e. V.	39/4+ Unentdeckte Nachbarn	69.324 €	177.761 €	210.931 €
Berufsbildungswerk Waiblingen gGmbH	DiaDeMe – Dialog-, Demokratie- und Medienkompetenz in berufsbildenden Schulen	42.336 €	129.853 €	128.860 €
Bildungs- und Begegnungsstätte der KAB und CAJ im Bistum Aachen e. V., Nell-Breuning-Haus (NBH)	out is in – Azubis und Unternehmen nehmen alle an Bord	58.962 €	107.446 €	90.455 €
Bildungsstätte Anne Frank (BSAF)	Demokratieprofis am Werk: Gemeinsam für Toleranz und Vielfalt im Betrieb	130.000 €	130.000 €	130.000 €
Bildungsstätte Bredbeck, Heimvolkshochschule des Landkreises Osterholz	Empowerment für den Arbeitswelt-Parcours	28.962 €	68.188 €	69.558 €
Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e. V.	Open Saxony! (OSX)	66.921 €	129.184 €	129.390 €
DEVI e. V. – Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung	Berufsschule und Oberstufenzentren (OSZ) für Zusammenhalt, Demokratie und Vielfalt	68.856 €	129.312 €	129.312 €
DGB Bundesvorstand	Projekt zur Sensibilisierung und Demokratisierung und Vielfalt in der Arbeitswelt (SEDA)	23.092 €	108.530 €	105.549 €
DGB-Bildungswerk NRW	AIDA (Akzeptanz, Integration, Diversität i. d. Ausbildung)	64.396 €	130.000 €	130.000 €
EAF Berlin Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft e. V.	Open doors – open minds! Demokratieförderung durch Integration in die Arbeitswelt	118.189 €	161.190 €	162.461 €
Eugen-Biser-Stiftung	Berufsschulen für Demokratie und gegen Alltagsrassismus. Für vielfaltssensible Haltung gegen religiösen Extremismus	56.314 €	96.248 €	103.652 €
Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (f-bb)	Methodenkoffer „Demokratie leben!“ in der Berufsausbildung	8.601 €	51.862 €	
Forum Arbeit e. V.	Beruf und Integration im ländlichen Raum	35.868 €	75.085 €	113.386 €
Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e. V.	„MitWirkung! – Vielfalt lernen in der Ausbildung“	117.000 €	130.000 €	130.000 €
Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e. V.	Aktiv im Betrieb für Demokratie und Vielfalt	12.260 €	87.740 €	101.535 €
Miteinander e. V.	my_responsibility – für ein diskriminierungsfreies demokratisches Lernumfeld	21.097 €	105.986 €	135.000 €
Opferperspektive e. V. / Fachstelle Antidiskriminierungsarbeit	FairHandeln! – Diskriminierungsschutz in der Arbeitswelt stärken	1.810 €	51.200 €	55.238 €
Sächsische Jugendstiftung	MehrWERT für den Beruf – Peer Training für Berufseinsteiger	25.558 €	62.687 €	66.259 €

Träger	Projekt	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
ver.di	Fakten statt Populismus (FsP)	53.000 €	100.002 €	104.725 €
Verein zur Jugendförderung des DGB, Landesbezirk Berlin-Brandenburg e.V.	Kompetent in der Arbeitswelt	41.352 €	125.289 €	126.066 €

Programmbereich G (Demokratieförderung im Bildungsbereich)

Träger	Projekt	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.	Demokratie, das sind wir alle. Vielfalt, das sind wir alle. Demokratie und Vielfalt fördern – Diskriminierungen und Barrieren abbauen	52.561 €	130.000 €	130.000 €
Bertelsmann-Stiftung	Demokratiebildung durch Mitentscheiden und Mithandeln in der Kita	68.045 €	251.819 €	241.475 €
Deutsche Kinder und Jugendstiftung	Demokratie im Dialog (AB) OPENION	1.261.102 €	2.655.488 €	2.611.848 €
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V.	Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung	80.946 €	158.130 €	160.470 €
Deutsches Rotes Kreuz e.V.	Demokratie leben – von Anfang an! – Demokratieförderung in DRK-Kindertageseinrichtungen	69.237 €	129.987 €	129.999 €
Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.	Was heißt hier eigentlich Demokratie? Demokratieerziehung als originärer Auftrag der frühkindlichen Bildung	43.092 €	123.529 €	144.110 €
Verband Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder (KTK) – Bundesverband e.V.	Demokratie in Kinderschuhen. Mitbestimmung und Vielfalt in katholischen Kitas	83.254 €	128.460 €	116.918 €
Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe e.V.	Koordinierungsstelle Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung	147.000 €	300.000 €	280.000 €
Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.	Demokratie und Vielfalt in der Kindertages- betreuung – ATID	43.333 €	130.000 €	130.000 €

Programmbereich H (Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft)

Träger	Projekt	Förder- summe 2015	Förder- summe 2016	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
adelphi research gGmbH	Die Junge offene Gesellschaft			997.474 €		
adis e.V.	Empowerment – quer gedacht – Entwicklung von horizontalen Praxis- und Weiterbildungskon- zepten			56.743 €	140.153 €	130.000 €
Aktion Gemeinwesen und Beratung (AGB) e.V.	DIA*LOGin Düsseldorf				90.123 €	96.730 €
Alhambra Gesellschaft e.V.	Das muslimische Quartett			10.978 €		
Arbeiterwohlfahrt Landesverband Schleswig-Holstein e.V.	Landgewinn			21.783 €	57.988 €	62.673 €
Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V.	„Jetzt erst recht! Religiöse Jugendverbände gestalten Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft.“			12.048 €	294.880 €	296.527 €
Aufbruch Neukölln e.V.	Dialog Aufbruch aus Neukölln			50.000 €	130.000 €	97.074 €

Träger	Projekt	Förder- summe 2015	Förder- summe 2016	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
Bildungswerk ver.di in Niedersachsen e. V.	Projekt Schutzkonzept			10.897 €	29.192 €	31.469 €
Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e. V.	„Empowered by democracy“ – Prävention, Demokratieförderung und Integration für und mit Geflüchteten!			591.123 €	866.101 €	879.089 €
Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen (NeMO) e. V.	wir sind viele – Einwanderungsgesellschaft für heute und morgen neu denken			33.755 €	114.020 €	122.801 €
Centrum für angewandte Politikforschung CAP Forschungsgruppe Jugend und Europa an der Ludwig-Maximilians-Universität München	Kinder gegen Rassismus – Kinder für Toleranz			33.350 €	130.000 €	124.800 €
Creative Change e. V.	Die Konfliktlöser*innen				130.000 €	130.000 €
DaMigra e. V.	Gleichberechtigte politische Teilhabe für Migrantinnen*			35.108 €	129.901 €	129.900 €
Deutscher Feuerwehrverband e. V.	MENSCH Feuerwehr!			89.947 €	189.650 €	108.843 €
DeutschPlus e. V.	Stimmen für Vielfalt – Teilhabe lokal professionalisieren				148.393 €	149.495 €
DRK-Kreisverband Bitburg-Prüm e. V. Referat Kinder, Jugend und Familie in Kooperation mit dem Referat Flüchtlingssozialarbeit	Gemeinsam im DRK – Vielfalt leben			8.215 €	37.948 €	
EIRENE Internationaler christlicher Friedensdienst e. V.	Starke Nachbar_innen – Qualifizierung, Strukturaufbau und Begleitung für ein konfliktfähiges Zusammenleben			35.846 €	123.318 €	116.421 €
Elbinstitut Hamburg (YMT) e. V.	Glokale Orte			68.572 €	125.716 €	125.716 €
Elternnetzwerk NRW – Integration miteinander e. V.	Dialog Afrika – Vernetzung und Professionalisierung afrikanischer Migrantenselbstorganisationen in NRW			27.098 €	134.712 €	111.876 €
Europäische Janusz Korczak Akademie e. V.	Respekt – Dialog – Teilhabe: Konflikten begegnen mit Janusz Korczak			40.724 €	127.844 €	127.844 €
Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e. V.	Living Diversity in Germany and Israel	26.204 €	110.948 €	197.091 €	300.000 €	299.992 €
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V. Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband	Vielfalt gestalten – Ausgrenzung widerstehen: Diakonie in der postmigrantischen Gesellschaft			59.026 €	228.500 €	244.051 €
Friedenskreis Halle e. V.	Gewaltfrei streiten! Konfliktkompetenz individuell, gesellschaftlich und kulturell stärken				68.600 €	69.500 €
Give Something Back to Berlin e. V.	GSBTB Open City			30.559 €	114.824 €	130.000 €
Hildegard Lagrenne Stiftung	Qualifizierungszentrum für Initiativen, Vereine und NGOs mit Romno-Hintergrund (Sinti und Roma)			28.009 €	76.009 €	128.873 €
i, Slam e. V.	Erklärer			77.820 €	130.000 €	130.000 €
International Centre of Policy Advocacy (ICPA) gGmbH	Reframe the Debate! Neue Migrationsnarrative für einen konstruktiven Dialog			82.243 €	130.000 €	130.000 €
Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V. (JFDA)	Ke'ezrach			10.731 €	130.000 €	130.000 €
KIGa e. V. / Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e. V.	Umgang mit den türkeibezogenen Konfliktfeldern in der Schule			53.453 €	117.093 €	130.000 €

Träger	Projekt	Förder- summe 2015	Förder- summe 2016	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
Kiron Open Higher Education gGmbH	MIT-DIR – Miteinander und Teilhabe in digitalen und von Diversität geprägten Räumen			158.039 €		
Neue Deutsche Organisationen c/o Neue deutsche Medienmacher e.V.	Erstellung eines Dossiers zur Abbildung der Diskussionen zu Gleichstellungsdaten			46.083 €		
Otto Benecke Stiftung e.V.	Mitbestimmung und Eigenverant- wortung der Geflüchteten			30.266 €	123.705 €	219.545 €
Outlaw gGmbH	Interkulturelle Öffnung als Cultu- ral Mainstreaming in der Kinder- und Jugendhilfe				111.910 €	101.554 €
RAA Brandenburg Demokratie und Integration Brandenburg e.V.	EmPa3 – Empowerment und Par- tizipation in Fürstenwalde/Spree			35.703 €	112.522 €	126.890 €
Raum+Zeit e.V.	Projekt „Salon“				96.059 €	
Regionale Arbeitsstellen für Bil- dung, Integration und Demokratie (RAA) e.V.	Crossover – Teilhabe voneinander lernen			40.000 €	128.000 €	128.000 €
Stiftung Preußischer Kulturbesitz	Gemeinsame Vergangenheit – gemeinsame Zukunft			73.658 €	130.000 €	130.000 €
The Poetry Project e.V.	The Poetry Project – Eine Schreib-Initiative mit geflüchteten Jugendlichen			46.244 €	155.890 €	159.563 €
Türkisch-Deutscher Frauenverein e.V.	„SHEROES“ – gemeinsam mit Betroffenen gegen Gewalt im Namen der Ehre			30.041 €	102.890 €	102.480 €
Türkische Gemeinde in Baden- Württemberg e.V.	Jugend bewegt – Gençlik hareket halinde			113.776 €	130.000 €	130.000 €
Türkische Gemeinde in Schleswig- Holstein e.V.	DISS-kriminierung			31.813 €	130.000 €	130.000 €
Unternehmer ohne Grenzen e.V.	Starke Eltern Altona			45.400 €	125.508 €	124.393 €
Verband für interkulturellen Arbeit VIA Bayern e.V.	Bühne frei für Empowerment			36.080 €	118.240 €	124.640 €
Verband kinderreicher Familien Deutschland e.V.	VIEL MEHR – Vielfalt in Mehrkindfamilien			26.347 €	102.021 €	86.657 €
Verbund der soziokultu- rellen Migrantenvereine in Dortmund e.V.	Zukunft gemeinsam gestalten – lokaler Verbund von Migranten- organisationen gegen Rassismus und Diskriminierung			25.633 €	104.059 €	104.059 €
wir für pänz e.V.	„Demokratie leben – mit allen Pänz“			14.187 €	70.272 €	64.961 €
Wir im Brunnenviertel e.V.	Wir sind alle WIB			14.266 €	40.000 €	44.500 €

Programmbereich I (Stärkung des Engagements im Netz – gegen Hass im Netz)

Träger	Projekt	Förder- summe 2016	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
3ALOG – interreligiöse, interkulturelle Begegnung e.V.	Mehr.Wert – Für Toleranz & Vielfalt auch im Netz		37.746 €	88.700 €	102.950 €
aktuelles forum e.V.	Date Speech – Respekt im Netz (Arbeitstitel)			79.348 €	86.569 €
Amadeu Antonio Stiftung	Civic.net – Aktiv gegen Hass im Netz		43.333 €	130.000 €	130.000 €

Träger	Projekt	Förder- summe 2016	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
Berghof Foundation	Streitkultur 3.0: Lernräume und -medien für junge Menschen zur Auseinandersetzung mit Hass und Gewalt im Netz		60.544 €	162.329 €	134.990 €
Bund für Soziale Verteidigung e. V.	LOVE-Storm – Gemeinsam gegen Hass im Netz		130.000 €	130.000 €	130.000 €
Bundesverband russischsprachiger Eltern e. V.	Russischsprachige im Netz gegen Fremdenfeindlichkeit (RING-F)			162.500 €	162.500 €
Deutsche Gesellschaft e. V.	#freireden? #mitreden. #gegenreden!		15.900 €	60.000 €	60.000 €
Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Thüringen e. V.	„#CreateYourWeb – Digitale Courage ist Zivilcourage“		23.613 €	91.556 €	86.722 €
Digitale Helden gemeinnützige GmbH	Heldenpartner – für ein starkes Netz im digitalen Notfall		63.600 €	124.800 €	124.800 €
Dissens e. V.	Social Media Interventions! – rechts-extremen Geschlechterpolitiken im Netz begegnen		69.000 €	130.000 €	130.000 €
Evangelische Akademie zu Berlin	Der Teufel auch im Netz – Analyse und Aktionsformen im Kontext demokratie-feindlicher christlicher Social Media		45.616 €	129.324 €	129.344 €
Forschungsgruppe Modellprojekte e. V.	Hate Speech entgegentreten, Demokratische Diskussionskultur im professionellen Kontext stärken		53.614 €	130.000 €	130.000 €
gut.org gAG	Zivilgesellschaftliche Vernetzungsstelle gegen Hate Speech und für positive Meinungskultur im Netz		116.159 €	130.000 €	130.000 €
gut.org gAG	Innovationsfonds für digitale Modellprojekte für die Demokratieförderung		36.885 €	130.000 €	130.000 €
Internationaler Bund e. V.	#fairspeech		33.558 €	77.749 €	88.605 €
Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V.	Be'Jachad – Gemeinsam.Gegen Hass		43.316 €	130.000 €	130.000 €
Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V.	#Dislike – Kontrapunkte gegen Hass im Netz		39.355 €	105.698 €	104.813 €
JUUUUPPORT e. V.	WERTE LEBEN – ONLINE		107.036 €	128.102 €	122.702 €
Konrad-Adenauer-Stiftung	SmartCamps zur Extremismus-bekämpfung und Demokratiestärkung		94.200 €	130.000 €	123.800 €
Kubus e. V.	Hass ist Handicap – das Projekt für inklusive Kommunikation im Netz		100.000 €	182.000 €	130.000 €
La Red – Vernetzung und Integration e. V.	Democratic Meme Factory (DMF)		42.177 €	129.912 €	129.915 €
Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e. V.	da.gegen.rede		26.754 €	72.011 €	66.971 €
Landesjugendring Niedersachsen e. V.	we-decide – Jugend mischt mit!		90.000 €	129.250 €	129.250 €
LPR Trägergesellschaft für jugendschutz.net	jugendschutz.net – Jugendpolitisches Kompetenzzentrum für den Schutz junger User im Netz		1.095.625 €	1.388.854 €	1.530.129 €
Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung	Gesellschaft gemeinsam gestalten – Partizipation von Geflüchteten und Unterstützer_innen im Netz stärken		37.751 €	161.473 €	173.023 €
Netzwerk für Demokratie und Courage e. V.	MULTIPLY RE:CLAIM		41.556 €	157.758 €	159.481 €
Netzwerk Migration in Europa e. V.	PLAMEDI – Plattform für Medien und Diversität		36.794 €	75.449 €	55.054 €
Neue Deutsche Medienmacher e. V.	Nationale Umsetzung der Kampagne „No Hate Speech“ des Europarates 2016–2017	234.695 €	253.966 €		

Träger	Projekt	Förder- summe 2016	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
Neue Deutsche Medienmacher e. V.	NO HATE SPEECH 2018/2019. Für Meinungsvielfalt und zivile Debattenkultur in den Webpräsenzen der Medien			160.000 €	121.000 €
Neue Narrative e. V.	Stolpersteine gegen Radikalisierung			129.200 €	24.000 €
Open Knowledge Foundation Deutschland e. V.	D3M0KR4713 – Demokratielabor		637.583 €	825.648 €	
Sapere Aude e. V.	Gegen Antisemitismus und Antirealismus im Netz – mit jungen Leuten, für junge Leute		125.990 €	130.000 €	130.000 €
Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e. V.	„Schluss mit der Ohnmacht“		76.000 €		
UFUQ e. V.	Bildmachen – Politische Bildung und Medienpädagogik zur Prävention religiös-extremistischer Ansprachen in sozialen Medien		150.000 €	300.000 €	300.000 €
Verein für Jugend und Sozialarbeit e. V.	BoostCamps für mehr Demokratie (BCD)		30.228 €	123.157 €	120.084 €
Violence Prevention Network e. V.	Salam2You		48.560 €	130.000 €	130.000 €

Programmbereich J (Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe)

Träger	Projekt	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
Ambulante Maßnahmen Altona e. V.	Legato – Islamismusprävention im justiziellen Feld (Hamburg)	107.467 €	334.984 €	441.486 €
Ambulante Maßnahmen Altona e. V.	KuBiBe – Kultur, Bildung und Beratung im Straffälligenbereich (Bremen)	126.276 €	362.426 €	448.150 €
CJD Nord	PräRaDEx – Prävention von Radikalisierung, Distanzierung vom Extremismus (Mecklenburg-Vorpommern)	107.552 €	205.320 €	206.470 €
Drudel 11 e. V.	Zentrum Deradikalisierung im Thüringer Strafvollzug	133.288 €	341.372 €	356.980 €
FITT – Institut für Technologietransfer an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes gGmbH	Radikalisierungsprävention im Strafvollzug Saar	77.750 €	163.117 €	145.482 €
Internationaler Bund Südwest gGmbH für Bildung und soziale Dienste	Herausforderung Demokratie – Prävention und Deradikalisierung im Strafvollzug (Rheinland-Pfalz)	75.691 €	262.997 €	258.471 €
Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V. (im Verbund mit dem Landesverband für Kriminalprävention und Resozialisierung Sachsen-Anhalt e. V.)	RausWege – Deradikalisierung und Prävention in der Resozialisierung (Sachsen-Anhalt)	86.815 €	242.964 €	379.364 €
Sächsisches Staatsministerium des Innern	Prisma Sachsen – Radikalisierung erkennen, Deradikalisierung begleiten, Kompetenzen bündeln		125.184 €	122.588 €
Türkische Gemeinde Schleswig-Holstein	Kick-off (Schleswig-Holstein)	150.762 €	296.412 €	344.488 €
Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe-Migrationsarbeit	„Re-Vision“ – Beratungsstelle Prävention bei religiöser Radikalisierung in Gefängnis/ Bewährungshilfe (Nordrhein-Westfalen)	209.574 €	298.724 €	297.882 €
Violence Prevention Network e. V.	Workshop-Reihe im Justizvollzug für junge radikalierungsanfällige Inhaftierte (Baden-Württemberg)	60.300 €	114.030 €	167.760 €

Träger	Projekt	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
Violence Prevention Network e. V.	DERAD Bayern – Mobile Maßnahmen zur Beratung und Deradikalisierung im Strafvollzug und Bewährungshilfe	190.800 €	299.970 €	299.970 €
Violence Prevention Network e. V.	Fokus ISLEX – Mobile Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung Niedersachsen	195.300 €	409.500 €	494.300 €
Violence Prevention Network e. V.	Prisma Sachsen – Radikalisierung erkennen, Deradikalisierung begleiten, Kompetenzen bündeln	167.850 €	269.570 €	299.970 €
Violence Prevention Network e. V.	Just X Berlin – Prävention und Deradikalisierung im Berliner Strafvollzug		217.710 €	499.365 €
Violence Prevention Network e. V./Cultures Interactive e. V.	Exchange Brandenburg – Mobile Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe	198.000 €	299.970 €	299.340 €
Violence Prevention Network e. V./Förderverein JVA Holzstraße e. V./St. Elisabeth Verein e. V./Rote Linie	KOgEX Hessen – Kompetenz gegen Extremismus in Justizvollzug und Bewährungshilfe	226.800 €	299.970 €	299.970 €
ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH	Bildungsinitiative Extremismus – Justiz Berlin	25.756 €	31.083 €	

Forschung

Träger	Projekt	Förder- summe 2015	Förder- summe 2016	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich – gGmbH	Forschungsprojekt: „Resiliente Sozialräume und Radikalisierungsprävention“					75.000 €
Deutsches Jugendinstitut e. V. (DJI)	Unbegleitete und begleitete geflüchtete Jugendliche – Lebenslagen und Integrationsprozesse aus der Perspektive junger Geflüchteter			146.568 €	151.065 €	
Deutsches Jugendinstitut e. V. (DJI)	Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention (AFS) für den Förderzeitraum 2015–2019	316.782 €	390.735 €	395.765 €	452.645 €	457.206 €
Deutsches Jugendinstitut e. V. (DJI)	Radikal, fundamentalistisch, anders – Fachkräfte im Kontakt (RaFiK)					54.386 €
FIVE – Forschungs- und Innovationsverbund an der Evangelischen Hochschule Freiburg e. V.	Monitoring Demokratische Integration in Regionen von Deutschland			64.433 €		
Frankfurt University of Applied Sciences	Frühe Distanzierungen junger Menschen vom religiös begründeten Extremismus. Eine biografische Interviewstudie					74.654 €
Freie Universität Berlin	Demokratiegefährdende Potenziale des Linksextremismus in Deutschland	80.000 €				
Freie Universität Berlin	Gewaltdiskurse unter Linksradikalen/Linksextremisten		61.660 €	90.677 €	82.466 €	
Georg-August-Universität Göttingen, Institut für Demokratieforschung	PEGIDA – Soziale Medien als Katalysator der Gewalt der Straße?	15.067 €				
Georg-August-Universität Göttingen, Institut für Demokratieforschung	Demokratie und Integration befördern: Lernen aus internationalen Vergleichen	14.455 €				

Träger	Projekt	Förder- summe 2015	Förder- summe 2016	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
Georg-August-Universität Göttingen, Institut für Demokratieforschung	Die Jugend im Bann von Pegida? Zur Erforschung einer neuen zivilgesellschaftlichen Gefahr für die Demokratie		57.201 €	92.760 €		
Georg-August-Universität Göttingen, Institut für Demokratieforschung	NoPEGIDA – die gute Seite der Zivilgesellschaft	18.552 €				
HEF-Fund	Vorstudie „Spielend mehr erreichen – Gamification als Instrument zur Stärkung des demokratischen Gemeinwesens mit Schwerpunkt Bekämpfung des Rechtsextremismus“			22.660 €		
Hochschule Esslingen	Forschungsprojekt: „Wendezeit – Distanzierungsprozesse von islamistischer Radikalisierung in einem frühen Stadium“					90.621 €
Humboldt-Universität zu Berlin	Forschungsprojekt „Determinan- ten radikalierungsbezogener Resilienz gegenüber rechtsextre- men und radikal-islamistischen Ideologien im Schulkontext“					120.322 €
International Centre for Socio-Legal Studies gGmbH	Radikal, fundamentalistisch, anders – Fachkräfte im Kontakt (RaFiK)					121.151 €
Modus – Zentrum für angewandte Deradikalisierungsforschung gGmbH	Forschungsprojekt „DISLEX 3D – Distanzierungsprozesse im islamistischen Extremismus: Eine systematisierende Erhebung der Parameter zur Selbst- und Fremd- beobachtung in drei Dimensionen“					125.000 €
Neue Deutsche Medienmacher	Erstellung eines Dossiers zur Abbildung der Diskussionen zu Gleichstellungsdaten			46.083 €		
Stiftung Digitale Chancen	Demokratieförderung und Prävention von Radikalisierungs- tendenzen durch Teilhabe und Engagement im Netz			33.500 €		
Stiftung Digitale Chancen	Erfolgsfaktoren der Demokratie- förderung durch Teilhabe und Engagement im Netz			33.500 €		
Universität Bielefeld	Forschungsverbundvorhaben „Junge Menschen und gewaltorientierter Islamismus“	30.002 €	104.468 €	78.976 €		
Universität Bielefeld	Forschungsprojekt „Religion als Faktor der Radikalisierung“ – Ein Forschungsprojekt des For- schungsnetzwerks Radikalisierung und Prävention (FNRP)				97.655 €	130.297 €
Universität Leipzig/Kompetenz- zentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung	Urbane Gewalt in Leipzig			182.756 €	182.563 €	
Universität Osnabrück	Forschungsverbundvorhaben „Junge Menschen und gewaltorientierter Islamismus“	27.944 €	105.449 €	82.970 €		
Universität Osnabrück	Forschungsprojekt „Religion als Faktor der Radikalisierung“ – Ein Forschungsprojekt des For- schungsnetzwerks Radikalisierung und Prävention (FNRP)				99.574 €	100.426 €
Universität Siegen	Resilienz im Strafvollzug (RESIST)					86.654 €

Programmevaluation

Träger	Projekt	Förder- summe 2015	Förder- summe 2016	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
Camino – Werkstatt für Fort- bildung Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH	Wissenschaftliche Begleitung der Partnerschaften für Demokratie	179.946 €	180.807 €	269.483 €	559.815 €	563.883 €
Deutsches Jugendinstitut e. V.	Programmevaluation des Bundes- programmes „Demokratie leben!“ und Wissenschaftliche Begleitung einzelner Programmbereiche	911.971 €	1.007.200 €	1.547.420 €	2.702.237 €	2.838.817 €
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.	Wissenschaftliche Begleitung der Partnerschaften für Demokratie	288.496 €	306.130 €	511.070 €	726.775 €	760.087 €

Begleitprojekte

Träger	Projekt	Förder- summe 2015	Förder- summe 2016	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
Aktionsbündnis muslimischer Frauen in Deutschland e. V.	Diskriminierung und Bildungs- defizite als Nährboden von Abgrenzung und Radikalisierung	15.295 €				
Amadeu Antonio Stiftung	Aktionswochen gegen Antisemitismus 2015	87.000 €				
Anne Frank Zentrum e. V.	Aktions- und Bildungswochen gegen Antisemitismus – Thematisierung von Formen des aktuellen Antisemitismus			171.035 €		
Arbeitsgemeinschaft Jugend- freizeitstätten Freistaat Sachsen e. V. (AGJF)	Momentaufnahmen – Jugendarbeit in der Einwanderungsgesellschaft	15.600 €				
BDKJ-Bundesstelle	Aktionswochenende Zukunfts- zeit – gemeinsam für ein buntes Land!			53.490 €		
Bildungsstätte Anne Frank e. V.	Tagungsreihe Blickwinkel. Anti- semitismuskritisches Forum für Bildung und Wissenschaft			48.544 €	55.348 €	71.293 €
Bürgerstiftung Barnim Uckermark	Erarbeitung eines umfassenden Bildungspaketes zum Thema Rassismus vor und nach der Ver- einigung in Ostdeutschland am Beispiel der Biografie Amadeu Antonios			65.000 €		
Das Progressive Zentrum e. V.	Antworten auf Rechtspopulismus und politische Entfremdung in Europa		27.748 €	56.723 €		
Das Progressive Zentrum e. V.	Democracy 2025: Demokratische Innovationen für eine Gesellschaft im Wandel			280.826 €	335.564 €	299.872 €
Das Progressive Zentrum e. V.	Countering anti-democratic populism in public space – Stra- tegiwerkstatt zum Umgang mit demokratiefeindlichen Kräften in der Öffentlichkeit				131.441 €	
Das Progressive Zentrum e. V.	Internationaler Roundtable: „Rechtspopulismus und politische Entfremdung in Europa“	19.006 €				
Deutsche Sportjugend im DOSB (dsj)	Radikalisierungsprävention im Sport			2.200 €	57.800 €	

Träger	Projekt	Förder- summe 2015	Förder- summe 2016	Förder- summe 2017	Förder- summe 2018	Förder- summe 2019
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband e. V., Berlin	Handreichung gegen Rechtsextremismus		7.200 €	9.180 €		
Deutsches Kinderhilfswerk e. V.	Starke Kinder- und Jugendparlamente					126.320 €
Evangelische Akademie Thüringen	Wartburgfest reloaded – Demokratie jenseits der Nation			77.000 €		
Evangelischer Verein für Jugendsozialarbeit in Frankfurt am Main	Willkommen und geblieben! Was nun? Öffnung der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit für junge Flüchtlinge	50.000 €				
Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V.	Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung stärken durch internationalen Fachaus-tausch				4.468 €	73.063 €
Forum der Kulturen Stuttgart	6. Bundesfachkongress Interkul-tur in Braunschweig – Förderung von Kongressmodulen und eines Nachhaltigkeitskonzeptes			80.000 €	43.000 €	
Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.	Modulare Weiterbildung „Fort- und Weiterbildungsangebote für Akteure in den Partnerschaften für Demokratie“	63.379 €	147.515 €	224.987 €	261.990 €	249.014 €
GesBiT-Gesellschaft für Bildung und Teilhabe mbH	QualitätswerkstattModellprojekte		170.000 €	493.671 €	546.083 €	567.333 €
i, Slam e. V.	Art Award	73.122 €	172.268 €	137.632 €		
Informations- und Dokumenta-tionszentrum für Antirassismus-arbeit e. V.	www.vielfalt-mediathek.de	242.030 €	271.880 €	266.200 €	221.652 €	259.291 €
Initiative Offene Gesellschaft e. V.	Offene Gesellschaft First				984.027 €	1.781.959 €
Initiative Schwarze Menschen in Deutschland – ISD Bund e. V.	Empowerment Schwarzer Menschen in Deutschland	30.512 €				
Institut für Bildung, Beratung, Begleitung e. V.	Begleitung der Einrichtung Studiengang Präventionsmanagement				65.000 €	79.545 €
Jugendpresse Deutschland e. V. – Bundesverband junger Medien-macher (kurz: JPD)	Journalistische Begleitung der Jugend Politik Tage 2017			36.750 €		
Jugendpresse Deutschland e. V., Berlin	Flucht und Migration	23.258 €	94.500 €			
Jugendverein „Roter Baum“ e. V., Dresden	Träum(!)Orte	55.986 €				
Kreuzberger Initiative gegen Anti-semitismus e. V., Berlin	Vorurteile abbauen/Vielfalt schätzen. Ein Projekt für Geflüchtete		31.983 €			
Landesverband Kinder- & Jugend-film Berlin e. V. (kijufi)	Erarbeitung pädagogischer Hand-reichungen zur Vermittlung des Themas Kinderrechte und zur Medienkompetenzförderung			150.000 €		
LPR-Trägergesellschaft für jugendschutz.net, Ludwigshafen	Rechtsextremismus im Inter-net: Recherche, Maßnahmen, internationale Kooperation und Prävention	321.494 €	322.748 €			
Peter-Weiss-Stiftung für Kunst und Politik e. V.	make democracy great again! Internationaler Kongress für Demokratie und Freiheit			125.000 €		
politik-digital e. V.	Jugendforen digital				98.635 €	126.081 €

2 Eigenpublikationen des Bundesprogramms

Publikation	Erscheinungsjahr/Nachdrucke
Flyer „Demokratie leben!“	2015, 2016, 2017, 2018
Flyer „Demokratie leben!“ (englische Version)	2015, 2017
Flyer „Demokratie leben!“ (französische Version)	2015
Flyer Homosexuellen- und Transfeindlichkeit	
Informationsflyer zum IBK für Präventionstag	2019
PR-Handbuch für das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“	2016, 2017
Praxishilfe Fundraising	2016
Broschüre Partnerschaften für Demokratie im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Vor Ort gemeinsam aktiv für Demokratie und Vielfalt	2017, 2018
Broschüre Modellprojekte zur Prävention von aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus im Bundesprogramm „Demokratie leben!“	2017
Broschüre Projekte zur Prävention rechtsextremer Radikalisierung im Bundesprogramm „Demokratie leben!“	2018
Broschüre Projekte zur Prävention islamistischer Radikalisierung	2018
Broschüre Projekte zur Prävention von Rassismus und rassistischer Diskriminierung	2018
Broschüre Landes-Demokratiezentren im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Regional vernetzt für Demokratie und Vielfalt	2017
Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung – deutsch	2016, 2017
Federal Government Strategy to Prevent Extremism and Promote Democracy – englisch	2017
Bericht der Bundesregierung über Arbeit und Wirksamkeit der Bundesprogramme zur Extremismusprävention	2017
Kampagnenheft „Das Heft des Handelns. 100 Ideen für dein Engagement“ (Erstdruck S&F)	2017

3 Publikationsliste der wissenschaftlichen Begleitung

Publikationen des Deutschen Jugendinstituts (DJI)

Berg-Lupper, U., Stärck, A., Wach, K. (2019): Demokratie Kita. Wissenschaftliche Begleitung des Teilbereichs „Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ Zwischenbericht. München: DJI.

Bischoff, U., König, F. & Langner, C. (2017). Dritter Bericht: Landes-Demokratiezentren. Programmevaluation „Demokratie leben!“ DJI.

Bischoff, U., König, F. & Zimmermann, E. (2016). Partizipationsförderung durch die Stärkung von Dissenskompetenz. Der Bürger im Staat, 66 (4), S. 293–300.

Bischoff, U., König, F. & Zimmermann, E. (2018). Pädagogik wirkt?! Wirkungsevaluationen in der pädagogischen Präventionsarbeit. In: M. Glaser, A. Frank & M. Herding (Hrsg.), Gewaltorientierter Islamismus im Jugendalter. Perspektiven aus Jugendforschung und Jugendhilfe. sozialmagazin (Sonderband 2, 1. Aufl., S. 147–157). Beltz Juventa.

Bischoff, U., Haase, K., König, F. & Weigelt, I. (2019). Fünfter Bericht: Landes-Demokratiezentren. Programmevaluation „Demokratie leben!“ Abschlussbericht 2019. DJI.

Bischoff, U., Heinze, F., König, F. & Reiter, S. (2015). Erster Bericht: Strukturentwicklung bundeszentraler Träger. Programmevaluation „Demokratie leben!“ Zwischenbericht für den Zeitraum 01.01.2015 bis 31.12.2015. DJI.

Bischoff, U., König, F., Langner, C. & Weigelt, I. (2018). Vierter Bericht Landes-Demokratiezentren. Programmevaluation „Demokratie leben!“ Zwischenbericht 2018. DJI.

Bischoff, U., Bollmann, M., König, F., Menge, C. & Reiter, S. (2015). Erster Bericht: Landes-Demokratiezentren. Programmevaluation „Demokratie leben!“ Zwischenbericht für den Zeitraum 01.01.2015 bis 31.12.2015. DJI.

Bischoff, U., Greuel, F., Heinze, F., König, F. & Zimmermann, E. (2019). Ein Modellprojekt ist ein Modellprojekt? Gegenstandskonstruktionen im Bundesmodellprogramm „Vielfalt tut gut“. In: C. Frank, M. Jooß-Weinbach, S. Loick Molina & G. Schoyerer (Hrsg.), Der Weg zum Gegenstand in der Kinder- und Jugendhilfeforschung. Methodologische Herausforderungen für qualitative Zugänge (S. 245–265). Beltz Juventa.

Bischoff, U., Johansson, S., König, F., Leistner, A., Schau, K. & Zimmermann, E. (2015): Einmischen, mitmischen, aufmischen – Partizipation in und durch politische(r) Bildung. In: J. Tremmel & M. Rutsche (Hrsg.), Politische Beteiligung junger Menschen. Grundlagen – Perspektiven – Fallstudien (S. 49–74). Springer.

Bischoff, U., König, F., Langner, C., Menge, C., Rehse, A. & Reiter, S. (2016). Zweiter Bericht: Landes-Demokratiezentren. Programmevaluation „Demokratie leben!“ Zwischenbericht für den Zeitraum 01.01.2016 bis 31.12.2016. DJI.

Brand, A., Johann, T., Leistner, A., Rehse, A., Roscher, T., Walter, E. & Zimmermann, E. (2018): Vierter Bericht: Modellprojekte zu GMF und Demokratiestärkung. Programmevaluation „Demokratie leben!“ Zwischenbericht 2018. DJI.

Brand, A., Johann, T., Rehse, A., Roscher, T., Walter, E. & Zimmermann, E. (2020). Abschlussbericht 2019. Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte zu GMF und Demokratiestärkung. Programmevaluation „Demokratie leben!“ DJI.

Ehnert, K. & Hädicke, M. (2019). Zwischenbericht. Wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts OPENION – Demokratieförderung im Bildungsbereich. DJI.

Ehnert, K. & Hädicke, M. (2020). Abschlussbericht 2019. Wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts OPENION – Demokratieförderung im Bildungsbereich. DJI.

Ehnert, K. & Hädicke, M. (2020). Partizipation wozu? – Impulse von Kooperationen zwischen Schule und Jugendhilfe im Kontext Demokratieförderung. In: S. Gerhartz-Reiter & C. Reisenauer (Hrsg.), Partizipation und Schule. Perspektiven auf Teilhabe und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen (S. 93–111). Springer.

Figlesthler, C. & Langner, J. (2019). Religion as a Challenge in Preventing Radicalization? Empirical Insights from Germany. In: E. Gutzwiller-Helfenfinger, H.J. Abs & P. Müller (Hrsg.), Thematic Papers Based on the Conference Migration, Social Transformation and Education for Democratic Citizenship (S. 219–231). InZentIM, Earli, Universität Duisburg-Essen.

Figlesthler, C. & Schau, Katja (2019): „Das ist ja noch keine Gefahrenlage, aber dennoch“. Pädagogische Islamismusprävention im Spannungsfeld von Dramatisierung und Relativierung. In: D. Negnal (Hrsg.), Die Problematisierung sozialer Gruppen in Staat und Gesellschaft (S. 127–143). Springer.
<https://www.springer.com/de/book/9783658224417>

Figlesthler, C., Greuel, F., Grunow, D., Langner, J., Schau, K., Schott, M., Zierold, D. & Zschach, M. (2019). Vierter Bericht: Modellprojekte E. Programmevaluation „Demokratie leben!“ Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention. Zwischenbericht 2018. DJI.

Figlesthler, C., Greuel, F., Grunow, D., Langner, J., Schau, K., Schott, M., Zierold, D. & Zschach, M. (2020). Abschlussbericht 2019. Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte der Radikalisierungsprävention. Programmevaluation „Demokratie leben!“ DJI.

Figlesthler, C., Greuel, F., Langner, J., Leistner, A., Rehse, A., Roscher, T., Schau, K., Steil, A., Walter, E. & Zimmermann, E. (2019). Dritter Bericht: Modellprojekte. Programmevaluation „Demokratie leben!“ Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte zu GMF, Demokratiestärkung und Radikalisierungsprävention. Zwischenbericht 2017. DJI.

Glaser, M., Herding, M., König, F., Langner, J. & Leistner, A. (2017): Glossar. Dschihadismus, (Politischer) Extremismus, Islamismus, (Linke) Militanz, Radikalisierung, Rechtsextremismus, Salafismus. LAG JAW Themenhefte. Extremismus – Formen, Hintergründe und Strategien, 3, S. 7–14.

Greuel, F. (2018). Das (zu) weite Feld der Prävention oder: Wo Prävention beginnen und enden sollte. In: M. von Drachenfels, P. Offermann & C. Wunderlich (Hrsg.), Radikalisierung und De-Radikalisierung in Deutschland. Eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung (S. 133–137). Leibniz Institut.

Greuel, F. (2019). Ziele und Erfolge in der Ausstiegsarbeit aus Sicht der Praxis. bag-ausstieg.
https://www.bag-ausstieg.de/wp-content/uploads/--BAG_Fachtagsdokumentation_einmal_Nazi_immer_Nazi.pdf

Greuel, F. (2020). Zum Konzept der Prävention: Ein Plädoyer für enge Grenzen. Infodienst Radikalisierungsprävention der Bundeszentrale für politische Bildung. bpb.
<https://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/311923/zum-konzept-der-praevention-ein-plaedoyer-fuer-engere-grenzen>

Greuel, F./König, F. (2016): Prävention(spolitik): „Für“ oder „gegen“ Jugendliche? Pädagogik im Politikfeld „Bekämpfung und Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ und der Eigensinn der Jugendphase. In: Luedtke, Jens/Wiezorek, Christine (Hrsg.): Jugendpolitiken. Wie geht Gesellschaft mit ‚ihrer‘ Jugend um? Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 70–90.

Greuel, F. & König, F. (2019). Die pädagogische Prävention von Rechtsextremismus im Spannungsverhältnis von Theorie und Praxis sowie Normierungs- und Subjektorientierung. Zeitschrift für Sozialpädagogik, 17(2), S. 115–131.

Greuel, F. & König, F. (2019). Mit Vorsicht zu genießen?! Präventivpädagogik „gegen rechts“ im Spannungsfeld zwischen Pädagogik und Prävention. *Der Pädagogische Blick*, 27 (1), S. 28–38.

Greuel, F. & König, F. (2020). Rechtspopulismus als Herausforderung in der pädagogischen Präventionsarbeit zwischen Belehrung und Handeln im Anerkennungsverhältnis. In: K. Haase, G. Nebe & M. Zaft (Hrsg.), *Rechtspopulismus – Verunsicherungen der Sozialen Arbeit* (S. 129–149). Beltz Juventa.

Greuel, F. & Schau, K. (2017). Problemarchitekten und Bearbeitungsmanager. Zur Konstruktion des Problemgegenstands in der pädagogischen Prävention von Rechtsextremismus und Islamismus. *Forum Gemeindepsychologie*, 22 (1).
http://www.gemeindepsychologie.de/jg-1-2017_03.html

Greuel, F., König, F. & Reiter, S. (2015). Reducing Prejudice in Pluralistic Societies. Trends in Non-Formal and Informal Anti-Prejudice Education in Germany. *Italian Journal of Sociology of Education*, Sonderheft 7(1), S. 207–230.
<http://journals.padovauniversitypress.it/ijse/content/reducing-prejudice-pluralistic-societies-trends-non-formal-and-informal-anti-prejudice>

Greuel, F., Langner, J., Leistner, A., Roscher, T., Schau, K., Steil, A., Zimmermann, E. & Bischoff, U. (2015). Erster Bericht: Modellprojekte. Programmevaluation „Demokratie leben!“. Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte zu GMF, Demokratiestärkung und Radikalisierungsprävention. Zwischenbericht für den Zeitraum 01.01.2015 bis 31.12.2015. DJI.

Greuel, F., Langner, J., Leistner, A., Roscher, T., Schau, K., Steil, A., Zimmermann, E. & Bischoff, U. (2016). Zweiter Bericht: Modellprojekte. Programmevaluation „Demokratie leben!“. Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte zu GMF, Demokratiestärkung und Radikalisierungsprävention. Zwischenbericht für den Zeitraum 01.01.2016 bis 31.12.2016. DJI.

Heinze, F. (2019). Bewährte Modelle der Radikalisierungsprävention verbreiten. In: E. Marks & H. Fünfsinn (Hrsg.), *Gewalt und Radikalität. Ausgewählte Beiträge des 23. Deutschen Präventionstages* (11. und 12. Juni 2018 in Dresden) (S. 275–284). Deutscher Präventionstag.

Heinze, F. & Reiter, S. (2018). Methodische Standards der Evaluation zwischen Schema F und Innovation – Weiterführung einer politikfeldübergreifenden Diskussion. *Zeitschrift für Evaluation*, 17(1), S. 188–197.

Heinze, F., Reiter, S. & Schroeter, E. (2020). Abschlussbericht 2019. Wissenschaftliche Begleitung des Programmbereichs „Förderung der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger“. Programmevaluation „Demokratie leben!“. DJI.

Heinze, F., König, F., Rehse, A. & Schroeter, E. (2017). Dritter Bericht: Strukturentwicklung bundeszentraler Träger. Programmevaluation „Demokratie leben!“. DJI.

Heinze, F., Rehse, A., Reiter, S. & Schroeter, E. (2018). Vierter Bericht: Strukturentwicklung bundeszentraler Träger. Programmevaluation „Demokratie leben!“. Zwischenbericht 2018. DJI.

Heinze, F., König, F., Rehse, A., Reiter, S. & Roscher, T. (2016). Zweiter Bericht: Strukturentwicklung bundeszentraler Träger. Programmevaluation „Demokratie leben!“. Zwischenbericht für den Zeitraum 01.01.2016 bis 31.12.2016. DJI.

Herding, M., Langner, J. & Glaser, M. (2016). Junge Menschen und gewaltorientierter Islamismus – Forschungsbefunde zu Hinwendung- und Radikalisierungsfaktoren. In: Landesinstitut für Schulentwicklung u.a. (Hrsg.), *Jugendliche im Fokus salafistischer Propaganda. Was kann schulische Prävention leisten?* (S. 72–76) Bonifatius.
https://www.lpb-bw.de/fileadmin/lpb_hauptportal/pdf/publikationen/jugend_salafismus.pdf

Jakob, M. & Leistner, A. (2018). Herausforderungen pädagogischer Arbeit bei der Prävention und Deradikalisierung im Strafvollzug und in der Bewährungshilfe. Erfahrungen von Modellprojekten aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“. *Zeitschrift für soziale Strafrechtspflege*, 51, S. 43–52.
https://www.soziale-strafrechtspflege.de/attachments/article/384/Zeitschrift51_web.pdf

Jakob, M., Jukschat, N. & Herding, M. (2020). Abschlussbericht 2019. Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“. DJI.

Jakob, M., Jukschat, N. & Herding, M. (2020). Situationen und ihre Transzendenz: Herausforderungen in der ethnografischen Praxisforschung. In: A. Pöferl, N. Schröer, R. Hitzler, M. Klemm & S. Kreher (Hrsg.), *Ethnografie der Situation. Erkundungen sinnhaft eingrenzbarer Feldgegebenheiten* (S. 360–372). Oldib.

Jakob, M., Jukschat, N. & Leistner, A. (2020). „Aber manchmal habe ich schon diese Angst ...“. Paradoxien pädagogischen Handelns unter dem Vorzeichen von Versicherheitlichung. *Zeitschrift für Pädagogik*, 66(4), S. 500–518.

Jakob, M., Leistner, A. & Kowol, G. (2019). Erster Bericht: Modellprojekte zur Deradikalisierung und Prävention in Strafvollzug und Bewährungshilfe. Programmevaluation des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Zwischenbericht 2018. DJI.

Jukschat, N. & Lehmann, L. (2020). „die sagen wirklich, dass das radikal ist ein Kopftuch zu tragen. Ich bin jetzt schon für die Extremistin“ – Zum Umgang praktizierender Musliminnen mit stigmatisierenden Fremd(heits)zuschreibungen und Terrorismusverdacht. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 3(1), S. 1–25.
<https://rdcu.be/b3nxW>

Milbradt, B., Schau, K., Greuel, F. (2019): (Sozial-)pädagogische Praxis im Handlungsfeld Radikalisierungsprävention – Handlungslogik, Präventionsstufen und Ansätze. In: C. Heinzelmann/E. Marks (Hrsg.), *Prävention & Demokratieförderung. Gutachterliche Stellungnahmen zum 24. Deutschen Präventionstag*. Bonn: Forum Verlag Godesberg, S. 141–179

Milbradt, B., Heinze, F. & König, F. (2018). Politische Bildung in einer Welt des Umbruchs. Die gesellschaftliche Polarisierung nimmt zu, politische Diskurse verschärfen sich, autoritäre und rechtspopulistische Parteien haben Zulauf: Was bedeuten diese Entwicklungen für die politische Bildung? *DJI-Impulse*, 119(1), S. 4–9.

Mögling, T., Schlimbach, T., Fehser, S., Reising, B. (2019): Abschlussbericht. Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte im Programmbereich F „Engagement und Vielfalt in der Arbeitswelt“. Halle: DJI.

Mögling, T., Schlimbach, T., Fehser, S., Reising, B. (2018): Kurzbericht zur ersten Welle der qualitativen Vollerhebung. Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte im Programmbereich F „Engagement und Vielfalt in der Arbeitswelt“. Halle: DJI.

Mögling, T., Schlimbach, T., Reising, B. (2018): Kurzbericht zur ersten Welle der qualitativen Fallstudien. Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte im Programmbereich F „Engagement und Vielfalt in der Arbeits- und Unternehmenswelt“. Halle: DJI.

Reiter, S., Buchheit, F. & Strobl, R. (2019). Evaluation deradikalisierender Maßnahmen – Wirkungen der Prävention gegen gewaltbereiten Extremismus bestimmen. *Zeitschrift für Evaluation*, 18(1), S. 171–178.

Reiter, S., Schmidt, S. & Strobl, R. (2016). Evaluation und politische Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse. Frühjahrstagung 2016 des AK Soziale Dienstleistungen in der DeGEval in Kooperation mit dem Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW). *Zeitschrift für Evaluation*, 15(2), S. 342–348.

Reiter, S., Schmidt, S., Stobl, R., Astleithner, F., Froncek, B. & Stepanek, P. (2015). Methodische Herausforderungen der Wirkungsanalyse bei knappen Ressourcen. Frühjahrstagung 2015 des AK Soziale Dienstleistungen. Zeitschrift für Evaluation, 14(2), S. 319–327.

Reiter, S., Strobl, R. & Buchheit, F. (2017). Evaluation sozialer Dienstleistungen. Kurzbericht aus dem AK Soziale Dienstleistungen über die Entwicklungen in diesem Feld sowie die Rolle der DeGEval. Zeitschrift für Evaluation, 16(2), S. 293–296.

Roscher, T., Zimmermann, E. & Greuel, F. (2019). „Demokratie braucht alle“: Empowerment als Ansatz außerschulischer politischer Jugendbildung. Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, 3(1), S. 140–149.

Schau, K. (2016). Wie kann pädagogische Prävention von Islamismus bei Jugendlichen gelingen? Erste Erfahrungswerte aus der Praxis. In: Landesinstitut für Schulentwicklung/Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg/Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (Hrsg.), Jugendliche im Fokus salafistischer Propaganda. Was kann schulische Prävention leisten? (Teilband 1, S. 32–37) Bonifatius.
https://www.lpb-bw.de/fileadmin/lpb_hauptportal/pdf/publikationen/jugend_salafismus.pdf

Schau, K. & Johansson, S. (2015). Praxis wissenschaftlich begleiten. Umsetzungserfahrungen und Herausforderungen der pädagogischen Prävention von „islamistischem Extremismus“. DJI Top-Thema zu „#SeitgesternbinichbeiAlKaida! Jugendliche, Radikalisierung und Prävention.“ DJI.
<http://www.dji.de/index.php?id=43798>

Schau, K., Langner, J., Glaser, M. & Figlestahler, C. (2018). Confronting Anti-Democratic and Violent Islamism. An Overview of Developments and Challenges in a New Pedagogical Field. In: J. Kärgel (Hrsg.), „They Have No Plan B“. Radicalization, Departure, Return – Between Prevention and Intervention (S. 173–186). Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).

Schau, K., Langner, J., Glaser, M. & Figlestahler, C. (2018). Demokratie tiefen islamistischen Angeboten entgegenarbeiten. Entwicklungen hin zu einer spezifischen pädagogischen Fachpraxis. In: M. Glaser, A. Frank & M. Herding (Hrsg.), Gewaltorientierter Islamismus im Jugendalter. Perspektiven aus Jugendforschung und Jugendhilfe (Sozialmagazin Sonderband 2., S. 90–99). Beltz Juventa.

Stärck, A., Wach, K., Zankl, P. (2019): Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung. Wissenschaftliche Begleitung des Teilbereichs im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Abschlussbericht. München: DJI.

Stepanek, P., Astleithner, F., Reiter, S., Lobermeier, O. & Buchheit, F. (2020). Verborgene Datensätze? (Wirkungsorientierte) Evaluierung auf Basis prozessproduzierter Daten in sozialen Einrichtungen. Zeitschrift für Evaluation, 19(1), S. 191–196.

Walter, E. & Roscher, T. (2018). Pädagogische Ansätze in der Prävention von Rassismus und rassistischer Diskriminierung. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Projekte zur Prävention von Rassismus und rassistischer Diskriminierung (S. 9–12).
<https://www.bmfsfj.de/blob/130892/7230b66ab6286c1784b3abb79ace884d/projekte-zur-praevention-von-rassismus-und-rassistischer-diskriminierung-data.pdf>

Zimmermann, E. & König, F. (2018). Wie wirkt politische Bildung? Wege zur Erfassung von Wirkungen und Wirkungsbedingungen in der politischen Bildung. Journal für politische Bildung, 8(3), S. 22–26.

Publikationen von Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich GmbH

Behn, S., Karliczek, K., Schnarr, D. (im Erscheinen). Kontextsensible Evaluation – Möglichkeiten der Realisierung durch Qualitative Comparative Analysis (QCA). In: Greuel, F./Milbradt, B./Reiter, S./Zimmermann, E., Evaluation im Feld der Vielfalts- und Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention. München/Halle.

Behn, S., Karliczek, K., Köhler, J., Schnarr, J. (2019). Abschlussbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2015–31.12.2019 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. Berlin/Frankfurt a. M.

Behn, S., Karliczek, K. (2019). Selbstevaluation im Projektalltag. Berlin.

Behn, S., Karliczek, K., Stuppert, W. (2018). Lokalen Partnern Gehör verschaffen. Wie Partnerschaften für Demokratie viele Akteure einbeziehen und gemeinsam eine Strategie entwickeln können. Berlin.

Camino (Hrsg.) (2018). Zwischenbericht zur wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs H „Förderung von Modellprojekten zum Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. 1.10.2017 bis 28.2.2018 Explorationsphase. Berlin, Deutschland.

Ceresna-Chaturvedi, L., Fedkenheuer, M., Goldbach, A., Rocha, J. Schaffranke, D., Sträter, T. (2019). Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs H im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Berlin.

Goldbach, A., Rocha, J. Schaffranke, D., Sträter, T. (2018). Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft. Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs H im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Berlin.

Karliczek, K./Rocha, J. (im Erscheinen). Chancen und Grenzen von Partizipation. Die Organisation partizipativer Prozesse im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. In: Deutscher Präventionstag (Hg.), Prävention und Demokratieförderung. 24. DPT. Bad Godesberg.

Publikationen des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS)

Albrecht, Y., Bohn, I., Däumling, J., Dallmann, S., Hallmann, J., Hilkert, M., Sassmannshausen, J., Volf, I. & Waibel, M. (2018). Strukturdatenband zum vierten Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2018–31.12.2018 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Berichte_der_WB_Foerderperiode_2015_-2019_/Programmbereich_Partnerschaften_fuer_Demokratie/Vierter_Zwischenbericht_PfD_barrierearm.pdf

Andersch, S., Bohn, I. & Karpf, M. (2019). Umgang mit dem Phänomen der Shrinking Spaces in den Partnerschaften für Demokratie. Handreichung. https://www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/veroeffentlichungen/downloads/Handreichung_Shrinking_Spaces_2019.pdf

Bohn, I. (2019). Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume am Beispiel der Partnerschaften für Demokratie im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis 4(1), S. 86–101.

Bohn, I. (2017). Lokales Klima der Bedrohung von engagierten Akteuren gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit: am Beispiel der Partnerschaften für Demokratie. Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis 2(1), S. 107–120.

Bohn, I., Däumling, J., Hallmann, J., Sassmannshausen, J., Albrecht, Y., Behn, S., Karliczek, K.-M., Sträter, T., Stuppert, W. & Schnarr, D. (2018). Vierter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2018–31.12.2018 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Berichte_der_WB_Foerderperiode_2015_-2019_/Programmbereich_Partnerschaften_fuer_Demokratie/Vierter_Zwischenbericht_PfD_barrierearm.pdf

Bohn, I., Däumling, J., Hallmann, J., Sassmannshausen, J., Behn, S., Karliczek, K.-M., Sträter, T., Stuppert, W. & Köhler, J. (2017). Dritter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2017–31.12.2017 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Berichte_der_WB_Foerderperiode_2015_-2019_/Programmbereich_Partnerschaften_fuer_Demokratie/Dritter_Zwischenbericht_PfD_2017.pdf

Bohn, I., Däumling, J., Hallmann, S. & Sassmannshausen, J. (2017). Strukturdatenband zum Dritten Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2017–31.12.2017 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Berichte_der_WB_Foerderperiode_2015_-2019_/Programmbereich_Partnerschaften_fuer_Demokratie/Dritter_Zwischenbericht_PfD_2017.pdf

Bohn, I., Hallmann, J., Karpf, M., Korn, A., Manstetten, R., Sassmannshausen, J., Albrecht, Y., Behn, S., Karliczek, K.-M., Sträter, T., Köhler, J. & Schnarr, D. (2019). Abschlussbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2015–31.12.2019 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben!“. https://www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/veroeffentlichungen/downloads/Abschlussbericht_WB_PfD_2019_final.pdf

Bohn, I., Kühnel, S., Sassmannshausen, J., Behn, S., Karliczek, K.-M., Sträter, T., Stuppert, W. & Köhler, J. (2016). Zweiter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2016–31.12.2016 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Berichte_der_WB_Foerderperiode_2015_-2019_/Programmbereich_Partnerschaften_fuer_Demokratie/Zweiter_Zwischenbericht_PB_A_2016.pdf

Bohn, I. & Sassmannshausen, J. (2016). Der PfDemokratieindex. Demokratische Qualität in der kommunalen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Demokratie- und Menschenfeindlichkeit messen. Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Frankfurt a.M.

Bohn, I. & Sassmannshausen, J. Wirkungen komplexer Programme – Möglichkeiten und Grenzen evidenzbasierter Evaluation am Beispiel der Partnerschaften für Demokratie. In: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.), Evaluation im Feld der Vielfalts- und Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention.

Bohn, I., Sassmannshausen, J., Volf, I., Behn, S., Karliczek, K.-M., Sträter, T. & Stuppert, W. (2015). Erster Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2015–31.12.2015 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Berichte_der_WB_Foerderperiode_2015_-2019_/Programmbereich_Modellprojekte_D_-_J/Erster_Zwischenbericht_MP_2015_2_.pdf

Brodführer, A., Johansson, S. & Ziegler, I. (2019). Abschlussbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2018–31.12.2019 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Stärkung des Engagements im Netz – gegen Hass im Netz“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/ministerium/berichte-der-bundesregierung/dritter-engagementbericht>

Hallmann, J. (2017). Informationsbroschüre. Jugendforen der Partnerschaften für Demokratie. https://www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/veroeffentlichungen/downloads/Infobroschuere_Jugendforen.pdf

Johansson, S. & Ziegler, I. (2018). „Eine andere Herausforderung ist der Aspekt von Pionierarbeit“: Erster Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2018–31.12.2018 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Stärkung des Engagements im Netz – gegen Hass im Netz“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Berichte_der_WB_Foerderperiode_2015_-2019_/Programmbereich_Landes-Demokratiezentren/Vierter_Bericht_LDZ_2018.pdf

Manstetten, R. & Bohn, I. (2020). „Wir leben Demokratie!“. Die Jugendforen der Partnerschaften für Demokratie als gelebter Ort der Partizipation. Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis 5(1), S. 89–103.

Ziegler I., Brodführer A. & Johansson, S. Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention digital – Ansatzpunkte für die Beurteilung von Struktur-, Konzept- und Prozessqualität pädagogisch-präventiver Arbeit im digitalen Raum. In: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.), Evaluation im Feld der Vielfalts- und Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention.

Impressum

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung; sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de



Bezugsstelle:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Tel.: 030 182722721
Fax: 030 18102722721
Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmfsfj.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser Servicetelefon: 030 20179130
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr
Fax: 030 18555-4400
E-Mail: info@bmfsfj-service.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115*

Artikelnummer: 1BR142

Stand: November 2020

Gestaltung: Scholz & Friends Berlin GmbH

Bildnachweis: Archiv gegen das Vergessen (S. 66)

„Demokratie leben!“ Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (S. 1-5; S. 8 f.; S. 12-15; S. 18-21; S. 24-27; S. 29 f.; S. 32 f.; S. 34 f.; S. 40-65; S. 67-82; S. 84-89; S. 91-98; S. 100-142)

Deutsches Kinderhilfswerk (S. 16)

Dialog macht Schule (S. 6)

goenzcom berlin (S. 83)

Initiative Offene Gesellschaft (S. 22)

Jugend Museum Schöneberg (S. 99)

PfD Stadt Nürnberg (S. 90)

Photothek (S. 10; S. 28; S. 38)

Scholz and Friends Berlin GmbH (S. 36 f.)

Druck: Zarbock GmbH



Druck auf 100 % Altpapier, zertifiziert mit dem Blauen Engel.

.....
* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 zur Verfügung. In den teilnehmenden Regionen erreichen Sie die 115 von Montag bis Freitag zwischen 8 und 18 Uhr. Die 115 ist sowohl aus dem Festnetz als auch aus vielen Mobilfunknetzen zum Ortstarif und damit kostenlos über Flatrates erreichbar. Gehörlose haben die Möglichkeit, über die SIP-Adresse 115@gebaerdentelefon.d115.de Informationen zu erhalten. Ob in Ihrer Region die 115 erreichbar ist und weitere Informationen zur einheitlichen Behördenrufnummer finden Sie unter <http://www.d115.de>.

- Engagement
- Familie
- Ältere Menschen
- Gleichstellung
- Kinder und Jugend